



Landtag von Baden-Württemberg

8. Sitzung

11. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 21. Oktober 1992 · Haus des Landtags

Beginn: 10.01 Uhr

Schluß: 21.01 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	333	4. a) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Umweltministeriums – Beendigung der Raumordnungsverfahren für eine Sondermüllverbrennungsanlage in We- sternach und Hüttlingen sowie Planung ei- nes Sondermüllentsorgungszentrums für Ba- den-Württemberg – Drucksache 11/57	
1. Aktuelle Debatte – Entwicklung und Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der SPD	333	b) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Umweltministeriums – Minimierung der Anzahl von Müllverbren- nungsanlagen im mittleren Neckarraum – Drucksache 11/149	372
Abg. Weyrosta SPD	333	Antrag Drucksache 11/760	
Abg. Oettinger CDU	335, 358	Abg. Kiel FDP/DVP	372, 382
Abg. Rapp REP	337	Abg. Scheuermann CDU	374
Abg. Renz GRÜNE	338	Abg. Brinkmann SPD	375
Abg. Dr. Döring FDP/DVP	339, 348	Abg. Herbricht REP	376
Ministerpräsident Teufel	341	Abg. Kuhn GRÜNE	379
Abg. Kuhn GRÜNE	346	Abg. Schmiedel SPD	382
Minister Dr. Spöri	350	Abg. Sieber CDU	383
Abg. Maurer SPD	355	Minister Harald B. Schäfer	383
Abg. Dr. Schlierer REP	360	Beschluß	389
Abg. Schaal REP	361		
2. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Geset- zes über die Rechtsverhältnisse der Politischen Staatssekretäre – Drucksache 11/449	363 (abgesetzt)	5. a) Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Innenministeriums – Ein- führung der zweigeteilten Laufbahn durch Än- derung der Verordnung über die Laufbahnen der Polizeibeamten in Baden-Württemberg – Drucksache 11/61	
3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Poli- zeigesetzes – Drucksache 11/364	363	b) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Innenministeriums – Ein- führung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei – Drucksache 11/365	
Abg. Kiesswetter FDP/DVP	363, 371		
Abg. Ströbele CDU	364		
Abg. Schrempp SPD	365		
Abg. Dr. Schlierer REP	366		
Abg. Schlauch GRÜNE	367		
Minister Birzele	368		
Beschluß	371		

c) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD - Strukturverbesserung für die Polizei in Baden-Württemberg - Drucksache 11/638	389	Abg. Stächele CDU	426
Abg. Troll REP	390	Abg. Deuschle REP (zur Geschäftsordnung)	426
Abg. Kiesswetter FDP/DVP	391	Abg. Weimer SPD (zur Geschäftsordnung)	426
Abg. Zimmermann CDU	393, 398	Abg. Oettinger CDU (zur Geschäftsordnung)	427
Abg. Schrempp SPD	394	Abg. Pfister FDP/DVP (zur Geschäftsordnung)	428
Abg. Hackl GRÜNE	396	Abg. Dr. Geisel SPD (zur Geschäftsordnung)	429
Abg. Wilhelm REP	397	Abg. Kurz CDU (zur Geschäftsordnung)	429
Minister Birzele	398	Abg. Dr. Schlierer REP (zur Geschäftsordnung)	430
Beschluß	401	Abg. Bütikofer GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	431
Abg. Schlauch GRÜNE (zur Abstimmung)	403	Abg. Dr. Caroli SPD (zur Geschäftsordnung)	432
		Abg. Trageiser REP (zur Geschäftsordnung)	432
		Beschluß	433
6. Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums - Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes - Drucksache 11/62	403	Abg. Stächele CDU (zu Protokoll)	433
(abgesetzt)		Abg. Dr. Geisel SPD (zu Protokoll)	433
		Abg. Dr. Schlierer REP (zu Protokoll)	434
		Abg. Bütikofer GRÜNE (zu Protokoll)	434
		Abg. Pfister FDP/DVP (zu Protokoll)	435
7. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport - Entwicklung und Zukunft des landwirtschaftlichen Berufsschulwesens in Baden-Württemberg - Drucksache 11/153	404		
Abg. Drautz FDP/DVP	404, 412	11. a) Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Erwin Schmidt, Oberkirch, vom 13. März 1992 - Drucksache 11/604	
Abg. Seimetz CDU	405	b) Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch der Frau Hilburg Radtke-Schoone, Wilhelmshaven, vom 6. April 1992 - Drucksache 11/605	
Abg. Wintruff SPD	405	c) Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Fritz Driller, Waldkirch, vom 7. April 1992 - Drucksache 11/606	
Abg. König REP	407	d) Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Helmut Ramsperger, Heidenheim, vom 8. April 1992 - Drucksache 11/607	
Abg. Buchter GRÜNE	408	e) Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Edmund Dollacker, Filderstadt, vom 15. April 1992 - Drucksache 11/608	
Staatssekretär Köberle	409	f) Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Helmut Palmer, Remshalden-Grunbach, vom 5. Mai 1992 - Drucksache 11/609	435
Minister Weiser	410	Beschluß	436
Beschluß	412		
Abg. Seimetz CDU (zu Protokoll)	412	12. Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 2. Oktober 1992 - Entwurf eines Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik mit dem Entwurf eines Schiedsvertrags über die Regelung von Streitigkeiten aus dem Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt-Abkommen); hier: Unterrichtung des Landtags - Drucksachen 11/665, 11/719	436
		Beschluß	436
8. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Innenministeriums - Neue Zuständigkeiten für die Eingliederung von Aussiedlern und die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern - Drucksache 11/94	403	Nächste Sitzung	436
(abgesetzt)			
9. Aktuelle Debatte - Mafia-Aktivitäten in Baden-Württemberg - beantragt von der Fraktion Die Republikaner	413		
Abg. Deuschle REP	413		
Abg. Stächele CDU	415		
Abg. Schrempp SPD	416		
Abg. Hackl GRÜNE	417		
Abg. Kiesswetter FDP/DVP	419		
Minister Dr. Schäuble	420		
Minister Birzele	421		
Abg. Wilhelm REP	424		
10. Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Staatsministeriums vom 26. August 1992 - Information über beabsichtigte Grundgesetzänderungen; hier: Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Bundesratsdrucksache 501/92 - Drucksache 11/489	426		

Protokoll

über die 8. Sitzung vom 21. Oktober 1992

Beginn: 10.01 Uhr

Präsident Dr. Hopmeier: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 8. Sitzung des 11. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Alfred Haas und Dr. Puchta erteilt.

Dienstlich verhindert ist Herr Verkehrsminister Schauler.

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der Eingänge liegt Ihnen vielfältig vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 21. September 1992 – Entwicklungspolitische Maßnahmen im Zeitraum 1989 bis 1990 – Drucksache 11/568

Überweisung an den Wirtschaftsausschuß

2. Schreiben des Wirtschaftsministeriums vom 30. September 1992 – Wohnungsbau 1993 – Bericht und Leitlinien zur Wohnungsbauförderung

Überweisung an den Wirtschaftsausschuß und federführend an den Finanzausschuß

3. Mitteilung des Rechnungshofs vom 17. August 1992 – Denkschrift 1992 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 1990 – Drucksache 11/406

Überweisung an den Finanzausschuß

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Entwicklung und Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der SPD

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtdauer von 50 Minuten festgelegt. Die Redezeit der Regie-

rung wird darauf nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner der zweiten Runde gilt eine Redezeit von jeweils 5 Minuten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Weyrosta.

Abg. Weyrosta SPD: Herr Präsident, meine verehrten Damen, meine Herren Kollegen! In einer Studie einer internationalen Kommission steht, wir sollten die Hoffnung nicht aufgeben, daß Probleme, die von Menschen geschaffen worden seien, auch von Menschen gelöst werden könnten. Die beste Methode, sich darauf vorzubereiten, besteht also darin, es zu tun.

Bei vielen Menschen verstärkt sich ein Gefühl der kollektiven Verantwortungslosigkeit, der Rückzug ins Private. Die zurückgelehnte Langeweile in einer Zuschauerdemokratie hat Platz gegriffen, und wir Politiker tun uns schwer, die Dinge so glaubwürdig zu beschreiben, daß sie die Menschen auf der Straße begreifen und daran glauben, daß wir die Dinge im Griff haben.

Wenn man heute die Wirtschaftszeitungen aufschlägt, liest man Überschriften wie „Land steht vor Konjunkturabschwung“, „Talfahrt im Südwesten“, „Wachstum im Südwesten unter 2 %“. Die Ursachen für diese Probleme werden weitgehend auf finanzielle und strukturelle Engpässe oder auf das Fehlverhalten von Menschen und Institutionen zurückgeführt.

Doch nach meiner Auffassung liegen die Ursachen tiefer. Es mangelte bisher an ordnungskonformer Politik, und der Politik mangelte es an ordnungspolitischer Orientierung. Diese Ordnung kann, meine ich, kein wertfreies, soziales Gebilde sein, weil der Mensch Subjekt sein muß und nicht Objekt sein darf. Soziale Probleme in dieser Ordnung, die unvermeidbar erscheinen, sollten nicht nur im nachhinein korrigiert werden. Besonders in der Wirtschaftspolitik kommt es nach meiner Meinung vielmehr darauf an, ihre Entstehung durch eine Korrektur an der Quelle zu verhindern.

Es ist unbestritten, meine sehr verehrten Damen und Herren: Korrekturen in Systemen lassen sich leichter bei knappen Kassen als im Überschwang von mühelosen Erfolgen vornehmen. Deswegen haben wir jetzt eine große Chance in unserem Land. So erscheint mir die ständige Feststellung baden-württembergischer Spitzenpolitiker, wir hätten bisher über unsere Verhältnisse gelebt, zu kurz gegriffen.

(Abg. Oettinger CDU: Wen meinen Sie?)

(Weyrosta)

– Lesen Sie doch die Zeitungen. Sie wissen es doch selbst.

Was heißt denn das?: Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt.

(Abg. Oettinger CDU: Wen meinen Sie? – Abg. Kuhn GRÜNE: Spöri und Teufel, oder wie? – Abg. Weimer SPD: Kuhn und Döring!)

Wer hat denn über seine Verhältnisse gelebt? Wer trägt denn die Verantwortung dafür, daß wir über unsere Verhältnisse gelebt haben? Welche Verhältnisse sind es denn, über die wir hinausgeschossen sind?

(Abg. Oettinger CDU: Für wen sprechen Sie? – Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Es ist zum probaten Mittel der Agitation mancher Politiker im Land geworden, so zu reden, um ein schlechtes Gewissen bei seinen Bewohnern zu erzeugen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren und Herr Kollege Oettinger, keine Hektik und keine Aufregung heute morgen. Jetzt, wo wir allzufrüh gezogene Wechsel früherer Regierungen einzulösen haben, ist es doch kaum zu vermitteln, daß wir täglich 8,7 Millionen DM Zinsen für unsere Schulden bezahlen müssen, obwohl wir unsere Hausaufgaben nicht erledigt haben.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Die Wohnraumversorgung ist ein Trauma geworden. Die Langzeitarbeitslosigkeit erfüllt uns mit Sorge. Die Verkehrsbedienung scheint ungelöst.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Wer ist dafür verantwortlich?)

– Die Frage habe ich doch gestellt, Herr Kollege Döring.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Aber ich will von Ihnen die Antwort!)

– Ich gebe auch die Antwort darauf: Niemand kann sich aus dieser Verantwortung schleichen. Wir alle haben dies zu verantworten. Deswegen müssen wir jetzt auch gemeinsam sehen, daß wir das Schiff wieder flott bekommen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Renz GRÜNE: Alle?)

Wir sind gezwungen, mit dem Vorschlaghammer wichtige Investitionen für die Entwicklung im Land kleiner zu klopfen. Die Konjunktur knickt ein, Depressionen machen sich breit. Aber ich bin viel zu optimistisch, um jetzt ein Lied über unser Land zu singen, als wären wir in einer hoffnungslosen Situation. Das Umgekehrte ist der Fall. Wir müssen jetzt Eckpunkte und Linien beschreiben, an denen wir uns festmachen können. Niemand soll sagen, man habe es nicht gewußt. Selbst weise Ratschläge, die aus Jena herüberwehen, sind meiner Meinung nach reichlich deplaziert.

(Abg. Weimer SPD: Ja, da ist etwas dran!)

Wir alle hatten nicht die Einsicht und die Kraft, in sieben fetten Jahren die Rücklagen für folgende sieben magere Jahre zurückzulegen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Hauk CDU: Es sind schon elf!)

– Ach! Sie kennen doch den Unterschied zwischen Sprichwörtern und arithmetischen Zahlenreihen. Ich halte Sie jedenfalls für so intelligent, weil Sie auch so aussehen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber niemand – ich wiederhole das; das ist ganz wichtig – kann sich aus der Verantwortung schleichen; die Regierenden sowieso nie und die Opposition auch nicht, denn Nutznießer waren viele. So bleibt es Zynismus, von schwierigen Zeiten zu reden, mit arroganter Ignoranz über die Alltagsorgen Normalverdienender und auch der Sozialhilfeempfänger hinwegzuschreiten und von schwierigen Zeiten in Baden-Württemberg auf hohem Niveau zu reden. Das ist der Situation, in der wir uns befinden, nicht angemessen. Nein, jetzt ist die Zeit für erbarmungslose Bestandsaufnahmen. Wirklichkeitsnahe Ehrlichkeit ist gefragt. Die Menschen in diesem Land müssen wissen, wohin es geht. Sie müssen sich auf uns verlassen können.

Was ist zu tun? Was fehlt? Was kostet dies? Wo ist das Geld dafür? Was muß zurückstehen? Wie lange müssen wir die Probleme vor uns herschieben? Schwerpunkte müssen überzeugend angeboten werden.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Haben Sie auch Antworten parat?)

– Langsam, langsam! In der Opposition läßt sich das leicht sagen. Das weiß ich aus Erfahrung, Herr Kollege. Kommen Sie einmal in die Regierung, dann reden Sie mit anderen Zungen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ich sehe, wie schwer es Ihnen fällt! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Aber Gott sei Dank hat dies nicht stattgefunden.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Na, Herr Weyrosta, das haben Sie aber auch schon anders gesagt!)

– Ich weiß. Ich wußte, daß ich Sie mit diesem Wort aufrege, Herr Kollege Kuhn.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, Herr Kollege! – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Weyrosta SPD: Klarheit und Wahrheit – –

(Anhaltende Unruhe)

– Was für eine Aufgeregtheit am frühen Morgen!

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sie wecken uns gerade! – Zuruf: Wir sind wach!)

(Weyrosta)

Pakete sind zu schnüren, Zeitpläne anzusteuern und Ziele zu beschreiben. Ich sage es Ihnen: Es ist wieder Pioniergeist gefragt. Die Verantwortung muß etabliert werden. Die Menschen müssen sich dazu bekennen, daß es sich lohnt, in diesem Land zu leben. Es muß sie umgekehrt sogar mit Stolz erfüllen, in schweren Zeiten die Verantwortung zu übernehmen und das Schiff wieder flott zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es regnet uns ganz schön in die Bude, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wer will das leugnen?

(Unruhe)

Das Solidarpaket für die neuen Bundesländer ist zu schnüren. Wer will sich da ausnehmen? Der Zusammenbruch der Ostmärkte muß überwunden werden. Den neuen Anforderungen des Binnenmarktes muß begegnet werden. Der ökologische Umbau der Volkswirtschaft

(Beifall des Abg. Drexler SPD)

muß geschehen, um internationale Marktführerschaft mit neuen, mit intelligenten Produkten im Sinne der Erhaltung unserer Umwelt zu gewinnen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das Hereinschwappen vieler Menschen über die Grenze ist aufzufangen, und neue Märkte sind in Südostasien zu gewinnen. Dazu brauchen wir jeden im Lande, meine sehr verehrten Damen und Herren. Jammern und Wehklagen nützt nichts. Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kommunen müssen ran.

Eine solche vorausschauende Wirtschaftspolitik in einer zunehmend komplizierter werdenden Umwelt erfordert die ständige Einrichtung von „Denkfabriken“. Bedrohliche Entwicklungen können dort erkannt und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Die neuen Technologien oder Schlüsseltechnologien haben eine neue Produktionswelt geschaffen. Wir haben uns darauf einzurichten.

Natürlich sind die Politiker nicht die leitenden Angestellten der Wirtschaft; aber man kann mit uns rechnen, wie wir auch auf die Wirtschaft bauen. Rahmenbedingungen, von denen immer die Rede ist, entstehen nur dann, wenn man korrespondiert, Folgen abschätzt und Vertrauen erzeugt. Die enge Verzahnung der globalen Wirtschaftspolitik mit der gezielten Branchenpolitik ist deshalb von zentraler Bedeutung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann, wie der Kollege Kuhn, den Kopf schütteln, wenn man die Situation im Lande beschreibt,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ich schüttele den Kopf wegen Ihrer Rede!)

um nicht Hoffnungslosigkeit ausbrechen zu lassen, sondern vielmehr konkretes Handeln einzufordern. Dies ist in

5 Minuten Redezeit zu Beginn der Aktuellen Debatte sicherlich nicht möglich,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das merken wir gerade!)

aber Gefühle müssen vermittelt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind nicht das Gelobte Land, aber um den Weg zur Wiedergewinnung der Stabilität, des Fortschritts und der Gerechtigkeit haben wir uns zu bemühen.

Ich danke Ihnen dafür, daß Sie mir zumindest am Anfang zugehört haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer die Situation des Standorts Baden-Württemberg für Arbeitsplätze und Wirtschaft im Oktober 1992 zeichnet, muß von zwei grundsätzlichen Betrachtungen ausgehen: erstens der konjunkturellen, zweitens der strukturellen.

Konjunkturell sind wir eingebettet in einen weltweiten Abschwung der Wirtschaftsentwicklung, in einen völligen Abfall der wirtschaftlichen Entwicklung in Osteuropa, und wir haben im Grunde genommen mit zwei Jahren Zeitverzögerung jetzt ein Ergebnis, wie es in den USA, in Frankreich, in England, in Italien vorgezeichnet war. Hoffen wir, daß wir nicht erst wieder zwei Jahre später aus dem konjunkturellen Abschwung herauskommen. Dazu können wir unseren Beitrag leisten.

Strukturell ist Baden-Württemberg innerhalb des Standorts Deutschland wie kein anderes Bundesland exportabhängig: Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik, chemische Industrie. Dies heißt – und dies sage ich auch mit Blick auf die Zahlen von heute –, daß wir immer dann, wenn Aufträge vom Ausland in Baden-Württemberg ankommen, stärkere konjunkturelle Entwicklungen nach oben hatten und haben und immer dann, wenn der Export stockt, uns etwas schwerer als andere Regionen tun.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE: Logisch!)

Insofern sehe ich auch mit Gelassenheit das, was uns an aktuellen Zahlen vorgelegt wird:

(Abg. Kuhn GRÜNE und Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Gelassenheit!)

Abschwung in einem Maße, der andere Bundesländer übertreffen mag, mittelfristig ebenso Chancen auf Aufschwung in einem überdurchschnittlichen Maße. Tun wir doch nicht so, wenn wir andere Regionen betrachten, als ob der Standort Baden-Württemberg im besonderen ge-

(Oettinger)

fährdet sei. In München läuft die Diskussion um die Sorgen der Raumfahrt, der Luftfahrt und der Rüstungsindustrie. In Frankfurt wird der Bereinigungsprozeß im Dienstleistungsbereich bei den Banken erst noch kommen. New York kann auch dort einmal landen. Und im Ruhrgebiet ist doch nach wie vor der Kohlepfeffig ein erheblicher Wirtschaftsfaktor, den wir in Baden-Württemberg in nicht geringem Maße bezahlen. Ich glaube, daß der Standort Baden-Württemberg auch weiterhin besondere Chancen in Europa haben kann.

(Zuruf von den GRÜNEN: Kann!)

Sieben Faktoren sind dazu aus der Sicht der CDU-Fraktion notwendig.

Erstens: Die Produkte, die wir herstellen, sind in Qualität und Technologie nach wie vor an der Spitze, aber sie sind zu teuer. Wenn Produkte zu teuer sind, muß man die Kostenfaktoren prüfen,

(Abg. Schlauch GRÜNE: Vielleicht auch einmal die Produkte prüfen!)

die lauten: Unternehmensbesteuerung, Lohnkosten und Lohnnebenkosten. Meine Fraktion ist bereit, dort, wo sie bei der Senkung von Unternehmensteuern einen direkten Beitrag leisten kann, direkt mitzuwirken, und dort, wo sie indirekt die Verantwortung trägt, auf die Gesellschaft einzuwirken, damit sich Lohn- und Lohnnebenkosten nicht mehr über, sondern unter dem Produktivitätszuwachs entwickeln.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bütikofer GRÜNE: Nehmen Sie einmal Ihre Scheuklappen ab!)

Zweitens: Die Bildung muß sich verstärkt dem Arbeitsmarkt und der Wirtschaft von morgen stellen. Nicht daß wir zu viele Studierende hätten, nicht daß wir zu lange für alle ausbilden, aber wir richten uns in unserer Schule und Hochschule zu wenig auf die Erfordernisse des Arbeitsmarkts von morgen ein. Der Humanismus ist das eine, aber ich bekenne, daß wir Bildungspolitik stärker unter dem Gesichtspunkt „Ausbildung für den künftigen Arbeitsmarkt“ gestalten müssen.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: Die Verwaltungs- und Behördenwege sind zu lang und unüberschaubar. Verwaltungsreform in allen Bereichen, Deregulierung in allen Bereichen und Verkürzung von Zeitabläufen erscheinen uns notwendig. Es darf nicht sein, daß Investoren aus den USA in Straßburg oder in Baden-Württemberg ihr Geld für Arbeitsplätze anlegen wollen, es in Straßburg aber zwei Jahre früher investieren können und deswegen dort und nicht bei uns Arbeitsplätze aufbauen.

(Beifall bei der CDU)

Viertens: Wir brauchen Mut für neue Wohnflächen, wir brauchen Mut für neue Gewerbeflächen. Ich bin gespannt, verehrter Herr Wirtschaftsminister, ob die Sklerose

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist der ökologische Umbau!)

in allen Teilen ihrer Partei überwindbar ist. Wir werden sehen, ob wir bei der Neuausweisung von Gewerbegebieten in den Kommunalparlamenten Mehrheiten hinbekommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Fünftens: Wir können eine ordentliche Bilanz unserer Forschungspolitik ziehen. Baden-Württemberg liegt weiterhin in der Grundlagenforschung vorn, Baden-Württemberg liegt weithin vorn in der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft bei der Schaffung künftiger Arbeitsplätze. Wir werden auch bei schwierig werdenden Haushaltsberatungen im Bereich Forschung und Entwicklung nicht sparen, sondern hier unseren Stand und unsere Schwerpunkte erhalten wollen.

Und dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann man generell sagen: Wir müssen Zeitverluste aufholen, wir müssen Standortentscheidungen schneller als in der Vergangenheit treffen.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Ich begrüße mit Nachdruck, daß der Flughafen jetzt gebaut wird.

(Abg. Wieser CDU: Endlich!)

Ich begrüße mit Nachdruck, daß der Flughafen als wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg eine breite Akzeptanz bekommt.

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Aber woran liegt es denn, daß der Flughafen nicht fertig, sondern erst am Anfang seiner Bauphase ist? Das liegt doch nicht an der CDU-Fraktion. Es liegt doch an anderen Kräften in unserer Gesellschaft, daß wir viele Jahre geglaubt haben, ein weiterer Ausbau unserer Infrastruktur sei nicht mehr notwendig.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von den GRÜNEN)

Dieses Parlament und alle Verantwortlichen werden gut beraten sein, notwendige Entscheidungen für die künftige Infrastruktur im Energiebereich, im Verkehrsbereich, im Bereich der Entsorgung

(Zuruf von den GRÜNEN)

frühzeitig zu treffen, denn jedes Jahr einer Verzögerung ist ein Jahr, welches dem Standort Baden-Württemberg schadet.

Ein letzter Punkt: Die Bio- und Gentechnologie und die diesbezügliche Gesetzgebung haben gezeigt, daß wir nicht auf einer Insel der Seligen leben, sondern daß wir die Gesetzgebung anderer Länder beobachten müssen. Was nützt es uns, wenn im Bereich Gentechnik und Biotechnik in al-

(Oettinger)

len anderen Ländern geforscht und produziert wird und wir uns zu stark selbst beschränken und dadurch unsere Forscher und Arbeitsplätze in die USA abwandern?

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen die Konkurrenzfähigkeit auch so sehen, daß wir uns nicht mehr Beschränkungen des Standards zumuten können, als die Nachbarn im europäischen Ausland und in der Welt sich aufzuerlegen bereit sind.

Ein letzter Gedanke: Betrachten wir unseren Standort Baden-Württemberg differenziert, und reden wir ihn nicht schlecht.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Machen wir!)

Deutsche haben die fatale Neigung, in zu starken Pendelschlägen zu reagieren: entweder übermäßig schön zu zeichnen oder aber desaströs darzustellen. Ich sehe den Standort Baden-Württemberg differenziert mit strukturellen Problemen. Ich sehe den baden-württembergischen Standort vor der Aufgabe, sich aus einem reinen Produktivbereich in den Dienstleistungsbereich zu entwickeln, aber ich sehe ihn in einer guten Konkurrenz zu allen Regionen Europas. Wir sind weiterhin auf einer soliden Haushaltsgrundlage fähig, Baden-Württemberg vorne zu halten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir uns heute über den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg unterhalten, dann sollten wir nicht vergessen, daß es in diesem Lande doch sehr viele Klein- und Mittelbetriebe gibt, die in der Vergangenheit in der Politik sehr oft zu kurz gekommen sind. Als einer von vielen kleinen Selbständigen in Baden-Württemberg habe ich in zwölf Jahren die Erfahrung gesammelt, daß zwar sehr viel von Mittelstand gesprochen wird, aber daß selten einer, der darüber spricht, auch weiß, wovon er spricht.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Auf jeden Fall sollten wir uns alle im klaren darüber sein, daß es nicht die Großen und die Multis sind, die in diesem Land in der Vergangenheit die meisten Menschen beschäftigt und die meisten Steuern bezahlt haben, sondern es waren eben die Klein- und Mittelbetriebe, die immer zu den besten Zahlern gehört haben.

(Beifall bei den Republikanern)

In der letzten Zeit belasten wir durch mehrere Faktoren den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Wir erleben seit Sommer 1991 einen kontinuierlichen Auftragsrückgang in Baden-Württemberg. Das heißt, seit die Spuren Lothar Späths in Baden-Württemberg verwischen, geht es auch mit der Wirtschaft bergab. Mit Hetzparolen, internationale Konzerne wollten sich in Baden-Württemberg nicht mehr ansiedeln, weil in Rostock oder anderswo ein paar wildgewordene Verrückte auf Ausländer losgehen, will sich nun die Landesregierung aus der Verantwortung stehlen

und die Schuld möglicherweise auch noch den Republikanern zuschieben.

Nein, meine Damen und Herren, es sind zum Beispiel die Bauplatzpreise – Herr Oettinger hat das vorhin richtigerweise gesagt –, es sind die ewigen Verfahren für Baugesuche, die die Investoren ins Ausland treiben und nicht hierbleiben lassen.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist völlig richtig erkannt. Herr Oettinger, wenn Sie so in Ihrer Fraktion und Regierung auch handeln, wie Sie hier geredet haben, dann werden Sie von unserer Seite keinen Widerspruch finden.

Aber es kommt noch etwas hinzu, meine Damen und Herren. In den letzten Jahren hat man sich hier im Lande daran gewöhnt, ständig das Auto zu verteufeln, und jetzt, wo die Autoindustrie einmal in einer kleinen Krise ist, stellt man erst fest, wie wertvoll doch diese Industrie vor allem für den mittleren Neckarraum war und auch in Zukunft sein wird.

(Beifall bei den Republikanern)

Das Ziel „Aufbau Ost“ wird genauso unscharf definiert wie der Begriff Mittelstand, und noch keiner in Bonn weiß, was er damit sagen will. Zwangsanleihe, Solidaritätszuschlag, Steuererhöhungen sowie Vorschläge und Diskussionen ohne Ende verunsichern die Wirtschaft, verunsichern die Investoren.

(Beifall bei den Republikanern)

In schwierigen Zeiten, meine Damen und Herren, erwarten die Bürger zu Recht, daß der Staat bei sich selbst spart. Ich glaube, das, was wir hier in Baden-Württemberg einsparen wollen, ist zuwenig, denn ich habe das dumpfe Gefühl, daß die Einsparungen, die wir hier vornehmen, per Nachtragshaushalt wieder auf uns zurückkommen und daß am Schluß überhaupt nichts eingespart ist. So halten wir zum Beispiel eine Energieagentur für überflüssig. Das ist eine reine Kostenbeschaffungsstelle. Ich glaube nicht, daß wir so etwas brauchen.

(Beifall bei den Republikanern)

Es ist vielleicht nicht unbedingt die richtige Zeit, heute und hier über alle Schularten und Bildungsgänge zu sprechen. Ich will aber deutlich machen, daß sich etwas oder einiges ändern muß. Die Bildungspolitik darf doch nicht derart in die Sackgasse führen, daß es letztendlich nur noch Akademiker gibt und es an allen Ecken und Enden an Facharbeitern fehlt. Wenn weiterhin hauptsächlich das Gymnasium und das Hochschulstudium gefördert werden, während die anderen Schularten mit teilweise merkwürdigen Aufwertungsstrategien versehen werden, kann man sich das zukünftige Ergebnis leicht vorstellen: Die Wirtschaft erhält zu viele Hochschulabsolventen, die sie nicht mehr unterbringen kann, und der Facharbeitermangel wird noch größer, so daß wir nicht mehr in der Lage sind, das selbst zu produzieren, was wir weiterverkaufen wollen.

(Beifall bei den Republikanern)

(Rapp)

Das Problem ließe sich eigentlich sehr rasch lösen, wenn an der Hochschule nur diejenigen studierten, die auch die Befähigung dazu mitbringen.

(Zurufe von der SPD)

Aber 25 % Studienabbrecher zeigen, daß eben auch Unbefähigte auf diesen Studienplätzen sitzen.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, der Export muß weiter ausgebaut werden,

(Zurufe von der SPD: Wie?)

und die Republikaner werden alle vernünftigen Maßnahmen der Landesregierung dazu unterstützen. Wir sollten uns jedoch nicht vormachen, daß wir alle die absoluten Exportkönige sind. Es ist heute schon häufig so, daß viele Produkte, die wir ins Ausland exportieren, vorher als Roh-, Einzel- oder Zubehörteile importiert wurden und nur veredelt weiterverkauft werden. Das heißt, unsere Umsatzzahlen sehen am Ende immer doppelt so hoch aus, wie sie eigentlich sind.

Es ist natürlich nicht möglich, bei der Höhe unserer heutigen Löhne, Lohnnebenkosten und Sozialleistungen alles noch in diesem Land zu produzieren und konkurrenzfähig auf den Weltmarkt zu bringen. Darüber sind wir uns im klaren. Aber es wäre mehr möglich, als möglich ist.

Unsere Energie, die wir zum Produzieren brauchen, ist eine der teuersten in Europa. Hier kommt noch – der Wirtschaftsminister ist gerade nicht da; er kommt sicher gleich – eine neue Verunsicherungsvariante der SPD dazu: Als Oppositionspartei war man gegen Obrigheim, als Regierungspartei ist man auf einmal dafür.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben heute morgen nicht zugehört!)

Ich frage mich, ob Herr Spöri eines Tages, wenn er wieder in der Opposition sein wird, dafür oder dagegen ist. Kann er uns das vielleicht heute schon sagen?

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Drexler SPD: Nicht zugehört!)

– Ich habe wohl zugehört und bei der Abstimmung aufgepaßt.

Deutschland und somit Baden-Württemberg stellt in der Umweltpolitik die höchsten und teuersten Ansprüche an die Wirtschaft.

(Abg. Bebbler SPD: Aha, jetzt kommt es!)

Das ist auch richtig so. Versäumt wurde natürlich, diese Umweltbestimmungen auf Europa auszudehnen.

(Abg. Mogg SPD: Wie denn?)

Es gibt SPD-Oberbürgermeister, zum Beispiel in Heidelberg, Ulm und Esslingen, die ihren Dreck nach Frankreich karren lassen. Unternehmer hingegen müssen die teuren Kosten hier tragen und müssen vor Ort entsorgen.

Zum Schluß möchte ich noch auf die Besteuerung der Unternehmen kommen. Die Gewerbesteuer scheint mir nicht mehr in ein europäisches Wirtschaftskonzept zu passen. Sie muß ersatzlos gestrichen werden. Auch müssen in einer wirtschaftlich kurzlebigen Zeit die Zeiträume für Investitionsgüter halbiert werden; die Abschreibungszeit von acht Jahren, manchmal sogar von zehn, ist viel zu lang. Es besteht keine deutlich erkennbare Handlungsbereitschaft der Landesregierung. In einer solch schwierigen Zeit wie jetzt halten wir sie für zwingend erforderlich. Die Probleme der Klein- und Mittelbetriebe sind oft ganz andere, als Sie glauben.

(Lachen bei der SPD)

– Sie brauchen nicht zu lachen, Herr Kollege. Schauen Sie sich einen Betrieb an, dann wissen Sie, was das heißt.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wenn Sie von diesen Betrieben ein paar Lasten wegnehmen, werden Sie feststellen, daß Sie sichere Partner haben und daß es vor allem mit den Klein- und Mittelbetrieben in Baden-Württemberg wieder vorwärtsgehen kann.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Renz.

Abg. Renz GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die heutige Diskussion um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg dazu nutzen, zwei, wie mir scheint, wesentliche Aspekte zu beleuchten. Wir haben es nicht nur mit einer konjunkturellen Krise zu tun, und daher können wir den Wirtschaftsstandort nicht nur mit konjunkturpolitischen Instrumenten sichern. Alarmsignale kommen von nobelsten Adressen. Die Krise betrifft den industriellen Kernbereich des Landes, den Fahrzeugbau, den Maschinenbau, die Elektrotechnik. Im Kern steht die Wirtschaft des Landes vor einer tiefgreifenden Strukturkrise.

Ich möchte dies am Beispiel des Autos erläutern – typisches Beispiel eines Produkts, das durch veränderte Rahmenbedingungen zum problemverursachenden Produkt geworden ist und sein Versprechen nicht mehr einlösen kann; denn auch schlanker und billiger produzierte Autos werden im Stau stehen. Darin liegt das Problem, kaum in den Lohnnebenkosten.

Wenn der Wirtschaftsminister verlautet, die Zinsen seien zu hoch und die Wechselkurse zu beweglich, dann ist das alles nicht falsch. Aber diese Aussagen liegen auf der Ebene, gutes Wetter sei gut für den Fremdenverkehr, und sie treffen damit nicht den Kern der Probleme. Die Zeiten sind vorbei, in denen die Politik mit scheinbar bewährten Mitteln der baden-württembergischen Wirtschaft eine Perspektive sichern kann. Sondermüllverbrennung, Subventionierung des Energieverbrauchs über niedrige Preise und ähnliches Umweltdumping und noch mehr Straßenbau und Flächenverbrauch machen die Wirtschaft nicht fit für die Zukunft. Das sind im Grunde genommen nichts anderes als Erhaltungssubventionen für Altindustrien.

(Renz)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wettbewerbsfähig wird nicht sein, wer die Probleme verdrängt und hofft. Wettbewerbsfähig wird vielmehr sein, wer aus den Problemlagen marktfähige Produkte macht.

Ich komme zurück zur Automobilindustrie. Ihre Zukunft liegt nicht beim Auto, sondern bei der Produktion von Systemlösungen zur Erlangung einer auch ökologisch und sozial verträglichen Mobilität. Wir brauchen öffentliche Verkehrssysteme, die intelligent und flexibel auf die Bedürfnisse der Menschen reagieren. Die Zukunft liegt also in der optimalen Kombination öffentlicher Verkehrsmittel und möglicherweise kleinerer Autos, die, wenn überhaupt Statussymbole, dann Statussymbole für hohe Umweltverträglichkeit sind. Diese Produktlinie kann sich nur entwickeln, wenn die Politik eindeutige Rahmenbedingungen setzt und finanzielle Mittel mobilisiert, um die Umstellung zu bewerkstelligen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Grünen haben für die Ballungsräume Baden-Württembergs - Sie kennen das vielleicht - die Einführung einer Nahverkehrsabgabe vorgeschlagen, die all jene zu bezahlen hätten, die im Ballungsraum Auto fahren - fahren, nicht ein Auto besitzen. Diese Abgabe soll zweckgebunden für innovative Maßnahmen im Bereich öffentlicher Verkehrssysteme eingesetzt werden. Allein in Stuttgart kämen so jährlich fast 200 Millionen DM zusammen. Dies ist ein Vorschlag, wie in Baden-Württemberg jenseits von Maßnahmen auf der Bundesebene der Strukturwandel eingeleitet werden könnte.

Dieses Beispiel, meine Damen und Herren, folgt einer Handlungsmaxime: Wer die Umweltverträglichkeit zu Hause installiert, der kann sie auch weltweit verkaufen. Ökologie ist kein Luxus, wie uns auch jetzt wieder einige hier weismachen wollen,

(Abg. Sieber CDU: Wer?)

sondern eine notwendige Investition zur Sicherung künftiger Wettbewerbsfähigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Politik muß die Bedingungen zur Verwirklichung abfallarmer und energiesparender, kurz: ökologisch verträglicher Produkte und Produktionsverfahren schaffen.

Lean production darf nicht nur als Herausforderung zur Rationalisierung von Arbeitsabläufen verstanden werden, sondern sie muß auch clean sein. Das bedeutet, daß die Rationalisierung der Verschwendung von Stoffströmen in der gesamten Produktion konsequent mit umgesetzt werden muß. Clean production wird zum Wettbewerbsfaktor der Zukunft; da könnte ich wetten.

Meine Damen und Herren, die Anstrengungen der Politik müssen sich daran orientieren, die ökologische Blindheit der Marktwirtschaft zu überwinden. Dies erreichen wir aber nur durch eine konsequente Förderung des ökonomischen Strukturwandels, das heißt durch eine konsequente Verteuerung des Produktionsfaktors Umwelt, klare inno-

vationsfördernde Vorgaben, die ökologische Kosten zu betriebswirtschaftlichen Faktoren machen, und durch Anreize, die es den Unternehmen ermöglichen, durch Unterschreitung von Grenzwerten zusätzliche Kostenvorteile zu erlangen.

Wenn es gelingt, diese Herausforderungen anzunehmen und aus den Schwächen frei nach Steinbeis die Stärken von morgen zu machen, dann hat Baden-Württemberg gute Chancen, dem Schicksal einer Krisenregion zu entrinnen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Döring.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Wirtschaftsminister wollte gern die Debatte über den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, die jetzt heute auch beantragt worden ist. Es ist auch richtig, daß sie geführt wird. Herr Minister Spöri, ich will nicht verhehlen, daß wir von unserer Seite aus den Eindruck haben, daß Sie einen ordentlichen und sehr vorzeigbaren Start hingelegt haben. Aber, Herr Spöri, ich glaube, es ist an der Zeit, daß Sie jetzt einer Vielzahl von Ankündigungen folgen, ein gutes Stück konkreter werden. Ich glaube, daß Sie die Vielzahl von Äußerungen, die Sie in der Vergangenheit und zuletzt auch heute wieder in einer Zeitung gemacht haben,

(Abg. Weimer SPD: Bei Ihrem Subventionsabbau!)

in ein umfassendes Standortsicherungskonzept einfließen lassen müssen.

Es stehen verschiedene Andeutungen von Ihnen im Raume. Ich will einmal gerade aus dem Heutigen zitieren und Ihnen deutlich machen, wo es fehlt: daß Sie konkreter werden, daß Sie sagen, was tatsächlich unter dem Strich damit gemeint ist, wenn Sie zum Beispiel heute davon sprechen, es müßten Eingriffe in Leistungsgesetze und in Leistungen erfolgen. Dann müssen Sie nachliefern und sagen, welche Eingriffe Sie tatsächlich konkret ansprechen. Wenn Sie davon sprechen, daß wir in diesem Land neue Strukturen schaffen müssen, zum Beispiel im Bereich der Finanzdienstleistungen, dann sollten Sie sagen, was Sie mit diesen neuen Finanzdienstleistungen haben wollen, ob das eine neue Debatte bezüglich einer Bankenfusion geben soll oder was dies tatsächlich in diesem Bereich ergeben soll.

Unbestritten ist ja, daß es im Dienstleistungsbereich einen nicht übersehbaren Nachholbedarf gibt. Aber wenn Sie ihn mit einem Stichwort andeuten, dann muß er auch konkretisiert werden, dann muß auch gesagt werden, wie das unter dem Strich aussehen soll.

Sie sprechen an einer anderen Stelle davon, Herr Minister Spöri, daß der Standort Baden-Württemberg, der Standort Deutschland - ich zitiere Sie hier wirklich - klar zu teuer ist. Das ist meine Meinung auch - natürlich ist er zu teuer. Aber an verschiedenen konkreten Stellen tragen Sie zu weiteren Verteuerungen bei. Ich darf Sie an Ihre Vorstellung

(Dr. Döring)

gen, an Ihr Modell zur Pflegeversicherung erinnern. Das wird natürlich eine weitere Verteuerung des Standorts bringen.

(Abg. Oettinger CDU: Das ist auch Ihr Modell!)

Wir sind der Meinung, daß wir dies eben in einer Lösung hätten machen sollen, bei der es nicht zu weiteren Steigerungen der Lohnnebenkosten kommt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zustimmung bei der CDU)

Von diesen Dingen wird der Bereich, den Sie angesprochen haben, betroffen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Bloemecke CDU)

Und, Herr Minister Spöri, es wäre an der Zeit, es wäre jetzt wirklich arg an der Zeit, deutlich zu machen, wie Sie eigentlich Ihr Pflegeversicherungsmodell finanzieren wollen. Sie müssen jetzt langsam einmal der Wirtschaft deutlich machen, wo dann die Kompensationsleistungen herkommen. Hier ist bisher Sendepause.

Der nächste Punkt, auf den wir in der Diskussion, wenn es um den Wirtschaftsstandort Deutschland, aber auch konkret um Baden-Württemberg geht, warten: Mehrfach wird von Ihnen an unterschiedlichen Stellen davon gesprochen, daß die Unternehmensteuerreform dringend ist und daß sie unbedingt kommen muß. Wo ist Ihre Bundesratsinitiative? Wo ist Ihre konkrete Bundesratsinitiative mit Blickrichtung Unternehmensteuerreform zur Entlastung der Unternehmen in Deutschland und damit zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit? Ich kann nicht sehen, wo sie ist, meine Damen und Herren; ich kann es nicht sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der Republikaner)

Wir haben an anderer Stelle Andeutungen aus Ihren Reihen heraus: Innovationen und Innovatives sind dringend notwendig. Überhaupt keine Frage, natürlich sind sie notwendig. Aber, Herr Kollege, wenn wir den Bereich, den Sie angesprochen haben, sehen, halte ich es für nicht ganz richtig, wenn Sie den Ansatz machen, in die Richtung zu gehen, das Auto als solches weiterhin zu verteufeln. Ich glaube, daß das der falsche Weg ist; Sie müssen es eher intelligenter machen. Da brauchen Sie die innovativen Anregungen, die in Teilen bei Ihnen sichtbar waren, denn nach wie vor ist es so, daß jeder vierte Arbeitsplatz von der Automobilindustrie und von der Automobilproduktion abhängig ist.

Wo aber sind die konkreten innovativen Ansätze bei Wirtschaftsminister Spöri? In welchen Bereichen sind sie sichtbar? Ich kann sie nicht erkennen, was die Verkehrspolitik angeht; ich kann sie nicht erkennen im Bereich der modernen Abfallwirtschaft, die Sie zu Recht auch angesprochen haben; ich kann sie auch nicht erkennen im Bereich einer modernen Energiepolitik mit einer Verbesserung des Einsatzes der regenerativen Energie. Dieser innovative Bereich wird bei Ihnen bisher bestenfalls angedeutet, er wird nicht konkretisiert.

Und schließlich: Was ist denn, Herr Spöri, Herr Maurer, aus Ihren Forderungen nach mehr Instrumenten im Sinne einer ökologischen Marktwirtschaft in der baden-württembergischen Wirtschaftspolitik geworden? Da werden Sie schon freundlicher Weise noch ein bißchen mehr nachlegen müssen als allein die Sache mit der Mineralölsteuer und der Abschaffung der Kfz-Steuer. Dies allein Woche für Woche zu predigen und zu sagen: „Hier kommt der ökologische Umbau der Industriegesellschaft; wir packen es an“, ist zu wenig, Herr Spöri. Es muß mehr kommen, wenn Sie an dieser Stelle tatsächlich Ansätze haben wollen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Recycling-Presseerklärung! – Zuruf des Abg. Schrempp SPD)

– Seien Sie doch nicht so aufgeregt. Sie können das doch noch in weiten Teilen in Ihren Reden von vor einem dreiviertel Jahr selbst nachlesen. Aber ich verstehe eine gewisse Aufregung bei Ihnen, wenn Sie hier eine Debatte beantragen und dann außer viel Politlyrik wirklich nichts zu bieten gehabt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und den GRÜNEN sowie lebhafter Beifall bei den Republikanern)

Wir haben, meine Damen und Herren – –

(Abg. Schrempp SPD: Sie müssen einmal schauen, wer mehr Beifall klatscht! – Heiterkeit bei der SPD)

– Herr Schrempp, ich kann nur sagen: Dafür kann ich jetzt wirklich nichts. Ich habe gesehen, meine Fraktion hat applaudiert. Vielen Dank.

(Zuruf des Abg. Schrempp SPD)

Lassen Sie mich noch auf einen weiteren Punkt kommen, wo meiner Meinung nach noch Versäumnisse da sind.

(Abg. Weimer SPD: Herr Döring!)

– Herr Weimer, nachher. – Auch Sie sprechen an verschiedenen Stellen – und ich glaube, Herr Oettinger hat es auch sehr deutlich gemacht – davon, daß es eine Notwendigkeit gebe, Verfahren zu beschleunigen, daß wir schauen müßten, daß es eben nicht so elend lang braucht, bis man bei uns zum Beispiel eine Fabrik errichten kann. Aber dann müßten Sie auch einmal Ansätze zeigen, wo konkret Sie deregulieren wollen. Es reicht mir nicht aus, zu sagen, wie Sie das machen, Herr Oettinger: Ich hoffe, daß wir dann auch die Mehrheit in den Kommunalparlamenten dafür bekommen. Sie dürfen nicht nur auf die Mehrheiten in den Kommunalparlamenten warten, sondern müssen konkrete Deregulierungsansätze bringen.

(Abg. Oettinger CDU: Sie waren doch dagegen! – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Heißt das, daß meine Zeit abgelaufen ist?

Präsident Dr. Hopmeier: Sie können noch ein bißchen reden. Ich war auch bei anderen sehr großzügig.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Danke schön. Das ist mir vorhin auch aufgefallen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie sind gerade so schön eingelaudert!)

Vielleicht darf ich an der Stelle jetzt noch einen Punkt mit einbringen, der mir auffällt. Ich weiß, daß der bei Ihnen vor allem schrecklich unbeliebt ist, aber trotzdem sage ich Ihnen: Sie werden – und es wird nicht allzu lange brauchen – der FDP/DVP-Fraktion in bezug auf ihre Vorschläge zur Privatisierung mit wehenden Fahnen nachlaufen.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP – Lachen bei der SPD)

Sie werden nicht daran vorbeikommen, in diesem Hause endlich die Privatisierungsvorschläge der FDP/DVP konkret aufzunehmen, weil Sie gar keinen anderen Weg aus der Situation finden werden.

Lassen Sie mich noch auf eines eingehen. Ich lese leidenschaftlich gerne Zeitung. Gestern hat es mich aber wirklich wieder schier aus dem Zugabteil geworfen, als ich da lesen mußte, daß Ministerpräsident Teufel bei der IHK offensichtlich verkündet hat – ich darf das wörtlich zitieren –:

Als eines der wichtigsten Ziele für die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg hält Teufel die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Sparen sei Voraussetzung für eine weitere notwendige Senkung der Zinsen.

(Abg. Haasis CDU: Halten Sie das für falsch?)

Das ist richtig. Und dann bringen Sie zweimal hintereinander einen Haushalt mit 5 % Zuwachsrate und zweimal hintereinander mit mehr als 2 Milliarden DM Verschuldung und behaupten, das sei gespart.

(Abg. Haasis CDU: Wo wollen Sie noch mehr sparen? – Zurufe von der SPD)

Herzlichen Glückwunsch! Sparen sieht anders aus.

(Abg. Haasis CDU: Wo wollen Sie noch mehr sparen?)

– Sie werden Augen machen, was für Sparvorschläge wir Ihnen zur Konsolidierung des Haushalts vorlegen.

(Lachen bei der CDU und der SPD)

Sie können nicht auf der einen Seite davon reden, daß gespart werden müsse, damit die Zinsen nicht davonliefen, und das ganze Land damit verkohlen, daß Sie jährlich mehr als 2 Milliarden DM Schulden machen und behaupten, jetzt hätten Sie mächtig gespart. So nicht! Damit kommen Sie nicht heraus.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte ein Wort aufgreifen, das Herr Kollege Weyrosta in die Debatte eingeführt hat. Er sprach davon, wir sollten eine wirklichkeitsnahe Bestandsaufnahme machen. Ich glaube, genau darum geht es: Die Fakten sehen und werten und daraus dann die richtigen Schlüsse ziehen.

Ich möchte beginnen mit dem Einführungssatz aus dem jüngsten Memorandum zur Sicherung des Standorts Baden-Württemberg, das uns die Industrie- und Handelskammern Baden-Württembergs für diese Legislaturperiode zugestellt haben. Dieser Satz lautet:

Baden-Württemberg ist auch Anfang der neunziger Jahre ein leistungsfähiges Bundesland und ein hervorragender Wirtschaftsstandort.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Unbestritten!)

– Es ist ja sehr viel wert, wenn aus der Opposition auf einen solchen Satz der Zuruf kommt, das sei unbestritten.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Es ist mir sehr wichtig, das einmal festzuhalten.

Ein Zweites möchte ich sagen: Die Standortgunst ist kein Datum, kein naturgesetzlicher Zustand; sondern die einmal erworbene Position muß im internationalen Standortwettbewerb immer wieder neu verdient werden. Das gilt nicht nur für einen einzelnen Betrieb oder für eine einzelne Branche, sondern wir haben es mehr und mehr auch mit einem Wettbewerb der Standorte zu tun. Deswegen sind wir in dieser Sache auch in der Landespolitik gefragt, und die heutige Debatte findet zu Recht und auch zum richtigen Zeitpunkt statt.

Wir haben einerseits – auch das sollte man sehen – auf einem sehr hohen Vorjahresniveau im ersten Halbjahr 1992 in Baden-Württemberg noch ein Wachstum von 2,7 % – weit über dem Durchschnitt der Bundesländer von 1,9 %.

(Abg. Renz GRÜNE: Quantitativ!)

Andererseits lesen wir alle täglich Hiobsnachrichten in den Zeitungen: 10 500 geplante Entlassungen bei Daimler-Benz bundesweit, Abbau von 12 000 Arbeitsplätzen schon in den letzten 20 Monaten bei Bosch bundesweit, IBM erste Rate 2 000, Porsche 1 850. Diese Liste läßt sich leider um viele, viele Einzelmeldungen ergänzen. Über die Entlassungen bei mittelständischen Betrieben und Kleinbetrieben steht ohnehin nichts in der Zeitung, sie sind aber von gleicher nachteiliger Auswirkung auf die beschäftigten Arbeitnehmer. Dies löst bei den Arbeitnehmern in unserem Land Unsicherheit aus, und dies muß natürlich auch die Politik herausfordern.

Wir haben es auch mit einem Auftragsrückgang im verarbeitenden Gewerbe zu tun. Der Vergleich vom August 1992 zum August 1991: minus 13 %, bei Auftragseingängen aus dem Ausland minus 19 %; im einzelnen: beim Straßenfahrzeugbau minus 16 %, beim Maschinenbau minus 14 %, in

(Ministerpräsident Teufel)

der Elektrotechnik minus 29 %. Kein Zweifel, wir sind in einem konjunkturellen Tief.

Hinzufügen muß man – ich habe vorgestern ein Dreistundengespräch mit allen Präsidenten und Hauptgeschäftsführern der Industrie- und Handelskammern unseres Landes geführt –, daß die Situation sehr differenziert gesehen wird, sehr differenziert nach Branchen und auch sehr differenziert nach einzelnen Betrieben. Es gibt auch in Branchen, die außerordentlich betroffen sind, wie dem Maschinenbau oder dem Werkzeugmaschinenbau, Betriebe, die voll ausgelastet sind. Woher käme denn auch sonst noch ein Wachstum, insgesamt gesehen, in unserem Land?

Ich halte es für sehr wichtig, die Gründe dafür zu analysieren, denn es sind ganz und gar unterschiedliche Begründungen genannt worden. Die einen sprechen von einer tiefen Konjunkturkrise, die anderen sprechen von einer tiefen Strukturkrise. Das ist natürlich ein elementarer Unterschied, weil die Diagnose Grundlage für die Therapie ist.

Was sind die Gründe? Ich sehe externe Gründe, und ich sehe hausgemachte Gründe. Zu den externen Gründen: Wir haben es mit einer Kumulation von Negativbedingungen zu tun: Ausbleiben des Aufschwungs in den Vereinigten Staaten von Amerika, tiefe Rezession in Großbritannien, starker Nachfragerückgang bei unseren Haupthandelspartnern,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Bundesbank!)

und zwar seit Jahren. Es ist doch logisch, daß davon das exportstärkste Land der Europäischen Gemeinschaft, die Bundesrepublik Deutschland, und innerhalb der Bundesrepublik Deutschland das exportstärkste Land, Baden-Württemberg, zuerst betroffen sind. Wir wären schon vor zwei Jahren gleichermaßen wie unsere Nachbarländer betroffen gewesen, wenn wir durch die Wiedervereinigung Deutschlands nicht eine verstärkte Binnennachfrage, die viele Entwicklungen von außen überlagert hat, gehabt hätten. Auch das muß man einmal festhalten. Denn die Einheit Deutschlands wird bei uns in diesen Monaten nur unter dem Gesichtspunkt der Lasten und Opfer diskutiert. Wir haben durch die Wiedervereinigung Deutschlands auch positive Auswirkungen auf unsere Konjunktur gehabt.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Ein weiterer Einfluß von außen: Wir haben praktisch einen totalen Zusammenbruch des Markts in Osteuropa. Vorhin hat ein Redner gesagt, man müsse den Export nach Osteuropa wieder aufbauen. Wer sich einmal die Mühe macht, zu fragen, woher der Zusammenbruch der Märkte kommt – ich war in diesen Ländern –, der muß feststellen: Er kommt daher, daß überhaupt keine Devisen vorhanden sind, daß keine Kaufkraft vorhanden ist, um auf unseren Märkten Aufträge zu erteilen.

Sie wissen, was mit Hermes-Bürgschaften versucht worden ist. Man ist gerade dabei, Produkte zu verschenken. Dennoch gibt sich keine gesteigerte Nachfrage.

Wir haben international und vor allem auch bei uns ein sehr hohes Zinsniveau. Wenn gesagt wird, die Forderung

nach Zinssenkungen durch unseren Wirtschaftsminister sei genauso selbstverständlich, als wenn man gutes Wetter für Fremdenverkehrsgebiete fordere, dann kann ich nur sagen: Sie ist aber für die Wirtschaft von größter Bedeutung. Denn ein Prozentpunkt an Zinsen macht 10 Milliarden DM aus. Wenn die Bundesbank in der Lage wäre, die Zinsen um einen Prozentpunkt zu senken, stünden der Wirtschaft 10 Milliarden DM zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Das ist weit mehr als das, was wir mit einer Unternehmenssteuerreform zustande bringen können. Das muß man doch einmal aussprechen.

Weitere Auswirkungen: Wir haben faktisch schon vor der Krise des europäischen Währungssystems vor drei Wochen in den letzten anderthalb Jahren eine Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar und dem Yen – das wird meistens übersehen – von 20 % gehabt. Nun soll mir einmal jemand erklären, wie ein Unternehmen eine solche Auswirkung von außen kalkulieren und verkräften soll.

Die Folge: „Wir haben weltweit eine fast krisenhafte Investitionsschwäche“, sagte einer der führenden Unternehmer unseres Landes vor wenigen Tagen.

Nun muß doch jeder sagen, daß die Möglichkeiten des Gegensteuerns bei einem solchen Konjunkturinbruch, der von außen verursacht ist, denkbar gering sind. Wir haben auch keine – darin besteht offenbar ebenfalls Übereinstimmung – Milliardenbeträge mehr zur Verfügung, um Konjunkturprogramme aufzulegen, sofern sie überhaupt etwas nutzen würden. Die Landespolitik hat schon gar keine Instrumente, um effektiv dagegenzuhalten.

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Deuschle?

Ministerpräsident Teufel: Bitte sehr.

Abg. Deuschle REP: Herr Ministerpräsident, Sie hatten vorhin festgestellt, daß bereits eine Senkung des Zinssatzes um einen Prozentpunkt etwa 10 Milliarden DM ausmache. Geben Sie mir in meiner Annahme recht, daß Ihre Politik der Nachtragshaushalte sicher nicht zu diesem Ziel beiträgt?

Ministerpräsident Teufel: Der Nachtragshaushalte?

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

Das Thema „Haushalt“ kann man ruhig vorwegnehmen. Denn auch Herr Kollege Döring hat vorhin davon gesprochen, es würden Haushalte vorgelegt, die keine Sparhaushalte seien. Lieber Herr Kollege Döring, Sie sollten sich einmal mit den Fakten befassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben erstens für 1993 und für 1994 Einsparungen in Höhe von weit über 1 Milliarde DM vorgesehen.

(Ministerpräsident Teufel)

Zweitens: Wenn auch von FDP-Seite auf Bundesebene gesagt wird, der Bund, der mit einem Haushaltswachstum von 2,5 % fahre, sei vorbildlich und die Länder lägen weit darüber, dann kann ich nur sagen: Schauen Sie sich doch wenigstens einmal die Struktur des Bundeshaushalts und die Struktur der Länderhaushalte an.

(Abg. Schöning FDP/DVP: Das wissen wir doch alles!)

– Das ist ein Eingehen mit Fakten und Argumenten auf das, was vorhin gesagt worden ist.

Wir haben im Bundeshaushalt einen Personalkostenanteil von 13 %. Wir haben in den Länderhaushalten einen Personalkostenanteil von 40 %. Bei einer linearen Lohnerhöhung durch Tarifverträge mit Abschlüssen von 6 bis 7 % können Sie doch in einem Landeshaushalt ein Wachstum von 2,5 % schon dann nicht mehr einhalten, wenn Sie nur diesen Aspekt der linearen Tariflohnsteigerung nehmen. Das muß man, meine ich, berücksichtigen.

Dennoch bleibt es selbstverständlich richtig, daß wir in den nächsten Jahren auf jeder politischen Ebene Sparhaushalte fahren müssen, um der Deutschen Bundesbank eine andere Zinspolitik zu ermöglichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Republikaner)

Ich bin dankbar, wenn ich in diesem Haus nicht nur für diese allgemeine Aussage Unterstützung bekomme – die bekommt man leicht –, sondern wenn ich auch dann Unterstützung bekomme, wenn es um die konkreten Einsparungen geht. Ich werde Sie daran erinnern, wenn Sie bei den Haushaltsplanberatungen anstelle von Einsparungsvorschlägen weitere Ausgabensteigerungen beantragen sollten. Dann werde ich Sie an Ihren Beifall von jetzt erinnern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Nun sollte man nicht nur auf die externen Gründe verweisen, so wichtig sie sind, sondern man sollte die hausgemachten Ursachen für die gegenwärtigen Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden, genauso offen ansprechen.

Meine Damen und Herren, ich sage: Im internationalen Vergleich mit den Ländern, mit denen unsere Wirtschaft konkurriert, arbeiten wir zu kurz und produzieren wir zu teuer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das sind Fakten, die ich in allen Einzelheiten belegen kann, was ich jetzt allein wegen der Zeiteinschränkung, die eine Aktuelle Debatte gebietet, nicht tun möchte.

(Abg. Renz GRÜNE: Aber was ist das für eine Perspektive?)

Wir haben in Deutschland eine tatsächliche jährliche Arbeitszeit von 1 500 Stunden, in den USA eine jährliche Arbeitszeit von 1 850 Stunden und in Japan von mehr als 2 100 Stunden.

Zu den Fragen nach den Kosten hat einer der führenden Unternehmer unseres Landes, Herr Dr. Bierich, vor wenigen Tagen in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ gesagt, Japan habe Kostenvorteile von 25 % gegenüber vergleichbaren Branchen bei uns in der Bundesrepublik. Dies hat er belegt.

Meine Damen und Herren, man sollte nicht abstrakt von Strukturkrisen reden, sondern man sollte dann schon nach den Ursachen forschen.

(Abg. Renz GRÜNE: Genau!)

Wir haben eine Kostenkrise.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Deuschle REP)

Unsere Wirtschaft hat nicht etwa einen technologischen Rückstand. Baden-württembergische und deutsche Produkte sind nicht nur weltmarktfähig, sondern auch weltmarktführend.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Republikaner)

Aber wir können mit den Kosten nicht mehr mithalten. Deswegen müssen wir bei den Kosten ansetzen. Die Wirtschaft setzt bei den Kosten an und strebt – mit der Folge von Entlassungen – Kostenreduzierungen an, und wir müssen uns der Kosten annehmen, die wir der Wirtschaft, beispielsweise im Bereich der Lohnnebenkosten, auferlegen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Deuschle REP)

Die öffentliche Hand ist gefordert beim Thema Maschinenlaufzeiten. Die Maschinenlaufzeiten sind in anderen EG-Ländern durchschnittlich um ein Fünftel länger als in Deutschland. Das ist auch ein Faktor, der unsere Wirtschaft belastet, und ein Thema, dessen wir uns annehmen müssen.

Lieber Herr Kollege Weyrosta, Sie haben einen Politiker angesprochen, der gesagt habe, daß wir über unsere Verhältnisse lebten. Sie hätten ihn ruhig nennen können. Ich bin dieser Politiker. Sie haben meinen Vortrag vor zwei Tagen bei der Industrie- und Handelskammer gehört. Ich kenne mich zu dieser Aussage und möchte sie auch begründen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die öffentliche Hand in der Bundesrepublik Deutschland – ich habe im gleichen Vortrag dasselbe gesagt, was ich hier sage – und auch wir in Baden-Württemberg haben uns in einer Zeit der Hochkonjunktur mit sprudelnden Steuereinnahmen in den letzten zehn Jahren zu hoch verschuldet.

(Zuruf: Ja, Sie!)

– Das ist herrlich: mit dem Finger zu zeigen. Aber Sie sollten daran denken: Wenn Sie mit dem Finger zeigten, dann

(Ministerpräsident Teufel)

hat ein Finger auf mich gezeigt und vier Finger auf Sie selbst, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: So ist es, genau so ist es!)

Das sollten Sie bedenken, und zwar deshalb, weil die Opposition bei jeder Haushaltsplanberatung in diesem Haus ausgabenwirksame Anträge mit Beträgen in Milliardenhöhe in der Summe gestellt hat, die die Verschuldung in unserem Land noch weiter ausgeweitet hätten. Das will ich nur einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

Über die Verhältnisse leben heißt für mich auch, Tarifverträge mit Steigerungen abzuschließen, die über dem Produktivitätszuwachs liegen. Die letzten beiden Tarifierhöhungen waren höher als der Produktivitätszuwachs, und im Osten sind die Tarife doppelt so hoch wie die Produktivität.

(Beifall des Abg. Deuschle REP)

Es steht in jedem Lehrbuch der Volkswirtschaft, daß das nicht gutgeht. Sie können sich auch mit jedem Unternehmer unseres Landes, der in den neuen Bundesländern investiert, unterhalten; er wird Ihnen nachweisen, daß das nicht gutgeht.

Meine Damen und Herren, eine weitere Ursache: Unsere mittelständische Wirtschaft hat eine zu geringe Eigenkapitalausstattung; das heißt, wir steuern zu viele Finanzmittel weg, die dann für Investitionen fehlen.

(Beifall des Abg. Bloemecke CDU)

Das heißt für mich, daß wir die Unternehmensteuern

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

und auch die Spitzensteuersätze senken müssen. Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird in ihrem Standortsicherungsprogramm dazu ganz konkrete Vorschläge machen.

Eine weitere Ursache: Wir strapazieren unser soziales Netz immer stärker, anstatt es auf seine Effizienz hin zu prüfen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und den Zuwachs der Lohnnebenkosten zu begrenzen.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Ich sage ganz offen: Ein Scharlatan wäre, wer hier hintreten und sagen würde, daß man im Bereich der Lohnnebenkosten zu wesentlichen Kürzungen kommen könne. Wer die Entwicklung der Transplantations-, der Apparatedeckung, die steigenden Pflegekosten sieht, der weiß, daß es nicht zu einer Reduktion der Krankenkassenbeiträge kommen kann. Wer die Situation der Arbeitslosigkeit in unserem Lande und vor allem in den neuen Bundesländern sieht, der weiß, daß es nicht zu einer Reduktion der Beiträ-

ge zur Arbeitslosenversicherung kommen kann. Wer die demographische Entwicklung in unserem Land sieht, der weiß, daß die Beiträge zur Rentenversicherung in den nächsten Jahren nicht fallen, sondern eher steigen werden. Deswegen ist aber jeder verpflichtet, dann, wenn er neue Instrumente erfindet, zu sagen, wie sie finanziert werden sollen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Darauf warten wir!)

Ich bekenne mich zur Einführung einer Pflegeversicherung, weil das Risiko der Pflege bei über 4 000 DM Kosten monatlich vom einzelnen

(Abg. Wieser CDU: Nicht mehr tragbar ist!)

nicht mehr getragen werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Aber dann müssen wir uns Gedanken darüber machen, ob derzeit Risiken des einzelnen versichert sind, die er heute, im Jahre 1992, selber tragen kann, Risiken, die möglicherweise in den fünfziger Jahren nicht vom einzelnen getragen werden konnten, aber in einer veränderten Situation getragen werden können.

(Beifall des Abg. Bloemecke CDU)

Das heißt für mich, es muß ein voller und dauerhafter finanzieller Ausgleich für die Einführung der Pflegeversicherung geschaffen werden.

Meine Damen und Herren, wir haben auch bei unseren Infrastrukturen und Rahmenbedingungen noch einige Defizite, die wir beheben müssen. Baden-Württemberg – und hier sehe ich unsere Hausaufgabe – muß eine offensive Standortpolitik betreiben. Wenn Sie sich die Koalitionsvereinbarung und meine Regierungserklärung anschauen, werden Sie feststellen, daß dies die allererste Aufgabe ist, die sich diese Landesregierung vorgenommen hat: die Sicherung des Standorts Baden-Württemberg, die Sicherung von Arbeitsplätzen für die heute Beschäftigten und für die kommende Generation. Dies heißt aber: Arbeitsplätze müssen auf Dauer wettbewerbsfähig sein. Deswegen kann nicht jeder einzelne Arbeitsplatz erhalten werden; einige werden in der vor uns stehenden schwierigen Phase unabwendbarer Rationalisierungen leider eingespart werden müssen.

Zweitens: Schwierige Konjunkturphasen machen schonungslos strukturelle Schwächen einzelner Unternehmen und eines ganzen Standorts sichtbar.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Deswegen haben wir einen Kabinettsausschuß „Standortsicherung“ eingesetzt, und wir werden im Laufe des Monats November ein Sofortprogramm für kurzfristig umsetzbare Einzelmaßnahmen vorlegen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

(Ministerpräsident Teufel)

Ich halte auch folgende Einzelmaßnahmen für nötig, die ich jetzt nur in Überschriften nennen möchte:

Eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die wir selbstverständlich mit den Tarifpartnern, also auch mit den Arbeitnehmervertretungen, abstimmen müssen.

Den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Ich habe nicht ohne Grund im letzten Jahr in Baden-Württemberg ein Verkehrsministerium eingerichtet. Es hat sich allein schon durch die Nahverkehrsmillionen, die wir in Bonn zusätzlich gewonnen haben, und durch unsere Fortschritte bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans in den letzten anderthalb Jahren gelohnt.

Wir brauchen eine schnelle Anbindung der Unternehmen an die Forschungsergebnisse, die in unserem Land vorbildlich sind. Der Präsident der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar sagte vor zwei Tagen wörtlich: Andere Länder sind beim Thema Technologietransfer heute an dem Punkt, an dem wir in unserem Land schon vor zehn Jahren gewesen sind. Wir haben hier einen Vorsprung vor anderen Ländern. Wir müssen uns auf die Aus- und Weiterbildung konzentrieren, auf eine Verkürzung der Studienzeiten, auf eine stärkere Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Praxis. Wir müssen die Motivation zu einem lebenslangen Lernen, zur Weiterbildung verstärken. Wir brauchen eine Gleichwertigkeit der beruflichen Ausbildung im dualen System mit der allgemeinen Ausbildung. Unser duales System ist im Weltmaßstab vorbildlich. Wir müssen es auf der Höhe der Zeit halten.

(Beifall bei der CDU)

Während andere einsparen, sparen wir im Bereich der Berufsakademien und Fachhochschulen nicht ein, denn dann würden wir Saatgut vervespern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Wir wollen aber auch heute Saatgut ausbringen, damit wir nicht nur von dem ernten können, was andere vor uns gesät haben, sondern damit die, die nach uns kommen, auch von dem ernten können, was wir heute säen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Renz GRÜNE: Landwirtschaft als Vorbild!)

Wir haben für die nächsten sechs Jahre ein 750-Millionen-DM-Programm für Lehre und Forschung an den Universitäten aufgelegt.

Baden-Württemberg ist – das möchte ich dem Sprecher der Grünen sagen, der dieses Thema angesprochen hat – unter allen 16 Bundesländern führend in Umwelttechnologien. Wir sind auch führend in Umweltvorschriften.

(Abg. Sieber CDU: Und in der Umwelttechnik! – Zuruf des Abg. Buchter GRÜNE)

Aber das geht zunehmend zu Lasten unserer Wirtschaft, die zu Recht nicht fordert, daß unsere Umweltstandards gesenkt werden, sondern die zu Recht fordert, daß die Um-

weltstandards, die in Baden-Württemberg gelten, auch in anderen Ländern eingeführt werden, mit denen unsere Wirtschaft konkurriert.

(Beifall bei der CDU – Abg. Buchter GRÜNE: Sie dürfen uns wirklich dafür loben!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Dies ist ein Kernpunkt der Verwaltungsreform, die die neue Landesregierung in dieser Legislaturperiode angehen will.

Herr Döring, wenn Sie fragen, was es bedeutet, den Dienstleistungsstandort Stuttgart zu stärken, darf ich sagen: Das bedeutet beispielsweise, daß wir aus der Not eine Tugend machen. Ich halte es für einen Unfug, daß die EG uns vorschreibt, die Gebäudebrandversicherungsanstalten aufzulösen. Aber wenn wir sie denn auflösen müssen, dann wollen wir ein modernes Finanzdienstleistungsunternehmen als Nachfolgeeinrichtung schaffen.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Das bedeutet beispielsweise, daß wir uns darum bemühen, daß sich die beiden großen Energieversorgungsunternehmen in unserem Land zusammenschließen. Aber wir tragen dies nicht auf offenem Markte aus. Ich habe da die zwei vergeblichen Anläufe zu einem Zusammenschluß von großen Bankinstituten in Baden-Württemberg in den letzten Legislaturperioden im Auge. Wenn Sie über ein Thema nichts in der Zeitung lesen, dann heißt das noch lange nicht, daß sich die Landesregierung nicht mit ihm beschäftigt. Ich habe in den letzten Wochen ein halbes Dutzend Gespräche zum Thema „Energieversorgungsunternehmen“ geführt, und wir werden Ihnen rechtzeitig ein Ergebnis vorlegen. Diese Landesregierung dürfen Sie an ihren Taten messen, meine Damen und Herren.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Abgrenzung zu früher, oder?)

Ich halte die Lösung der Sondermüllproblematik für besonders wichtig. Wir haben dazu ein Konzept vorgelegt. Baden-Württemberg und die deutsche Wirtschaft stehen derzeit vor gewaltigen Herausforderungen. Wir haben eine Durststrecke durchzustehen. Wir müssen Strukturen auf Vordermann bringen. Wir müssen aber auch sehen, daß die Ausgangsbasis für unser Land im Ländervergleich und im internationalen Vergleich trotz allem gut ist. Wir haben eine Bildungsinfrastruktur und eine Forschungsinfrastruktur, die sich sehen lassen können. Die jüngste Statistik des Patentamts in München – zwei Wochen alt – weist auf das Jahr 1991 bezogen aus, daß Baden-Württemberg nach wie vor mit riesigem Abstand zu allen anderen Bundesländern die meisten Patentanmeldungen beim Deutschen Patentamt in München hatte.

(Abg. Renz GRÜNE: Patente sind doch nicht Sondermüll!)

Das ist der Humus, auf dem eine weitere gute wirtschaftliche Entwicklung gedeiht. Ich nehme an, daß Sie nichts dagegen haben. Außerdem nützt es überhaupt nichts, wenn man Zahlen und Fakten anschnauzt. Zahlen und Fakten

(Ministerpräsident Teufel)

sollte man akzeptieren und zur Grundlage der eigenen Politik machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in unserem Land im mittelfristigen Trend gute Entwicklungschancen. Deswegen gibt es keinen Grund zur Resignation und zur Lethargie, aber viele Gründe, jetzt kraftvoll und gemeinsam zuzupacken. Wir sollten die schwierige Konjunkturphase als Chance nutzen, gut zu bleiben, wo wir stark sind, und besser zu werden, wo sich Schwächen zeigen.

Meine Damen und Herren, ich halte für richtig, was heute in einem Kommentar im Wirtschaftsteil der „Stuttgarter Zeitung“ steht.

(Abg. Oettinger CDU: Genau!)

Auch dies sollten wir uns bei allen Schwierigkeiten, in denen wir stehen, vor Augen führen. Ich darf wenige Sätze aus diesem Kommentar zitieren:

Auch gibt es wohl das eine oder andere, das verbessert werden muß – die psychologische Wirkung dieser ständigen Klagen über Schwächen des Südwestens könnte jedoch durchaus kontraproduktiv sein. Dies zumal in einer konjunkturellen Abschwungphase, in der die Aussichten für das nächste Jahr höchst unsicher sind und führende Wirtschaftsforscher ihre Vorhersagen herunterkorrigieren. Es besteht die Gefahr, daß manche die vorübergehende Schwäche des Südwestens fälschlich als tiefgreifende Strukturkrise fehlinterpretieren, daß zuviel Schwarzmalerei den Investoren die Stimmung gründlich verdirbt. Aus einer erwarteten Abkühlung nach dem überhitzten Boom der deutschen Einheit könnte dadurch eine frostige Eiszeit werden.

(Abg. Oettinger CDU: Völlig richtig!)

Meine Damen und Herren, auch dies sollten wir uns vor Augen führen. Ich plädiere dafür, daß wir weder gesundbeten noch krankreden, sondern realistisch von der Wirklichkeit ausgehen und dort Hand anlegen, wo wir zuständig sind, und dort unsere Hausaufgaben machen, gleichzeitig aber auch auf unsere Wirtschaft vertrauen, die schon aus ganz anderen Konjunkturtälern wieder zu neuem Hoch gekommen ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD
– Abg. Oettinger CDU: Sehr richtig!)

Präsident Dr. Hopmeier: Nach § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung haben die Herren Abg. Kuhn und Dr. Döring um das Wort gebeten. Das Wort erteile ich zunächst Herrn Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, Herr Ministerpräsident, über zwei Aspekte Ihrer Rede; das will ich vorausschicken. Der eine ist, daß Sie inzwischen bereit und in der Lage sind, zuzugeben, daß wir tatsächlich Probleme haben. Ich will daran

erinnern, daß Sie im Wahlkampf, wenn Sie jemand darauf hingewiesen hat, daß wir vor einem Einknick bei der Konjunktur stehen, das immer als Schlechtedrederei und bei der SPD als sozialistische Agitation abgetan haben und einfach leugnen wollten. Dies ist nun anders. Darüber kann man sich freuen. Das Problem ist natürlich, ob es nicht besser gewesen wäre, Sie hätten es schon vor einem halben Jahr eingesehen, denn je früher man mit Remeduren, mit Maßnahmen einsetzen kann, um so mehr kann man eben auch erreichen.

Der zweite Punkt, der mich gefreut hat, ist, daß Sie doch klar gesagt haben, daß wir zwar sowohl eine Konjunkturkrise haben als auch eine Krise – –

(Abg. Maurer SPD unterhält sich mit dem Präsidenten.)

– Es tut mir leid, Herr Präsident, aber wenn im Hintergrund Herr Maurer noch Geschäftsordnungen interpretiert, kann man sich schwer konzentrieren.

Daß Sie, Herr Ministerpräsident, gesagt haben, es sei mehr als eine Konjunkturkrise, es gebe Hausgemachtes und Fremdverschuldetes, finde ich sehr richtig. Ich meine, wir sollten unsere Maßnahmen oder die Möglichkeiten, die wir überhaupt haben, auch nach der Frage ausrichten: Was ist fremdverschuldet, wo können wir also sehr wenig tun, und was ist wirklich hausgemacht, wo gäbe es also Möglichkeiten für die Politik, im Lande und auch auf Bundesebene etwas zu tun?

Zunächst ist richtig: Wir haben eine Konjunkturkrise. Aber ich glaube, es wäre völlig falsch, wenn man jetzt nur mit klassischen Instrumenten gegen die Konjunkturkrise vorgehen würde, und zwar aus dem einfachen Grund, wie es Herr Oettinger im Unterschied zu Ihnen, Herr Teufel, richtig gesagt hat: Wir haben halt auch eine Strukturkrise, und über diese müssen wir auch reden. Wenn wir also nur die klassischen Instrumente Zinssenkung, Steuersenkung – von Herrn Spöri für die Unternehmensteuern mehrfach vorgeschlagen –, Steigerung der Nachfrage auf dem Binnenmarkt einsetzen würden oder, was man oft bei Konjunkturkrisen macht, was Sie aber nicht so gerne hören, einen Regierungswechsel vornehmen würden, dann würde man, glaube ich, das eigentliche Element dieser Krise verfehlen, nämlich ihre Strukturen. Herr Spöri zieht jetzt durchs Land und plädiert für Zinssenkungen. Zusammen mit Dieter Hundt von Gesamtmetall sagt er jetzt, die Umweltschutzelastungen seien zu hoch, während er im Wahlkampf bei keinem Satz die Ökologisierung der Wirtschaft vergessen hat. Sie haben schon nach wenigen Monaten vor dem notwendigen ökologischen Strukturwandel kapituliert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident Teufel weiß als wirtschaftspolitische und strukturpolitische Antwort bei seinem Porsche-Besuch nichts Besseres, als vorzuschlagen, bei der Polizei nachzufragen, ob noch ein paar Porsche benötigt würden. Das ist nichts anderes als Keynesianismus im Polizeibeschaffungswesen, aber jedenfalls keine weitsichtige, die Struktur berücksichtigende Wirtschaftspolitik.

(Kuhn)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stecken wir in einer Strukturkrise? – Meiner Meinung nach ja. Worin besteht sie? – Für Sie besteht sie in der Kostenstruktur, daß wir gegenüber anderen Ländern bei den Kosten große Nachteile haben. Das stimmt, wenn man zum Beispiel an Japan oder auch an die Länder im südostasiatischen Raum denkt. Aber glauben Sie denn wirklich, Herr Teufel, daß man durch eine Kostensenkungspolitik in der Bundesrepublik mit Monatslöhnen von 400 DM oder 500 DM in Korea konkurrieren kann? Bei Senkungen können wir vielleicht mit Frankreich, England oder der Schweiz konkurrieren, aber doch nicht mit Ländern wie Korea. Das heißt: Die Politik der Kostensenkung in dieser Situation verfehlt das eigentliche Problem, nämlich, daß wir mit den Ländern in Fernost und vielen anderen Ländern um neue Produkte konkurrieren. Wir können die Strukturkrise nur überwinden, wenn wir uns fragen, welche Produkte und Produktionsverfahren uns heute fehlen, mit denen wir in fünf, sechs Jahren Märkte der Zukunft eröffnen können.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Dabei haben Sie, Herr Oettinger und Herr Teufel, mir die Frage der Ökologie zu sehr heruntergespielt. Eine ganze Reihe von Produkten und Produktionsweisen – denken Sie an die Abfallproblematik – wird kurzfristig, aber vor allem mittel- und langfristig auf dem Weltmarkt nicht mehr Bestand haben, weil alle industrielle Metropolen, die die Hauptimporteure von baden-württembergischen Produkten sind, durch die Umweltprobleme die gleichen Schwierigkeiten haben wie wir. Deswegen müssen umweltfreundliche Produkte produziert werden.

Herr Teufel, Sie haben angeführt, wir stünden bei der Umwelttechnik an der Spitze. Zwei Gegenbeispiele hierzu: Beim Solarauto stehen wir nicht an der Spitze. Hier haben die baden-württembergische und die bundesrepublikanische Automobilindustrie die Entwicklung der Zukunft verschlafen, und zwar nicht, weil man hier faul ist oder an so etwas nicht denkt, sondern weil die verkehrs- und energiepolitischen Rahmenbedingungen nicht gestimmt haben. Die politische Seite ist auf ein energie- oder schadstoffarmes Auto nicht eingegangen, und deswegen bestanden Investitionsunsicherheiten.

Das zweite Beispiel ist die Solartechnik. Siemens will in der Bundesrepublik eine Solartechnologie-Produktionsanlage im Investitionswert von 200 Millionen DM bauen. Siemens zögert noch immer, weil nicht sicher ist, ob die bundesrepublikanische Energiepolitik einen Markt für diese Produkte schaffen wird.

Das „Tausend-Dächer-Programm“, von dem der Minister immer erzählt, schafft diesen Markt nicht, weil jeder, der Solarzellen produzieren will, längerfristig denken muß. Er weiß nicht, ob nach Ende des Programms ein Absatzmarkt vorhanden sein wird oder nicht. Langfristige Absatzmärkte werden nur durch eine Veränderung der energiepolitischen Rahmenbedingungen geschaffen, also durch eine systematische Begünstigung der Solartechnik.

Herr Oettinger, Sie wissen, daß die Solarenergie vor allem

in Ländern der Dritten Welt und in Schwellenländern eine wahnsinnige Exportmöglichkeit darstellt. Hier werden durch fehlende Rahmenbedingungen wirtschaftliche Exportmöglichkeiten systematisch unterbunden.

Ein drittes Beispiel ist die Abfalltechnologie. Sie wissen vielleicht, daß die französische Paribas-Bank eine Studie gemacht hat, in der der Markt der neuen Abfalltechniken untersucht wurde. Hier wurden nicht nur Filtertechniken, sondern auch neue Produkte, neue Produkttechniken und neue Werkstoffe einbezogen. Die Studie kam zu dem erstaunlichen Ergebnis, daß im Jahr 2000 dieser Markt europaweit jährlich 70 Milliarden US-Dollar ausmachen wird. Das ist übrigens mehr als der gesamte Umsatz des Daimler-Benz-Konzerns, damit wir nur einmal über die Größenordnungen Bescheid wissen, über die hier geredet wird.

Diese Studie von Paribas hat auch untersucht, welche Betriebe, welche Konzerne in Europa diesen Markt unter sich aufteilen werden. Erstaunlich ist: Darunter sind zwei in der Bundesrepublik, aber keiner in Baden-Württemberg. So viel, Herr Ministerpräsident, zu Ihrer Aussage, Baden-Württemberg sei in allen umwelttechnischen Bereichen an der Spitze. Dies ist einfach falsch, und es ist falsch, weil wir die Rahmenbedingungen in unserem Land nicht richtig gesetzt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch eine Bemerkung zu Ihrer Politik der Kostensenkung: Herr Leibinger – Herr Sieber, hören Sie zu! –

(Abg. Sieber CDU: Ich höre zu!)

hat einmal richtig gesagt – ich zitiere sinngemäß –: Was nützen mir Steuererleichterungen, wenn mir der Weltabsatz für meine Produkte fehlt! – Genau in dieser Situation stehen wir heute. Wenn ich nicht mehr die Produkte habe – und das wäre ein schadstoffarmes Auto, das wäre vor allem ökologisch besser erzeugte Mobilität über öffentliche Verkehrssysteme anstatt durch das Auto –, dann kann ich nicht exportieren und den Standort langfristig nicht sichern. Ich glaube, dies fehlt in Baden-Württemberg.

Ich sage Ihnen auch, warum es fehlt: Es fehlt im Kern nicht, weil Sie etwa nicht willens wären, weil Sie dies nicht auch hätten erkennen können, sondern es fehlt, weil Sie die Rahmenbedingungen in der Verkehrspolitik, in der Energiepolitik, bei fortschrittlichen Abfalltechniken, im Umweltschutz in Betrieben, bei Themen wie Produktlinienanalyse, bei einer industriellen Produktion, die auf Erkenntnis und Erfassung der Stoffströme aufbaut, nicht gesetzt haben, meine Damen und Herren,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und hartnäckig Lobbyisten für die alten Strukturen sind, die uns die wirtschaftliche Zukunft kosten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich halte überhaupt nichts – Herr Ministerpräsident, da stimme ich Ihnen voll zu – vom Schlechtreten unseres Wirtschaftsstandorts, und zwar aus dem einfachen Grund,

(Kuhn)

weil in diesem Wirtschaftsstandort genügend technisches Know-how, genügend Fähigkeiten wären, wenn wir nur die Rahmenbedingungen änderten, um wirklich einen großen Schritt nach vorn zu tun. Herr Weyrosta hat völlig recht: In solchen Krisen, die Strukturkrisen sind, besteht natürlich die Hoffnung, wenn man die Krise erkennt und bereit ist, zu analysieren, was los ist, die Möglichkeit, die Grundlage für einen wirtschaftlichen Erfolg für die Zukunft zu legen. Nur: Was der Herr Ministerpräsident gesagt hat, schien mir sehr wenig von dieser neuen Struktur erkennen zu lassen. Das war eigentlich die Verwaltung eines Status quo.

Nun haben Sie natürlich ganz recht: Wenn ich den Status quo retten will und nichts anderes, wenn ich keine Visionen nach vorne habe, dann handeln Sie völlig richtig, wenn Sie sagen: „Da müssen wir da ein bißchen Kosten senken, da müssen wir dort ein bißchen Kosten senken.“ Ich bin nicht gegen das Kostensenken, damit Sie das nicht falsch verstehen, aber ich glaube, das erfaßt die Dimension und die Tiefe der Krise, vor der wir stehen, nicht.

Deswegen mache ich ein paar konkrete Vorschläge.

Erstens: Wir signalisieren unserer Wirtschaft, daß wir wirklich die Strukturkrise erkennen, und schaffen neue Rahmenbedingungen. Die brauchen gar nicht martialisch zu sein. Wir sagen einfach, Energiepreise würden sich verteuern. Mit der Zeit werden wir mit dem technischen Know-how, das wir hier haben, erreichen - und die Wirtschaft wird es uns danken -, daß etwa stromeinsparend produziert wird.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ganz genau!)

Daimler-Benz geht nicht richtig auf den Markt für Blockheizkraftwerke - und es ist ein klassisches Feld eines Automobilkonzerns, Motoren hierfür zu produzieren -

(Abg. Sieber CDU: Nein!)

weil die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht bestehen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Zweitens - Herr Fleischer, hören Sie zu! -: Wir nutzen die Vorteile, die wir in Baden-Württemberg, Herr Ministerpräsident, dank Ihres Vorgängers tatsächlich haben, zur Entwicklung neuer Techniken. Wir haben ja mit der Steinbeis-Stiftung tatsächlich ein hervorragendes Instrument, schnell neue Techniken, die es in der Forschung bereits gibt, im Markt zu implantieren. Nur: Wir müssen jetzt auch dafür sorgen, daß im Bereich der neuen Zukunftstechniken und nicht nur bei der Mikroelektronik und Medizintechnik, wo die Hauptschwerpunkte der Steinbeis-Stiftung liegen, Neues passiert.

Beispiel: Uns fehlen in Baden-Württemberg Technologiezentren, in denen neue Abfalltechnologien, neue Verwertungstechniken ausprobiert und schnell in die Wirtschaft hineingebracht werden. Ich sage noch einmal: Dies ist nur dann möglich, wenn wir die Rahmenbedingungen wirklich

so setzen, daß in Baden-Württemberg Abfallvermeidung und -verwertung ganz vorne steht, nicht nur nachher in den Abfalldebatten, sondern auch praktisch in der Wirtschaftspolitik; denn Abfallpolitik, meine Damen und Herren, ist nichts anderes als Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abg. Fleischer CDU: Wirtschaftspolitik ist auch nicht nur Abfallpolitik!)

- Herr Fleischer, Sie können ja nachher rausgehen, wenn Ihnen noch etwas Besseres einfällt als dieser Zwischenruf.

(Abg. Sieber CDU: Das kann er leider nicht! Aber es stimmt trotzdem!)

Zum Abschluß möchte ich Ihnen sagen: Ich glaube, daß wir wirklich in dieser Krise eine Chance haben. Dies setzt voraus, daß wir alle zusammen nach den neuen Strukturen fragen und nicht hergehen, wie Sie es in Ihrer Rede getan haben, und die alten Strukturen durch Maßnahmen der klassischen Konjunkturpolitik stabilisieren, die wir - und da bin ich erstaunt, weil Sie das ja gesagt haben - sowieso nicht in der Hand haben.

Eine Sache hätten Sie vielleicht über die Bundesregierung ein bißchen mehr in der Hand, und das will ich zum Abschluß noch sagen, nämlich die Währungspolitik der Bundesbank, die ja dank den Interventionen der Bundesregierung keineswegs mehr so unabhängig ist, wie sie sein sollte. Ich kann nur sagen: Die Zins- und Währungspolitik in den letzten Jahren hat natürlich schon im Export wirklich zu Problemen geführt, denn man kann einfach politisch kein Interesse an der Schwächung der Währungen haben, in deren Gebiete wir exportieren. Da müssen Sie einmal in Bonn bei Ihren Kolleginnen und Kollegen und auch bei den Kollegen der FDP, die da mitverantwortlich sind, anfragen. Diese Währungspolitik hat uns viel gekostet, aber ich meine, wir sollten uns auf den Strukturwandel im Lande konzentrieren.

Die Chancen sind gut, und ich bitte Sie, Herr Ministerpräsident, die Augen zu öffnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Hopmeier: Ebenfalls nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Dr. Döring das Wort.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie der Vorredner darf auch ich ausdrücklich anerkennen, Herr Ministerpräsident, daß Sie in dieser Debatte zum Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg erstmals auf Schönreden verzichtet haben. Ich fand es vom Ansatz her völlig richtig, daß Sie eingeräumt haben, daß wir in einer Reihe von Problemen stecken. Ich würde aber auch noch einmal deutlicher unterstreichen wollen: Auch von seiten der Opposition hat niemand das Gegenteil getan; niemand von uns hat den Standort schlechtgeredet, weil es in der jetzigen Situation grundverkehrt wäre, hier noch weitere Wehklagen anzustimmen und ihn weiter schlechtzureden.

(Dr. Döring)

Herr Kuhn hat eine ganze Reihe von außerordentlich wichtigen Aspekten im innovativen Bereich erwähnt. Aber, Herr Kuhn, Sie dürfen nicht so tun, als ob zum Beispiel im Bereich der Umwelt- und Energiesteuer gar nichts passieren würde. Sie wissen, daß der Einsatz für eine weitere Verteuerung der Energie weit verbreitet ist, daß wir das Wort CO₂-Steuer ja nicht nur im Munde führen, sondern daß es hierzu konkrete Beschlußlagen gibt. Sie wissen es aus der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses: Ein entscheidender Unterschied bei der CO₂-Steuer ist nun einmal der, daß Sie für einen nationalen Alleingang eintreten und wir eben nicht, und zwar deswegen nicht, weil wir keine zusätzliche Belastung unserer Wirtschaft haben wollen, eine zusätzliche Belastung, die nur zum Schaden der hiesigen Wirtschaft und damit auch zum Schaden der Arbeitsplätze ausgehen könnte.

Ich wehre mich auch ein Stück weit dagegen, daß Sie von Ihrer Seite aus diese Kostenaspekte arg beiseite wischen, daß Sie sagen, die Unternehmensteuerreform sei gar kein so furchtbar wichtiges Thema. Natürlich ist es sogar eines der entscheidenden Themen, daß endlich eine Steuerreform in Gang kommt, die eine klare steuerliche Entlastung der Unternehmen bedeutet. Es muß von unserer Seite aus auf den Weg gebracht werden, eine Steuerreform durchzuführen; ich habe es vorhin schon angesprochen. Wir warten auf die Bundesratsinitiative der Landesregierung für eine Unternehmensteuerreform, die die reinvestierten Gewinne steuerlich anders behandelt als die entnommenen.

Herr Ministerpräsident, ich muß noch einmal auf zwei, drei Punkte Ihrer Ausführungen eingehen. Bezeichnend war – und das sehe ich ganz selbstverständlich genauso –, daß Sie mehrfach noch einmal auf die Lohnnebenkosten eingegangen sind. Aber die Frage ist halt nach wie vor nicht beantwortet: Warum haben Sie Ihr bis zum 5. April 1992 vertretenes Pflegeversicherungsmodell aufgegeben? Warum haben Sie es aufgegeben? Es ist ein Bestandteil dessen, auch wenn es Ihnen nicht behagt. Es kommt als Teil dazu, weil es nun einmal die Lohnnebenkosten belastet, und zwar in nicht unerheblichem Ausmaß. Sie sind auch heute wieder die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, wie Sie es denn jetzt konkret finanzieren wollen.

Der nächste Punkt ist: Die Lohnnebenkosten müssen heruntergehen, ganz klar, aber Sie müssen sagen, wie Sie den Ausgleich finanzieren wollen. Die Unternehmensteuerreform muß kommen; wir warten auf Ihre Bundesratsinitiative. Wir wollen den gespaltenen Steuersatz.

Der nächste Punkt: Es ist gar keine Frage, es gibt eine ausdrückliche Anerkennung der allermeisten Bereiche der Bildungseinrichtungen, die wir im Land Baden-Württemberg haben. Bezeichnenderweise haben Sie nur den Berufsschulbereich ausgeklammert.

(Minister Dr. Spöri: Nein, den hat er erwähnt!)

Der Berufsschulbereich ist der Bereich, zu dem wir erst vor kurzem, erst vor wenigen Tagen einen Bericht der Betriebe bekommen haben, die den Berufsschulen keine guten Noten gegeben haben, weil sie zu hohen Unterrichtsausfall haben. Wenn Sie allerdings mit uns der Meinung sind – und das werden Sie ja wohl sein –, daß der gesamte Ausbil-

dungsbereich eine außerordentlich wichtige Rolle spielt, wenn es um die Qualifizierung unserer jungen Leute und um die Qualifizierung der Arbeitsplätze geht, dann können Sie den Bereich nicht einfach ausklammern wollen. Es geht nicht nur um den Bereich der Berufsschulen, sondern auch darum: Wo ist die Qualifizierungsoffensive? Wo sind die Weiterbildungsmöglichkeiten, auf die wir dringend angewiesen sind? Auch die sind meiner Meinung nach bisher von Ihnen nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung gestellt worden.

Wir werden uns – das sage ich, weil Herr Weyrosta mehrfach nachdrücklich von der Verantwortung gesprochen hat – überhaupt nicht davonstehlen. Wir gehen mit hinein in die Verantwortung, aber wir erwarten auch eine Mehrbeteiligung von Seiten der Landesregierung, wenn es darum geht, diese Standortsicherungsprogramme zu erarbeiten. Nur, da reicht es nicht aus, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen: „Bloß weil Sie das nicht in der Zeitung lesen, heißt das noch lange nicht, daß wir da nichts machen. Wir machen da schon irgendwo etwas, und so brockenweise wird vielleicht einmal ein Stück weit davon erzählt.“ Sie sollten jetzt von Ihrer Seite aus – es ist, glaube ich, Zeit genug gewesen – Ihre Standortsicherungsprogramme konkretisieren. Sie müssen sie umfassend auf den Tisch legen. Sie müssen deutlich machen, an welchen Stellen Sie wofür eintreten.

Stichwort Arbeitszeit. Natürlich ist die Flexibilisierung der Arbeitszeit ein enorm wichtiges Thema. Das ist gar keine Frage. Die Maschinenlaufzeiten sind ein enorm wichtiges Thema. Aber wo sind die Kommentare des Wirtschaftsministers dazu, wenn wir in der vergangenen Woche von verschiedenen Gewerkschaftsseiten aus hören, die 35-Stunden-Woche sei noch lange nicht das Ende der Fahnenstange, es müsse die 30-Stunden-Woche angepeilt werden. Da vermisste ich, daß sich der Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg zu Wort meldet und klar und deutlich sagt, daß es nicht ständig mit Arbeitszeitverkürzungen weitergehen kann. Das Gegenteil wird vielmehr der Fall sein müssen. Wir werden sehen müssen, daß wir eine Arbeitszeitverlängerung, eine Lebensarbeitszeitverlängerung hinkommen.

(Abg. Oettinger CDU: Gilt das auch im Lehrerbereich?)

Die Unterschiede sind genannt worden. Wir hinken 500 Stunden im Jahr hinterher. Das ist mit einer Standortfrage.

Herr Kuhn, es ist nicht ganz redlich, wenn Sie sagen: Bei Ihren Bemühungen, da ein paar Kosten zu senken, können Sie bei den 400-DM-Löhnen in anderen Ländern überhaupt nichts erreichen.

(Abg. Renz GRÜNE: Sondern?)

Sie müssen doch einmal sehen, daß mit die Hauptkonkurrenten nicht die Länder sind, bei denen die 400-DM-Löhne die Regel sind. Wenn Sie die gesamten westlichen Industrienationen sehen, wenn Sie Japan sehen, werden Sie doch nicht sagen wollen, daß das Länder seien, wo wir mit solchen Löhnen zu konkurrieren hätten. Vielmehr haben

(Dr. Döring)

wir bei uns in Europa selber eklatante Unterschiede in den Kosten. Es geht darum, diese Unterschiede abzubauen. Da müssen Sie mehr machen als das, was Sie bisher ausgeführt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Spöri.

Wirtschaftsminister Dr. Spöri: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin eigentlich trotz aller Divergenzen in dieser Debatte sehr froh, daß die Lagebeurteilung sehr differenziert ausfällt und daß sich hier eine differenzierte Ausgangsanalyse durchzusetzen scheint. Die Richtung ist auf der einen Seite die: Wir sind uns darüber einig, daß Baden-Württemberg heute in Europa mit seinem Wohlstandsniveau, mit seiner ökonomischen Leistungskraft ganz an der Spitze steht. Auf der anderen Seite hat dieses Land aber gegenwärtig nicht nur eine kleinere Wachstumsdelle zu verkraften. Dies scheint mir das differenzierte Fazit in der Analyse zu sein.

Wir sollten uns hier nichts vormachen: Die Prognosen des Jahreswirtschaftsberichts, Herr Döring, sind inzwischen sämtlich Makulatur. Wir können Sie alle in den Papierkorb werfen. Wir haben es bei aller Differenziertheit in der Lagebeurteilung in diesem Land wirklich mit einem ausgewachsenen Abschwung zu tun, der auch immer stärker auf den Arbeitsmarkt durchschlägt. Es sind nicht nur die Zahlen von einzelnen Firmen, die der Herr Ministerpräsident hier eben genannt hat. Dieser Abbau an Beschäftigung wird sich nach den jetzt bereits bekanntgewordenen Firmenplanungen bis tief in das nächste Jahr hinein fortsetzen. Auch die Kurzarbeit wird nach der Voranmeldung der Firmen im Oktober noch einmal ansteigen. Darauf müssen wir uns in unserer politischen Konzeption realistischweise ausrichten.

Deswegen sage ich: Kein Zweifel, wir stehen, ausgehend von einer sehr guten Position, von einer wirtschaftlich starken Position, in Baden-Württemberg vor einer sehr schweren wirtschaftlichen Belastungsprobe. Es wäre falsch – das ist auch richtig –, diese Belastungsprobe in diesem Lande nur auf konjunkturelle Phänomene zu reduzieren. Es sind im wesentlichen drei Ursachenbereiche, die sich gegenwärtig überlagern und die die baden-württembergische Wirtschaft belasten.

Der erste Bereich ist die genannte weltweite konjunkturelle Lähmung, vor allem im Investitionsgüterbereich. Es ist ganz klar, logisch, erwartbar und folgerichtig, daß eine weltweite Lähmung der Investitionsgüterkonjunktur auf Baden-Württemberg überdurchschnittlich durchschlagen muß, lieber Kollege Oettinger, was Sie ja zu Recht festgestellt haben. Insofern kann mich der überdurchschnittliche Rückgang bei der Auftragsentwicklung, zum Beispiel im Auslandsbereich, überhaupt nicht überraschen, ebensowenig diejenigen, die vergangene Konjunkturzyklen beobachtet haben.

Der zweite Punkt ist, daß wir es in den nächsten Monaten und Jahren auch in diesem Land mit sehr schweren Belastungen aus der ungelösten Frage des Aufbaus Ost zu tun haben. Das wird uns durch eine zunehmende Mittelverla-

gerung belasten, und es wird uns auch weiterhin im Rahmen der Finanz- und der Geldpolitik belasten. Diese Mittelbeanspruchung ist eine wesentliche Ursache für die heutigen hohen Zinsen und damit auch für die Dämpfung unserer Investitionsgüterkonjunktur.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen dritten Punkt nennen; ich bin sehr dankbar, daß darauf eingegangen worden ist. Neben der Konjunktur, neben dem Zurückschlagen der Folgewirkungen des Aufbaus Ost ist ein dritter Faktor genannt worden, den wir ganz konkret diskutieren müssen. Das sind Schwächen in der strukturellen Entwicklung, die auch in unserer Wirtschaft vorhanden sind – das heißt, alles Gute ist noch steigerbar, auch wenn man Stärken hat –, und es sind vorhandene Standortschwächen, die unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren ausgehöhlt haben.

Ich warne aber vor einer weitverbreiteten Fehleinschätzung, was die konjunkturelle Abschwungsbewegung anlangt. Wir hatten jetzt in der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg einen fast zehnjährigen Boom, meine Damen und Herren, und wir sollten deshalb die Tatsache eines konjunkturellen Abschwungs für sich allein genommen nicht dramatisieren. Wenn nach zehn Jahren ein solcher Konjunkturabschwung kommt, besteht noch keinerlei Anlaß zur Standortlarmoyanz. Wir hatten niemals in der Wirtschaftsgeschichte einen endlosen Konjunkturaufschwung, und wir werden ihn auch niemals haben, auch nicht in Baden-Württemberg. Deswegen: keine Dramatisierung des konjunkturellen Abschwungs.

Meine Damen und Herren, eine Belastung, die eine große Rolle spielt – das sollte man nicht unterschätzen –, sind natürlich Politikbereiche, die gegenwärtig nicht auf die konjunkturelle Situation abgestimmt sind. Ich nenne als Beispiel etwas, was in der Debatte noch gar nicht angesprochen worden ist: die völlig chaotische Abgaben-, Steuer- und Zwanganleihebende auf Bundesebene, die einen verheerenden psychologischen Flurschaden anrichtet.

(Beifall der Abg. Birgit Kipfer und Maurer SPD)

Ich spreche da alle Parteien an, weil alle daran beteiligt sind. Diese Debatte muß schnellstmöglich beendet werden.

Wer ehrlich ist, meine Damen und Herren, kann niemals versprechen – und er sollte sich davor hüten, so etwas zu versprechen –, daß es in alle Ewigkeit keine Steuer- und Abgabenerhöhung gibt. Aber eine solche Debatte kann man nicht ungeordnet monatelang laufen lassen, ohne daß sie zu einem Ergebnis führt.

(Beifall eines Abgeordneten der CDU)

Deswegen sage ich: Der psychologische Flurschaden dieser Debatte, auch die negative Auswirkung auf die Steuereinnahmen unserer Haushalte ist längst größer als die mögliche Einnahmewirkung der Instrumente, die hier diskutiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

(Minister Dr. Spöri)

Der zweite Punkt, in dem die Politik nicht auf die konjunkturelle Herausforderung abgestimmt ist, sind die geld- und finanzpolitischen Strategien auf nationaler und internationaler Ebene. Ich kann nur eines sagen: Die Geld- und die Finanzpolitik waren weder national noch international im letzten Jahrzehnt so unabgestimmt wie jetzt, in dieser Zeit eines Konjunkturabschwungs. Das ist sehr gefährlich.

(Lachen des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Für die Exportwirtschaft in Baden-Württemberg bedeutet das für sehr viele Firmen, die jetzt noch hervorragende Absatzfolge auf Auslandsmärkten haben, daß sie aufgrund der Abwertung der wichtigsten Partnerwährung in eine ungeheure Kosten-Ertrags-Klemme gekommen sind und viele Millionen zuschießen müssen.

Deshalb sage ich: Es ist dringend notwendig, zu einer besseren Koordination von Geld- und Finanzpolitik zu kommen. Der unterschwellige Konflikt zwischen Bundesbankpolitik und Finanzpolitik ist sehr gefährlich für unsere weitere konjunkturelle Entwicklung.

Nun zur Rolle der Bundesbank. Herr Kuhn hat die Rolle der Bundesbank angesprochen. Mich kann niemand in der Verteidigung der Autonomie der Deutschen Bundesbank übertreffen. Die Autonomie der Bundesbank steht, Herr Kuhn, selbstverständlich nicht zur Disposition; das ist ein ganz klares Wort.

Aber was jetzt in erster Linie not tut – das muß man sagen –, ist eine abgestimmte Zinssenkungspolitik mit den anderen Staaten in der sogenannten G-7-Gruppe. Die Bundesbank ist zwar autonom, sie schwebt aber nicht in einem luft- und kritiklosen Raum. Das heißt, man darf zur geldpolitischen Wirkung, die gegenwärtig ausgelöst wird, immerhin etwas sagen und kommentieren.

(Abg. Sieber CDU: Das darf man! Natürlich!)

Ich meine, die Bundesbank hat die Gefahren durchaus erkannt. Sie hat gestern bei ihren Wertpapier-Pensionsgeschäften zum ersten Mal die Zügel – im Zusammenhang mit den Zinsen – leicht losgelassen. Aber dies muß sich in den nächsten Monaten in einer Senkung der Leitzinsen, die stärker als diejenige Mitte September ausfallen muß, fortsetzen.

Unsere gegenwärtigen Leitzinsen – der Diskontsatz beträgt 8,25 % – stehen in der Geschichte der Bundesrepublik auf einem Rekordniveau. Wir hatten in keiner konjunkturellen Abschwungbewegung – weder in den siebziger Jahren noch zu Beginn der achtziger Jahre – ein solches Rekordzinsniveau. Das geht nicht zusammen. Rekordzinsniveau auf der einen Seite und Abschwächung der Investitionsgüterkonjunktur auf der anderen Seite: Dies muß sich ändern.

Ich habe in den letzten Monaten immer davor gewarnt, die Bundesbank zum Prügelknaben der wirtschaftspolitischen Diskussion zu machen. Aber ich muß jetzt sagen: Wenn die gegenwärtig betriebene Zinspolitik weiter durchgehalten wird, wenn diese nicht stärker korrigiert wird, wäre das genau unter dem Gesichtspunkt der Staatsverschuldung kon-

traproduktiv, weil darunter die Einnahmen der öffentlichen Haushalte leiden und die Kredite noch höher würden.

(Abg. Sieber CDU: Es ist genau umgekehrt! Die Ausgaben müssen herunter!)

– Herr Kollege Sieber, jetzt kommen wir zu dem entscheidenden Punkt. Meine Damen und Herren, natürlich können wir die Last nicht allein auf die Bundesbank abwälzen.

(Abg. Sieber CDU: So!)

Die Finanzpolitik muß den Freiraum für die Lockerung der Geldpolitik, die ich gerade angesprochen habe, schaffen. Da geht es um die große Kunst, die steigenden finanziellen Anforderungen des Aufbaus Ost in Einklang mit der Begrenzung der Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte zu bringen. Dazu, meine Damen und Herren, ist ein nationaler Solidaripakt dringend erforderlich.

Die Schweden haben uns das vorexerziert. Ich kann nur sagen: Hut ab vor dieser Anstrengung der Opposition und der Regierung in Schweden. Sie haben es geschafft, ein strukturelles Defizit von zig Milliarden Kronen zu beseitigen und dennoch – im Gegensatz zu unserer gegenwärtigen Politik – die Mittel für die Arbeitsmarktbeschaffungsmaßnahmen zu erhöhen. Das ist ein nachahmenswertes Beispiel.

Wir sollten die Signale, die die IG Metall auf ihrem letzten Gewerkschaftstag in diese Richtung gegeben hat, nicht überhören. Diese Signale sollten positiv aufgenommen werden, Herr Döring. Ich bin der Überzeugung, daß sich die deutschen Gewerkschaften – von diesem Signal her gesehen – in eine große Kraftanstrengung, in eine Solidaraktion, wie ich sie geschildert habe, einbringen werden. Aber man darf – auch als Wirtschaftspolitiker – in der Öffentlichkeit nicht so agieren, daß man den Gewerkschaften dies fast unmöglich macht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Sieber CDU)

Meine Damen und Herren, es ist unbestreitbar: Wir sind an der Spitze, aber wir müssen ganz konkret politisch formulieren, wohin wir in der Wirtschaft Baden-Württembergs gehen. Wir sind in den Ministerialapparaten nicht klüger als Unternehmer und Manager. Aber wir müssen eine Vorstellung, eine Vision haben, wohin der Strukturwandel in diesem Land geht, wenn der Verlust von Arbeitsplätzen auf der anderen Seite langfristig wieder ausgeglichen werden soll.

Ich möchte Ihnen, weil manche hier Fragen gestellt haben, konkrete Antworten darauf geben, wo Strukturpolitik den Strukturwandel flankierend unterstützen und neue Märkte erschließen muß, die bisher nicht wahrgenommen und nicht ausgelotet werden.

Erstes Beispiel, ganz konkret – darüber ist heute überhaupt nicht gesprochen worden, obwohl es sich um eine existentielle industriepolitische Frage handelt –: Baden-Württemberg muß Produktionsstandort der modernsten Logik-Chips-Technologie werden.

(Beifall des Abg. Köder SPD)

(Minister Dr. Spöri)

Meine Damen und Herren, dies ist ganz entscheidend. Wenn wir nicht Produktionsstandort der modernsten Logik-Chips sind, dann werden wir zunehmend unser gesamtes Know-how an die Hersteller von Logik-Chips abgeben müssen. Das heißt, wir werden unseren Know-how-Vorsprung verlieren. Deswegen begrüße ich es, daß ein führendes baden-württembergisches Unternehmen – eine große Automobilfirma – die Zeichen der Zeit erkannt hat und genau in diesen Bereich hineingehen und Logik-Chips auf modernstem technologischem Niveau produzieren will. Dies soll auch in Zusammenarbeit mit anderen angestammten Herstellern in diesem Bereich vorgenommen werden.

Herr Kuhn, das ist ein Punkt, den Sie angesprochen haben. Das ist ein konkretes Stück Diversifikation, das notwendig ist. Denn wenn Sie diese Betriebe heute besuchen – Betriebsbesuche würde ich hier nicht abqualifizieren; es tut unheimlich gut, wenn man – –

(Abg. Kuhn GRÜNE: Es kommt darauf an, was man da macht!)

– Ja. – Aber wenn Sie zum Beispiel diesen Hersteller, der in der Öffentlichkeit oft geschlagen wird, besuchen, dann könnten Sie sich darüber informieren, daß dort längst erkannt wurde, daß die Firma künftig nicht nur auf Automobile und auch nicht nur auf neue Ökomobile setzen kann, sondern daß sie in ganz andere Produkte hinein muß wie zum Beispiel in die Produktion dieser Logik-Chips.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ich schon, nur diese Politik nicht! Das ist der Unterschied! – Gegenruf des Abg. Sieber CDU: Die Politik muß das auch akzeptieren, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, wir werden durch die Technologiepolitik auch dafür sorgen müssen – das werde ich im Rahmen unserer Gemeinschaftsinitiative mit den Unternehmen und Gewerkschaften und mit dem Maschinenbau vereinbaren und angehen –, daß der einheimische Markt für solche Logik-Chips verbreitert wird, weil er gegenwärtig nicht groß genug ist. Solche Chips werden zwar gegenwärtig eingebaut, aber sie werden extern bezogen. Unsere Maschinenbauer beziehen immer mehr Elektronikteile extern aus dem Ausland und verlieren dadurch immer mehr Wertschöpfung. Das ist eine wesentliche Ursache für die Strukturkrise. Genau dies ist konkrete Strukturanalyse, Herr Döring, und konkrete Technologiepolitik, die an solchen Problemen ansetzen muß. Danach haben Sie gefragt, und darauf gebe ich Ihnen ganz konkret eine richtungweisende Antwort, wo unsere Wirtschaft hinzugehen hat und wo wir Marktkräfte unterstützen müssen.

Zweiter Punkt: Wir werden in einem Bereich eine führende Marktstellung erringen, der hier ebenfalls noch nicht angesprochen worden ist. Wir haben in der letzten Zeit eine sehr fundierte Forschungsinfrastruktur im Bereich der Mikrosystemtechnik aufgebaut. Das heißt, wir haben die 15. Fakultät zur Mikrosystemtechnik in Freiburg beschlossen. Wir haben Institute und Forschungsaktivitäten aufgebaut. Wir werden auch das Kernforschungszentrum Karlsruhe auf die Mikrosystemtechnik umstrukturieren. Dies ist dringend notwendig. Diese Mikrosystemtechnik ist genau

eine solche Technologie, die die Japaner noch nicht führend beherrschen. Wir haben die große Chance, mit dieser Branche am Weltmarkt führend zu sein, wenn wir auf diesem Weg weiter voranschreiten. Das wird auch in den nächsten Monaten und Jahren ein Ziel der Technologiepolitik sein.

Der dritte Punkt ist die Umwelttechnologie. Ich finde es immer wieder reizend, wenn ein Popanz aufgestellt wird und man da draufhauen kann.

(Zuruf des Abg. Renz GRÜNE)

Ich finde es reizend, wenn man einen Popanz aufstellt und behauptet: „Der und der hat das gesagt“, und derjenige das gar nicht gesagt hat. Dann kann man da kräftig draufhauen. Herr Kuhn, der Herr Ministerpräsident hat, als er die führende Position Baden-Württembergs im Bereich der Umwelttechnologien angesprochen hat, keineswegs behauptet, daß wir in allen Bereichen der Umwelttechnologie führend seien, wie Sie hier gesagt haben.

(Abg. Kuhn GRÜNE: In den drei wichtigsten sind wir nicht führend, Herr Kollege!)

– Ich will Ihnen gerade ein entgegengesetztes Beispiel dazu geben. – Es ist richtig, daß zum Beispiel Nordrhein-Westfalen – ein Land, das in diesem Haus oft negativ apostrophiert worden ist – bei den nachgeschalteten Umwelttechnologien, die Emissionen nachgeschaltet reinigen und Boden, Luft und Wasser sanieren, an der Spitze liegt. Aber es ist genauso richtig – das beziehe ich jetzt auf die Aussage des Ministerpräsidenten –, daß Baden-Württemberg erstens mit 25 % Produktionsanteil der führende Produzent und Anbieter von Umwelttechnologien ist.

Zweitens: Baden-Württemberg ist bei den nachgeschalteten Technologien nicht führend, aber bei der integrierten Umwelttechnik. Wir sollten diese Stärke nicht leugnen, sondern daran ansetzen. Wir werden unsere Technologieförderung genau auf die integrierte Umwelttechnik konzentrieren, weil Umweltschäden durch eine solche Technologie und eine Politik, die durch diese Technologie Emissionen verhindert, vermieden werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Seimetz CDU
– Abg. Kuhn GRÜNE: Recht zäh gerade!)

– Nein, nein. Wir sind im Bereich der integrierten Umwelttechnologie, was Meß-, Schalt- und Analysetechnik angeht, der führende Anbieter, Herr Kuhn. – Wir wollen uns dabei nicht nur auf Landesfördermittel beschränken, sondern wir wollen uns in Zukunft auch stärker auf die Mittel der EG konzentrieren, darauf, daß unsere Firmen in diesem Zusammenhang an EG-Mittel herankommen. Es ist uns vor kurzem gelungen, für baden-württembergische Firmen ein Förderprogramm für die Anwendung dieser integrierten Umwelttechnologien zu öffnen.

Ein weiterer Punkt – ich weiß, daß das sehr konkret ist,

(Abg. Sieber CDU: Die Wahrheit ist immer konkret!)

(Minister Dr. Spöri)

aber das Konkrete ist durchaus etwas mühselig – betrifft die Exportstärke.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Wir dürfen unsere starke Stellung mit 60 % Exportanteil in manchen Firmen nicht als Ruhekiten nutzen. Unser Maschinenbau und auch andere Firmen haben zwar einen riesigen Exportanteil, aber wir müssen sehen, daß gerade diese starken Branchen im kleinen und mittleren Unternehmensbereich große Schwierigkeiten haben, gegenwärtig auf die expansivsten Weltmärkte zu kommen. Herr Döring hat dazu auch eine Anfrage eingebracht. Nur hat er heute wohl vergessen, daß ich ihm darauf rechtzeitig eine konkrete Antwort gegeben habe. Genau auf diesem Markt haben wir zusammen mit den Industrie- und Handelskammern als neue Regierung ein neues Förderprogramm für kleine und mittlere Unternehmen aufgelegt, Herr Döring.

(Beifall des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Wir werden einen Stützpunkt für mittelständische Maschinenbauer in Singapur schaffen und in Taiwan oder in Südkorea Gleiches tun. Das sind konkrete Aktivitäten. Das ist unser ASEAN-Förderprogramm und unser Japan-Förderprogramm.

Herr Kollege Döring, wir hatten nur etwas mehr als 100 Tage Zeit, aber wir haben konkrete Fördermaßnahmen in diesem Bereich jetzt schon im Anlaufen. Es geht einfach darum: Wenn wir in dieser Auseinandersetzung, die Konrad Seitz, ein Parteifreund von Ihnen, strategisch so treffend beschrieben hat, Erfolg haben wollen, müssen wir mit unseren Exportförderungsaktivitäten dazu beitragen, daß baden-württembergische Hersteller im ASEAN-Markt und auch auf dem japanischen Markt genauso unangenehm offensiv angreifen, wie dies die Japaner hier bei uns tun.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ganz konkret zum Dienstleistungssektor: Natürlich kann man immer wieder die Statistik zitieren, weil der Industriesektor stark ist; logischerweise muß der tertiäre Sektor statistisch einen kleineren Anteil haben. Wir haben in den letzten Jahren hier aufgeholt, aber es gibt Defizite bei den Finanzdienstleistungen, die angegangen werden müssen. Der Herr Ministerpräsident hat das angekippt.

Wir verhandeln gegenwärtig, Herr Döring, nicht auf dem offenen Markt. Daran sind frühere Formationen gescheitert. Wir verhandeln gegenwärtig ganz konkret darüber, neue leistungsfähige Formationen am Dienstleistungsmarkt in Baden-Württemberg zu schaffen. Ich kann Ihnen sagen, daß wir Strukturen neu ordnen werden, so, wie sich dies andere vor zehn Jahren vergebens vorgenommen haben. Wir haben jetzt eigentlich aus der Not ein bißchen Glück gemacht, indem wir den Wegfall der Gebäudebrandversicherungsmonopole nutzen, um diese Neustrukturierung voranzubringen. Das heißt, wir brauchen größere und leistungsfähigere Einheiten im Bereich der Finanzdienstleistungen, wenn wir auf dem europäischen Markt,

auf dem dann freie Konkurrenz bei den Finanzdienstleistungen herrschen wird, konkurrenzfähig sein wollen.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, daß wir die wirtschaftlichen Herausforderungen, die hier beschrieben worden sind, meistern werden. Der Ministerpräsident hat hier wichtige Bereiche genannt, die der Kabinettsausschuß „Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg“ angehen wird. Ich möchte nur noch einen Handlungsbereich ganz konkret hervorheben.

Wir brauchen zur Bewältigung dieser dreifachen Herausforderung, die ich genannt habe – konjunkturell, Aufbau Ost und strukturelle Probleme –, auch einen neuen Grundkonsens zwischen Staat, Unternehmen und Gewerkschaften. Wir können nicht die Japaner im Detail kopieren. Aber eines müssen wir lernen: Solche Herausforderungen sind nicht ohne eine gemeinsame Kraftanstrengung dieser drei Pole in der Wirtschaft zu meistern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Kuhn GRÜNE: Beifall des Abg. Weimer! – Abg. Weimer SPD: Nein, es waren mehrere!)

Hier, Herr Döring, sind wir auf der nationalen Ebene noch nicht so weit. Wir sind auf der Landesebene vorangegangen. Wir haben hier konkrete Ergebnisse. Wir haben auf Landesebene inzwischen die Gemeinschaftsinitiative „Wirtschaft und Politik“ in Gang gebracht, im Gegensatz zur Situation im Bundeswirtschaftsministerium zum Beispiel. Ich wäre froh, wenn dort so etwas gegenwärtig stattfinden würde.

Diese Gemeinschaftsinitiative soll Staat, Gewerkschaften und Unternehmen bei der Lösung von Strukturproblemen in einzelnen Branchen an einen Tisch bringen. Wir haben ganz konkret im September ein erstes Spitzentreffen zwischen Wirtschaftsminister, Gewerkschaftsvertretern und Unternehmensvertretern im Bereich der Metallbranche gehabt. Hier haben wir nicht nur geredet und anschließend gesagt: Wie schön war es, daß wir zusammengetroffen sind. Wir haben vielmehr ein integriertes Handlungskonzept verabschiedet, und zwar ein Handlungskonzept, das die Qualifizierungsoffensive im Bereich der Metallbranche voranbringen soll. Das heißt, hier haben wir unsere Anstrengung in der Fortbildungspolitik als Land Baden-Württemberg in eine gemeinsame Kraftanstrengung eingebracht.

Warum? Es wurde hier sehr viel über Kosten diskutiert, und Sie haben auch über Kosten gesprochen. Herr Döring, schauen Sie sich die Analysen einmal ganz genau an. Dann sehen Sie, wo die Kostenprobleme in Baden-Württemberg liegen. Natürlich zahlen wir hohe Löhne. Aber eines dürfen Sie nicht vergessen: Schauen Sie sich McKinsey und die Ergebnisse einer Analyse über die Kostenvorteile der Japaner an. Die haben herausbekommen, daß zwei Drittel der heutigen Kostenvorteile der Japaner und der Anbieter aus Südostasien auf bessere Betriebsorganisation, bessere Arbeitsabläufe und bessere Arbeitsorganisation zurückzuführen sind.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Und Unternehmenskultur!)

(Minister Dr. Spöri)

– Andere Unternehmenskultur. Wir können nicht alles nachmachen, was die Japaner tun, Herr Kuhn. Man muß aber ganz klar sehen, wo die Ursachenbereiche beim Kostenniveau liegen. Deswegen sage ich: Wenn Sie wirklich Lean production und Lean management haben wollen, dann brauchen wir eine Qualifizierungsoffensive, weil die Qualifizierungsanforderungen an die Beschäftigten im Bereich dieser Lean production weit höher sind als bei der bisherigen Zerstückelung unserer Produktionsabläufe.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Auch die Mitsprachemöglichkeiten für die Beschäftigten müssen größer werden!)

– Das Verantwortungsniveau bei der Gruppenfertigung und damit auch die Mitsprache; aber nicht nur die Mitsprache, sondern auch die Mitgestaltung der Beschäftigten ist weit höher, Herr Kuhn.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Jawohl, auch die Mitgestaltung!)

Das wirkt sich produktiv auf den Arbeitsablauf aus.

(Beifall des Abg. Weimer SPD)

Wir kommen hier vom sogenannten Taylorismus, der immer stärkeren Zerlegung der Produktionsprozesse in der Vergangenheit, weg. Das heißt, wir haben wieder ganzheitlichere Fertigungsmethoden und deswegen die Qualifizierungsoffensive in Baden-Württemberg.

Herr Döring, Sie haben doch nach den Daten und den konkreten Taten gefragt. Wir werden das fortsetzen, wir weiten diese Initiative aus. Wir werden strategische Allianzen zwischen dem Land Baden-Württemberg, Unternehmen und Gewerkschaften auch in anderen Bereichen, wo es jetzt not tut, bilden, zum Beispiel im Bereich der Zulieferer. Wir werden am 30. Oktober ein solches Spitzentreffen haben und für den Zuliefererbereich am 30. Oktober auch ein integriertes Handlungskonzept vom Land Baden-Württemberg und von Unternehmens- und Gewerkschaftsseite verabschieden. Das gleiche ist für den Maschinenbau in Vorbereitung. Insofern ist die Gemeinschaftsinitiative Wirtschaft und Politik, meine Damen und Herren, in Baden-Württemberg das gegenwärtig bundesweit erste funktionierende Modell einer Gemeinschaftsinitiative von Staat, Gewerkschaften und den Unternehmen zur Lösung von Strukturproblemen. Ich glaube, es wäre gut, wenn wir dieses Modell sehr bald auf Bundesebene übertragen würden, wo ja andere schon länger in der Regierungsverantwortung sind als die hier amtierende Regierung, Herr Döring.

Wir müssen uns auch darüber im klaren sein, daß die vor uns liegenden Monate recht schwierig werden, aber so, wie in der Zeit des Abschwungs jetzt die Unternehmen gewisse Strukturschwächen angehen und wie gewisse Schwächen auch im Gemeinkostenkörper angegangen werden, so hat der Staat, das Land Baden-Württemberg jetzt auch eine enorme Handlungschance, in diesem Abschwung vorhandene Schwächen bei der Standortsicherung, bei der Infrastrukturpolitik stärker anzugehen. Das ist auch eine große Handlungschance, weil aus diesem Abschwung heraus ein

Handlungsdruck für uns als Wirtschaftspolitiker und generell als Politiker in diesem Land entsteht.

Ich bewerte daher den Konjunkturabschwung hier in diesem Land neben den negativen Folgen, die sicherlich bitter sind, auch als einen Warnschuß vor den Bug dieser Wohlstandsregion, eines Landes, das immer noch an der Spitze der Wirtschaftsregionen in Europa steht, das sich aber aus dieser Situation heraus zu einer neuen, großen Kraftanstrengung aufraffen muß.

Wir haben alle zusammen – Herr Oettinger, das sollte man nicht auf Parteien reduzieren, das ist eine parteiübergreifende Mentalität geworden – in der Phase des Booms von fast zehn Jahren beobachten können, daß man immer mehr gedacht hat, Wohlstand und Wohlstandszuwachs in diesem Land seien ein purer Selbstläufer, zu dem man infrastrukturell oder standortpolitisch nicht mehr viel beitragen muß. Das ist ein überparteiliches Phänomen. Ich würde auf einzelne Infrastrukturbereiche nicht mit Schuldzuweisung eingehen. Wenn Sie das Problem des Sondermülls ansprechen, können Sie die Verantwortung dafür, daß hier 20 Jahre nichts geschehen ist, nicht auf die Opposition der früheren Jahre reduzieren, lieber Kollege Oettinger. Aber wir können jetzt gemeinsam, wenn wir die sterile Schuldzuweisung überwinden, Standortdefizite, die in Jahrzehnten entstanden sind, angehen. Wir werden in wenigen Monaten nicht das aufarbeiten, was versäumt worden ist, aber wir werden in unserem Sofortprogramm zur Standortsicherung Entscheidungen treffen und den Fahrplan – das ist das Entscheidende – dieser Infrastrukturprojekte und Standortverbesserungen ganz konkret verbindlich festlegen. Auf diese Verbindlichkeit, meine Damen und Herren, wartet die Wirtschaft schon lange vergebens. Das ist entscheidend für ein neues Vertrauensklima zwischen Wirtschaft und Politik.

Das gilt auch für die Unternehmensteuerreform. Wir haben dazu die Eckdaten vorbereitet. Herr Döring, ich kann Sie beruhigen: Wir sind ganz exakt im Timing. Wir werden diese Eckdaten für eine Bundesratsinitiative, wie wir es angekündigt haben, zusammen mit dem Standortsicherungsprogramm am 24. November einbringen. Wir haben diesen 24. November schon vor einigen Monaten ganz konkret fixiert, und wir werden diesen Termin einhalten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, eines hilft uns bei der Durchsetzung von Infrastrukturen, zum Beispiel bei Trassen oder auch bei neuen Messestandorten, wenn wir da entscheiden müssen. Es lag ja in der Vergangenheit nicht an den Politikern, daß gewisse Infrastrukturdefizite aufgetreten sind. Es gab auch unheimlich viel Veränderungsfeindlichkeit in dieser Wohlstandsgesellschaft.

(Abg. Sieber CDU: O ja!)

Hier beobachte ich einen starken Bewußtseinswandel, der uns unterstützen wird.

(Abg. Oettinger CDU: Den beobachten wir auch!)

(Minister Dr. Spöri)

Jetzt im Abschwung wird die Erkenntnis, meine Damen und Herren, um sich greifen, daß man auch die Kehrseite von Infrastrukturen akzeptieren muß, wenn man von den Vorteilen wichtiger Infrastrukturen wirtschaftlich profitieren will. Diese Erkenntnis wird sich stärker durchsetzen. Wir müssen den Menschen eindringlich bewußtmachen, daß unsere Wohlstandsposition in Baden-Württemberg ohne unbequeme Entscheidungen auf diesem Gebiet gefährdet ist.

Meine Damen und Herren, wir stehen in Baden-Württemberg wirtschaftlich zwar vor schwierigen Monaten, wir müssen diese Herausforderungen aber trotz aller Belastungen auch als heilsamen Handlungsdruck in der Politik begreifen, mit dem wir die wirtschaftliche Wohlstandsklause dieses Landes, die sich teilweise angesammelt hat, überwinden. Hier besteht eine große Chance für die Politik, Entscheidungen durchzusetzen, mit denen man über Jahre hinweg nicht weitergekommen ist. Darum bin ich sehr optimistisch, daß wir diese Abschwächungsperiode in Form eines wirksamen Standortsicherungsprogramms positiv nutzen können. Ich bin davon überzeugt, daß wir in diesem Land enorme ökonomische Ressourcen haben. Deshalb werden wir diese Herausforderung durch eine gemeinsame Kraftanstrengung, durch die bereits angelaufene Gemeinschaftsinitiative des Landes, der Gewerkschaften und der Unternehmen, meistern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh darüber, daß der Wirtschaftsminister diese Debatte konkretisiert und baden-württembergisiert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Weimer SPD: Sehr gut!)

Denn der Landtag von Baden-Württemberg kann sicherlich nicht die Weltkonjunktur aus den Angeln heben. Eines der größten Probleme in der Politik ist, daß man sich auf allen möglichen Ebenen sehr philosophisch über Dinge verbreitet, für die man eigentlich nicht zuständig ist, damit den Eindruck der Allmacht erweckt und sich hinterher über die ausgelösten Frustrationen bei der Wahlbevölkerung wundert. Lassen Sie uns deshalb auch in Zukunft diese Debatten sehr baden-württembergisiert und sehr konkretisiert betreiben.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Lesen Sie mal alte Reden nach, Herr Kollege!)

– Herr Kollege Kuhn, Sie werden mir gleich zustimmen. – Es gibt einen Bezug Baden-Württembergs zur Weltkonjunktur. Die Weltkonjunktur ist eine multikulturelle Veranstaltung. Der Binnenmarkt Europa, auf den wir uns stützen, ist eine Veranstaltung vieler Nationen. Darum will ich in dieser Debatte folgendes anmerken: Wer, wie beispielsweise die Republikaner oder auch alle anderen, die meinen, Anpassungsdruck spüren zu müssen, europafeindli-

che Parolen absondert, wer in dieser Situation Zwietracht und Haß zwischen uns und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger streut, gefährdet auch die Zukunftschancen des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg. Das muß einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Renz GRÜNE – Zurufe von den Republikanern)

Unsere Landsleute, die Schwaben und die Badener, müssen wissen: Wer ihnen nachläuft, gefährdet konkret Arbeitsplätze und eigene wirtschaftliche Zukunftschancen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Deswegen ist eine entscheidende Frage für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg und für die Zukunft des Standorts Bundesrepublik Deutschland die innere Stabilität unserer Gesellschaft. In Rostock und in Wismar ist in ein paar Wochen mehr Investitionsbereitschaft zerstört worden, als zehn glänzende Wirtschaftsminister in Jahren wieder hinbekommen können. All das muß in diese Debatte einbezogen werden.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Auch da können Sie ruhig baden-württembergisieren! Nicht immer mit dem Finger auf andere zeigen! Es gibt genug im eigenen Haus aufzuräumen!)

– Warum regen Sie sich denn auf, Herr Bütikofer? Ich dachte, Sie wären in diesem Punkt auf meiner Seite.

Wir sollten gemeinsam alles dafür tun, daß die demokratische Stabilität dieser Gesellschaft, dieses Landes und das staatliche Gewaltmonopol und stabile Strukturen gewährleistet sind. Das ist sehr viel entscheidender für den Standort Baden-Württemberg als vieles andere.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Sieber CDU)

Kollege Döring hat viel über das Sparen geredet. Auch das Stichwort „Solidarpakt“ ist gefallen. Wir stehen vor schwierigen Haushaltsberatungen, bei denen wir verteilungspolitische Entscheidungen treffen müssen. Lassen Sie mich deswegen an dieser Stelle eines anmerken: Man sollte nicht wohlfeile Geschenke verteilen. Wer beispielsweise, Herr Kollege Döring, Steuersenkungen – auch etwa eine Senkung der Gesamtbelastung – an die Adresse der Wirtschaftsunternehmen in Deutschland verkündet, ist meines Erachtens nicht seriös. Wir befinden uns in einer so gefährlichen finanzpolitischen Situation, und wir operieren so am Rande, daß wir alle Intelligenz auf das Finden von aufkommensneutralen Lösungen bei der Verschiebung von Strukturen und Gewichten verwenden sollten. Aber wer hier mit dem Füllsack rumzieht und so tut, als ob der Staat in dieser Situation Geld zu verteilen hätte, liegt falsch.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Wer macht denn das?)

– Ich sage das nur; denn Sie reden immer nur über die eine Seite der Medaille. Sie reden immer nur über die Senkung

(Maurer)

von Kostenbelastungen, ohne zu sagen, wo das auf der anderen Seite in den Staatshaushalten wieder ausgeglichen werden soll. Ich will dazu gleich etwas sagen.

Was die Adresse der Wahlbürgerinnen und Wahlbürger, der Verbraucher und Arbeitnehmer angeht: Es gab einmal eine sehr hohe Bereitschaft zu Solidarleistungen im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung. Die ist durch Fehlentscheidungen der Politik sehr stark geschmälert worden.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

Jetzt sage ich Ihnen eines: Wenn nicht die Einkommens- und Bildungseliten in Deutschland bereit sind, bei solchen solidarischen Anstrengungen selbst voranzugehen, wird es nichts werden mit dem Solidarpakt in Deutschland.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Hört, hört!)

– Herr Kollege Döring, ich rede sehr wohl an Ihre Adresse, auch ein bißchen an die Adresse unseres Koalitionspartners.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Jetzt sind wir schon gespannt!)

Sie sind ja hoch erfolgreich – ich habe das in Zeiten der sozialliberalen Koalition immer verfolgt, aber auch jetzt – bei der Durchsetzung von Lobbyinteressen gerade sehr starker Gruppen in der Gesellschaft. Da sehe ich die FDP immer am erfolgreichsten.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Starker, aber kleiner Gruppen!)

– Starker, aber kleiner Gruppen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Exakt!)

Deswegen sage ich das in diesem Zusammenhang an Ihre Adresse.

Ich sage das auch an die Adresse der Union, weil sie im Moment eine Erfahrung macht, die wir auch schon einmal gemacht haben: Wer sich in dieser Zeit in die babylonische Gefangenschaft der Lobbyistenpolitik der FDP begibt,

(Beifall des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

der wird den Solidarpakt nicht zustande bringen, den wir in Deutschland brauchen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir, Herr Kollege Kuhn,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Wir sind fix und fertig! – Abg. Kuhn GRÜNE: Ein Blattschuß!)

über Unternehmensteuerreform und über ökologische Steuerreform reden, müssen immer beide Seiten der Me-

daille zueinanderkommen. Das Plädoyer für die Belastung ökologisch schädlicher Produkte oder etwa für höhere Benzinpreise ist so lange zu kurz, wie es nicht mit Vorschlägen verbunden wird, wie dieses aufkommensneutral mit Senkung direkter Belastungen für die unteren und mittleren Einkommen gemacht werden soll. Deswegen ist diese Initiative des Landes zur Kraftfahrzeugsteuer sehr beispielhaft, weil sie genau dies spiegelbildlich beschreibt. Aber das muß dann auch für alle anderen Ebenen durchdacht werden.

Ich bin zu haben – ich bin sogar sehr dafür, wir sind da sogar vorausgegangen; da hat sich nichts geändert – für eine massive Verschiebung unseres Steuersystems weg von der direkten Belastung von Löhnen hin zur stärkeren Belastung von ökologisch schädlichen Produkten. Dafür bin ich zu haben. Für isolierte Diskussionen nur über die Erhöhung von Ökosteuern, ohne den Menschen zu sagen, wie ihr Einkommensniveau auf der anderen Seite aussieht, bin ich nicht zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie können mit uns – und wir wollen das auch haben – im Land Baden-Württemberg – und da kann die Landesregierung in ihrem Handlungsrahmen vielleicht auch einiges bewegen – jede Bereitschaft zu einer Verlagerung der Gewichte haben, und zwar auch unter Tabubruch für die Sozialdemokratie – Lassalle wollte ja immer etwas anderes –, weg von den direkten Steuern, hin zu den indirekten unter dem ökologischen Vorzeichen! Aber dies muß dann unter dem Strich den Dimensionen der sozialen Gerechtigkeit genügen.

Wir haben im Landtag von Baden-Württemberg eine Große Anfrage eingebracht, und wir haben damit bewußt dieser Regierung den Ball der ökologischen Steuerreform zugespielt. Ich will das deutlich anmerken. Wir erwarten in der Beantwortung dieser Großen Anfrage auch Vorschläge und Initiativen der Landesregierung zu der Frage, wie hier im Land – –

(Abg. Kuhn GRÜNE: Der Minister paßt nicht auf!)

– Herr Ministerpräsident!

(Heiterkeit – Abg. Kuhn GRÜNE: Und der Minister! – Zuruf des Abg. Auer REP – Abg. Weimer SPD: Überlegen Sie sich die Antwort, Herr Kollege! – Unruhe)

– Sie interessieren mich im Moment nicht sehr, liebe Herren von den Republikanern.

(Zuruf des Abg. Auer REP)

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich dieses Themas in der Vergangenheit oft angenommen. Wir erwarten von der Landesregierung – und deswegen haben wir diese Große Anfrage eingebracht – auch ein erneutes Bemühen in der Frage: Wie kann man über Initiativen im Bundesrat, aber auch hier im Land, zu einer solchen Veränderung von Prioritäten in unserem Steuersystem kommen, weg von der

(Maurer)

direkten Belastung hin zur Belastung ökologisch schädlicher Produkte, weil dies in der Tat der entscheidende Schlüssel zur Markteinführung von ökologischer Hochtechnologie ist? Der entscheidende Schlüssel zur Markteinführung ist die Veränderung der Preis- und Kostenrelationen in diesem Bereich. Deswegen sind wir hier, wo das Land beispielhaft sein kann – mit Ideen im Bundesrat, aber auch in eigener Zuständigkeit –, sehr gefordert und ist auch diese Regierung sehr gefordert!

Wir werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, in den nächsten beiden Jahren eine Haushaltssituation bekommen, die schon schwierig sein wird, die wir aber einmal im Abstand von vielen Jahren noch als sehr angenehm empfinden werden. Wir kommen ab dem Jahr 1995 in eine sehr, sehr schwierige Situation. Das sollten wir offen ansprechen, denn wir reden ja hier über unsere Handlungsmöglichkeiten.

Wir kommen insbesondere dann in eine kaum zu meistern Situation, wenn sich der Bund mit seinen Vorschlägen zum Thema Verteilung der Altlasten der Ex-DDR – Schulenthema – und mit seinen Vorschlägen zum Länderfinanzausgleich durchsetzt. Was hier verlangt ist – das will ich in diesem Hause ganz offen reklamieren –, ist auch ein Stück weit baden-württembergischer Patriotismus, weil wir uns all das, was heute an Weisem über die notwendige Stärkung der Infrastruktur gesagt worden ist, über das, was gebracht werden muß – im Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, im Ausbau der Schienenverkehrswege, in der Technologieförderung und im ökologischen Umbau –, was in diesen schwierigen Zeiten an Innovation wichtig ist, natürlich abschminken können, wenn wir vom Bund unter den Vorzeichen seiner Haushaltsmisere, auch seiner selbstverschuldeten Unzuträglichkeiten hier derartig zur Ader gelassen werden,

(Abg. Wieser CDU: Was heißt da „selbstverschuldet“?)

daß wir keinen Spielraum für die Zukunftsvorsorge mehr haben.

Ich will da ganz Klartext reden: Es kann nicht so sein, daß in den Verteilungsaueinandersetzungen der kommenden Jahre das Land Baden-Württemberg jeder finanzpolitischen Möglichkeit beraubt wird, seine Standortsicherung als Hochtechnologiezone überhaupt in Angriff zu nehmen. Das kann nicht so sein.

(Beifall bei der SPD und der CDU – Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Ich will das rechtzeitig markieren; da sollen wir ja Seit' an Seit' streiten, auch über unsere Landesgrenzen hinaus.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Eigentlich ist das morgen auf der Tagesordnung, Herr Kollege!)

Wenn das nicht die Frage nach der Zukunft ist! Wie wollen Sie denn Ihre ganzen tollen Ideen hier realisieren, wenn dies nicht geht? Wenn Theo uns vorher in die Tasche gelangt hat, brauchen wir hier bei den ganzen Themen, die wir heute morgen erörtert haben, gar nicht mehr anzufan-

gen. Deswegen markiere ich das mit dieser Nachdrücklichkeit, mit der ich das jetzt getan habe.

Und es wird auch notwendig sein – noch ein offenes Wort –, gegenüber den Menschen und auch der Politik in den neuen Bundesländern vollkommen klarzumachen, daß, wenn die Hochtechnologiezone im alten Westen der Bundesrepublik durch fehlende Standortmodernisierung und durch fehlende Infrastrukturentscheidungen ihrer Konkurrenzfähigkeit mit anderen Hochtechnologiezone in der Welt beraubt werden, dies nur kurzfristig in der Verteilung von Finanzmitteln ein Vorteil für die neuen Bundesländer ist. Mittelfristig bedeutet es das Melken der Kühe und die Schwächung der Regionen, die mit ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft auch auf Jahre hinaus den Aufschwung Ost werden finanzieren müssen.

(Abg. Weimer SPD: So ist es! Eine tote Kuh gibt keine Milch!)

Auch dies muß bei all den patriotischen Diskussionen, die immer wieder in diesem Zusammenhang geführt werden, klar und deutlich geschrieben werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß etwas zu der offenkundigen Dienstleistungsschwäche des Landes Baden-Württemberg sagen. Wir können doch offen darüber reden. Der Herr Wirtschaftsminister hat zu Recht auf die Notwendigkeit hingewiesen, im Bereich der Finanzdienstleistungen das Land dringend zu stärken. Da ist viel versäumt worden; das ist offenkundig.

(Abg. Oettinger CDU: Na, na!)

– Doch, da ist etwas versäumt worden.

(Abg. Wieser CDU: Reden Sie doch nicht um den Brei herum! Sagen Sie es doch einmal!)

– Wenn Sie dem Herrn Ministerpräsidenten bei dem, was er über die Notwendigkeit, zu handeln und weniger zu reden, gesagt hat, zugehört hätten, dann hätten Sie festgestellt, daß das nicht nur in die Zukunft hinein geredet war. Aber mehr sage ich jetzt nicht.

Wir sind in der Verpflichtung, Finanzdienstleistungen im Lande zu bündeln. Dabei ist das Entscheidende – da bin ich sehr erfreut, Herr Wirtschaftsminister, über das, was Sie gesagt haben –, daß wir das mit baden-württembergischen Unternehmen tun. Die Gefahr, die ich im Dienstleistungsbereich nämlich sehe, ist die, daß wir, wenn wir nicht rasch handeln, im Dienstleistungsbereich zu verlängerten Werkbänken von Finanzkonzentrationen außerhalb des Landes Baden-Württemberg werden. Diese Gefahr ist relativ groß. Deswegen müssen wir in all diesen Bereichen auf unsere eigenen Stärken und auf hier im Land ansässige Unternehmen setzen. Sonst werden wir dieser Gefahr nicht begegnen können.

Ein letzter Punkt, der mir große Sorge macht, der bisher aber noch gar nicht angesprochen wurde: Es gibt neben den industrienahen Dienstleistungen, wo wir die größten Chancen haben, Chancen, die wir entwickeln müssen, neben den Finanzdienstleistungen, wo ich die Landesregie-

(Maurer)

rung auf dem richtigen Wege sehe, eine hohe Bedeutung des Dienstleistungsbereichs, der sich mit dem Stichwort Medien verbindet. Auch da will ich das heute morgen sehr hart markieren. Ich habe den Eindruck, daß wir im Wettbewerb um die Zukunft des Medienstandorts Baden-Württemberg unerträglich weit zurückgefallen sind. Ich habe den Eindruck, daß die Post in München, in Köln, in Hamburg abgeht, aber nicht hier.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Und in Berlin!)

- Und in Berlin. - Und dies hat hohe Bedeutung für die Entwicklung des Dienstleistungssektors.

(Abg. Auer REP: Das kommt davon, weil die Ewiggestrigen drinsitzen!)

Ich sehe das aktuelle und akute Problem, daß wir, wenn beispielsweise der einzige Kristallisationskern, den wir in der Region Stuttgart im Prinzip hätten, nämlich der Süddeutsche Rundfunk, auf diese schwierige Wettbewerbssituation, die er hat, so reagiert, daß dort Kameralistik gemacht wird, daß im wesentlichen die Verwaltungsstrukturen gehalten werden, anstatt daß man in die Programmoffensive geht, sogar noch weiter geschwächt werden könnten. Das sage ich ganz offen. Ich erwarte, daß wir gemeinsam den Versuch machen, um die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten herum und auch um die privaten Möglichkeiten herum, die in Baden-Württemberg nicht genutzt werden, rasch zu einer Stärkung des Medienstandorts Baden-Württemberg zu kommen. Das ist überfällig, weil die Züge längst abgefahren sind.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das ist überfällig. Deswegen empfehle ich am Ende dieser Debatte diese Thematik der besonderen Aufmerksamkeit der Landesregierung, wie ich überhaupt uns allen empfehle, daß wir hier in Baden-Württemberg nicht den Fehler machen, den ich im Moment in der bundesrepublikanischen Diskussion sehe, daß nur noch über die Frage geredet wird, wer seine Lasten und seine Kosten zu Lasten welcher anderen sozialen Gruppe abdrücken kann. Es wird nur noch über die Frage geredet, wie der Kuchen verteilt werden soll. Die ganze ökonomische Diskussion in Deutschland ist zu einer Verteilungsdiskussion geronnen, anstatt daß sie zu einer Diskussion wird, wie wir neue Chancen, neue Märkte und Innovationen suchen.

(Zuruf des Abg. Renz GRÜNE)

Wenn wir in Baden-Württemberg - da haben wir eine gute Tradition - den Weg gehen, neue Chancen, neue Märkte und Innovationen zu suchen, dann sind wir, anknüpfend an die besten Zeiten unseres Landes, auf dem richtigen Wege.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Seimetz CDU)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem ich heute morgen in den „Stuttgarter Nachrichten“ etwas über das Redaktionsgespräch des Kollegen Kuhn las,

(Abg. Renz GRÜNE: War gut, gell?)

mir aber nicht ganz klar war, was er aussagen wollte, hatte ich Hoffnung, daß die jetzige Aussprache Klarheit bringt. Herr Kollege Kuhn, bei Ihren Ausführungen stellen sich mir aber mehr Fragen als Antworten.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das kann an Ihnen liegen, Herr Kollege!)

Zuerst zum Auto: Was wollen Sie eigentlich?

(Abg. Dr. Geisel SPD: Ein Fahrrad!)

Einerseits sagen Sie den „Stuttgarter Nachrichten“, das Auto sei nicht das Produkt der Zukunft. Wenn dem so ist, was bringen Ihnen dann andererseits das Solarauto und das Elektroauto, zumal diese mehr Straßenkapazität benötigen, wenn mehr Menschen sie kaufen?

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist das Methadon-Programm der Automobilindustrie!)

Ich glaube, Sie müssen sich schon darüber klarwerden, ob Sie das Auto in einer Gesellschaft von morgen insgesamt für überflüssig halten oder welchen Part Sie ihm zuweisen wollen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ach Oettinger, das entscheiden doch nicht wir im Landtag, das entscheiden die Leute!)

Ich gehe davon aus, Herr Kollege Kuhn, daß Sie mit mir der Meinung sind: In einer Marktwirtschaft, in der der Mensch ein erhebliches Maß an Eigenverantwortung trägt, werden wir neben allem Ausbau von öffentlichen Beförderungsmitteln dem Auto den Weg nicht versperren, sondern es allenfalls sinnvoll einbauen können.

Deswegen muß klar sein, verehrter Kollege Kuhn: Die Grünen müssen sich, wenn sie eine Gesamtantwort auf die Verkehrsfragen wissen wollen, auch zu Straßenausbau und Straßenneubau bekennen. Ansonsten versperren sie ihren Autos der Zukunft, Solarautos und Elektroautos, den Weg.

(Unruhe bei den GRÜNEN - Abg. Renz GRÜNE: Bei Ihnen ist das Auto Statussymbol!)

Zweitens zum Thema ökologische Produkte. Zum wiederholten Male, Herr Kollege Kuhn, bringen Sie den Vorhalt, das Land habe die ökologischen Marktchancen verschlafen. Ich möchte ja gar nicht behaupten, daß wir in allen Bereichen vorne sind. Es mag sein, daß einige Ihrer Beispiele stimmen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Die stimmen alle, das ist das Problem!)

(Oettinger)

Aber der Eindruck ist falsch und fatal zugleich. Ich möchte behaupten – und bin gern bereit, darüber mit Ihnen in eine Fachdebatte einzutreten –, daß im Vergleich mit allen Regionen Europas Baden-Württemberg in Umweltforschung, Umweltentwicklung und Umweltwirtschaft vorne liegt.

Ich begründe das: Wir sind vorne im Bereich der Sedimentforschung. Wir haben in Baden-Württemberg im Bereich der Luftreinhaltung mit unseren europäischen Luftreinhaltprogrammen früher und kompetenter als andere ein Feld entdeckt und dem Markt zugeführt.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Warum importieren wir dann Entstickungsanlagen aus Japan, Herr Kollege? Erläutern Sie das einmal!)

Wir haben bei den Lehrstühlen von Tabasaran und Hagenmaier in Baden-Württemberg führende Institute im Bereich der Abfalltechnik.

(Abg. Renz GRÜNE: Die kommen nicht weiter!)

Wir haben im Kernforschungszentrum Karlsruhe eine hervorragende Mannschaft, die sich im Bereich der Umweltforschung sehen lassen kann. Wir haben mit Firmen wie Züblin und Fichtner sowohl in der Umweltprojektion und -planung als auch in der Umweltproduktion hervorragende, bundesweit führende Unternehmungen. Wir haben Studienplätze im Bereich Ökologie, die ihresgleichen deutschlandweit suchen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Oje!)

Wir haben mit dem Solar-Wasserstoff-Institut mit Sitzen in Ulm und in Stuttgart in Baden-Württemberg eine Einrichtung, die federführend ist.

(Abg. Sieber CDU: Jawohl!)

Mir geht es um einen ganz wichtigen Punkt. Kollege Kuhn, ich bin nicht bereit, hinzunehmen, daß Sie behaupten, wir hätten die Zukunft des Ökologiemarktes verschlafen. Wir sind mittendrin, wir sind vornedran, können ergänzen, aber haben uns hier nichts vorzuwerfen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Köder SPD – Abg. Kuhn GRÜNE: Je öfter man das sagt, um so leichter glaubt man es selber! Das ist Ihr Problem!)

Zurück zum Auto. Was Sie vorschlagen, ist ja in einigen Bereichen nachvollziehbar. Nur müssen Sie sich klar sein: Noch leben wir in einer Marktwirtschaft. Ihre Vorschläge sind ohne starken Staatsdirigismus nicht machbar.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Abg. Kuhn und Abg. Renz GRÜNE: Das stimmt überhaupt nicht! – Abg. Schlauch GRÜNE: Jetzt bauen Sie einen Popanz auf!)

Ich wende mich dagegen, daß wir uns als Staat, als Landtag im Bereich des ökologierelevanten Marktes in Dinge einmischen, die wir nicht allein entscheiden können.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Deswegen muß klar sein: Wenn Daimler-Benz, so Ihre Behauptung, im Bereich des Elektro- und solarangetriebenen Autos hinten liegt, dann nehme ich das hin. Aber ich kann nicht durch Landtagsbeschluß Daimler-Benz zum Gegenteil auffordern.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das will doch niemand! Wir wollen eine andere Verkehrspolitik!)

Ich bin sicher, daß unsere württembergische Energie- und unsere württembergische Autowirtschaft schnell und frühzeitig genug erkennen, wo sich Marktchancen ergeben.

(Abg. Renz GRÜNE: Wesentlich schneller als Sie!)

Denn die Solartechnik ist eine Antriebstechnik und nicht mehr. Das Auto drumherum mit moderner Technologie ist und bleibt auch mit Solarantrieb ein Auto, das in Stuttgart produziert werden kann.

Lassen Sie mich zum Kollegen Döring und seinem Leitbild von der Polarisierung wenige Aussagen machen. Herr Kollege Döring, Sie kündigen zum wiederholten Male an, das Land Baden-Württemberg habe Nachholbedarf bei der Privatisierung von Landesbeteiligungen. Ich frage Sie konkret, wo.

Wir sind nicht an der Lufthansa beteiligt. Wir sind an Unternehmungen, mit denen Landespolitik gemacht wird, beteiligt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Rothaus zum Beispiel! – Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Wollen Sie unsere Beteiligung, unsere Eigentümerschaft bei der Landesentwicklungsgesellschaft aufgeben,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Daran hat niemand gedacht!)

oder sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß die LEG ein zentrales Institut gestaltender Landespolitik ist?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hat nie jemand vorgeschlagen!)

Ich nenne nur die größten Brocken. Denn wer privatisieren will, kann nicht im Promillebereich, sondern muß im Prozentbereich anfangen. Wollen Sie unsere Beteiligung bei der LKB – auch ein zentrales Instrument gestaltender Landespolitik – zurückführen? Wir wollen das nicht.

Wollen Sie unsere Beteiligungen im Bankenbereich zu einem Zeitpunkt zurückziehen, zu dem allgemein zuerkannt wird?: Dienstleistungsstandort Baden-Württemberg auf der Kippe. Dort haben wir Möglichkeiten, mitzuwirken. Ich meine, daß wir unsere Bankenbeteiligungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt halten und nicht abgeben sollten.

Der entscheidende vierte Brocken: Wollen Sie zu einem Zeitpunkt, zu dem über den Energiestandort Baden-Würt-

(Oettinger)

temberg entschieden wird, zu dem die Frage nach der Fusion von uns gestaltet werden muß, unsere Beteiligungen bei Badenwerk und EVS abgeben? Auch dies wollen wir nicht.

Wenn Sie also den „Bierkasten Rothaus“ verkaufen wollen, ist das in Ordnung. Mehr als einige wenige D-Mark erwirtschaften Sie damit nicht. Bauen Sie keinen Popanz auf, als könnte man mit Privatisierung eine grundsätzliche Umkehr der Finanzpolitik des Landes erreichen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Ich teile die Haltung des Wirtschaftsministers, wenn er sagt, wir benötigten eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung. Das ist völlig richtig. Ich meine, daß die Regierung einen intensiven Dialog mit Wirtschaft, mit Gesellschaft, mit Kommunen und Gewerkschaften fortgeführt hat. Denn wir brauchen nicht die Ausgrenzung und keine Politik der gegenseitigen Vorwürfe, sondern eine gemeinsame Linie. Diese halte ich in Baden-Württemberg für möglich.

Nur, Kollege Dr. Döring, mir scheint, wenn ich mir die Tagesordnungspunkte von heute und morgen anschau, daß noch nicht überall begriffen ist, daß Handlungsfähigkeit und solides Wirtschaften notwendig sind.

Sie sagen nein zu allen Standorten der Entsorgung und sagen ja zu allen Mehrkosten in den Bereichen private Schulen, Schulraumbau und zweigeteilte Laufbahn. Lassen Sie uns morgen abend selbstkritisch prüfen, wer an diesen beiden Arbeitstagen des Plenums Kosteneinsparungen vorschlägt und wer Handlungsfähigkeit beweist. Dann werden Sie erkennen, daß Sie noch immer auf dem alten Dampfer sind: Opposition fordert Mehrausgaben, die nicht finanzierbar sind,

(Abg. Kuhn GRÜNE: FDP!)

und Opposition verhindert Entsorgungseinrichtungen, die notwendig sind. Besinnung nicht nur bei Punkt 1 am Mittwoch, sondern durchgängig Mittwoch und Donnerstag tut auch Ihnen dringend not.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

(Zuruf des Abg. Renz GRÜNE)

Abg. Dr. Schlierer REP: Das werden Sie gleich sehen. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zu diesem wirtschaftspolitischen Nonsens von der Weltkonjunktur als multikultureller Veranstaltung nicht viel sagen.

(Abg. Schrempf SPD: Das ist auch gut so!)

Ein Faktum sollte man an der Stelle allerdings herausheben – und dies ist in den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten bereits angeklungen –: Der Auftragsrückgang ist seit Anfang 1991 zu beobachten. Wir haben den

kontinuierlichen Auftragsrückgang im verarbeitenden Gewerbe seit einer Zeit, in der wir ganz bestimmt nicht für das öffentliche Klima verantwortlich zu machen sind.

(Abg. Renz GRÜNE: Oh, oh, oh!)

Was soll also diese Unterstellung, daß wir hier für die Weltkonjunktur verantwortlich seien?

(Abg. Schlauch GRÜNE: Gehen Sie einmal aus dem Stuttgarter Kessel heraus! Gehen Sie einmal ins Ausland, und fragen Sie nach!)

– Ja, danach fragen wir gern. Aber eines kann ich sagen: Ich war 1991 im Ausland, und da hat von uns niemand etwas gewußt, Herr Schlauch.

(Zurufe der Abg. Schlauch und Jacobi GRÜNE)

Das ist ein Versuch, hier mit einer nach meiner Ansicht recht primitiven Methode, die sich auch noch an einem anderen Punkt aufzeigen läßt, abzulenken. Wenn hier davon gesprochen wird, daß wir an allem schuld seien, weil wir angeblich die Europafeindlichen seien, dann frage ich mich: Wer stellt eigentlich fest, was europafeindlich ist? Wenn ich das Europa nicht so will, wie es beispielsweise in den Maastrichter Verträgen zum Ausdruck kommt, heißt das noch lange nicht, daß ich ein Europafeind bin.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich habe nur eine andere Vorstellung von Europa. Wenn dann einer hergeht und hier den Feind markiert, indem er sagt: „Der entspricht nicht meinen Vorstellungen. Damit ist er Feind“ – wörtlich: „europafeindlich“ –, dann ist das ein Freund-Feind-Denken, das Haß erzeugt, Herr Maurer. Sie sind der Haßerzeuger, nicht wir. Das müssen Sie sich an dieser Stelle sagen lassen.

(Lebhafter Beifall bei den Republikanern – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Wieser CDU: Ach wie gut, daß niemand weiß, daß ich Rumpelstilzchen heiß!)

Glauben Sie denn im Ernst, Sie könnten uns anlasten, daß die Ostmärkte zusammengebrochen sind oder daß sich die Weltkonjunktur verändert? Es könnte höchstens sein, daß Sie etwas verwechselt haben. Es gibt schon Republikaner, die vielleicht einen Einfluß auf die Weltkonjunktur haben. Aber diese sind in Amerika. Dann müssen Sie sich mit denen unterhalten und nicht mit uns.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Schlauch GRÜNE: Also sag einmal! – Abg. Weimer SPD: Ich bin kein Freund von Bush, aber das tut natürlich schon weh!)

Zu dem gesamtwirtschaftlichen Klima, über das heute schon gesprochen wurde, und zu der tatsächlichen Kritik daran, daß man etwas herbeireden kann, möchte ich nur anmerken, daß ich es schon merkwürdig finde, wenn der IHK-Präsident, der sich sowohl schon vor der Wahl als auch noch danach ähnlich geäußert hat, offensichtlich die Standortvorteile im Ausland erkannt hat und, anstatt hier

(Dr. Schlierer)

zu investieren, seine nächsten Investitionen inzwischen in der Schweiz und in Spanien vornimmt. Der sollte hier im Land mit leuchtendem Beispiel vorangehen. Dann hätten wir ein besseres Klima in Sachen Investitionen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Weimer SPD: Deutsche, kauft bei Deutschen!)

Zum Schluß noch ein Hinweis.

(Abg. Weimer SPD: Das war es schon?)

– Danach kommt noch jemand von meiner Fraktion. Dann werden Sie noch mehr hören. – Wenn Sie schon auf Rostock Bezug nehmen, dann sagen Sie doch bitte dazu, daß die relativ hohe Arbeitslosigkeit beim Klima und bei der Atmosphäre in Mecklenburg-Vorpommern eine Rolle spielt. Dann sagen Sie bitte auch, daß das Problem darin liegt, daß dort tatsächlich zuwenig investiert worden ist und daß sich gerade die hiesige Wirtschaft dort nicht mit den größten Lorbeeren bekränzt hat. Wenn dort mehr investiert worden wäre, hätten wir dort eine geringere Arbeitslosigkeit. Dann hätten Sie wahrscheinlich eine wesentlich stabilere Stimmung in den neuen Bundesländern, als wir sie derzeit haben.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Bütikofer GRÜNE: Arbeitslosigkeit ist kein Grund, sich wie ein Schwein aufzuführen!)

Meine Damen und Herren, so einfach kann man diese Dinge nicht erklären. Ich bin froh, daß die Sachverhalte heute in den Ausführungen des Ministerpräsidenten und auch in denen der Fraktionsvorsitzenden der CDU und der FDP/DVP differenzierter dargestellt wurden, als Sie sie dargestellt haben, Herr Maurer. Mit Ihren holzschnittartigen Thesen werden Sie nicht ablenken können. So können Sie auch nicht mit einem politisch Andersdenkenden umgehen, wenn Sie eine auch nur einigermaßen erträgliche Atmosphäre hier im Haus erhalten wollen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Weimer SPD: Das war doch die Wahrheit!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, damit ist die Runde der Fraktionsvorsitzenden abgeschlossen.

Wir treten in die zweite Runde der Debatte ein. Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schaal.

Abg. Schaal REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich zum Thema Wirtschaftsstandort spreche, möchte ich doch Herrn Kollegen Maurer – er ist jetzt nicht mehr da – eine kurze Antwort geben. Der Angeklagte hat das Recht zur Verteidigung. Herr Maurer hat nicht zugehört, als Herr Minister Spöri vorhin gesagt hat – ich zitiere ihn –, er fände es rührend, wenn ein Popanz aufgebaut werde; auf den könne man dann einschlagen. Herr Kollege Maurer soll es hören: Ihre Schlammschlacht gegenüber uns Republikanern macht auf mich keinen Eindruck.

(Zuruf des Abg. Schrempp SPD)

Hochmut kommt vor dem Fall, wie wir alle wissen.

(Beifall bei den Republikanern)

Lassen Sie mich noch einen Satz in Ihre weichen Ohren sagen. Nachher können Sie ja protestieren. Wir vertreten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, die einen deutschen Paß besitzen. Das muß auch im baden-württembergischen Landtag möglich sein.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Diskussion um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ist sehr aktuell. Das wissen wir auch. Die Schulden betragen 50 Milliarden DM. Jeder Bürger ist mit 20 000 DM dabei.

(Abg. Schrempp SPD: Das reicht manchmal nicht!)

Das ist eine liederliche Finanzpolitik gegenüber dem Bürger. Diese Schuldeninflation bedeutet im Klartext die Vernichtung des Ersparten.

(Abg. Schrempp SPD: So ein Blödsinn!)

Wir sollen nicht schnauzen, sagt unser Ministerpräsident. Man darf aber dagegen schnauzen, wenn es so weit gekommen ist.

Der Betriebsratsvorsitzende von Daimler-Benz – er bzw. die Firma Daimler-Benz wurde vom Herrn Ministerpräsidenten vorhin auch erwähnt – meint: Neben dem Verteilungskampf um das Geld gibt es inzwischen einen Verteilungskampf um Arbeit. Versteckte Kurzarbeit bei Daimler, Arbeitsplatzabbau bei IBM und Bosch, Krise bei Porsche und Audi, Textilbetriebssterben; es kriselt landesweit und branchenübergreifend. Der Herr Ministerpräsident sprach von einer Durststrecke, die uns allen zusammen bevorsteht. Schauen Sie zu, daß Sie im Land alternative Quellen bauen.

(Abg. Schrempp SPD: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

– Ich meinte dezentralisiert. Ich habe das falsche Wort gewählt. Ich habe dezentralisierte Quellen gemeint. Ich kann darüber reden, was ich meine.

Der SPD-Abgeordnete Claus Weyrosta macht mit Recht auf das Ladensterben im Einzelhandel aufmerksam. Der Wettbewerbsdruck wird sich weiter erhöhen –

(Beifall bei den Republikanern)

dank der in Brüssel eifertig arbeitenden Harmonisierung. Ein neues Wirtschaftswunder, Herr Wirtschaftsminister, ist nicht in Sicht, das uns die Probleme abnehmen könnte.

Herr Spöri im Wahlkampf: „Wir verstehen von der Wirtschaft mehr!“ Er steht nun bei den Bürgern im Wort. Da die Großen auch weiterhin mit einem Beschäftigungsabbau rechnen, wird sich die Lage erst verbessern, wenn die Zahl

(Schaal)

der kleinen und mittelständischen Betriebe wieder zunimmt.

(Zuruf des Abg. Renz GRÜNE)

Unternehmer investieren nach eigener Einschätzung der zukünftigen Chancen. Herr Dr. Schlierer hat es erwähnt. Wenn der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags in der Schweiz und in Spanien investiert, so weiß ich als Kaufmann, daß er rechnen kann. Darüber machen sich die Nachteile, mit denen unsere Betriebe gegenüber ausländischen Konkurrenten zu kämpfen haben, immer stärker bemerkbar: Die höchsten Steuersätze bei Ertragsteuern; Energie- und Umweltschutzkosten, Kapitalzinsen in nicht kalkulierbarer Höhe belasten die Unternehmen. Die Verbote und Gebote, die zu beachten sind, verscheuchen so manchen Investor in andere Länder. Immer in Krisen zeigen sich die Fehler und Schwächen der Vergangenheit. Der Herr Ministerpräsident hat vorhin selbst ein Schuldbekenntnis abgegeben. Man will ja verbessern.

Falsche Steuerpolitik, zu hohe Personalkosten im Landesetat blockieren sinnvolle Zukunftsinvestitionen für das Land. Sie verhindern geradezu mittelständisches Wachstum, anstatt es zu fördern.

(Unruhe)

Das Handwerk hat sich als wichtiger Faktor für den Arbeitsmarkt erwiesen.

(Anhaltende Unruhe)

- Bitte hören Sie zu; schimpfen können Sie hinterher.

Ich zitiere aus einem Brief eines Unternehmers an mich, den ich in der letzten Woche erhalten habe:

Ich bin jetzt 62 Jahre alt und habe mein Lebtag gearbeitet und gespart. Die Schuldenlast kann ich meinem Sohn nicht zumuten, der in ein paar Jahren das Geschäft übernehmen soll. Deshalb möchte ich sie bitten: Helfen sie uns. Es kann so nicht weitergehen. Jeder, der nach Deutschland kommt, wird mit Geld unterstützt, oft so viel, wie mancher von uns nicht einmal Rente bekommt. Deshalb bitte ich die Abgeordneten: Helfen sie den kleinen und mittelständischen Unternehmen.

(Beifall bei den Republikanern - Abg. Bütikofer GRÜNE: Wie aus dem Märchenbuch!)

- Das ist aus einem Brief aus unserem Land und nicht aus dem Märchenbuch.

Wir Republikaner schlagen ein Investitionsprogramm vor, das zinsgünstige Kredite für solche Unternehmer bereitstellt.

(Zuruf des Abg. Renz GRÜNE - Abg. Bütikofer GRÜNE: Ist die nationale Gesinnung Voraussetzung für die Kredite?)

Nach wie vor fehlen jedoch Fachkräfte. Die Regierung muß für eine Verbesserung des Ansehens der Berufsausbil-

dung sorgen. Der „Blaue Anton“ muß wieder zu Ehren kommen.

(Beifall bei den Republikanern)

Das Bildungs- und Beschäftigungssystem sei verantwortungslos, so meint die Wirtschaft, also nicht die Republikaner sind es. So steht es jedenfalls in der neuesten Jahresschrift der Industrie- und Handelskammer Reutlingen, die gestern auf meinem Schreibtisch gelandet ist.

Was ich jetzt sage, wurde heute schon an dieser Stelle gesagt, aber ich möchte es wiederholen, weil ich mich freuen würde, wenn hier jemand zustimmte.

Haupt- und Realschule werden zunehmend zur Rest --

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Ende zu kommen; Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Schaal REP: Ich möchte bitten, ein klein wenig zuzugeben, weil es meine erste Rede ist.

(Zuruf von den Republikanern: Weiter! - Zurufe von der CDU: Zur Kenntnis genommen!)

Berufsakademien --

(Unruhe)

Ich gehe einen Schritt weiter: Eine Entbürokratisierung unseres Rechtswesens für Bürger ist unausweichlich.

(Unruhe)

- Hören Sie zu. - Offenbar sind es gar nicht mehr die Gesetze, die eine Genehmigung behindern, sondern vielmehr die Beamten, die vor der Verantwortung zurückweichen und Entscheidungen von einem Amt zum anderen und von einem Gutachter zum nächsten abschieben. Mit den heutigen Gesetzen und Vorschriften hätte es nie ein deutsches Wirtschaftswunder gegeben.

Ein letztes Beispiel noch: Ein kleiner Gewerbegebietsausweiser in meinem Wahlbezirk benötigt 20 Gutachten,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

bis er es zulassen kann. Hut ab vor jedem Investor,

(Zurufe von der SPD: Jawohl! Schluß! - Zuruf von der FDP/DVP: Aufhören!)

der dies alles mit durchführt. Sie müssen das Wohl der Bürgerinnen und Bürger vor die taktischen Parteiinteressen stellen.

(Beifall bei den Republikanern - Abg. Wieser CDU: Das merken wir jetzt! Das spüren wir an Ihrer Rede!)

(Schaal)

– Nicht von Feuer und Wasser sprechen, sondern handeln!

(Zuruf von der SPD)

Die Regierung sollte wenigstens im großen und ganzen von der Mehrheit des Volkes und der Bürger akzeptiert und mitgetragen werden.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Renz
GRÜNE: Wirtschaftspolitisch, oder?)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Aktuelle Debatte und damit Punkt 1 der Tagesordnung ist abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, der Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP hat mir mitgeteilt, daß die FDP/DVP bereit wäre, den Punkt 2 der Tagesordnung heute abzusetzen.

(Abg. Wieser CDU: So, so!)

Ich gehe davon aus, daß Sie damit einverstanden sind. Damit würde nach der Mittagspause der Punkt 3 der Tagesordnung aufgerufen werden.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Mittagspause eintreten, darf ich noch darauf hinweisen, daß zu Beginn der Mittagspause der Ständige Ausschuß im Eugen-Bolz-Saal zusammentritt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14.00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.46 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14.00 Uhr)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Vor der Mittagspause habe ich mitgeteilt, daß Punkt 2 der Tagesordnung im Einvernehmen mit der FDP/DVP-Fraktion heute von der Tagesordnung abgesetzt worden ist.

Ich rufe deshalb jetzt **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes – Drucksache 11/364

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: zur Begründung des Gesetzentwurfs 5 Minuten und für die Aussprache 5 Minuten je Fraktion.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Kiesswetter, Sie haben das Wort zur Begründung des Gesetzentwurfs.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Mittagspause zeigt sich, wie schnell sich der Saal füllt. Trotzdem möchte ich jetzt den Gesetzentwurf begründen, der das Ziel hat, einen Richtervorbehalt in das Polizeigesetz einzufügen.

Am 27. Juli 1992 hat ein Rechtsanwalt eine Verfassungsbeschwerde gegen das baden-württembergische Polizeigesetz eingereicht. Das Bundesverfassungsgericht holt zur Zeit die Stellungnahmen der einzelnen Behörden ein. Als verfassungswidrig werden die getroffenen Vorschriften der Datenerhebung angesehen, die in den §§ 19 bis 25 und 37 bis 46 enthalten sind.

Auch ich bin überzeugt, daß die vorgebrachten Einwände stichhaltig sind und daß das baden-württembergische Polizeigesetz gegen die Verfassung verstößt. Die Regelung über den Einsatz von Verdeckten Ermittlern soll der Überführung von Verbrechern oder bestehenden kriminellen Vereinigungen dienen oder geplante Verbrechen verhindern helfen. Es handelt sich somit um strafprozessuale Vorschriften.

In dem vom Bund jetzt erlassenen Gesetz gegen die organisierte Kriminalität wird dieselbe Materie geregelt. Für die Strafprozeßordnung ist ausschließlich der Bund zuständig. Nachdem der Bund von seiner Gesetzgebungskompetenz Gebrauch gemacht hat, besteht kein Raum mehr für die Zuständigkeit der Länder.

(Abg. Schrempp SPD: Das ist nicht richtig!)

Da die Landesregierung trotzdem an diesem Gesetz festhält, fordere ich den Landtag auf, wenigstens einen Richtervorbehalt in das baden-württembergische Polizeigesetz aufzunehmen. Der Vorschlag der Regierung, erst in zwei Jahren über dieses Gesetz zu beraten, um die Erfahrungen, die in der Zwischenzeit gesammelt wurden, mit zu verwerthen, ist nicht stichhaltig. Ob dieses Gesetz praktikabel ist und ob Verdeckte Ermittler überhaupt den gewünschten Erfolg bringen oder nicht, hat mit der Frage, ob hier ein Richtervorbehalt eingeführt werden soll, nichts zu tun. Der Richtervorbehalt ist nur unter juristischen und verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten zu behandeln. Bei jedem Eingriff der Exekutive in grundgesetzlich geschützte Rechte der Bürger, zum Beispiel Abhören von Telefongesprächen, Durchsuchungen von Geschäfts- und Wohnräumen, Beschlagnahmebeschlüsse, Verhaftungen, ist immer ein Richter eingeschaltet, der die Rechtmäßigkeit der Maßnahme kontrolliert und sie gegebenenfalls gestattet. Dies zeichnet den Rechtsstaat aus; dies ist die Errungenschaft unseres Rechtsstaates. Das Vorhandensein einer solchen Kontrolle stärkt das Vertrauen des Bürgers in eine ordnungsgemäße Verwaltung. Fehlt ein solches Kontrollmittel, entstehen Mißtrauen und Furcht vor einem übermächtigen, nicht durchschaubaren Staat.

Verdeckte Ermittler müssen zwangsläufig mehrere grundrechtlich geschützte Bereiche verletzen. Sie betreten gegen den Willen des Betroffenen die Wohnung und verstoßen somit gegen Artikel 13 des Grundgesetzes. Sie erschleichen sich das Vertrauen von verdächtigen Personen und versuchen diese zu bewegen, ihnen gegenüber strafbare Handlungen zu offenbaren.

(Abg. Schrempp SPD: Das ist aber übertrieben!)

Es ist niemand verpflichtet, begangene strafbare Handlungen gegenüber staatlichen Behörden ohne Belehrung einzuräumen. Es ist auch niemand verpflichtet, an der Aufklärung gegen sich selbst mitzuwirken. Es gilt der Grundsatz

(Kießwetter)

„Nemo tenetur“. Wir haben dieses Schweigerecht ausdrücklich in der Strafprozeßordnung festgelegt. Dieses Schweigen darf auch nicht durch Täuschung, Mißhandlung oder Drohung gebrochen werden. Ein solches rechtswidriges Vorgehen seitens einer staatlichen Behörde gilt immer auch als eine Verletzung der Menschenwürde, die in Artikel 2 des Grundgesetzes geschützt ist. Die bewußte Täuschung ist jedoch das Mittel des Verdeckten Ermittlers.

Wenn der baden-württembergische Gesetzgeber aber der Überzeugung ist, zur effektiven Bekämpfung der Kriminalität müsse in diese grundrechtlich geschützten Bereiche eingegriffen werden, darf dies nur unter zwei Voraussetzungen erfolgen. Es muß erstens ein Verdacht gegeben sein, daß strafbare Handlungen von einer Person begangen wurden oder daß strafbare Handlungen geplant werden. Der Einsatz muß zweitens dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen. Ein Verdacht bedeutet mehr als nur Spekulation, Mutmaßung oder Ahnung. Es müssen konkrete, tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die einen Verdacht begründen. Dies muß auch einem Dritten nachvollziehbar sein. Er muß ebenfalls zu der Überzeugung kommen, der Verdächtige könnte eine Straftat begangen haben oder einen Plan haben, eine solche zu begehen.

Der Polizei muß zugemutet werden, diese konkreten Anhaltspunkte zu artikulieren und darzulegen. Erst durch einen Begründungs- und Darlegungszwang zeigt es sich, ob wirklich genügend Anhaltspunkte gegeben sind und es sich nicht nur um den Verdacht eines Verdachts handelt.

Ferner muß geprüft werden, ob der Eingriff in die grundrechtlich geschützten Rechte auch verhältnismäßig zur vorgeworfenen oder geplanten Straftat ist. Auch hier muß die Abwägung nachvollziehbar sein. Der Betroffene hat aus der Natur der Sache heraus keine Möglichkeit, zu prüfen, ob die gegen ihn gerichtete polizeiliche Maßnahme diesen gesetzlichen Erfordernissen entspricht. Es ist deshalb dringend notwendig, ein Kontrollorgan mit dieser Prüfung zu beauftragen. Dieses Kontrollorgan kann aber nicht der Vorgesetzte der Polizeibehörde sein, sondern dies muß ausschließlich ein vom Staat nicht weisungsgebundener unabhängiger Richter sein.

Es ist mir unverständlich, warum sich die Polizei gegen diese Kontrolle durch den Richter so sträubt.

(Abg. Schrempp SPD: Tut sie doch gar nicht!)

Wenn sie ordnungsgemäß, das heißt gesetzmäßig, handelt, braucht sie diese Überprüfung nicht zu scheuen. Es ist auch immer genügend Zeit, einen Richter hinzuzuziehen, da der Einsatz immer eine längere Vorbereitungszeit benötigt.

(Abg. Schrempp SPD: Die Polizei sträubt sich gar nicht!)

Gefahr im Verzuge besteht somit nie. Da der Richter kraft Amtes zur Verschwiegenheit verpflichtet ist, besteht keine Gefahr, daß dieser Einsatz vorzeitig bekannt wird. Um das Vertrauen des Bürgers in den Rechtsstaat zu erhalten, muß ein Richtervorbehalt in das baden-württembergische Polizeirecht aufgenommen werden, und zwar sofort.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Ströbele das Wort.

Abg. Ströbele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit großer Sorge beobachtet die CDU-Landtagsfraktion die zunehmende Bedrohung der inneren Sicherheit in unserem Lande. Aus unserer Sicht brauchen die Sicherheitsbehörden mehr rechtliche Möglichkeiten, Kriminalität effektiv zu bekämpfen. Aus unserer Sicht ist nirgendwo Veranlassung zum rechtspolitischen Rückzug vorhanden. Für uns hat das Schutz- und Aufklärungsinteresse den höchsten Stellenwert. Der Schutz des Bürgers hat für uns absoluten Vorrang.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Ja, genau!)

Viele Bürger müssen am eigenen Leib erfahren, mit welcher Professionalität Tätergruppen zum Beispiel im Bereich der Eigentums kriminalität vorgehen. Wir sind der Meinung, daß die Polizei in der Lage sein muß, ihre Kompetenzen unverzüglich voll und ganz auszuschöpfen. Es ist nicht hinzunehmen, daß die Polizei mit völlig ungleichen Mitteln gegen das optimal organisierte Verbrechen ankämpft. Im Kampf gegen die organisierte Kriminalität sind mehr polizeifreundliche Vorschriften notwendig. Wir brauchen mehr und nicht weniger solcher Vorschriften.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Stellenwert der polizeilichen Arbeit muß politisch noch höher angesiedelt werden als seither. Diesen Grundsatz müssen auch jene akzeptieren, welche dazu neigen, verbesserte polizeiliche Eingriffsmöglichkeiten unter Hinweis auf den Rechtsstaat abzulehnen oder abzuschaffen. In dieser Hinsicht braucht der Polizeibeamte draußen vor Ort unseren Schutz und unseren rechtspolitischen Rückhalt. Ich möchte dies für die CDU-Landtagsfraktion an zwei Beispielen sichtbar machen.

Das eine ist unser volles Bekenntnis zum sogenannten großen und kleinen Lauschangriff.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Das steht doch hier gar nicht zur Debatte, Herr Kollege!)

- Ich möchte das aber sichtbar machen. - Wir halten dies für dringend notwendig. Beim Lauschangriff muß nicht der Mensch mitten hinein in das Verbrechen. Wir sehen nicht ein, daß wir der professionellen Kriminalität Rückzugsräume für die Planung weiterer schwerer Verbrechen einräumen. Wir kommen an die Hintermänner des organisierten Verbrechens, an die Drogenbosse, Waffenhändler und Glücksspieler auf Dauer nur heran, wenn wir unserer Polizei das dazu erforderliche rechtliche Instrumentarium an die Hand geben.

Nun zum zweiten Punkt, den Sie angesprochen haben. Wir bekennen uns unumwunden dazu, daß gegen Extremisten und organisiertes Verbrechen weiterhin verdeckt ermittelt werden muß.

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Bezüglich des Verdeckten Ermittlers brachten wir bei der Novellierung des Polizeirechts unseren klaren und eindeu-

(Ströbele)

tigen politischen Willen zum Ausdruck, der Polizei wirksame, schlagkräftige Instrumente zur vorbeugenden Bekämpfung der organisierten Kriminalität an die Hand zu geben. Wir stehen auch heute noch zu dieser Auffassung. Für uns von der CDU-Landtagsfraktion ist es eine Selbstverständlichkeit, daß sich Polizeibeamte an Recht und Ordnung halten. Aus diesem Grunde halten wir es für die Polizei für eine Zumutung, in die Rechtsvorschriften etwa eine Bestimmung aufzunehmen, wonach Polizeibeamte keine Straftaten vornehmen dürfen. Als Bürgermeister würde ich auch nicht auf die Idee kommen, der Feuerwehr in der Feuerwehrsatzung vorzuschreiben, sie dürfe keine Brände stiften.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Aus meiner Sicht ist es eine Selbstverständlichkeit, daß sich die Polizeibeamten im Lande an Recht und Ordnung halten. Wir setzen uns dafür ein, daß die Regelungen für den Verdeckten Ermittler so polizeifreundlich wie möglich ausgestaltet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben den Innenminister beauftragt, zum neuen Polizeirecht im Plenum einen Erfahrungsbericht zu geben. Ich bin davon überzeugt, daß dieser Erfahrungsbericht positiv ausfallen wird. Ich darf Sie, meine Herren von der FDP/DVP-Fraktion, nur bitten, im rechtspolitischen Bereich nicht mehr länger im Bremserhäuschen zu sitzen, auch in Bonn nicht mehr länger auf die Bremse zu treten.

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Wir als CDU in diesem Lande werden uns weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, daß wir eine polizeifreundlichere Rechtslage erhalten. Das ist unsere Zielsetzung. Die innere Sicherheit steht bei uns als CDU-Landtagsfraktion an vorderster Stelle unseres politischen Wollens und Handelns.

Ich füge abschließend hinzu: Die oberste Aufgabe des Staates ist es, für die äußere und innere Sicherheit der Bürger in angemessener Weise Sorge zu tragen. Für dieses wichtige Staatsziel werden wir weiterhin unsere volle politische Kraft einsetzen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schrempp.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Abg. Schrempp SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nicht in den Fehler verfallen, jetzt über den Tagesordnungspunkt 9 zu reden, sondern ich werde mich auf den Tagesordnungspunkt 3 beschränken.

(Abg. Weimer SPD: Sehr gut, Herr Kollege!)

Mit dieser Thematik, die die FDP/DVP hier wieder eingebracht hat, haben wir uns ja in diesem Hohen Haus schon

mehrfach, insbesondere in der letzten Legislaturperiode, beschäftigt.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Die FDP/DVP ist ja gar nicht da!)

– Doch, zwei Kollegen sind da. – Wir haben am 18. September und am 16. Oktober vergangenen Jahres hier über dieses Gesetz gesprochen. Im September 1991 – und ich sage das hier selbst, bevor es mir dann hinterher jemand anderes vorhält – habe ich einen sogenannten Richtervorbehalt gefordert, da der Einsatz Verdeckter Ermittler doch einen erheblichen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte darstellt. In der zweiten Lesung des Polizeigesetzes im Oktober habe ich dann dargestellt, daß der Richtervorbehalt keine zeitliche Verzögerung zur Folge hat, und außerdem stellt eine derartige Einrichtung keineswegs ein Mißtrauen in die verantwortungsvolle Führung der Polizei dar, sondern das Gegenteil wird der Fall sein, denn die Anordnung des Richters schützt den Verdeckten Ermittler weiter gehend, als dies bisher der Fall ist.

Sie sehen nun, meine Damen und Herren von der FDP/DVP, daß Sie mit Ihrem Gesetzentwurf Vorschläge der Sozialdemokraten aus der vergangenen Legislaturperiode wiederholen. Aber ich will mich nun etwas intensiver mit Ihrem Gesetzentwurf befassen. Sie fordern also die Anordnung der verdeckten Ermittlungen durch das Amtsgericht. Wenn Sie sich an unsere Vorschläge erinnern, so wissen Sie, daß wir gleichzeitig immer eine Regelung der „Gefahr in Verzug“ einbauen wollten. Auch die Frau Datenschutzbeauftragte Leuze hat im übrigen zugestanden, daß diese Regelung eingeführt werden muß und bei den eiligen Fällen eine Anordnung durch den Leiter des Landeskriminalamtes, der Wasserschutzpolizeidirektion oder einer Landespolizeidirektion erfolgen kann. Diese Anordnung muß dann innerhalb von drei Tagen durch den Richter überprüft und letztlich dann auch bestätigt werden. Dies wäre eine Regelung, die uns auch sehr vernünftig vorkäme.

Im nächsten Punkt soll per Gesetz festgeschrieben werden, daß Verdeckte Ermittler keine Straftaten begehen dürfen. Auch diese Forderung hatten wir schon einmal erhoben, aber wissen Sie, wir haben da wirklich weitergedacht und sind mittlerweile zu der Auffassung gekommen, daß dies wenig sinnvoll wäre. Wir sind uns wohl in diesem Hohen Haus alle einig, daß niemand in diesem Staat Straftaten begehen darf. Man kann dann auch nicht irgendwo reinschreiben, gerade in ein Gesetz nicht hineinschreiben, daß diese Regeln des Strafgesetzbuchs dann auch erfüllt werden müssen. Es kann auch nicht angehen, daß der Staat Straftaten sanktioniert oder gar provoziert, um Straftäter zu überführen. Kein Beamter darf zu kriminellen Taten ermuntert werden; auch darüber dürfte hier Einigkeit herrschen. Es würde allen Prinzipien des Rechtsstaats widersprechen, Kriminalität erst zu erzeugen, um Kriminelle dingfest machen zu können.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist die eine Seite, aber nicht die ganze!)

– Dies ist die eine Seite, Herr Kollege Fleischer. – Ich will jetzt das Beispiel mit den Feuerwehrleuten und dem Feuerwehrgesetz nicht noch einmal bringen, will aber auf den

(Schrempf)

gemeinsamen Erlaß, genauer die Verwaltungsvorschrift des Justiz- und Innenministeriums Bezug nehmen. Unter dem Stichwort „Voraussetzungen für den Einsatz Verdeckter Ermittler“ steht da in Punkt 3: „Verdeckte Ermittler dürfen keine Straftaten begehen.“ Daran sollten wir uns auch weiterhin in diesem Lande halten. Eine nochmalige Nennung wäre insofern überflüssig.

(Abg. Fleischer CDU: Das müssen wir auch gleich tun, sonst können Sie nämlich gleich einpacken!)

- Ja, ja, Herr Fleischer, Sie haben da eine andere Meinung; aber Sie sind für meine Begriffe ohnehin so weit rechts außen, daß sinnvolle Gespräche kaum möglich sind.

(Lachen bei den Republikanern - Abg. Fleischer CDU: Ich bin nur rechts außen, wenn Sie Mitte sind, und das ist nicht der Fall!)

- Ja, das ist wahr; ich lege auch Wert auf diese Feststellung.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren von der FDP/DVP, Sie wollen jetzt eine zeitliche Beschränkung von drei Jahren einführen. Das letzte Mal, als wir hier darüber diskutiert haben, haben Sie von vier Jahren gesprochen; vielleicht sprechen Sie das nächste Mal von fünf Jahren. Die Regelung halte ich für absolut falsch. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Auch die SPD hatte eine zeitliche Beschränkung des Einsatzes vorgeschlagen, aber in der Sache und nicht in der Person.

(Abg. Dr. Caroli SPD: So!)

Die Frage, ob diese enorme psychische und physische Belastung einem Verdeckten Ermittler noch weiter zugemutet werden kann, ist doch zunächst einmal von der Person abhängig, weil es Verdeckte Ermittler gibt, die sicher nach zwei Wochen ausgebrannt sind, und andere sind nach fünf Jahren immer noch einsatzfähig. Deswegen sollte man eine derartige Regelung nicht treffen und von hier starren Fristen absehen.

Zum Schluß möchte ich darauf hinweisen - das ist auch zu berücksichtigen -, daß man Gesetze nicht ständig ändern kann. Deswegen meine ich, wir sollten diesen Gesetzentwurf dem Innenausschuß überweisen.

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Wir sollten diesen Gesetzentwurf dem Innenausschuß überweisen und sollten den Innenminister gleichzeitig bitten, einmal Ausführungen über die Erfahrungen zu machen, die er mit diesem Gesetz gesammelt hat, und er sollte dies sowohl grundsätzlich als auch in verschiedenen Bereichen machen.

(Abg. Fleischer CDU: Wozu stehen Sie denn jetzt? Zur Koalitionsvereinbarung oder nicht?)

- Herr Kollege Fleischer, es ist immer sinnvoll, Minister anzuhören. Das haben Sie in der letzten Legislaturperiode ja auch gesagt, und deswegen wollen wir uns ganz gerne darauf verlassen, was der Innenminister uns an Erfahrungen hier darlegen kann, und dann sollten wir in dieser Angelegenheit einvernehmlich die notwendigen Konsequenzen ergreifen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen drei Bestimmungen des Polizeigesetzes geändert werden, denen gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Kriminalitätsentwicklung, über die wir nachher noch mehr hören werden,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Heute abend um 8 Uhr!)

besondere Bedeutung zukommt. Mit der Einführung eines generellen Richtervorbehalts bei längerfristiger Observation, beim verdeckten Einsatz technischer Mittel und beim Einsatz Verdeckter Ermittler soll dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung Rechnung getragen werden.

Aufgehängt wird diese Initiative - so zumindest die Begründung der FDP/DVP - an einem Einzelfall des Einsatzes Verdeckter Ermittler in Tübingen und, wie wir vorhin vom Kollegen Kiesswetter gehört haben, an einer Verfassungsklage, über deren Ausgang wir heute noch gar nichts sagen können.

Es wäre unserer Ansicht nach besser gewesen, die Initiatoren dieses Gesetzentwurfs hätten sich im Blick auf die polizeiliche Aufgabe der Gefahrenabwehr zunächst einmal die Ausgangslage klargemacht. Den Hintergrund für die in Rede stehenden Bestimmungen des Polizeigesetzes bildet unzweifelhaft der unaufhaltsame Kriminalitätsanstieg in den letzten 20 Jahren, der mit einer Zunahme von 300 000 Fällen im Jahre 1971 auf über 523 000 Fälle im Jahre 1991 immerhin eine deutliche Sprache spricht, wobei insbesondere die eklatante Zunahme gemeinschädlicher Delikte im Bereich der Drogen-, Wirtschafts- und der allgemeinen Straßenkriminalität sowie im Bereich der politischen Gewaltkriminalität Besorgnis erregt. Besonders auffallend war dabei die Zunahme der organisierten Kriminalität, weshalb ja inzwischen auch auf Bundesebene ein entsprechendes Gesetz verabschiedet wurde. Diese Zunahme der organisierten Kriminalität hat sicherlich auch etwas mit der kriminalgeographischen Lage unseres Landes zu tun, und sie hat inzwischen ein bedrohliches Ausmaß in Baden-Württemberg erreicht.

Nimmt man hinzu, daß es der Landesregierung in den vergangenen Legislaturperioden nicht einmal annähernd gelungen ist, die selbst gesetzten Ziele im Rahmen der Sicherheitspläne, insbesondere des Sicherheitsplans II, zu verwirklichen, dann wird deutlich, daß nicht nur die Opfer der halben Million Straftaten, sondern auch unsere Polizei, die uns schützen soll, inzwischen selbst quasi mit erhobenen Händen an der Wand stehen.

(Dr. Schlierer)

(Beifall bei den Republikanern)

Während die bandenmäßig begangene organisierte Schwerstkriminalität in rasantem Vormarsch begriffen ist und das hieraus erwachsende Bedrohungspotential das Vertrauen der Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates untergräbt, wird nun ein Antrag gestellt, bewährtes polizeiliches Instrumentarium durch praxisfremde Restriktionen unbrauchbar zu machen oder gar zu verbieten.

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Offensichtlich scheinen Sie, meine Herren von der FDP/DVP, aus den Augen verloren zu haben, daß die Verwirklichung von Liberalität und informationellem Selbstbestimmungsrecht einen Rechtsstaat voraussetzt, der mit einer handlungsfähigen Polizei in der Lage ist, das in ihn gesetzte Vertrauen durch Schutz vor Kriminalität zu rechtfertigen.

(Beifall bei den Republikanern)

Mit Ihrer Initiative schaden Sie aus falsch verstandener Liberalität dem Bürger. Sie verhindern nämlich eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung, ohne die der Bürger nichts von seiner informationellen Selbstbestimmung hat.

(Beifall bei den Republikanern)

Es gehört auch ein erhebliches Maß an Realitätsferne dazu, meine Damen und Herren, den Einsatz Verdeckter Ermittler von einer Anordnung durch das zuständige Amtsgericht abhängig zu machen, so wie dies in diesem Gesetzesentwurf vorgeschlagen ist,

(Abg. Schrempp SPD: Wie ist es dann im OrgKG geregelt?)

als ob die hohe Mobilität und Flexibilität der Täter im Bereich der organisierten Kriminalität nicht bekannt wäre.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Wie ist das mit der Hausdurchsuchung? Ist die auch wirklichkeitsfremd?)

Was wollen Sie eigentlich unternehmen – Sie müßten es eigentlich auch wissen, Herr Schlauch –, wenn zum Beispiel am Freitag abend in einer Kleinstadt an der Landesgrenze von der Polizei ad hoc ein Einsatz Verdeckter Ermittler gemäß § 24 des Polizeigesetzes beantragt wird und die hochkriminelle Zielperson bei Erlass des entsprechenden Beschlusses, wenn dieser überhaupt am Wochenende möglich ist, bereits in einen anderen Amtsgerichtsbezirk, womöglich noch in ein anderes Bundesland ausgewichen ist und dort, beispielsweise von der Wohnung eines bislang nicht in Erscheinung getretenen Bürgers aus, die Planung und Vorbereitung eines unmittelbar bevorstehenden gemeingefährlichen Verbrechens betreibt? Wollen Sie dann erst einmal abwarten, bis Sie vielleicht am Montag oder in den folgenden Tagen beim entsprechenden Amtsgericht eine Anordnung bewirkt haben, anstatt sich hier – –

(Abg. Bebbler SPD: So ein Quatsch!)

– Das ist kein Quatsch, Herr Kollege, sondern das basiert ja auf konkreten Fällen. Es hat einen Fall dieser Art gegeben, allerdings ohne daß dort in der Folge der konkrete Entscheidungszwang aufgetreten wäre. Aber das sind Szenarien, die nicht aus der Luft gegriffen sind, sondern Realität sind.

Anstatt sich an medial aufgebauchten Einzelvorgängen, woran leider auch Regierungsmitglieder bisweilen nicht ganz unschuldig sind, zu orientieren, sollten Sie sich das aktuellere Szenario des Schmuggels von Nuklearmaterial, wie wir es dieser Tage gehört haben, vor Augen führen. Soll etwa die Polizei beim Handel mit Plutonium erst einmal gemächlich abwarten, bis sie den zuständigen Amtsrichter erreicht, bevor sie einen Verdeckten Ermittler einsetzt?

(Abg. Schlauch GRÜNE: Was hat denn das mit Verdeckten Ermittlern zu tun?)

Völlig realitätsfern ist auch die Forderung des neuen Absatzes 3 in § 24 des Polizeigesetzes. Wie wollen Sie eigentlich praktische Ermittlungsarbeit im Bereich der Drogenfahndung betreiben, wenn Sie dem Verdeckten Ermittler die Möglichkeit nehmen, vor dem Ankauf größerer Rauschgiftmengen einen Scheinkauf vorzunehmen, der nach dem Betäubungsmittelgesetz natürlich schon längst strafbar wäre?

(Zuruf von den GRÜNEN: Es ist eine Last!)

Offensichtlich wollen Sie, wie die Grünen auch, künftig auf den Einsatz von Verdeckten Ermittlern bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität und damit auf Fahndungserfolge der Polizei in diesem Bereich verzichten.

Wir Republikaner stehen zum Instrument des Verdeckten Ermittlers und zur taktisch-operativen Technikanwendung, wie sie derzeit in den §§ 22 und 24 des Polizeigesetzes vorgesehen sind. Für uns steht aus den bereits dargestellten Gründen in der Rechtsgüterabwägung der Schutz der Bürger und der Polizeibeamten über dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

(Beifall bei den Republikanern)

Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden. Wir Republikaner haben Vertrauen zu unserer Polizei und lehnen daher diesen Antrag der FDP/DVP ab.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Schlauch.

Abg. Schlauch GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP/DVP will mit ihrer Novellierung des Polizeigesetzes den Einsatz Verdeckter Ermittler von richterlicher Kontrolle abhängig machen. Dies, Herr Kiesswetter, ist in der Sache gewiß löblich und Ihnen als Strafverteidigerkollege natürlich auch abzunehmen.

Das baden-württembergische Polizeigesetz ist gerade in dem Punkt „Verdeckter Ermittler“ – wie übrigens auch in vielen anderen Punkten – von unbestimmten Rechtsbegrif-

(Schlauch)

fen bestimmt, und zwar von unbestimmten Rechtsbegriffen, die viel zu weit gefaßt sind. Klare normative Regelungen, wann verdeckte Ermittlungen angesagt oder angezeigt sind, wann die Polizei solche Methoden einsetzen darf, gibt es in diesem baden-württembergischen Polizeigesetz nicht.

Ich frage mich allerdings, Herr Kollege Kiesswetter, warum die FDP dort, wo sie gestalten könnte, wo sie sogar den Justizminister stellt, bei der Anwendung polizeilicher Geheimdienstmaßnahmen, wie sie der Einsatz Verdeckter Ermittler darstellt, genau diesen Richtervorbehalt, den Sie hier lauthals fordern, ganz kleinlaut unter den Tisch fallen läßt.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Schrempf SPD)

Ich meine das Gesetz zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens, bei dem Sie in der Person Ihres damaligen Justizministers die Möglichkeit gehabt hätten, diesen Richtervorbehalt einzubringen. Davon ist aber weit und breit nichts zu sehen. Wieder einmal – und es tut mir leid, daß ich es an Ihre Adresse sagen muß, nicht so sehr persönlich, aber an Ihren Haufen,

(Heiterkeit – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

der hier noch nicht einmal vorhanden ist –

(Abg. Walter GRÜNE: Häufchen!)

ist dies eines der zahllosen Beispiele, in denen die FDP Politik als unglaubliches Sandkastenspiel betreibt: im Bund Richtervorbehalt nein, aber hier fordert man ihn. Es wäre verdienstvoller und auch wirksamer gewesen, wenn in der Bundestagsfraktion diese Vorgabe gemacht worden wäre, wenn es dort also diesen Richtervorbehalt gegeben hätte.

Die Ergebnisse in Baden-Württemberg beim Einsatz Verdeckter Ermittler haben wir ja in den letzten Wochen und Monaten erlebt. Das Problem ist, daß Verdeckte Ermittler ohne jeden konkreten Tatverdacht eingesetzt werden können, im Gegensatz zum Gesetz gegen das organisierte Verbrechen ohne Straftatenkatalog und zudem eben auch noch ohne richterliche Genehmigung. Das heißt, daß die verdeckte Ermittlung im Präventionsbereich möglich ist. Bei den Beispielen, die Sie, Herr Kollege Schlierer, gebracht haben, ist jeweils ein konkreter Tatverdacht vorhanden gewesen. An einem solchen Punkt können Sie selbstverständlich auch ohne Gefahr im Verzug und ohne richterliche Genehmigung möglicherweise einen Verdeckten Ermittler einsetzen. Sie haben hier einen Popanz aufgebaut. Es geht darum, daß die Polizei in Vorfeldermittlungen in eigener Regie Verdeckte Ermittler einsetzt. Das ist verfassungsrechtlich mit Sicherheit höchst problematisch.

Herr Birzele, ich erinnere Sie daran: Sie waren in der Spielcasino-Affäre einer der schärfsten Kritiker des Einsatzes Verdeckter Ermittler.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Verdeckte Ermittler waren dabei behilflich, in Baden-Württemberg ein Netz von Spielkasinos aufzubauen. Die Ergebnisse waren annähernd gleich null.

Das andere Beispiel, das Sie gleich am Anfang Ihrer Amtszeit erwischt hat – Tübingen –, war ja auch gerade kein glorreiches Beispiel für den Einsatz Verdeckter Ermittler. Ich kann nur sagen, daß die Liebe der verdeckten Ermittlung da doch ein gutes Spiel gespielt hat.

(Abg. Fleischer CDU: Sie sollten jetzt einmal mit den falschen Behauptungen aufhören!)

– Vielleicht können Sie das noch verbessern. – Ich kann nur sagen: Der Einsatz von verdeckter Ermittlung ist ein massiver Eingriff in die freiheitlichen Grund- und Bürgerrechte sowie ein Eingriff in liberale Rechtsstaatsprinzipien. Deshalb ist für uns der Einsatz von verdeckten Ermittlungen ohnehin umstritten. Aber wenn er stattfinden muß – ich meine, daß er zur Abwehr organisierten Verbrechens stattfinden kann –, muß er an konkrete normative Vorgaben, an einen konkreten Tatverdacht, an einen Straftatenkatalog und selbstverständlich auch an einen richterlichen Beschluß gebunden sein.

Denn machen Sie mir einmal den Unterschied klar, warum nach heutiger Rechtslage bei einer Hausdurchsuchung ein richterlicher Beschluß notwendig ist, während dies beim Einsatz Verdeckter Ermittler nicht der Fall ist.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Schluß.

Ein letztes verfassungsrechtliches Argument, Herr Birzele. Dazu würde ich gern Ihre Meinung hören. Wenn das Gesetz zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens den konkreten Tatverdacht voraussetzt und gleichzeitig den Einsatz Verdeckter Ermittler an Straftatenkataloge bindet, dann halte ich es für verfassungsrechtlich höchst problematisch, wenn nicht sogar für verfassungswidrig, wenn eine Bundesregelung durch eine Landesregelung mit einem unbestimmten Rechtsbegriff derart ausgeweitet wird, daß die Polizei in eigener Regie in Vorfeldermittlungen nach ihrem Belieben Verdeckte Ermittler einsetzen kann. Solange dies nicht geklärt ist, können wir uns jedenfalls mit dem Einsatz Verdeckter Ermittler auch in der Variante, die die FDP/DVP vorgeschlagen hat, nicht einverstanden erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Drexler SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat der Herr Innenminister.

Innenminister Birzele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schlauch, ich will zur Vermeidung von Mißverständnissen zunächst darauf hinweisen, daß weder ich noch die SPD – auch beim Untersuchungsausschuß – den Einsatz Verdeckter Ermittler abgelehnt haben.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

(Minister Birzele)

Vielmehr haben wir ausdrücklich erklärt, daß für uns Verdeckte Ermittler zur Aufklärung bestimmter Verbrechen notwendig sind.

Wir haben uns im Untersuchungsausschuß auch nicht speziell mit der Frage beschäftigt, ob der Einsatz Verdeckter Ermittler in ganz konkreten Fällen gerechtfertigt war. Die Zielsetzung war vielmehr eine ganz andere, und das ist kritisiert worden. Polizeibeamte und damit auch Verdeckte Ermittler waren nämlich bei der Einrichtung und beim Betrieb von Spielcasinos behilflich, obwohl sie hätten wissen müssen, daß in diesen Spielcasinos illegale Spiele betrieben worden sind. Auf diesen Teilaspekt hat sich unsere Kritik beschränkt. Unsere Kritik hat sich nicht generell – Herr Kollege Schlauch, Sie wissen das – auf den Einsatz Verdeckter Ermittler bezogen. Auch bei diesem Thema, das sehr schwierig ist, bitte ich doch darum, die notwendige Differenzierung vorzunehmen.

(Beifall des Abg. Schrempp SPD – Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Das war aber nicht sehr überzeugend! – Abg. Fleischer CDU: Aber es klingt überzeugend! Es stimmt zwar nicht, was er sagt, aber – –!)

– Frau Kollegin Bender, nicht jede meiner Bemerkungen, die richtig ist, muß durch Beifall unterstützt werden; denn sonst würde ich nur noch durch Beifall unterbrochen werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Jacobi GRÜNE: Jetzt sind die Jungs wenigstens wach!)

Die FDP/DVP hat in der Begründung zu ihrem Gesetzentwurf auf den Einsatz der Verdeckten Ermittler in Tübingen hingewiesen. Herr Kollege Kiesswetter hat dies heute in seinen Ausführungen nicht mehr besonders hervorgehoben. Offensichtlich ist er in der Zwischenzeit davon überzeugt, daß dies keine tragfähige Begründung für diesen Gesetzentwurf wäre. Ich will aber der Klarheit wegen noch einmal darauf hinweisen, daß nach der damaligen Rechtslage, und zwar sowohl vor dem Inkrafttreten der neuen Fassung des Polizeigesetzes als auch danach, der Einsatz der Verdeckten Ermittler und das Einsatzkonzept rechtmäßig und insbesondere verhältnismäßig gewesen sind. Ich bitte, bei einer solchen Beurteilung nicht jeweils die Kriterien an solche Vorgänge anzulegen, die de lege ferenda aus der Sicht der jeweiligen Kritiker entwickelt werden müssen, sondern dann die tatsächlich bestehende rechtliche Lage zugrunde zu legen. Deshalb sage ich noch einmal eindeutig: Das Vorgehen war insoweit rechtmäßig und insbesondere auch verhältnismäßig.

Der Einsatz der Verdeckten Ermittler dort bezweckte die vorbeugende Bekämpfung schwerster Straftaten im terroristischen Bereich. Der Ermittlungsauftrag war insoweit konkret und beschränkt. Der Einsatz war Ultima ratio, da mit den herkömmlichen anderen polizeilichen Ermittlungsmethoden keine verwertbaren Erkenntnisse mehr über bevorstehende terroristische Straftaten beschafft werden konnten. Überdies diente der Einsatz der Verdeckten Ermittler – das will ich hier in aller Deutlichkeit noch einmal klarstellen – gerade nicht einer generellen Ausforschung politisch engagierter Personen und Gruppen.

(Abg. Weimer SPD: Gut! Jawohl!)

Das Nähere bitte ich den Stellungnahmen des Innenministeriums zu den einschlägigen Anträgen der SPD und der Grünen zu entnehmen. Sollte dann noch Aufklärungsbedarf bestehen, haben Sie die Gelegenheit, auch im Innenausschuß ganz detailliert über diese Fragen zu diskutieren.

Nun komme ich zu dem vorliegenden Gesetzentwurf. Sie sehen, meine Herren von der FDP/DVP, einen absoluten Richtervorbehalt ohne jede Differenzierung darin vor. Herr Kiesswetter, Sie haben dies gerade dargelegt. Da will ich Sie doch in Ergänzung dessen, was Herr Kollege Schlauch Ihnen schon vorgehalten hat, darauf hinweisen, daß sich diese Regelung in vielen Fällen nicht mit dem Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Übereinstimmung bringen läßt. Ihr Gesetzentwurf geht nämlich teilweise wesentlich hinter die Regelungen der Strafprozeßordnung für polizeiliche Ermittlungsmaßnahmen im Rahmen der Strafverfolgung zurück, ohne daß Sie auch nur ansatzweise begründet hätten, warum Sie – wenn Sie eine differenzierte Regelung für erforderlich halten – im präventiven Bereich sehr viel einschränkendere Vorgaben haben.

Ich will nur auf einige Punkte hinweisen. Observation ist eine sowohl im präventiven Bereich als auch im repressiven Bereich zulässige Ermittlungsmaßnahme. Sie fällt unter § 163 Abs. 1 der Strafprozeßordnung und ist dort als Fahndungsmaßnahme ohne spezifisch geregelte Voraussetzungen aufgeführt. Das ergibt sich auch, wenn Sie den neuen § 100 c hernehmen. Der verdeckte Einsatz technischer Mittel bedarf nach der Neufassung der Strafprozeßordnung durch dieses Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität teilweise keiner besonderen Anordnung, beispielsweise nicht bei der Herstellung von Lichtbildern und Bildaufzeichnungen. Teilweise bedarf er einer Anordnung des Richters. Dies betrifft aber die Fälle des Abhörens und Aufzeichnens des nicht öffentlich gesprochenen Wortes.

Ich weise ferner darauf hin, daß bei Gefahr im Verzug eine solche Anordnung durch die Staatsanwaltschaft und ihre Hilfsbeamten getroffen werden kann. Sie sehen keine solche Regelung vor. Auch darauf ist von den Vorrednern schon verschiedentlich hingewiesen worden.

Nun komme ich speziell zum Einsatz Verdeckter Ermittler. Nach der Neufassung der Strafprozeßordnung bedarf der Einsatz eines Verdeckten Ermittlers außerhalb von Wohnungen nur der Zustimmung der Staatsanwaltschaft. Sie setzen hier einen Richtervorbehalt ein.

Diese Zustimmung kann, falls die Staatsanwaltschaft nicht rechtzeitig erreichbar ist, auch nachträglich herbeigeführt werden. Sie sehen eine solche Regelung nicht vor.

Ich könnte noch weitere Beispiele aufführen, wo sich Ihr Gesetzentwurf von der Neufassung der Strafprozeßordnung unterscheidet. Sie müssen schon einmal erklären, mit welcher Begründung Sie derartige Unterschiede vorsehen, insbesondere warum Sie zum Beispiel Observationsmaßnahmen und die Herstellung von Lichtbildern von einem Richtervorbehalt abhängig gemacht wissen wollen.

(Minister Birzele)

Dieser Gesetzentwurf, den sie hier vorlegen, pauschaliert auch aus meiner Sicht zu stark letztlich zu Lasten der präventiven Straftatenbekämpfung durch die Polizei; denn, wie gesagt, Sie haben dieselbe hohe Eingriffsschwelle bei den Eingriffsvoraussetzungen für sehr eingriffssensitive Maßnahmen, beispielsweise für den Einsatz des Verdeckten Ermittlers, wie für weniger eingriffssensitive Maßnahmen, beispielsweise bei der Observation. Sie sehen keine Notkompetenz vor, und im Ergebnis wäre der Einsatz besonderer Mittel der Datenerhebung bereits aus Gründen der praktischen Handhabbarkeit weithin unmöglich. Nehmen Sie nur einmal die Herstellung von Bildern, die sich aus einer Augenblickssituation ergeben. Wie wollen Sie hier mit einem absoluten Richtervorbehalt, wie Sie dies in Ihrem Gesetzentwurf vorgesehen haben, polizeilich noch vernünftig handeln?

Auch aus meiner Sicht und aus der Sicht der SPD – das setze ich dazu – ist es aus Praktikabilitätsgründen ein anzustrebendes Ziel, die Eingriffsvoraussetzungen für polizeiliches Handeln zur Gefahrenabwehr einschließlich der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung bzw. zur Strafverfolgung zu vereinheitlichen. Dementsprechend haben wir über diesen Punkt in den Koalitionsverhandlungen sehr ausführlich gesprochen und vereinbart, daß eine entsprechende Überprüfung auf der Basis der Anwendung des bestehenden Polizeigesetzes und auf der Basis der Novellierung der Strafprozeßordnung vorgenommen werden soll; denn nur dann läßt sich dieses Ziel wirklich erreichen. Da müssen die Maßnahmen aufeinander abgestellt werden.

Ich will dazu sagen: Dabei sollte nach meiner Auffassung auch gegebenenfalls über andere Kontrollmechanismen nachgedacht werden, wie wir sie zum Beispiel beim Abhören von Telefongesprächen haben, also durch die Einschaltung parlamentarischer Gremien wie dem Gremium nach Artikel 10 des Grundgesetzes. Man muß diese Fälle auch unter Praktikabilitätsgründen prüfen und sich auch darüber im klaren sein, daß zur Beurteilung solcher Fahndungsmaßnahmen teilweise eine hohe Kompetenz durch dauernde Beschäftigung mit diesen Themenbereichen gehört. Man muß auch darüber nachdenken, gerade wenn präventive und repressive Maßnahmen abgeglichen werden sollen, wie der jeweilige Rechtsgüterschutz herzustellen ist, aber nicht nur selbstverständlich der Rechtsgüterschutz des Beschuldigten, des Betroffenen, sondern auch der Rechtsgüterschutz derer, deren Rechtsgüter durch Straftaten gegebenenfalls gefährdet werden.

(Sehr gut! bei der CDU)

Deshalb haben wir zum Beispiel in Artikel 13 des Grundgesetzes gerade bei dieser massiven Eingriffsmaßnahme in die Wohnung im präventiven Bereich viel geringere Eingriffsvoraussetzungen als im repressiven Bereich. Im repressiven Bereich haben wir bisher ja keinerlei Eingriffsmöglichkeiten. Auch diese Frage muß sehr sorgfältig bedacht werden.

Nun zu dem beantragten neuen § 24 Abs. 3; ich habe ja für alles mögliche Verständnis. Ich will mich deshalb insoweit nur auf Ihre Begründung beziehen. Sie haben nach Ihrer eigenen Begründung die Überflüssigkeit einer solchen neuen Bestimmung klargelegt. In Ihrer Begründung heißt es

ganz eindeutig: „Nach der geltenden Rechtslage dürfen als Verdeckte Ermittler eingesetzte Beamte keine Straftaten begehen.“ Dazu kann ich nur sagen: Dem ist nichts hinzuzufügen.

Wenn Sie aber am Schluß dieses Absatzes, weil es eine Diskussion darüber gibt, ob man künftig Verdeckten Ermittlern Straftaten erlauben sollte, was ja eine Gesetzesänderung voraussetzen würde, schreiben: „Nach Auffassung der FDP/DVP-Landtagsfraktion muß deshalb im Polizeigesetz eine entsprechende Regelung enthalten sein, die dies ausschließt“, dann ist dies, mit Verlaub gesagt, absurd. Dann müßten wir jede politische Diskussion sozusagen vorsorglich durch negative Gesetzesbestimmungen abschneiden. Daß dies nicht sinnvoll sein kann, Herr Kiesswetter, davon gehe ich aus. Das sehen Sie vielleicht mittlerweile auch ein.

Zu der Frage Ihres § 24 Abs. 4, den Sie vorsehen wollen: Eine solche Regelung kann sinnvollerweise nicht im Gesetz stehen, denn es hängt sehr von den einzelnen Fallsituationen ab, wie lange ein Verdeckter Ermittler eingesetzt werden kann. Die Problematik ist aus meiner Sicht nicht so sehr der Einsatz insgesamt im Leben eines Polizeibeamten, sondern die Problematik ist die anhaltende Dauer in einem Fall, also die Länge des Falls und die Gefahr, daß dadurch der Verdeckte Ermittler selbst in Situationen gerät, die im Rahmen einer notwendigen Dienstaufsicht und Fürsorgepflicht besser vermieden würden.

Insgesamt, meine Herren von der FDP/DVP, ist dieser Gesetzentwurf eigentlich keine vernünftige Basis für eine Neuregelung des Polizeigesetzes.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schlauch? – Bitte, Herr Abg. Schlauch.

Abg. Schlauch GRÜNE: Mich würde doch noch interessieren, wie Sie dazu stehen, daß in diesem Kompetenzkonflikt Bund – Land in dem Gesetz zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens zum Einsatz eines Verdeckten Ermittlers engere Voraussetzungen enthalten sind, im Land aber das Einfallstor weitgehend offen ist, und ob Sie da nicht eine verfassungsrechtliche Problematik sehen, so daß daraus eine Novellierung gerechtfertigt ist.

Innenminister Birzele: Ich dachte, Herr Kollege Schlauch, ich hätte dies in aller Deutlichkeit angesprochen. Offensichtlich habe ich mich nicht ganz verständlich gemacht. Ich habe ja darauf hingewiesen, daß bei den Koalitionsverhandlungen beide Koalitionspartner unterschiedliche Positionen hatten und daß wir uns darauf geeinigt haben, das Polizeigesetz nach Vorliegen von Erfahrungen mit diesem Gesetz und nach der anstehenden zusätzlichen Novellierung der Strafprozeßordnung zu überprüfen. Ich habe ferner gesagt, nach meiner Auffassung sollte schon aus Praktikabilitätsgründen auch gerade aus polizeilicher Sicht möglichst eine Gleichheit der Eingriffsvoraussetzungen hergestellt werden. Denn es ist für einen Polizeibeamten eine verdammt schwierige Sache, jeweils entscheiden zu müssen. Wenn es eindeutige Fälle sind, nur präventiv, ist

(Minister Birzele)

es nicht so problematisch. Aber gerade dann, wenn repressive Maßnahmen schon anlaufen, kann es für den Polizeibeamten außerordentlich schwierig sein, zu entscheiden, ob er sich jetzt mehr im präventiven oder im repressiven Bereich befindet. Schon aus diesen polizeilichen Praktikabilitätsgründen halte ich es für sinnvoll, eine entsprechende Übereinstimmung, soweit möglich, herbeizuführen.

Ich habe aber auch dazugesetzt – das möchte ich nochmals betonen –: Man kann nicht nur in der Weise argumentieren, daß man sagt, wenn etwas repressiv nicht möglich sei, dürfe es präventiv auch nicht möglich sein. Ich möchte Ihnen das am Beispiel des Artikels 13 des Grundgesetzes deutlich zu machen versuchen. Ich sehe einen wesentlichen Unterschied darin, ob beim Rechtsgüterschutz zwischen den Rechtsgütern des potentiellen Täters einerseits und einer anderen Person, deren Rechtsgüter noch nicht verletzt sind, also im präventiven Bereich, abgewogen wird. Hier bin ich bereit, die Rechtssphäre des Täters zugunsten des potentiellen Opfers sehr viel geringer einzuschätzen als zum Beispiel dann, wenn es nur – ich betone das Wort „nur“ – um den Strafanspruch des Staates geht, wobei ich diesen in keiner Weise bagatellisieren möchte, und darum, ob wirklich der Nachweis der Tat beweiskräftig rechtsförmlich geführt werden kann. Da ist der Rechtsschutz des Täters höher anzusetzen. Das ist auch die Regelung, die wir an vielen Stellen der Strafprozeßordnung haben. Deshalb kann man nicht generell sagen, daß sozusagen die repressiven Eingriffsvoraussetzungen in jedem Fall gleich sein müssen wie die präventiven, die präventiven nicht weiter gehen dürfen. Auch in Artikel 13 des Grundgesetzes ist, wie gesagt, eine Differenzierung vorzunehmen.

Ich sage dazu, obwohl das nicht Thema des Tagesordnungspunktes ist: Man muß auch Artikel 13 des Grundgesetzes daraufhin überprüfen, ob er nicht im präventiven Bereich viel zu weite Eingriffsvoraussetzungen zuläßt und ob es nicht zusätzlich erforderlich ist, im repressiven Bereich in einem sehr engen Maßstab Eingriffsvoraussetzungen zuzulassen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat nochmals Herr Abg. Kiesswetter.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Jetzt sind wir aber gespannt, ob Sie es noch einmal herausreißen, Herr Kiesswetter! – Abg. Schrempp SPD: Jetzt müssen Sie aber besser werden, sonst kann man Sie nicht als Verteidiger nehmen! – Heiterkeit)

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Sie begehen doch keine strafbaren Handlungen, oder?

(Abg. Schrempp SPD: Nein! Aber ich denke, Sie sind nicht nur Strafverteidiger!)

– Also. Deshalb wird sich diese Gefahr nicht ergeben.

Wir haben natürlich bei diesem Tagesordnungspunkt eine Vermengung mit dem Tagesordnungspunkt 9, und viele Redebeiträge sind eigentlich erst heute abend, wahrscheinlich um Mitternacht, beim Thema Mafia zu erörtern.

(Abg. Scheuermann CDU: So lange bleiben wir nicht da! – Abg. Schlauch GRÜNE: Die Mafia arbeitet vorwiegend nachts, Herr Kollege Scheuermann! – Heiterkeit – Abg. Scheuermann CDU: Er spricht aus Erfahrung!)

Wenn es mit dieser Geschwindigkeit weitergeht, meine ich, daß wir um diese Zeit zu diesem Tagesordnungspunkt kommen werden.

Deshalb möchte ich auf diesen Teil nicht eingehen, sondern ich möchte zu der organisierten Kriminalität und der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, insbesondere zu der Prävention, erst dann etwas ausführen. Dort wird das Thema behandelt, wieweit bei der Prävention Eingriffe zulässig sein sollen oder nicht. Ich wiederhole noch einmal die Begründung, die ich hier heute gebracht habe. Ich habe gesagt: Der Verdeckte Ermittler muß dann unter Richtervorbehalt gestellt werden, wenn er in Wohnungen eindringt, Artikel 13 verletzt oder wenn er gegen Artikel 2 verstößt, indem er versucht, jemanden dazu zu bewegen, daß er sich ihm offenbart. Dies ist ja in der Strafprozeßordnung geregelt.

Die anderen Punkte, die Sie vorgetragen haben, habe ich in meiner Begründung nicht gebracht. Das Problem ist doch, daß der Verdeckte Ermittler nicht definiert ist. Sicher habe ich nichts gegen eine Observation. Diese muß durchaus sein, und der Polizeibeamte muß nicht mit seiner Schilmütze herumlaufen. Da sind wir uns, glaube ich, alle in diesem Saal einig. Aber in dem Moment, wo er weiter einschreitet und Grundrechte verletzt – da kann nie Gefahr im Verzuge sein; das muß überlegt sein, wenn er in die Wohnung eindringt oder wenn er sich in das Vertrauen von jemandem einschleicht, und darum geht es, daß er sich in das Vertrauen einschleicht, um etwas zu erfahren –, muß, meine ich, der Richtervorbehalt gelten. Nur um diese Fälle geht es. Wenn Sie wollen, daß ich den Verdeckten Ermittler auf diesen Punkt eingrenze, dann bin ich damit einverstanden. Wenn Sie das haben wollen, dann, meine ich, muß man das vielleicht im Gesetzesvorschlag etwas näher begrenzen. Aber im Prinzip meine ich – das ist das Wesen unseres Rechtsstaates und unseres Grundgesetzes –: Wenn Grundrechte durch die Polizei verletzt werden, darf dies nur geschehen, wenn ein Richter das vorher gestattet. Das ist mein Petikum hier, und nur diesen Antrag habe ich gestellt und mündlich begründet. Alles andere habe ich hier nicht gesagt, auch wenn in der Begründung unseres Gesetzentwurfes manches andere drin steht; da gebe ich Ihnen recht. Aber ich bitte Sie doch, mich beim Wort zu nehmen, bei dem, was ich vorhin hier erörtert habe.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Schlauch GRÜNE: Das heißt, es gilt das gesprochene Wort! – Gegenruf des Abg. Schrempp SPD: Das gebrochene!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir haben jetzt noch über die geschäftsordnungsmäßige Erledigung dieses Gesetzentwurfs zu beschließen. Ich gehe davon aus, daß der Gesetzentwurf an den Innenausschuß zur weiteren Beratung überwiesen werden soll. – Es erhebt sich kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

- a) **Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Umweltministeriums – Beendigung der Raumordnungsverfahren für eine Sondermüllverbrennungsanlage in Westernach und Hüttlingen sowie Planung eines Sondermüllentsorgungszentrums für Baden-Württemberg – Drucksache 11/57**
- b) **Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Umweltministeriums – Minimierung der Anzahl von Müllverbrennungsanlagen im mittleren Neckarraum – Drucksache 11/149**

Ich rufe gleichzeitig den Änderungsantrag der Abg. Claus Schmiedel u. a. SPD, Winfried Scheuermann u. a. CDU, Drucksache 11/760, auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: zur Begründung der beiden FDP/DVP-Anträge 5 Minuten und für die Aussprache über beide Anträge gestaffelte Redezeiten bei einer Grundredezeit von 10 Minuten je Fraktion.

Wem darf ich das Wort zur Begründung der FDP/DVP-Anträge erteilen? – Herr Abg. Kiel, Sie haben sich gemeldet. Sie haben das Wort.

Abg. Kiel FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte vorab sagen, daß ich Allgemeinplätze vermeiden möchte,

(Oh-Rufe von der SPD – Beifall bei der SPD –
Abg. Kuhn GRÜNE: Das war selber ein Allgemeinplatz!)

damit wir nicht über Müllvermeidung und ähnliche Dinge, die Allgemeingut sind, heute noch einmal sprechen müssen.

Die FDP/DVP-Fraktion ist der Auffassung, daß für Restmüll, der nicht auf andere Weise umweltfreundlich entsorgt werden kann, die Verbrennung vorgesehen werden sollte. Dies gilt sowohl für Sondermüll als auch für andere Müllarten. Natürlich ist die Anzahl der verschiedenartigen Verbrennungsanlagen jeweils zu minimieren; das heißt, es dürfen nicht mehr Anlagen gebaut werden, als unbedingt notwendig sind,

(Abg. Drexler SPD: Richtig! Steht im Gesetz!)

und zwar nicht nur aus Umweltschutz-, sondern auch aus Kostengründen. Zu unserem Antrag, in Baden-Württemberg nur eine Sondermüllverbrennungsanlage zu bauen, stelle ich deshalb folgendes fest:

Erstens: Unsere Auffassung, daß für Baden-Württemberg zum Zeitpunkt der Fertigstellung für den dann noch anfallenden Sondermüll eine Verbrennungsanlage ausreicht, wird zwischenzeitlich von Fachleuten durchaus als richtig angesehen.

(Abg. Sieber CDU: Von wem? Sagen Sie einmal einen einzigen! – Abg. Kuhn GRÜNE: Nennen Sie einmal vier Fachleute!)

Zweitens: Wir unterstützen die Landesregierung in ihrem Bemühen, einen Teil des im Westen unseres Bundeslandes anfallenden Sondermülls in der Verbrennungsanlage der BASF in Ludwigshafen entsorgen zu lassen. Wir unterstützen weiterhin, daß Verhandlungen mit Frankreich geplant sind, um, statt eine Verbrennungsanlage für Sondermüll in Kehl zu bauen, die veraltete Anlage in Straßburg in einer länderübergreifenden Gemeinschaftsaktion auf den Stand der Technik zu bringen und dadurch den südbadischen Raum zu entsorgen.

(Abg. Scheuermann CDU: Das haben wir schon lange probiert! – Abg. Sieber CDU: Jetzt kommt drittens der mittlere Neckarraum!)

– Kommt gleich, nur langsam. Ich wollte nur sagen, worin wir die Landesregierung unterstützen. Stört Sie das?

(Abg. Sieber CDU: Nein, im Gegenteil!)

Drittens: Für den nicht entsorgten Teil unseres Landes ist eine Sondermüllverbrennungsanlage in größtmöglicher Nähe des Standortes zu bauen, der sich aus der Minimierung der zu fahrenden Tonnenkilometer des Sondermülls ergibt. Dazu ist ein neuer Suchlauf nötig.

Viertens: Wir sind der Auffassung, daß durch den notwendigen neuen Suchlauf dann keine nennenswerte zeitliche Verzögerung eintritt, wenn bei der Standortsuche von Anfang an anerkannte Naturschutzverbände zur Mitwirkung aufgefordert werden,

(Abg. Scheuermann CDU: Die wirken immer mit!)

weil dadurch die Gefahr langjähriger gerichtlicher Auseinandersetzungen verkleinert werden kann, auch, Herr Kollege Sieber, wenn Sie der Verbandsklage nicht zugestimmt haben.

(Abg. Sieber CDU: Deswegen!)

Fünftens: Die Raumordnungsverfahren in Westernach und Hüttlingen, aber auch das bei der CDU und SPD selbst umstrittene Verfahren in Kehl sind zu beenden, um nicht unnötig weitere Mittel für Verfahren an Standorten auszugeben, die politisch gestorben sind.

Sechstens: Die FDP/DVP-Fraktion ist ferner der Auffassung, daß aufgrund vorliegender Gutachten auch die Verfahren für eine Sondermüllverbrennungsanlage in Böblingen und Sindelfingen wegen zu geringen Abstands zu Wohnungen und Arbeitsplätzen nicht weiterverfolgt werden sollten.

Siebtens: Wenn die Landesregierung selbst nicht mehr ausschließt, daß statt der bisher geplanten zwei Sondermüllverbrennungsanlagen nur noch eine gebaut wird, ist aufgrund neuer räumlicher Zuordnungen des zu entsorgenden Gebiets das Raumordnungsverfahren sowieso erneut

(Kiel)

durchzuführen. Dabei werden von der Landesregierung etwa 18 Monate genannt. Da wir der Auffassung sind, daß die bisherigen Verfahren aufgrund eines vorliegenden Gutachtens nicht gerichtsfest sind, wird unser Vorschlag eines neuen Suchlaufs, selbst wenn dazu ein um sechs Monate längerer Zeitablauf benötigt wird, bei offenem und kooperativem Vorgehen letztendlich sogar der schnellere Weg sein.

Meine Damen und Herren, der Antrag der FDP/DVP-Fraktion auf Minimierung der Anzahl der Haus- und Gewerbemüllverbrennungsanlagen im mittleren Neckarraum geht von ähnlichen Überlegungen aus. Die bisherige Antwort der Landesregierung dazu befriedigt in keiner Weise.

(Minister Harald B. Schäfer: Ach!)

Wir stellen erstens fest: Aufgrund der Erkenntnis von Fachleuten aus Theorie und Praxis – ich bin gerne bereit, sie nachher zu nennen, muß aber jetzt auf meine Zeit achten – werden höchstens zwei zusätzliche Müllverbrennungsanlagen, vermutlich aber nur noch eine zusätzliche Müllverbrennungsanlage zu den in Stuttgart und Göppingen bereits vorhandenen benötigt.

Nach dem Entwurf der Novellierung der TA Siedlungsabfall wird davon ausgegangen, daß unter der sehr weitgehenden Voraussetzung, daß 95 % der zu deponierenden Stoffe inert sein müssen, in der gesamten Bundesrepublik noch weitere 36 Müllverbrennungsanlagen zu den bereits bestehenden 47 Anlagen benötigt werden. Sollte eine Lockerung der strengen Auflagen an die zu deponierenden Stoffe eintreten, wird sich diese Zahl der Verbrennungsanlagen noch vermindern. Das bedeutet aber, daß, sobald die TA Siedlungsabfall voll gegriffen hat, im Durchschnitt zirka 1 Million Einwohner – in den Ballungsgebieten eher mehr Einwohner – über eine Müllverbrennungsanlage entsorgt werden können. Daraus folgt, daß in der Region Stuttgart mit 2,5 Millionen Einwohner noch eine weitere Müllverbrennungsanlage ausreichen müßte.

(Abg. Sieber CDU: Ja, wenn wir sie haben!)

Drittens: Daraus ergibt sich: Die Stadt- und Landkreise sind nicht mehr die für die Errichtung von großtechnischen Restmüllverbrennungsanlagen richtig zugeschnittenen Gebietskörperschaften. Bis zum Ende der sechziger Jahre waren die einzelnen Kommunen noch für die Müllentsorgung zuständig. Ergebnis: die große Zahl von Altdeponien mit riesigen Altlastproblemen, die wir ja alle kennen. Heute müssen wir eben erkennen, daß die Kreise mit ihren in der Region Stuttgart 250 000 bis 400 000 Einwohnern nicht mehr groß genug sind, um die Standorte für die Müllverbrennungsanlage selbst festzulegen.

Viertens: Es ist unbestritten, daß es für Müllverbrennungsanlagen eine optimale Größe gibt, bei der die Anlage mit erheblich geringeren Betriebskosten auskommt als zwei, drei oder gar vier kleinere Anlagen.

(Abg. Drexler SPD: Was heißt das?)

Diese Tatsache und die dreistelligen Millionenbeträge, die bei Verzicht auf den Bau nicht benötigter Verbrennungsan-

lagen gespart werden können, müssen eigentlich jedem von uns deutlich machen, daß man einen anderen Weg nicht gehen darf. Alles andere wäre nämlich Verschleuderung von Volksvermögen und eine unverantwortliche, da unnötige finanzielle Belastung der Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb bitten wir, den Antrag im Umweltausschuß zu beraten, um dort möglichst einen Konsens dafür zu erhalten, daß die Festlegung des geeigneten Standorts für eine weitere Müllverbrennungsanlage unter Mitwirkung der Kreise und der Umweltverbände dem kommunal besetzten Regionalverband als Pflichtaufgabe zugewiesen wird.

(Lachen des Abg. Sieber CDU)

Diesen Vorschlag nehmen mit der heutigen Tischvorlage auch CDU- und SPD-Kollegen auf, und ich bedanke mich dafür, weil das meines Erachtens der Weg ist, den wir unter Umständen gemeinsam gehen können.

Ich weise freilich darauf hin, daß diese Pflichtaufgabe ohne Weisungsrecht auf den Regionalverband übertragen werden müßte. Ich glaube, ich kann mir ersparen, noch einmal auf die §§ 3 und 6 des Abfallgesetzes hinzuweisen. Sie kennen diese selbst und wissen, daß man so verfahren könnte.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Kiel, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Klunzinger?

Abg. Kiel FDP/DVP: Gerne.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte schön, Herr Klunzinger.

Abg. Dr. Klunzinger CDU: Herr Kollege Kiel, Sie haben in Ihrem Eingangsstatement sechs Ziffern aufgeführt

(Abg. Kiel FDP/DVP: Sieben!)

und die Meinung der FDP/DVP dargelegt. Dabei haben Sie unter Ziffer 6 angeführt, die FDP/DVP-Fraktion sei der Auffassung, daß die Verfahren in Böblingen und Sindelfingen auch einzustellen bzw. herauszunehmen seien. Ich lese nun Ihren Antragstext, kann dort aber die Worte „Böblingen“ und „Sindelfingen“ nicht finden. Sie sind Jurist, ich bin Jurist. Können Sie mir verdeutlichen,

(Unruhe)

wie dieser Widerspruch intellektuell zu vereinbaren ist? Oder ist die FDP/DVP-Fraktion bereit, diese beiden Standorte auch offiziell in einen Antrag hineinzunehmen?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Kiel.

Abg. Kiel FDP/DVP: Mit letzterem sind wir selbstverständlich gerne einverstanden.

(Abg. Dr. Klunzinger CDU: Ich sehe aber auch nichts im Antrag!)

(Kiel)

Nur: In einem irren Sie sich, aber das macht nichts; ich habe meinen gesunden Menschenverstand nämlich nicht an der Garderobe abgegeben: Ich bin Naturwissenschaftler.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Klunzinger
CDU: Ach so! Das entschuldigt zwar nicht alles,
aber manches! – Heiterkeit)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Scheuermann das Wort.

(Abg. Sieber CDU: Jetzt zuhören, Herr Kiel!)

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach Ansicht der CDU-Fraktion ist der Antrag der FDP/DVP-Fraktion zum Raumordnungsverfahren für eine Sondermüllverbrennungsanlage im württembergischen Landesteil ein falscher Antrag zur falschen Zeit. Falsch ist er aus vielerlei Gründen.

Zunächst möchte ich einmal auf Ziffer 2 dieses Antrags hinweisen. Daraus ergibt sich schon, mit welcher Sorgfalt der Antrag erarbeitet worden ist. Dort steht: „2. das eingeleitete Planfeststellungsverfahren für Sondermüllverbrennungsanlagen . . . umgehend zu beenden.“ Wir alle wären froh, wenn wir im württembergischen Landesteil bereits so weit wären, daß wir über Planfeststellungsverfahren reden könnten.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Herr Kollege Kiel, Sie haben hier geredet; ich nehme an, daß Sie auch der Vater dieses Antrages sind. Ich würde Ihnen jetzt einfach empfehlen, erst einmal das Landesabfallgesetz und die zuständigen anderen Gesetze zu lesen und dann wieder Anträge zu schreiben. Dann wäre es hier für uns um einiges einfacher.

Der Antrag ist auch noch aus einem ganz anderen Grund falsch. Sie haben indirekt selber zugegeben, daß wir in Baden-Württemberg zwei Anlagen brauchen,

(Abg. Schlauch GRÜNE: Das ist neu bei der FDP!)

denn Sie haben gesagt: Wir unterstützen die Landesregierung in ihren Bemühungen, Kapazität in der geplanten Anlage in Ludwigshafen zu bekommen, und wir unterstützen die Landesregierung in den bisher schon stattgefundenen Verhandlungen mit Frankreich, im Raum Kehl/Straßburg zu einer gemeinsamen Anlage zu kommen. Zusätzlich zu diesen Bemühungen, die Sie hoffentlich auch noch unterstützen, wenn sie positiv ausgehen, wollen Sie eine weitere Anlage bauen, und nach allem, was Sie gesagt haben, wohl im mittleren Neckarraum. Wenn alles sich so erfüllt, wie Sie es unterstützen, hätten wir drei Anlagen, in denen wir Sondermüll aus Baden-Württemberg verbrennen:

(Abg. Wieser CDU: Was? Eine mehr?)

eine in Straßburg, eine in Ludwigshafen und die einzige, von der Sie ausgehen, im württembergischen Landesteil. Ich stelle also fest, daß durch Ihren Antrag und vor allen Dingen durch Ihre Begründung das Konzept der Landesre-

gierung überhaupt nicht erschüttert worden ist, nämlich eine Anlage für den badischen Landesteil zu benötigen und eine für den württembergischen Landesteil.

Die Landesregierung hat die Unterstützung der CDU-Fraktion, wenn sie die Anlage im badischen Landesteil dadurch vermeiden kann, daß sie entsprechende Mengen in Ludwigshafen und/oder in Straßburg verbrennen kann.

Ich möchte aber auch ausdrücklich dazusagen, daß irgendwann und möglichst bald in diesem Haus gesagt werden muß, ob die Verhandlungen mit Rheinland-Pfalz und mit Frankreich zum Erfolg führen oder nicht. Wenn dann diese Zeit verstrichen ist – ich habe einmal von einem halben Jahr gesprochen –, dann muß klar sein, daß das Verfahren für Kehl wieder aufzunehmen ist.

(Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

Also, Herr Umweltminister, wenn Sie Kehl nicht wollen, müssen Sie Ihre ganze Energie und Ihren ganzen persönlichen Einsatz dareinlegen, daß die Ersatzlösungen funktionieren.

(Abg. Wieser und Sieber CDU: Und Ihren Char-me!)

Sonst müssen wir Sie hier an Ihre eigenen Worte erinnern.

Ich darf noch einen weiteren Grund nennen, warum dieser Antrag der FDP/DVP falsch ist. Wir wissen im Moment überhaupt nicht, wie sich zukünftig die Kapazitäten des zu verbrennenden Sondermülls entwickeln werden. Auch wir von der CDU-Fraktion haben in der letzten Legislaturperiode hier einen Antrag eingebracht, daß alle Vermeidungs- und Verwertungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden sollen und wir dann am Ende dieses Weges vielleicht bei 50 000 oder 60 000 Jahrestonnen zu verbrennenden Sondermülls sein könnten. Aber seit dieser Zeit hat leider der zu verbrennende Sondermüll nicht abgenommen, sondern er hat zugenommen.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Das ist aber ein schlechtes Zeichen!)

– Das ist jedenfalls kein erfreuliches Zeichen, aber vielleicht sind die Gründe, die dahinterstecken, nicht ganz so unerfreulich. Da spielt nämlich auch die wirtschaftlich gute Entwicklung in den letzten Jahren eine Rolle, und das sehe ich nicht als schlechtes Zeichen an.

(Abg. Renz GRÜNE: Oh!)

Und nun, meine Damen und Herren, noch ein paar Worte zu dem zweiten Antrag der FDP/DVP. – Nein, Entschuldigung, ich muß noch sagen, warum der erste Antrag auch ein Antrag zur falschen Zeit ist. Wir beobachten in den letzten Monaten und Jahren in diesem Landtag immer wieder, daß, wenn ein Verfahren für eine Sondermüllentsorgungsanlage – hier ist es das Raumordnungsverfahren für den württembergischen Landesteil – einen gewissen Fortschritt erzielt hat, in diesem Landtag irgend jemand auftritt und sagt: Wir verabschieden uns von diesem Verfahren und fangen wieder von vorn an. Ich meine also, wenn wir

(Scheuermann)

immer mitten im Strom die Pferde wechseln wollen, dann kommen wir überhaupt nicht zum Ziel.

All diejenigen, die bei anderen Debatten zu Recht beklagen, daß wir so sehr vom Müllexport abhängen, müssen aber dann einmal, wenn es um Anlagen und Verfahren für Anlagen geht, hier konsequent sein und dürfen nicht immer kurz vor Toresschluß sagen: Raus aus den Kartoffeln, und wir fangen alles wieder von vorn an. Der erste Antrag – ich sage es noch einmal – ist also ein falscher Antrag zur falschen Zeit.

Nun zu dem zweiten Antrag, zu der Zahl der Müllverbrennungsanlagen für Hausmüll im mittleren Neckarraum. Hierzu möchte ich zunächst einmal sagen, daß hinter diesem Antrag die Befürchtung steht, daß wir eventuell bei den jetzigen Zuständigkeiten und bei der jetzigen Gesetzeslage im mittleren Neckarraum zu viele Anlagen bekommen könnten. Diese Befürchtung ist vielleicht nicht ganz unberechtigt; aber auch nach der jetzigen Gesetzeslage gibt es natürlich einige Barrieren gegen eine solche Befürchtung.

Zunächst einmal brauchen wir für jede Anlage ein Planfeststellungsverfahren. In diesem Planfeststellungsverfahren muß ganz genau – ich sage es einmal so – die Notwendigkeit aufgrund des Bedarfs nachgewiesen werden. Wenn es so wäre, Herr Kiel, wie Sie hier befürchtet haben, dürfte eigentlich schon nach heutiger Rechtslage nicht für jeden Kreis in der Region Stuttgart eine Müllverbrennungsanlage genehmigt werden.

Zweiter Gesichtspunkt, den man hier anführen muß: Wir haben die Zuständigkeit der Kreise für die Abfallwirtschaft beim Hausmüll. Deswegen müssen wir zunächst einmal den Kreisen die Möglichkeit lassen, aufgrund freiwilliger Lösungen eine solche Entwicklung, wie wir sie befürchten, zu verhindern. Wenn ich mir einmal anschau, wie die Vereinbarungen etwa bei der Müllverbrennungsanlage in Göppingen, wie die Vereinbarungen etwa bei der projektierten Müllverbrennungsanlage in Böblingen aussehen, dann sind das ja nie Anlagen, die nur isoliert für einen Kreis der Entsorgung dienen sollen, sondern immer gibt es Kooperationslösungen mit zumindest einem Nachbarkreis. Ich würde sagen: Schon diese beiden Beispiele zeigen, daß auch die Kreise in der Region Stuttgart die Zeichen der Zeit erkannt haben.

Zum Schluß darf ich noch daran erinnern, daß wir schon heute nach unserem Landesabfallgesetz die Möglichkeit haben, wenn die Entwicklung ganz verquer läuft, durch sogenannte Zwangsverbände von oben die Entwicklung wieder in eine richtige Richtung zu lenken.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Müssen!)

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein paar Sätze der Begründung zu dem gemeinsamen Antrag der Kollegen Schmiedel u. a. und von mir und anderen Kollegen meiner Fraktion sagen. Eines ist natürlich richtig: Wenn wir nur eine Einrichtung oder eine Körperschaft hätten, die für die technische Abfallbehandlung in der Region Stuttgart zuständig wäre, und nicht sechs, dann wäre natürlich diese Befürchtung von vornherein überhaupt nicht gegeben.

(Abg. Sieber CDU: Oder man hätte nirgends etwas!)

Deswegen haben der Kollege Schmiedel und ich diesen Prüfungsantrag verfaßt, um einmal für die Region Stuttgart neben den Aufgaben, die schon jetzt in der Koalitionsvereinbarung drinstehen – Verkehr, öffentlicher Personennahverkehr, Siedlungsentwicklung –, zusätzlich untersuchen zu lassen, ob nicht für technische Abfallbeseitigungsanlagen eine Übertragung der Zuständigkeit auf die Region günstiger, sinnvoller, zweckmäßiger wäre, als sie bei den Kreisen zu belassen.

Ich möchte hier aber auch dazusagen – deswegen haben wir nur einen Prüfungsantrag gestellt –, daß dieser Prüfungsantrag natürlich auf den ersten Blick sehr sinnvoll ist, daß aber im Falle des Falles die Überleitung der Zuständigkeit von den Kreisen auf die Region sicherlich ein Vorgang wäre, der viele Schwierigkeiten in sich bergen würde. Wahrscheinlich müßte man dann nämlich alle Verfahren, egal in welchem Verfahrensabschnitt sie sich befinden, wieder von vorn beginnen lassen, weil ja eine Region ein Verfahren unter einem ganz anderen Einzugsbereich zu beurteilen hat, als das ein Landkreis bisher zu tun hat. Auch aus diesem Grunde haben wir nur einen Prüfungsantrag gestellt.

Zum Schluß: Die CDU-Fraktion ist damit einverstanden, daß alle drei Anträge an den Umweltausschuß überwiesen werden. Dann haben wir dort noch einmal ausgiebig Gelegenheit, uns mit den Einzelheiten zu beschäftigen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Brinkmann.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Auweh! Jetzt kommt der Oberste!)

Abg. Brinkmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um allen Irritationen von vornherein vorzubeugen, Herr Kollege Kiel, vor allem wegen der nicht zutreffenden Behauptung, für Westernach und Hüttlingen gebe es ein Planfeststellungsverfahren, und nach dem, was Herr Kollege Scheuermann zu Kehl gesagt hat, sage ich sehr deutlich namens meiner Fraktion: Weder in Kehl noch in Westernach, noch in Hüttlingen wird es eine Sondermüllverbrennung geben.

(Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Hoppla! – Abg. Kuhn GRÜNE: Und jetzt? Sieber baß erstaunt, Wieser baß erstaunt, Koalition wackelt!)

Herr Kollege Wieser, das wissen Sie auch: Der Standort Kehl ist politisch vom Tisch, für Westernach und Hüttlingen werden wir dasselbe erreichen.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Oh!)

Ich sage aber sehr deutlich: Notwendig, um dieses Ziel, das ich gerade nannte, zu erreichen, ist erstens eine Kooperation mit Rheinland-Pfalz und zweitens eine erfolgreiche Standortsuche im mittleren Neckarraum.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Brinkmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Sieber?

Abg. Brinkmann SPD: Bitte.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Sieber.

Abg. Sieber CDU: Herr Kollege Brinkmann, sind Sie bereit, zuzugeben, daß das Verfahren für Kehl so lange ausgesetzt bleibt, bis definitiv ein neuer Standort gefunden ist? Wenn ein neuer Standort nicht gefunden wird, so steht es in den Koalitionsvereinbarungen zu lesen, wird ein ausgesetztes Verfahren wieder aufgerufen.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Aha, so sieht's aus!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Brinkmann.

Abg. Brinkmann SPD: Ich gehe davon aus, daß in der Koalitionsvereinbarung festgelegt ist, daß Kehl endgültig vom Tisch ist, wenn erstens eine Kooperation für den westlichen Landesteil erreicht ist

(Abg. Sieber CDU: Ja!)

und zweitens ein Standort im mittleren Neckarraum gefunden ist. Ich gehe davon aus, daß das erste erreicht ist und das zweite erreicht wird.

(Abg. Bloemecke CDU: Das erste ist noch lange nicht erreicht! – Abg. Schlauch GRÜNE: Das ist Ihre Interpretation! – Abg. Bloemecke CDU: Sie machen ja Verdrehungen! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Gestatten Sie auch noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pfister? – Bitte, Herr Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Kollege, darf ich Sie fragen, welche Interpretation der Koalitionsvereinbarung gültig ist?

(Abg. Bloemecke CDU: Es ist doch eine Unverschämtheit, so etwas zu sagen!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Brinkmann.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Wer schreibt denn den Kommentar zu dieser Koalitionsvereinbarung?)

Abg. Brinkmann SPD: Ich stelle Ihnen den Text gerne einmal zur Verfügung. Ich glaube, dann können wir die Unklarheiten beseitigen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich habe nach der Interpretation gefragt!)

Ich sage es noch einmal deutlich. Es sind zwei Voraussetzungen: erstens Kooperation mit Rheinland-Pfalz, zweitens erfolgreiche Standortsuche im mittleren Neckarraum.

Eine solche erfolgreiche Standortsuche im mittleren Neckarraum wird allerdings, Herr Kollege Kiel, erschwert und

mit unnötigen juristischen Angriffspunkten belastet, wenn man aus dem laufenden Raumordnungsverfahren zwei Standorte vorzeitig herausbricht. Die Aufgabe der Standorte im ländlichen Raum, Westernach und Hüttlingen, ist unseres Erachtens untrennbar mit einer Standortfindung im mittleren Neckarraum verbunden. Wer den besorgten Menschen in Hohenlohe und im Ostalbkreis eine sichere Perspektive ohne Sondermüllverbrennung geben will, der darf das laufende Raumordnungsverfahren nicht gefährden. Das Raumordnungsverfahren, wenn es einmal begonnen hat, muß man zu Ende führen, um auf diese Weise Rechtssicherheit zu schaffen, einen sicheren Standort im mittleren Neckarraum zu finden und dann die beiden anderen Standorte aufgeben zu können.

Ich muß in diesem Zusammenhang noch einmal die Koalitionsvereinbarung zitieren, in der es heißt, daß die ländlichen Standorte Westernach und Hüttlingen aufgegeben werden, sobald eine konkrete Festlegung auf einen Standort im mittleren Neckarraum möglich ist.

Für unsere Fraktion war die Zentralität bei der Suche nach einem Standort immer von entscheidender Bedeutung. Dies ist für mich der Hintergrund, um zu sagen: Standortsuche im mittleren Neckarraum ja, aber konkrete Realisierung in Westernach oder Hüttlingen nein. Ich sage sehr deutlich, daß das nicht unbedingt Böblingen oder Sindelfingen bedeuten muß.

(Abg. Sieber CDU: Sondern?)

Denn schließlich steht in der Koalitionsvereinbarung auch: „Die Landesregierung wird in diesem Bereich weitere Standortalternativen in die Prüfung einbeziehen.“ Wir werden wahrscheinlich in den nächsten zwei Jahrzehnten ohne eine Sondermüllverbrennung nicht auskommen, wenn es auch unser Ziel ist, ein möglichst giftmüllfreies Baden-Württemberg zu schaffen. In der Zwischenzeit werden wir die thermische Behandlung brauchen. Aber – ich sage dies auch, damit es keine falsche Interpretation gibt –: Dies kann nicht allein den Drehrohfen bedeuten, sondern dies muß ein Sonderabfalltechnologiezentrum mit fortschrittlichen Verfahren der thermischen Behandlung, mit stofflichen Verwertungsverfahren und mit der Vermeidungsforschung bedeuten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kiel FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Herbricht.

(Zuruf von der SPD)

– Mir lag keine Wortmeldung vor. Ich habe bereits dem Herrn Kollegen Herbricht das Wort erteilt. Ich schlage vor, daß wir zunächst diese Runde durchführen und daß Sie dann drankommen, Herr Abgeordneter.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das ist ja Zickzack!)

Abg. Herbricht REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die in unserem Volk grassierende Politikverdrossenheit resultiert nicht zuletzt aus dem, wie ich meine, sub-

(Herbricht)

jektiven Eindruck, daß unser Land in gewissen Bereichen – ich sage extra: in gewissen Bereichen – nicht mehr regiert, sondern bestenfalls verwaltet wird.

Unterzieht man die Aktivitäten und Verlautbarungen der letzten Jahre zu den Themen „Sondermüllentsorgung“ und „Müllverbrennungsanlagen“ einer kritischen Würdigung, so scheint einem der Gesamtkomplex als absurd, wenn auch für den Steuerzahler teures Theater.

Fairerweise muß man feststellen, daß sich alle Beteiligten am Mülltheater mehr oder weniger redlich um eine Lösung des Problems bemüht haben. Nur: Ein Zeugnis, in dem das Wörtchen „bemüht“ vorkommt, stellt eine vernichtende Leistungsbeurteilung dar.

(Beifall bei den Republikanern)

Eines gilt es vorab klarzustellen: Auch wenn alle Parteien mittels der interfraktionellen Sondermüllkonzeption bis zu einem gewissen Grad in die Entscheidungsfindung eingebunden waren, die politische Verantwortung für das heutige Mülldebakel trägt die Partei, die in diesem Lande jahrelang die alleinige Regierungsverantwortung innehatte.

Wer nach dem 5. April gemeint hat, die große Koalition sei dank ihrer starken Mehrheit in der Lage, unpopuläre Entscheidungen zu treffen, wurde leider eines Besseren oder Schlechteren belehrt. Die Aussetzung des Planfeststellungsverfahrens für den Standort Kehl – nicht aus sachlichen Gründen, sondern wegen sogenannter politischer Sachzwänge; besser wäre: Wahlversprechen – ist ein bislang beispielloser Vorgang. Durch diese Entscheidung wurden nicht nur 30 Millionen DM fehlinvestiert, sondern auch fünf kostbare Jahre unnütz verplant.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Caroli
SPD: Aha, das ist ja interessant!)

Kehl hätte – so war es vorgesehen – 1995 seine Arbeit aufnehmen müssen. Jetzt ist an einen badischen Sondermüllverbrennungsofen vor der Jahrtausendwende nicht mehr zu denken.

Im „Mannheimer Morgen“ vom 30. September 1992 lesen wir – ich zitiere –: „Das Sonderabfallkonzept muß möglichst schnell in die Realität umgesetzt werden, um endlich vom Export wegzukommen.“ Von wem dieses Zitat stammt, ob von Herrn Ministerpräsident Teufel oder von Herrn Umweltminister Schäfer, erfährt man nicht. Es heißt nur, sie seien sich beide einig gewesen.

(Abg. Renz GRÜNE: Wissen Sie eigentlich, was
Sondermüll ist?)

– Auf diese Thematik kommen wir vielleicht später noch. Da können wir über Sondermüll noch lang und breit reden. Heute will ich das allgemein abhandeln.

Der geneigte Leser erfährt weiter, daß der im Kabinett verabschiedete Plan vorsieht, für den badischen Landesteil in Kooperation mit Rheinland-Pfalz und dem Elsaß den brennbaren Giftmüll jenseits der Landesgrenzen zu entsorgen. Das gleiche steht übrigens – nur vornehmer verklausu-

liert – in der Stellungnahme der Landesregierung zu dem hier zu behandelnden Antrag der FDP/DVP.

Nun mag man einwenden, ob eine Verhandlung mit dem Elsaß zu einem Ergebnis führe, wisse nur Frau Royal oder der liebe Gott, und Rheinland-Pfalz sei ja schließlich kein Ausland. Das ist sicher richtig. Wir haben auch nichts gegen eine Zusammenarbeit mit Rheinland-Pfalz. Nur darf man dann nicht verkünden, man wolle vom Export wegkommen. Exportieren heißt nun einmal ausführen, und wer seinen Sondermüll über die Landesgrenzen verbringt, der exportiert.

Als Fazit bleibt festzustellen, daß diese Landesregierung Kehl zwar großspurig aussetzte, ansonsten aber herumläviert und sich zumindest in Baden vor ihren müllpolitischen Hausaufgaben drücken will.

(Beifall bei den Republikanern)

Im übrigen war der ganze Giftmüllexport nach Frankreich meines Erachtens ein einziger ökologischer Unsinn. Er kostete zwar nur ein Sechstel des deutschen Preises, dafür waren aber die Emissionen aus den französischen Schloten auch sechsmal höher. Wie wir alle wissen, hat der Westwind das dann gleichmäßig nach Baden-Württemberg verbreitet.

(Zurufe von den GRÜNEN, u. a. Abg. Renz:
Jetzt kommen neue Vorschläge!)

– Gut, dann war es Hausmüll. Aber die Emissionen sind genauso – –

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf
von den Republikanern: Weitermachen, Michael!
– Glocke des Präsidenten)

Übrigens muß ich feststellen, daß Sondermüll sehr wohl verbrannt worden ist. Es hat einige Skandale mit Klinikmüll und etlichem anderen gegeben. Es bestand ja wohl eine Vermengung von Hausmüll, Klinikmüll und Sondermüll.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Es brennt beides! Das ist
richtig!)

– Das ist beruhigend.

Interessant erscheint uns, daß – falls bei BASF 25 000 t pro Jahr verbrannt werden können – plötzlich eine einzige Anlage mit einer Kapazität von 60 000 bis 70 000 Jahrestonnen ausreichend sein soll. Wahrlich, wir leben anscheinend in Kürze im Zeitalter der wunderbaren Müllverminderung. Die Realitäten sehen aber völlig anders aus. Während der Müllberg wächst, wird über ihn diskutiert, als läge es in unserer Hand, ob wir ihn wollten oder nicht. Währenddessen rechnen Müllexperten des Stuttgarter Landeskabinetts die künftig anfallenden Mengen munter herunter, als sei es die einfachste Sache der Welt, 260 000 t auf 100 000 t zu reduzieren.

Noch immer wird so darüber diskutiert, als ob man durch Vermeiden und Verwerten wesentliche Verminderungen

(Herbricht)

der Abfallmengen erzielen könnte. Aber die Zeiten, die benötigt werden, um solche konkreten Eingriffsrichtlinien zu erlassen, sind lang. Selbst wenn die Richtlinien dann erlassen sind und realisiert werden, ist die abfallwirtschaftliche Konsequenz, also die konkrete Mengenminderung, erst in Jahren ablesbar.

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

Alles andere ist meines Erachtens Träumerei. Ich frage mich, woher die Landesregierung ihren Optimismus nimmt. Wir können ihn nicht teilen.

(Abg. Walter GRÜNE: Und was wollen die Reps? Dazu haben wir noch kein Wort gehört!)

Der Stellungnahme der Landesregierung ist zu entnehmen, daß der mittlere Neckarraum – gemeint ist der Raum Böblingen/Dagersheim – als Standort für eine Sonderabfallverbrennungsanlage vorgesehen ist. Verursachernähe und Zentralität sollen als Auswahlkriterien dafür entscheidend sein. Als denkbare Alternative bliebe noch der Standort der Panzerfahrstrecke östlich von Böblingen, auf dem der Kreis ohnehin eine Hausmüllverbrennungsanlage plant, so daß der Bau eines Doppelmeilers im Bereich des Machbaren läge. Diese Lösung würde dem Land und dem Kreis Böblingen Kosten sparen. Das ist ein in unserer Zeit durchaus einleuchtendes Argument.

Nur eines möchte ich in diesem Zusammenhang auch einmal kritisch anmerken: Die Landesregierung hat sich mit dem Argument der Verursachernähe und Zentralität de facto vom ländlichen Raum als Standort für eine Verbrennungsanlage verabschiedet. Die Argumente, so bestechend sie sein mögen, haben einen bitteren Beigeschmack. Viele Bürger aus dem ländlichen Raum verdienen ihren Lebensunterhalt in den industriellen Ballungszentren. Die Staatsgelder, mit denen sie ihre Turnhallen und Hallenbäder finanzieren, werden von den Ballungszentren mitverdient. Es kann doch nicht sein, daß die einen die schöne Landschaft inklusive einer komfortablen Infrastruktur und die anderen den Lärm, den Dreck und den Gestank haben. Bei einer solchen Politik muß ein Staat, der auch eine Solidargemeinschaft seiner Bürger ist, Schaden erleiden. Wir sind der Ansicht, daß der Ostalbkreis und der Hohenlohekreis bei der Suche nach möglichen Standorten für eine Hausmüllverbrennungsanlage, falls nötig, Flagge zeigen sollten.

Die Forderung nach einer Beendigung der Raumordnungsverfahren in Westernach und Hüttlingen halten wir für müllpolitischen Aktionismus, da sich die Landesregierung von diesen Standorten de facto schon längst verabschiedet hat. Die Planung lediglich eines Sondermüllentsorgungszentrums mit der vorgeschlagenen Kapazität lehnen wir ab, denn uns erscheint das geschätzte Müllaufkommen unseriös. Es wird unser Land nicht aus der Exportabhängigkeit führen.

Im Antrag Drucksache 11/149 verlangt die FDP/DVP eine Koordination beim Bau von Müllverbrennungsanlagen sowie eine Minimierung derselben. In dasselbe Horn stößt der Kollege Oettinger,

(Abg. Schlauch GRÜNE: Was? Du spielst seit neuestem Horn?)

der die Ansicht vertritt, daß die Zuständigkeit für die Abfallbeseitigung auf eine andere Ebene – auf die Ebene der Regionalverbände – verlagert werden müsse. Er begründet dies damit, die Kreise seien nicht in der Lage gewesen, den unvermeidlichen Bau von Müllverbrennungsanlagen voranzutreiben. Ich meine, wer im Glashaus sitzt, der sollte bekanntlich nicht mit Steinen werfen. Ich bezweifle, ob Sie, Herr Kollege Oettinger, in Baden-Württemberg einen Stadt- oder Landkreis vorfinden werden, der ein Planungsdebakel wie das von Kehl zu verantworten hat. Das Landesabfallgesetz sieht keine Zuweisung von Aufgaben im Bereich der Abfallentsorgung an die Regionalverbände vor. Das Gesetz ermöglicht jedoch die Bildung von Abfallverbänden. Wem dies nicht ausreichend erscheint, der muß das Gesetz novellieren. Ich bezweifle aber, daß die Aufgabenverlagerung auf Regionalverbände die Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber thermischen Anlagen erhöhen würde.

Angesichts der Kosten sowie der obligatorischen Realisierungsprobleme beim Bau von Müllverbrennungsanlagen ist nicht zu erwarten, daß die entsorgungspflichtigen Körperschaften unkoordiniert Anlagen bauen, planen oder betreiben werden. Die Gefahr der Bildung von Überkapazitäten im mittleren Neckarraum scheint mir nicht ersichtlich, da die geplanten Anlagen – soweit ich die Kapazitäten kenne – von Böblingen, Schwaikheim und Esslingen – die Kapazität der geplanten Anlage in Ludwigsburg ist mir nicht bekannt – eine Jahreskapazität von 510 000 t haben.

(Unruhe – Zuruf von der SPD: Für wen reden Sie eigentlich? – Abg. Walter GRÜNE: Da hören ja selbst die Reps nicht mehr zu!)

Das entspricht etwa der Menge, die bisher nach Frankreich exportiert wurde. Die Müllsituation wird, abgesehen vom knapper werdenden Deponieraum, durch weitere Aspekte verschärft werden: Erstens werden die Vermeidungsstrategien zu spät greifen, zweitens funktioniert das duale System nicht so, wie wir es uns erhofft haben, und drittens wird die EG unter dem Stichwort „Handelshemmnisse“ noch manchen EG-Fetischisten in diesem Haus das Gruseln lehren.

Wir tragen im Grunde den Wunsch der FDP/DVP nach Minimierung der Müllverbrennungsanlagen mit. Getreu der Devise „In der Beschränkung zeigt sich der Meister“ halten wir es im Prinzip für wünschenswert, so etwas zu machen. Nur sind wir der Ansicht, daß dem zur Zeit die Rechtslage entgegensteht. Der Ergänzungsantrag erscheint uns von der Sache her wesentlich einleuchtender, weil im Rahmen der Verwaltungsreform beabsichtigt ist, eine regionale Zusammenarbeit zu überprüfen und dies einmal in der Region Stuttgart zu versuchen.

Ich unterstütze auch das, was weiter unten in der Begründung des Antrags Drucksache 11/760 steht: „... in der Region anfallenden Abfälle auch in der Region behandelt und entsorgt werden können.“ Nur meine ich, das sollte auch – auch wenn ich mich weiterhin unbeliebt mache – für die Regionen Baden gelten.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu den Anträgen der FDP/DVP-Fraktion, die wirklich zu harmlos sind – das ist auch richtig analysiert worden –, nicht allzuviel sagen,

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

weil sie auf ganz seltsame Art und Weise ganz Unterschiedliches miteinander verquicken, was nicht zusammengehört.

Mich erstaunt, meine Damen und Herren, daß in dieser Mülldebatte, der immerhin rund neun CDU-Abgeordnete zuhören – –

(Lachen bei den GRÜNEN – Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

– Ja, Herr Oettinger, neun Abgeordnete Ihrer Fraktion – ich weiß nicht, wie viele Abgeordnete Sie haben – hören bei einer Grundsatzdebatte zum Thema Müll in Baden-Württemberg im Landtag zu.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der Republikaner)

Das, so meine ich, sind zu wenige, meine Damen und Herren. Daß bei einer solchen Debatte – im Präsidium hieß es, es gebe eine Mülldebatte und eine Sondermülldebatte – bisher eigentlich nur eine Debatte um Standorte stattfindet und Müllkonzeptionen, welche Konzeption dahintersteht, bisher

(Unruhe – Abg. Oettinger CDU: Da müssen Sie die Antragsteller fragen!)

noch keine Rolle gespielt haben, ist nicht richtig.

(Abg. Sieber CDU: Und wie!)

Im Kern wissen wir doch alle, daß die Frage, Herr Sieber, welche Kapazitäten wir bei der Behandlung oder Entsorgung brauchen, in erster Linie davon abhängt, welcher grundsätzliche Wechsel sich in der Produktverantwortung der Hersteller und auch – das sage ich deutlich – in der Produktverantwortung der Verbraucher, denn auch die haben eine Verantwortung dafür, was sie kaufen, vollzieht und welche Veränderungen eintreten. Vielleicht ist es symptomatisch für diesen Tag, daß wir eine Wirtschaftsdebatte hatten, bei der der Herr Umweltminister nicht im Hause war,

(Widerspruch bei der SPD)

und daß wir jetzt eine Mülldebatte haben, bei der der Wirtschaftsminister nicht im Hause ist. Dies verweist auf das Kernproblem der Debatte in dieser Auseinandersetzung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der Republikaner)

Denn die Stichworte sind doch „Wandel in unserem Wirtschaften“ und „Herstellung langlebiger Produkte“. Ich frage die Landesregierung, wo ihre Initiativen in dieser Hinsicht sind. Wo betreiben Sie Forschung, wo veranstalten Sie Kongresse und wo geben Sie Anregungen für langlebige Produkte? Zu den Stichworten gehört doch Öko-Design. Sie haben, Herr Minister, zusammen mit Herrn Töpfer einen Preis verliehen. Das war sehr löblich. Wo sind denn die Projekte für reparaturfreundliche Produkte? Wo sind denn die Stichworte „Beseitigungsfreundlichkeit“ und „neue Verbundmaterialien“?

(Zuruf des Abg. Köder SPD)

Das alles sind Dinge, die sich in unserer Wirtschaft ändern müssen. Selbstverständlich ist klar, daß wir konkret der Frage nachgehen müssen – und dies will ich tun –, wie – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Kuhn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Oettinger?

Abg. Kuhn GRÜNE: Nein, Herr Oettinger, das geht nicht, weil ich ein straffes Programm habe; aber nachher privat gerne.

Wir müssen selbstverständlich auch konkret fragen, wie wir die Volumina beim Müllanfall reduzieren können.

Ich möchte mit dem Hausmüll beginnen, Herr Minister Schäfer. Zunächst einmal ist klar, daß wir überflüssige Verpackungen reduzieren müssen, denn noch immer ist – und das wird auch mit dem grünen Punkt weiterhin so sein – die Verpackung ein wichtiger Anteil an unserem Müll, gleichgültig, ob öffentlich oder privat entsorgt. Ich möchte nachher von der Landesregierung Definitives dazu hören, was sie in Bonn erreichen will und wo Sie, Herr Minister, in Bonn initiativ werden wollen, wie es mit Ihrer Initiative zur Getränkemehrwegverordnung aussieht, wo Sie überall Druck machen, ob Sie nicht einmal ein vernünftiges Spitzengespräch mit Aldi und Lidl zur Einführung von Mehrwegverpackungen im Getränkebereich führen wollen und ob das, was Gauweiler in Bayern schafft, auch für Sie als Minister in einer großen Koalition in Baden-Württemberg möglich ist. Sie wissen alle, daß der grüne Punkt recyclingorientiert ist. Aber die Vermeidung jetzt endlich in den grünen Punkt hineinzubringen, das ist die Aufgabe dieser Landesregierung und dieses Parlaments.

Die Rücknahmepflicht muß beim Elektronikschrott, bei Batterien, Pestiziden, Haushaltschemikalien verbessert werden. Zu alledem wurden bisher von dieser Landesregierung keine konkreten Konzepte vorgelegt. Beim Biomüll, wo die landesgesetzliche Möglichkeit bestünde, den Biomüll flächendeckend einzusammeln und zu kompostieren, kneift die Landesregierung, obwohl sie genau weiß, daß das Landesabfallgesetz, in diesem Hause eingebracht und diskutiert, in seiner Begründung just diese Möglichkeit vorsieht.

Meine Damen und Herren und auch Herr Sieber, es geht beim Biomüll um Volumina von im Moment 30 % und,

(Kuhn)

wenn bestimmte Bonner Regelungen greifen, von 50 bis 60 %. Dies sollte man sich doch nicht entgehen lassen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist doch haarscharf am Thema vorbei!)

Konkrete Ergebnisse bei gewichtsbezogenen und mengenbezogenen Gebühren fehlen noch. Erst 15 Landkreise machen hier mit, obwohl die Versuche gezeigt haben, daß durch diese mengenbezogenen Gebühren Mengenreduzierungen von 30 bis 35 % erreicht werden können.

Bei bestimmten Produkten wie PVC steht die Initiative der Landesregierung aus. Wir müssen endlich PVC aus dem Plastik herausbringen, weil das PVC sowohl in der Verbrennung als auch im Recycling einfach ein schwieriges und hochgiftiges Produkt ist. Deswegen sage ich Ihnen: Wenn Sie hier bei der Standortfrage und der Frage, wieviel Müllverbrennung wir brauchen – ich meine, wir brauchen vielleicht gar keine, wenn wir es klug machen –, nur über die Standorte reden, dann haben Sie die Grundlage der Mülldebatte verfehlt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abg. Sieber CDU)

Ich will Ihnen eines zur Hausmüllverbrennung sagen, Herr Kollege Sieber: Wenn heute eine Gemeinde – nehmen Sie den Zweckverband in Ulm – 500 bis 600 Millionen DM in die Hausmüllverbrennung investieren wird, dann ist doch ökonomisch völlig klar, daß Vermeidungsimpulse – und das kostet eben auch Geld – unterbleiben und damit der ökonomische Anreiz für Vermeidung und auch Verwertung in diesem Bereich systematisch zurückgeht.

Ich sage: Die biologisch-mechanische Behandlung ist nicht die Allroundalternative, die alle Müllprobleme im Hausmüllbereich lösen können wird, aber sie ist eine technische Möglichkeit, die sich abzeichnet und die vernünftig ausprobiert werden muß. Dazu will ich jetzt von Ihnen, Herr Minister, endlich klare Worte hören; a: Wie sieht es mit Freiburg aus? Und b: Wo soll Ihr Pilotprojekt mit 10 000 Jahrestonnen hinkommen? Nach 100 Tagen muß man doch einmal sagen können, was Sache ist.

Am Montag – dazu lade ich Sie, Herr Minister, und auch Sie, Herr Sieber, herzlich ein – führen wir hier im Landtag eine Anhörung zur kalten Rotte oder biologisch-mechanischen Behandlung durch, und zwar eine kontroverse, bei der Fichtner und Lahmeyer und andere gehört werden, damit einmal ein bißchen mehr Klarheit über diese Technologie in dieses Haus kommt.

(Abg. Schrempp SPD: Ihr seid früh dran!)

Zweitens: Ein paar Bemerkungen zum Sondermüll. Ich finde, Sie führen, seit diese Landesregierung besteht, eine sehr, sehr doppelbödige Standortdebatte, und Sie führen keine Debatte über die Technologie Drehrohrofen und über die Frage, was dieses Drehrohr strukturell für unsere Sondermüllwirtschaft bedeuten wird. Erst einmal doppelbödig wegen BASF, Herr Minister. Man kann einfach nicht, wie Sie das gemacht haben, sagen: „Der Standort Kehl geht nicht“, dies mit der dortigen Emissionssituation

begründen, dann aber sagen: „Der Standort Mannheim“ – in dem Fall Ludwigshafen, aber Sie kennen die Windrichtung – „geht“, obwohl jeder weiß und die LfU es Ihnen auch in den Berichten vorrechnet, daß die Emissionssituation in Mannheim schlechter und schlimmer als in Kehl ist. Deswegen halte ich Ihr Vorgehen in dem Punkt einfach für opportunistisch. Wenn man guckt, wo Sie herkommen, Herr Minister Schäfer, dann wird man diesen Opportunismus auch besser verstehen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch jetzt zur Kritik. Ich glaube, daß Sie heute mit der Planung von Drehrohrofen sehenden Auges – Herr Brinkmann hat gerade Gott sei Dank ein paar Alternativen angesprochen – eine Technologie planen und installieren, die in einigen Jahren veraltet ist, obwohl sie heute Stand der Technik ist.

(Abg. Drexler SPD: Das ist immer so!)

Der wichtige Punkt – Sie wissen das – ist: Der Drehrohrofen ist bei gemischtem Verbrennen letzten Endes im Nachbrennverfahren nicht optimal zu kontrollieren. Wenn Sie kontrollierte Chargen einfahren, dann sieht es möglicherweise anders aus. Aber wenn Sie Sondermüllfraktionen einführen, von denen Sie nicht genau wissen, wie die Zusammensetzung ist – das sagen auch die Fachleute von Fichtner –, dann gibt es technische Probleme.

Mir ist jedoch folgendes wichtiger: Die Drehrohrofentechnologie ist eine Allesfressertechnologie.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Völlig am Thema vorbei!)

Diese führt dazu, daß in den Betrieben die notwendige Pflicht, Sondermüllfraktionen getrennt zu halten, systematisch unterlaufen wird, und zwar aus ökonomischen Gründen, weil es nicht erzwungen wird, und übrigens auch aus psychologischen Gründen. Wie wollen Sie denn einem Lehrlingen etwa in einem Maschinenbaubetrieb in Baden-Württemberg klarmachen, er solle die verschiedenen anfallenden Giftstoffe getrennt in unterschiedliche Faßsysteme tun, wenn er weiß, daß das Zeug am Schluß in Böblingen oder wo auch immer sowieso gemischt im Drehrohrallesfresser verbrannt wird?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen ist es eine falsche Technologie, Herr Minister und meine Damen und Herren. Ein technischer Konservatismus geht von dieser Technologie aus, weil das, was wir wollen und was Sie, Herr Minister, ja auch in Ihren Grundsatzreden, wenn es nicht darauf ankommt, sagen, nämlich Getrennthaltung von Sondermüllfraktionen, dadurch systematisch untergraben und unterlaufen wird. Wir meinen, wir müssen in der Vermeidung mehr tun. Das kann ich jetzt nicht alles aufzeigen, weil wir nur 10 Minuten haben. Wir haben 102 Betriebe oder nach den Begleitscheinen der LfU 500 Betriebe, in denen 75 % des gesamten Sondermülls in Baden-Württemberg anfallen. Wo ist das betriebliche Sondermüllprogramm und Beratungsprogramm, das in der Lage wäre, die Vermeidung durchzusetzen, und in der Lage wäre, die Abfallgesetzgebung und

(Kuhn)

auch das Bundes-Immissionsschutzgesetz wirklich zu vollziehen? Ich meine, daß wir massive Vollzugsdefizite im Vermeidungsbereich haben, und die Situation der Gewerbeaufsicht – das hat Ihr Vorgänger untersuchen lassen – ist so schlecht, daß hier im Moment nicht viel kommen kann. Ich will Vorschläge von Ihnen hören, Herr Schäfer, wie Sie die Situation in der Gewerbeaufsicht in Baden-Württemberg in Zukunft verbessern wollen, so daß das Abfallrecht hier wieder in Geltung gesetzt werden kann.

Ich glaube, daß wir viele neue Vermeidungspfade und -wege haben. Zum Beispiel werden Kühlschmiermittel in einigen Jahren ganz ersetzbar sein. Dazu laufen wichtige Entwicklungen. Ich will nur hinzufügen, weil Herr Scheuermann das vorhin anders gesagt hat: Wir haben zwar jetzt neue Stoffe beim Sondermüll und damit ein Mehr an Volumen, aber wir haben auch Vermeidungserfolge, die vor zwei Jahren in unserer Kommission hier noch nicht zu sehen waren, so daß natürlich die Zahlen jetzt wirklich neu und präzise zu bestimmen wären.

Wir Grünen sind für ein Konzept der maximalen Vermeidung und maximalen Verwertung auf der Basis der Getrennthaltung von Sondermüllfraktionen für die jeweils stoffspezifische sortenreine Behandlung von Sondermüll. Dies können – –

(Zurufe von der SPD: Wo?)

– Jetzt fragen Sie: „Wo?“, noch ehe wir über die Techniken geredet haben. Das ist doch albern.

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Dies können unterschiedliche Technologien sein. Meine Damen und Herren, das wissen Sie. Es können Technologien sein wie die Hydrierung, es können Technologien sein wie die physikalisch-chemische Behandlung. Sie haben auch davon gesprochen. Wir haben unterschiedliche Behandlungsformen, zum Beispiel den Plasmaofen oder den Wirbelschichtreaktor, die wir alle stoffspezifisch – das ist der wichtige Punkt, den Sie mit dem Drehrohr nicht erreichen – einsetzen können.

(Abg. Brinkmann SPD: Das ist doch nichts Neues! Das wissen wir alles seit langem!)

Ich sage, Herr Kollege Brinkmann: Wenn die Landesregierung es schaffen würde, endlich Klarheit über die Datenlage herzustellen, das heißt über die Frage: „Was wird wo in welchen Mengen produziert?“, und es schaffen würde – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Maus?

Abg. Kuhn GRÜNE: Nein. Ich habe zuwenig Zeit, Herr Kollege.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ihre Redezeit ist sowieso zu Ende.

(Heiterkeit)

Abg. Kuhn GRÜNE: Das sehe ich auch so. Deswegen komme ich zum Schluß, Herr Präsident.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Gut.

Abg. Kuhn GRÜNE: Wenn wir es schaffen würden, sortenspezifisch den Sondermüll in den Betrieben zu trennen – das ist wahrlich eine große Anstrengung; das geht nicht mit ein paar Landtagsreden, sondern verlangt auch viel Forschung und Techniktransfer –,

(Abg. Brinkmann SPD: Das steht im Abfallgesetz!)

dann könnten wir in verschiedenen Behandlungsanlagen im Land – das muß nicht ein großes Abfallbehandlungszentrum sein – jeweils sortenspezifisch da, wo am meisten anfällt, die richtige Anlage bauen. Es ist doch zum Beispiel logisch, wenn wir feststellen würden, daß im mittleren Neckarraum vielleicht bei Daimler-Benz am meisten Lackschlämme anfallen, dort eine Hydrierungsanlage zu bauen, vielleicht auf dem Betriebsgelände.

(Abg. Brinkmann SPD: Dann brauchen Sie doch eine Raffinerie daneben!)

– Herr Kollege Brinkmann, wenn ich Ihre alten Reden lese – ich tue mir das manchmal an, obwohl es nicht sehr schön ist –, dann sehe ich doch, daß Sie vor der großen Koalition genau über solche Dinge nachgedacht haben,

(Abg. Brinkmann SPD: Jetzt auch noch!)

von denen Sie jetzt nicht mehr viel wissen wollen.

(Abg. Schrempp SPD: Brinkmann denkt weiter! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Kuhn, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abg. Kuhn GRÜNE: Ich wäre ja schon fertig, Herr Präsident, wenn mich Herr Brinkmann nicht dauernd fixieren und mit Zwischenrufen traktieren würde, wie er das während dieser Rede tut.

(Heiterkeit)

Fazit, Herr Brinkmann: Wir stehen vor einer technologischen und strukturellen Grundentscheidung beim Sondermüll: entweder alles durchmischen und dann im Drehrohr verbrennen oder trennen und stoffspezifisch behandeln.

(Abg. Köder SPD: Und was ist jetzt mit den Standorten? – Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt mal zum Thema!)

– Über die Standorte werden wir noch diskutieren, wenn wir unser Konzept vorlegen.

(Abg. Köder SPD: Das war aber das Thema heute! – Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie haben, Herr Kollege Kuhn, uns hier vorgeworfen, wir sprächen nur über Standorte. Wir wären wirklich alle, glaube ich, daran interessiert, einmal einen Standortvorschlag von Ihnen zu bekommen. Sie fordern immer, viele kleine dezentrale Anlagen zu bauen, und wenn man dann über dezentrale kleine Anlagen irgendwo spricht, egal um was für eine Anlage es sich handelt, dann sind es die Grünen, die als erste dagegen Sturm laufen.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Wer wollte die Garagen haben?)

Ich möchte über den Antrag zu den Müllverbrennungsanlagen im mittleren Neckarraum sprechen. Herr Kiel hat nicht über Standorte, sondern über Kapazitäten gesprochen. Diese Fragestellung ist durchaus berechtigt. Allerdings ist sie in Ihrem Antrag verkürzt.

Die Landkreise haben die Aufgabe, im Rahmen der Abfallwirtschaft die Entsorgung sicherzustellen. Dies wäre kein Problem, wenn wir es bei den Abfällen und bei den Wertstoffen mit gleichbleibenden Mengen zu tun hätten. Das ist aber nicht der Fall. Wir wollen ja im Gegenteil darauf einwirken, daß es in Zukunft weniger sind. Es wird eingewirkt über die Verpackungsverordnung und über die TA Siedlungsabfall, und es wird, wenn es verabschiedet wird, über das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz aus dem Hause Töpfer enorm eingewirkt werden, weil dann zum ersten Mal wirkliche Müllvermeidungsinstrumente eingeführt werden. Hierzu schreibt die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände:

Hinzu kommt, daß angesichts des beabsichtigten Ausbaus des Vermeidungsinstrumentariums zu befürchten ist, daß in Standortfindungs- und -zulassungsverfahren massive Einwendungen gegen die Notwendigkeit neuer Abfallentsorgungsanlagen erhoben werden. Die Planrechtfertigung wird in vielen Fällen neu aufgeworfen werden.

Dies ist ein zentrales Argument der kommunalen Landesverbände gegen das geplante Abfallvermeidungsgesetz. Sie wollen diese Vermeidungsinstrumente nicht, weil sie aus allen Planfeststellungsverfahren rauspurzeln, wenn zwischenzeitlich Instrumente entwickelt werden, durch die sie hinterher, wenn die Anlage gebaut ist, vielleicht gar nicht mehr über die Abfälle verfügen, für die sie die Anlage geplant haben. Das zeigt das Dilemma der einzelnen Kommunen. Sie müssen vom heutigen Stand aus für Abfälle in zehn Jahren planen, von denen sie gar nicht wissen, in welcher Menge und in welcher Qualität sie anfallen werden. Daraus leitet sich automatisch der Schluß ab, daß die Ebene der Landkreise zu klein und zu statisch ist, um auf Veränderungen im Abfallbereich wirklich reagieren zu können. Hat ein Landkreis einmal eine Müllverbrennungsanlage mit 150 000 t geplant, stehen diesem Landkreis eben zukünftig 20 Jahre lang 150 000 t Kapazität zur Verfügung.

Die Abfallwirtschaft wird nicht nur politisch beeinflusst, sondern auch durch neue Abfalltechnologien. Wir selbst

haben einen Versuch zur Weiterentwicklung alternativer Verfahren beschlossen. Wenn sich ein Landkreis einmal festgelegt hat, ist er auch daran gehindert, neue Abfalltechnologien einzuführen. Deshalb kommen wir zu dem Ergebnis, daß dringend geprüft werden muß, ob nicht in einem größeren Einzugsbereich aus einer Mischung von alten und neuen Anlagen und dem Herausnehmen alter Anlagen ein sinnvolles System zu entwickeln ist, das einerseits die Entsorgung gewährleistet, aber insgesamt sehr viel einfacher an die politischen Anforderungen, an die Entwicklung der Abfälle und an die Einführung von neuen, ökonomisch und ökologisch besseren Alternativen angepaßt werden kann. Wir erwarten von der Landesregierung, daß sie sehr sorgfältig prüft – auch wenn es in der Überleitungsphase Schwierigkeiten geben wird –, ob nicht der Regionalverband im verdichteten Raum Stuttgart tatsächlich das Instrument wäre, um diese Probleme zu lösen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kiel FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiel.

Abg. Kiel FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erstens: Es ist nicht ganz in Ordnung, daß Herr Scheuermann, der momentan nicht da ist

(Abg. Sieber CDU: Er hat eine Besuchergruppe!)

– ich kritisiere das ja nicht, ich kann ihn nur nicht direkt ansprechen,

(Abg. Sieber CDU: Klar! Ich sage es weiter!)

vielleicht darf ich Sie direkt ansprechen –,

(Abg. Sieber CDU: Gerne!)

uns unterstellt, wir wollten im Grunde genommen noch drei Sondermüllverbrennungsanlagen, obwohl ich ausgeführt habe, daß wir nur noch eine für nötig halten.

Zweitens: Herr Kuhn, ich habe vorhin unter großem Beifall von Ihnen gesagt, wir sollten keine Platitüden bringen, keine Selbstverständlichkeiten und keine Binsenweisheiten. Aber genau dies haben Sie gemacht. Denn wenn hier unsere Anträge die Frage der Kapazitäten und der Anzahl der Standorte aufwerfen, muß ich doch nicht unbedingt über Müllvermeidung und andere, besondere Technologien sprechen. Ich bin der Auffassung – –

(Abg. Kuhn GRÜNE: Beim Netz der Standorte müssen Sie nicht über Vermeidung reden? Das kommt doch darauf an, wieviel Sie vermeiden können, Herr Kollege!)

– Ja, natürlich, aber das ist doch eine Voraussetzung, von der wir ausgehen, Herr Kuhn. Das habe ich deutlich zu machen versucht. Aber wenn Sie immer wieder bei Adam und Eva anfangen, kommt man natürlich nie zu entsprechenden entscheidenden Beschlüssen.

(Kiel)

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich meine, daß dies wirklich eine Debatte über Kapazitäten und Standorte ist. Da möchte ich mich bei Ihnen, Herr Schmiedel, einfach dafür bedanken –

(Minister Harald B. Schäfer: Das ist schon mal ein gutes Zeichen! – Abg. Weimer SPD: Herr Präsident, auf der Regierungsbank!)

– Ja, Sie werden häufiger gute Zeichen von mir finden, so oder so. Warten Sie nur ab, Herr Minister.

(Unruhe)

Also, ich meine, daß der Prüfungsantrag der CDU- und SPD-Abgeordneten genau das ist, was Grundlage unseres Antrags ist. Ich bin mir darüber im klaren, daß dadurch natürlich einige Schwierigkeiten auftreten werden. Aber im Grunde genommen ist es doch tatsächlich so, daß Hunderte von Millionen gespart werden können. Das muß doch ein verantwortungsvoller Politiker sehen und darf es nicht einfach übergehen, nur weil dadurch gewisse Verfahren, die in Gang gesetzt sind, ausgesetzt werden müssen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe sehr, Herr Minister – und damit komme ich schon zum letzten Punkt –, daß die beantragte Prüfung nicht nur oberflächlich geschieht. Vielmehr muß eigentlich das Ergebnis dieser Prüfung schon sein, daß eben die Gebietskörperschaft eines Kreises für solche Anlagen nicht groß genug ist. Deshalb sollte der Regionalverband die Müllbeseitigung als Pflichtaufgabe – ich sage noch einmal: ohne Weisungsrecht – übertragen bekommen.

Ich möchte auch einmal deutlich machen, daß es im Grunde genommen um Gelder geht, die pro Jahr zwischen 150 Millionen und 200 Millionen DM mehr oder weniger ausgegeben werden. Dies bitte ich einfach bei den weiteren Beratungen im Ausschuß und dann zu bedenken, wenn es schließlich darum geht, über eine andere Zuordnung dieser funktionalen Aufgabe abzustimmen.

Ich bedanke mich vielmals, daß wir in dieser Hinsicht offenbar doch einen Konsens finden können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Sieber.

Abg. Sieber CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus unserer Sicht sind vier Klarstellungen dringend notwendig.

Erstens: Verehrter Herr Kollege Kuhn, da Sie heute mit ziemlichen Zensuren operiert haben, darf ich Ihnen sagen: Sie haben heute das Thema verfehlt. Ich gebe Ihnen gerne anheim, wenn Sie über Abfallpolitik diskutieren wollen, hierzu einen Antrag zu stellen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Dann können wir über alles diskutieren, was Sie wollen. Aber jetzt der FDP/DVP den Vorwurf zu machen, über Standorte zu reden, wenn sie das beantragt hat, halte ich für leidlich unfair.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Hinter Standorten stecken Konzeptionen, Herr Kollege! Dahinter stecken Konzeptionen!)

Zweitens: Herr Kuhn, ich halte Sie wirklich für einen intelligenten Menschen. Aber in der Frage, welche Technologie die bessere ist, traue ich dem Umweltbundesamt mehr zu. Nach allem, was wir von dort hören, wissen und sehen, hält man beim Umweltbundesamt derzeit – ich betone: derzeit – und auf absehbare Zeit den Drehrohfen für die beste und vernünftigste Technologie.

(Beifall des Abg. Dr. Scharf FDP/DVP)

Drittens: Meine Damen und Herren von der SPD, in allem Ernst: Die CDU-Fraktion hat zugestimmt, das Verfahren für Kehl auszusetzen, jedoch mit der Maßgabe, zu untersuchen, ob es eine überregionale Zusammenarbeit mit Frankreich oder einem anderen Bundesland gibt oder geben kann.

Viertens: Wenn sich in absehbarer Zeit eine solche Zusammenarbeit nicht verwirklichen läßt – will sagen: wenn es keinen gemeinsamen Standort gibt –, dann, bitte schön, wird die CDU-Fraktion beantragen, daß die Landesregierung Kehl wieder aufruft.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Scharf FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich dem Herrn Umweltminister.

Umweltminister Harald B. Schäfer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe, verehrte Anwesende!

(Abg. Kuhn GRÜNE: Nichts kaputtmachen!)

Ich wollte erst wieder sagen: „Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen“, aber das sind wir ja nicht.

Ich bin in einer gewissen Verlegenheit. Ich wollte mich eigentlich an der Tagesordnung orientieren, weil das Parlament und die Antragsteller ein Recht darauf haben, daß sich auch die Exekutive, daß sich auch die Regierung schon aus Achtung vor dem Souverän an die vorgegebene Tagesordnung hält. Aber der Verlauf der Debatte, die eine oder andere Rede haben es aus meiner Sicht notwendig gemacht, daß ich über das hinaus einfach einiges klarstelle, Herr Kollege Kuhn, richtigstelle, Hinweise gebe, was im Landesabfallgesetz steht, was möglich ist und was nicht möglich ist. Ich wiederhole den Hinweis aus der letzten Debatte an Sie: Ein Blick ins Gesetzbuch schärft die Urteilskraft. Es wird also notwendig sein, jetzt erst einige allgemeine Bemerkungen zu machen. Ich komme auf Sie, Herr Kollege Kuhn, gelegentlich, aber heute nicht im Übermaß zurück.

(Minister Harald B. Schäfer)

Meine Damen und Herren, ich will einige Bemerkungen machen. Erstens, und das ist der Rahmen: Die Abfallprobleme hier in Baden-Württemberg, das heißt das Mißverhältnis zwischen Abfallaufkommen, Abfallvermeidung und Abfallverwertungs- und -entsorgungskapazität, sind ausschließlich – und ich betone: ausschließlich – hausgemacht, und ich werde nicht müde werden, das zu betonen, weil ich niemandem Schlupflöcher lassen will, sich der konkreten Entscheidungssituation nicht zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Zeit, mit großen Reden über Probleme hinwegzureden zu versuchen, ist gerade jetzt vorbei, ist auch vorbei, wenn ich die unmittelbare Abfallsituation am Industriestandort Baden-Württemberg sehe.

(Beifall bei der CDU, der SPD und Abgeordneten der Republikaner)

Deswegen werde ich nicht müde werden, dies zu betonen. Ich weiß, daß die Sünden der Vergangenheit uns einholen, nicht nur im Abfallbereich, auch in anderen Bereichen der Umweltpolitik, und gerade weil dies so ist – noch einmal gesagt –, müssen wir dort, wo jetzt Entscheidungen anstehen, unserer Entscheidungs-, Lösungs- und damit Verantwortungskompetenz auch gerecht werden.

Zweitens, meine Damen und Herren, ist es in Baden-Württemberg so gewesen – und das ist nicht nur eine Frage der Politik, sondern auch in vielen Bereichen eine Frage der Verbraucher, auch der Industrie –, daß wir uns die Lösung der Abfallprobleme viel zu einfach gemacht haben, weil wir, wie Sie alle wissen, zwar das Abfallaufkommen produziert, uns aber gleichsam von unserer Verantwortung für die Verwertung und Beseitigung freigesprochen haben. Sie wissen, einer der Wege war der Weg über den Export, und ich wiederhole hier, was ich in der letzten Debatte ausgeführt habe. Dazu ist heute kein Wort gefallen, Herr Kollege Kuhn – Entschuldigung, Herr Abg. Kuhn.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Kann ja noch werden!)

– Ich gebe die Hoffnung bei Ihnen auch nicht auf.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Es kann doch nicht sein, daß wir – ob beim Siedlungs-, beim Hausabfall oder beim sogenannten Sondermüll – zwar die Bequemlichkeiten, die Vorzüge beanspruchen, daß wir uns aber dann die unangenehmen Begleiterscheinungen auf dem Wege des Exports, gleichsam auf dem Wege des Freikaufs, vom Halse schaffen. Ich betone dies wieder, weil ich nicht ein Wort von Ihrer Seite gehört habe, wie Sie konkret die anstehenden Probleme lösen wollen, wenn ich einmal wegnehme, daß Sie sich über technische Einzelheiten unterhalten haben.

(Beifall bei der CDU, der SPD und Abgeordneten der Republikaner)

Ich will hier ausdrücklich hinzufügen und wiederhole dies – manche Dinge kann man in der Politik nicht oft genug sagen –: Sosehr wir den Hausmüllexport ablehnen, sosehr

wir auch beim Sondermüll den Mülltourismus ablehnen, vor allem dann, wenn er in Länder, die ärmer sind als wir, betrieben wird, so sehr macht es Sinn – das sage ich dem Kollegen hier von ganz rechts –, daß man dorthin, wo man aufgrund der geologischen Situation optimale Entsorgungsmöglichkeiten hat, dann halt besondere Abfälle, meinetwegen nach Hessen, bringt, und zwar von der ganzen Bundesrepublik Deutschland. Das hat mit Abfalltourismus oder mit Abfallexport nichts zu tun. Es ist schlichtweg ein Gebot ökologischer Vernunft und dann auch schlichtweg ein Ausfluß ökologischer Verantwortbarkeit, daß man die Entsorgungsvariante wählt, die von allen Alternativen die beste ist.

In diesen Zusammenhang, in diesen Kontext stellen wir auch die grenzüberschreitende Abfallwirtschaftskooperation. Herr Töpfer, Kollege Leinen, Madame Royal und der Umweltminister von Baden-Württemberg haben das gottlob am 30. August so vereinbart. Wir haben festgezurrert, was gestern in Luxemburg in die Abfallverbringungsverordnung hineingeschrieben worden ist. Der Impuls ging von dort aus, und Auslöser war der Stopp des Imports von deutschem Hausmüll nach Frankreich. Das war die eine Schiene.

Eine andere: Laßt uns doch, wo es sinnvoll ist, grenzüberschreitende Abfallkooperation betreiben. Sonst sagen wir immer, wir müßten jenseits der Grenzen am Oberrhein Industrieprojekte gemeinsam planen, wo es sinnvoll ist.

Ich nenne ein anderes Beispiel: Luxemburg, Saarland, Lothringen, das kann eine Abfallwirtschaftskooperation werden. Oder Mannheim, BASF, worauf wir nachher zurückkommen. Oder bei uns Ortenau, Straßburg.

(Abg. Sieber CDU: Rhein-Neckar!)

– Oder Rhein-Neckar-Kreis, ZARN. Grenzüberschreitende Planungen können doch sinnvoll sein, wenn jeder der Partner davon Vorteile hat und wenn es die ökonomische und die sozialökonomische Verflechtung der Region notwendig machen. Das hat doch mit Export in dem Sinne nichts zu tun. Das ist ein sinnvoller Weg, den man anstrebt.

Jetzt will ich ausdrücklich denen zustimmen, die gesagt haben, Abfallvermeidung habe oberste Priorität. Mir geht es ein bißchen wie dem Herrn Kiel, der jetzt leider draußen ist. Wo ist er denn? Ich bitte, dafür zu sorgen, daß er zuhören kann, weil ich ihm antworte.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Er darf aber sitzen bleiben?)

– Ja, er ist souverän; das kann er machen, wie er will.

Aber zurück zur Vermeidung. Herr Abg. Kuhn – –

(Abg. Kiel FDP/DVP – von der Zuhörertribüne aus –: Ich darf Sie bitten, nach oben zu schauen!)

– Das ist die Situation, wie er sie sich wünscht: von oben auf mich herabzusehen. Aber gut.

(Minister Harald B. Schäfer)

(Abg. Kiel FDP/DVP – von der Zuhörertribüne aus –: Was mir im Augenblick gelingt!)

Herr Abg. Kuhn – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Aber zurück zur Vermeidung.

(Abg. Seimetz CDU: Kiel und Kasper fangen beide mit K an! – Abg. Sieber CDU: Herr Präsident, ist es überhaupt zulässig, von oben in die Debatte einzugreifen?)

Herr Abg. Kuhn, ich stimme Ihnen zu – im übrigen besteht hier Übereinstimmung bei allen; bei der ganz rechten Seite weiß ich es nicht –, daß wir in der Vermeidung zu wenig getan haben. Ich stimme Ihnen zu – ich habe das in der letzten Debatte auch angesprochen –, daß wir endlich die Produktverantwortung einklagen müssen. Das schaffen wir hier im Lande nicht; das ist eine bundesweite Anstrengung, die wir unterstützen, bei der wir im Gespräch sind. Wir sind beim Töpferschen Kreislaufgesetz wirklich dran und wollen nur dann zustimmen, wenn das gelingt. Das heißt, wir müssen die Verantwortung des Herstellers für sein Produkt von der Wiege bis zur Bahre, wie ich sage, einklagen.

Zweitens haben Sie einiges angesprochen, was auf dem Weg ist, Herr Abg. Kuhn. Sie haben beklagt, daß wir die mengen- oder gewichtsabhängige Müllgebühr nicht hätten. Ein Blick ins Gesetzbuch erleichtert die Urteilsfindung. Im Landesabfallgesetz steht eine Kann-Bestimmung.

(Zuruf von den GRÜNEN)

„Die Kreise können ...“ So, wie es jetzt aussieht, kann es der Umweltminister nicht anordnen. Sie können sich nicht hierherstellen und mir vorwerfen, daß ich das nicht täte, wenn ich das rechtliche Instrumentarium nicht in der Hand habe. Das ist nicht lauter, das ist unterhalb der Gürtellinie, Herr Abg. Kuhn. Das will ich Ihnen hier ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ich könnte noch einen draufgeben. Ich könnte Herrn Abg. Kuhn an seine Presseerklärung von Juni/Juli dieses Jahres erinnern, als er auf die Erklärung des Umweltministers, jetzt endlich das Landesabfallgesetz zu novellieren, um unter anderem auch mengenabhängige Gebühren vorzuschreiben – das wird ein Punkt sein, den wir vorhaben –, entgegnete, es sei falsch, daß der Umweltminister nun das Landesabfallgesetz novellieren wolle, er solle warten, bis Herr Töpfer mit seiner Abfallnovelle überkomme.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Herr Abg. Kuhn, Sie müssen sich, wenn Sie mit einem solchen moralischen Anspruch antreten, schon entscheiden, was nun gilt: das Wort vom August oder das Wort von heute.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

So jedenfalls, Herr Abg. Kuhn, können wir bei aller grundsätzlichen Kooperationsbereitschaft nicht miteinander umgehen.

Zum Biomüll habe ich Ihnen schon letztes Mal erklärt, daß die Gesetzeslage zwar das getrennte Einsammeln zuläßt, aber nicht die Biomüllverwertung vom Landesumweltminister her vorschreibt.

Jetzt, meine Damen und Herren, möchte ich ganz gern – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kuhn?

Umweltminister Harald B. Schäfer: Aber bitte schön, Herr Kuhn.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn GRÜNE: Ich möchte einmal eine Zwischenfrage stellen, weil Sie sagen, ein gelegentlicher Blick in die Gesetze und ihre Gesetzesbegründung schärfe die Urteilskraft, die praktische Vernunft. Es heißt im Landesabfallgesetz – Sie wissen ja, wir reden bezüglich des Biomülls jetzt über § 2 Abs. 3 Satz 2 – in der Begründung – ich lese das vor, damit Sie einmal die gesetzlichen Möglichkeiten – –

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich würde darum bitten, eine Zwischenfrage zu stellen.

Abg. Kuhn GRÜNE: Das ist ja eine Zwischenfrage.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Dann kleiden Sie sie bitte in eine Frage.

Umweltminister Harald B. Schäfer: „Ist Ihnen bekannt, Herr Umweltminister“ – –

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Fragen Sie doch einfach: „Ist Ihnen die Begründung zu § 2 Abs. 3 bekannt?“

Abg. Kuhn GRÜNE: Herr Präsident, Sie führen hier die Verhandlungen und nicht der Minister.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Sie haben das Wort zu einer Zwischenfrage.

Abg. Kuhn GRÜNE: Gut, und damit Sie da oben das jetzt ein für allemal kapiieren: Ich möchte eine Frage stellen. Dazu ist es notwendig, daß ich einen Satz aus dem Gesetz vorlese. Ich bitte, mich dabei nicht zu stören.

In der Begründung heißt es – –

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das ist nicht Gesetzestext, das ist Begründung.

Abg. Kuhn GRÜNE: Es heißt dort:

Durch eine Verordnungsermächtigung soll dem Umweltministerium als oberster Abfallrechtsbehörde die Möglichkeit gegeben werden, die entsorgungspflichtigen Körperschaften zu bestimmten Maßnahmen der Abfallverwertung und schadlosen Entsorgung zu verpflichten.

Ich frage Sie – Herr Präsident, damit auch Sie zufrieden sind –, Herr Minister: Ist Ihnen das bekannt, und sind Sie auf der Basis dieses Textes ermächtigt und in der Lage, dafür zu sorgen, daß wir den Biomüll im Land getrennt einsammeln und entsorgen: ja oder nein?

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Kollege Kühn, ich darf mir folgende Bemerkung erlauben: Ich habe hier die Sitzungsleitung. Es können Zwischenfragen zugelassen werden.

(Abg. Kuhn GRÜNE: War das keine Zwischenfrage?)

Ich glaube, es steht in meinem Ermessen, zu entscheiden, ob Fragen gestellt werden oder nicht.

(Beifall bei allen Fraktionen außer den GRÜNEN)

Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sie müssen es aber beherrschen, und Sie müssen auch zuhören, Herr Präsident! – Abg. Schrempf SPD: Jetzt werden Sie nicht so giftig!)

Umweltminister Harald B. Schäfer: Herr Abg. Kuhn, das ist durchaus bekannt. Ich bleibe dabei: Das Landesabfallgesetz schreibt nicht die Biomüllverwertung vor. Wir werden dies bei der Novelle als einen Punkt in das Gesetz hineinschreiben, damit klar ist, was gewollt ist.

(Abg. Walter GRÜNE: Was war das jetzt?)

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt auf die beiden Anträge zurückkommen und die Frage beantworten, Herr Abg. Kiel, wie die Haltung der Landesregierung – das ist ja ein Gegenstand des Antrags – zur Hausmüllentsorgung im mittleren Neckarraum ist.

Ich will noch einmal darauf hinweisen und das unterstreichen, weil es mir wichtig ist, daß beim Hausmüll in vielen Kreisen notwendige, aber unpopuläre Entscheidungen in der Vergangenheit unterblieben sind. Sie sind so sehr unterblieben oder hinausgezögert worden, daß wir jetzt in einigen Kreisen buchstäblich den Müllnotstand haben.

Gerade weil ich kein Pyromane bin, kann ich in aller Ruhe festhalten: Die letzte Hausmüllverbrennungsanlage in Baden-Württemberg ist vor 17 Jahren in Betrieb genommen worden. Die letzte Hausmülldeponie in Baden-Württemberg ist vor etwa einem Jahrzehnt eingeweiht worden. Und

noch einmal: Selbst wenn wir alles, was an Vermeidungskapazitäten technisch möglich ist, in die Wege leiten und selbst bei optimaler Verwertung und selbst bei Realisierung alles dessen, was jetzt, Herr Abg. Kuhn, im Zusammenhang mit der Produktverantwortung auf den Weg gebracht wird, werden Restmüllmengen übrigbleiben, die es möglichst umweltverträglich zu entsorgen gilt.

Jetzt bin ich beim mittleren Neckarraum. Herr Kiel und Herr Schmiedel, ich habe sehr wohl den Antrag gelesen, der gestern von Herrn Schmiedel, von Herrn Scheuermann, von Herrn Drexler, von Herrn Caroli, von Herrn Sieber und anderen hier eingebracht worden ist. Ich habe es eben in der Antwort deutlich zu machen versucht: Der hier spricht, hält es, für seine Person jedenfalls, durchaus für sinnvoll, daß man auch in Regionen, beispielsweise in der Region Mittlerer Neckar, regionale Abfallwirtschaftskooperationen anstrebt. Natürlich ist das sinnvoll. Ich könnte vom mittleren Neckarraum weggehen und andere Kreise nehmen,

(Abg. Sieber CDU: Rhein-Neckar-Raum!)

wo zwei kleinere Landkreise, wenn sie eine Müllverbrennungsanlage brauchen, schon aus ökonomischen Gründen besser zusammengehen.

Eines, Herr Abg. Kiel, bitte ich aber zur Kenntnis zu nehmen: Wünschenswerte, aus meiner Sicht sinnvolle Kooperationen, die in die Zukunft weisen, können keinen Ersatz für die Entscheidungen darstellen, die heute notwendig sind. Solange also die Rechtslage ist, wie sie ist, solange diese Kooperationen nur Absicht sind, kann ich, weil gegenwärtig noch die Entsorgungspflichtigkeit der jeweiligen Gebietskörperschaft gilt, keinem Kreis raten, notwendige abfallrechtliche Planungen zurückzustellen.

Das, Herr Abg. Kiel, ist meine Antwort, zumal wir – ein letzter Satz – gerade im mittleren Neckarraum mit Kooperationen – zum Teil mit viel Geld, Steuerzahlergeld, für Gutachten, in denen Kooperationen ausgelotet wurden – keine guten Erfahrungen haben. Wenn dieses Haus beschließt, würde ich es gut finden, wenn zum Beispiel einem Regionalkreis Mittlerer Neckarraum neben der Kompetenz für den öffentlichen Personennahverkehr oder Regionalverkehr, neben der Kompetenz für die Siedlungsentwicklung, für Gewerbeansiedlung auch die Kompetenz für die Abfallwirtschaft gegeben würde. Dann ist das eine Entscheidungsgrundlage. Solange das nicht der Fall ist, kann ich angesichts der Müllengpässe, die ich sehe, nicht zulassen, daß künftige Planungen als Alibi für heutiges Nicht-handeln benutzt werden können. Das ist meine Antwort auf Ihre Frage.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kiel?

Umweltminister Harald B. Schäfer: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Kiel.

Abg. Kiel FDP/DVP: Herr Minister Schäfer, würden Sie das Ihre dazu tun, daß die Zuordnung entsprechend dem Antrag, der heute von Abgeordneten der CDU und der SPD eingebracht worden ist und der dem Inhalt des Antrags der FDP/DVP entspricht, geändert wird? Wenn die Zuordnung hin zu einer Pflichtaufgabe an den Regionalverband geändert wird – da brauchen Sie keinen Regionalkreis –, könnten die Kreise diese Aufgabe bis zu diesem Zeitpunkt, also nur noch wenige Monate, ohne weiteres behalten.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Minister.

Abg. Kiel FDP/DVP: Aber es – –

Umweltminister Harald B. Schäfer: Ich habe die Frage verstanden.

Abg. Kiel FDP/DVP: Ist in Ordnung. Ich bleibe auch stehen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Minister.

Umweltminister Harald B. Schäfer: Herr Abg. Kiel, ich habe Ihnen meine Position in dieser Frage dargelegt. Das würde auch bedeuten, daß Sie – das bitte ich, zu sehen – dann die bisher vorliegenden Abfallwirtschaftskonzepte der einzelnen Kreise aufeinander abstimmen müßten. Es wäre nicht möglich, einfach die vorhandenen Abfallwirtschaftskonzepte kreisweise zusammenzufügen. Auch von daher würden Planungszeit und Zeitaufwand erforderlich sein.

Sie fragen, ob ich das tue, was ich tun kann. Ich tue meistens nur das, was ich tun kann. Deswegen will ich das auch in diesem Fall tun.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Zum Schluß, meine Damen und Herren, muß ich noch etwas zum Problem Sondermüll sagen. Auch das will ich mit aller Ruhe und mit allem Ernst tun. Die Schaffung einer modernen und umweltverträglichen Entsorgungsinfrastruktur für die in Baden-Württemberg anfallenden Sonderabfälle steht im Prioritätenkatalog des Umweltministers weit oben, aus ökologischen, aber auch aus ökonomischen und aus standortspezifischen Gründen.

Es gilt jetzt, den in der Koalitionsvereinbarung und im Kabinettsbeschuß vor einigen Wochen vorgezeichneten Lösungsweg zügig nach vorn zu treiben. Wir sind uns hier gottlob alle darin einig, daß wir für eine umweltfreundliche Entsorgung nach Ausschöpfung aller Vermeidungs- und Verwertungsmöglichkeiten der übrigbleibenden Sonderabfälle sowohl für das westliche Entsorgungsgebiet – nicht im westlichen, aber für das westliche Entsorgungsgebiet – als auch im östlichen Landesteil Anlagen mit ausreichender Kapazität brauchen, auch um Sonderabfälle thermisch behandeln zu können.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg verhandelt derzeit mit französischen Stellen und dem Bundesland

Rheinland-Pfalz, um die Sonderabfälle aus dem badischen Landesteil in Verbrennungsanlagen unserer Nachbarländer entsorgen zu können.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz wird zusammen mit der BASF in Ludwigshafen eine Sonderabfallverbrennungsanlage bauen. Deshalb ist es sinnvoll, diese Anlage auch für Baden-Württemberg nutzbar zu machen, zumal die Prinzipien der Verursachernähe und der Zentralität dabei im wesentlichen gewahrt bleiben. Im Gegenzug könnten beispielsweise – das ist dann eine Vereinbarung auf Gegenseitigkeit – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bloemecke?

Umweltminister Harald B. Schäfer: Wenn ich meinen Satz zu Ende geführt habe.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte schön.

Umweltminister Harald B. Schäfer: Im Gegenzug könnten beispielsweise Rückstände aus der Rauchgasreinigung von Abfallverbrennungsanlagen aus Rheinland-Pfalz in der Untertagedeponie in Heilbronn gelagert werden.

Ich möchte an dieser Stelle etwas zu Ihnen, Herr Abg. Kuhn, sagen. Sie haben mir vorgehalten, ich würde mit doppeltem Maßstab messen, was Kehl und Mannheim betreffe. Das ist ein Vorwurf – er war auch in der Presse zu lesen –, den man ernst nehmen muß. Ich will Ihnen meine Position nennen, damit wir uns nicht wechselseitig mit falschen Vorwürfen belegen müssen.

Ich wiederhole: Ich halte es für ausgesprochen sinnvoll, den Weg mit Rheinland-Pfalz zu gehen, um mit einer Sonderabfallverbrennungsanlage in Baden-Württemberg auszukommen, um den Müll, der vor allem im Nordteil des badischen Raums anfällt, auch dort nach den Prinzipien der Verursachernähe und der Zentralität zu entsorgen.

Das gleiche habe ich für den mittelbadischen Raum vor. Ich möchte eine vergleichbare Lösung mit Frankreich anstreben und dort das gleiche erreichen, was mir für Rheinland-Pfalz und Mannheim vorschwebt: durch Nachrüstung von vorhandenen Anlagen dafür Sorge zu tragen, daß als Zielvorstellung die Gesamtbelastung minimiert wird, auch wenn eine zusätzliche Anlage hinzukommt.

Im Klartext, Herr Abg. Kuhn: Ich wäre froh, wenn Sie angesichts dieser Information Ihren Vorwurf der doppelten Moral an mich zurücknehmen würden, weil ich mich in beiden Fällen, was meine politische Absicht angeht, gleich verhalte. Für eine gewisse Großzügigkeit spräche es eigentlich, zu sagen: Ich bin über das Ziel hinausgeschossen.

Bitte schön.

(Abg. Kuhn GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zunächst hat sich Herr Abg. Bloemecke zu Wort gemeldet. Er hat das Vorrecht. Bitte, Herr Abg. Bloemecke.

Abg. Bloemecke CDU: Herr Minister, ich wollte Sie fragen: Wieso halten Sie den Raum Mannheim/Ludwigshafen im Gegensatz zu Kehl für belastungsfähig? Nach meinem Wissen ist die derzeitige Belastung in Mannheim mindestens so hoch wie in Kehl, eher noch höher.

Weiter möchte ich, anschließend an Ihre letzten Ausführungen, wissen: Wie könnte eine Entlastung für den Mannheimer Raum erreicht werden, obwohl Sie die Sondermüllverbrennung in Ludwigshafen installieren wollen? Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie der Bevölkerung von Mannheim dazu Auskunft geben könnten.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Kollege Kuhn möchte eine Anschlussfrage stellen.

(Minister Harald B. Schäfer: Direkt dazu? Wenn das zulässig ist!)

Bitte, Herr Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn GRÜNE: Herr Minister, ist die Information richtig – ich schließe da direkt an –, daß Sie gesagt haben, im Raum Kehl sei bei der bestehenden Immissionsituation keine weitere Anlage zu machen?

(Abg. Sieber CDU: Nicht zumutbar!)

Wenn das falsch ist, erübrigt sich meine Frage.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Minister.

Umweltminister Harald B. Schäfer: Das ist ja gottlob alles nachprüfbar. Deswegen hole ich, was Kehl angeht, aus. Sie können sich beide hinsetzen. Ich weiß, wo Sie sitzen.

Das erste ist: Ich habe im Gegensatz zu der Situation im östlichen Landesteil – das läßt sich nachvollziehen – das Verfahren, das für die Standortsuche angewandt worden ist, von Anfang an als ein unglückliches Verfahren angesehen. Es ist ein Teil meines politischen Credo, daß die Entscheidungsfindung – die Art und Weise, in der schwierige Entscheidungen getroffen werden müssen, und die Art und Weise, in der diese Entscheidungen eingeleitet werden – fast so wichtig ist wie die Entscheidung selbst. Da hat man, was Kehl betrifft, im Vergleich zu den Verfahren im östlichen Entsorgungsgebiet vieles falsch gemacht. Die Landesregierung würde das heute nicht mehr so anpacken.

Zweitens entspricht Kehl nicht den Prinzipien der Verursachernähe und der Zentralität. Ich habe eben bereits angedeutet, daß ich selbst das Argument der Vorbelastung nie als Argument gegen den Standort Kehl verwandt habe. Das können Sie in allen öffentlichen Äußerungen und auch in meinen Briefen, die ich noch als Bundestagsabgeordneter zu diesem Verfahren geschrieben habe, nachlesen.

Herr Bloemecke, ich vermute, Sie kommen aus Mannheim. Ich komme jetzt auf Ihre Frage zurück. Mir geht es schon um Gleichbehandlung. Das habe ich eben deutlich zu ma-

chen versucht, als ich auf die Vorhaltungen des Abg. Kuhn eingegangen bin. Mir geht es insoweit um Gleichbehandlung, als ich sage: Wenn es denn möglich wäre, den im östlichen Landesteil anfallenden Sondermüll im mittleren Neckarraum durch Müllverbrennung zu entsorgen, dann wäre das Zentralität und Verursachernähe, Reduzierung von Transportwegen und anderes mehr. Wenn es möglich wäre, mit Rheinland-Pfalz einen Weg zu gehen, wäre das für den nördlichen Landesteil sinnvoll. Dort kommt noch dazu, daß die Rheinland-Pfälzer – so, wie sich die Sachlage darstellt – in jedem Fall ihre Anlage bauen werden.

(Abg. Sieber CDU: Das ist noch nicht raus!)

– Ich kann nur von dem reden, wie ich es sehe. So, wie es sich darstellt, werden sie in jedem Fall die Anlage bauen. – Also ist es doch sinnvoll, zu sagen, man nimmt einen Teil des Mülls, der im nördlichen Landesteil anfällt, und geht den Weg der Kooperation, weil wir uns dann insgesamt Verbrennungskapazitäten von Sondermüll über die Kooperation zur Behandlung vornehmen können.

Herr Kuhn, habe ich Ihre Frage beantwortet?

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ja!)

Dann möchte ich, meine Damen und Herren, noch kurz auf den östlichen Landesteil eingehen. Im Landtag besteht ein großer politischer Konsens darüber, daß wir die Anlage für das württembergische Entsorgungsgebiet an einem Standort im mittleren Neckarraum und nicht im ländlichen Raum errichten wollen. Damit dieses politische Ziel umgesetzt werden kann – dies ist neu, wie Sie wissen –, wird die Landesregierung den Landesentwicklungsplan fortschreiben. In dem Planansatz zum Thema Sonderabfallentsorgung wird dann neu geregelt, daß der Verursachernähe und der Zentralität bei der Festlegung von Standorten für die Sondermüllverbrennung große Bedeutung zukommen sollen. Die Raumordnungsbehörde – das ist nun wichtig – muß deshalb bei ihrer Abwägung und Beurteilung der Standortalternativen die Kriterien Verbrauchernähe, Verursachernähe und Zentralität sehr hoch bewerten.

Meine Damen und Herren, in dieser Debatte ist auf die Frage nach der Technologie hingewiesen worden. In der Debatte ist auf die Frage der Vermeidungskapazität und der Verwertungskapazität hingewiesen worden. Wir werden voraussichtlich noch in diesem Jahre – dazu werden Sie eingeladen werden – ein Gutachten vorstellen. 700 Betriebe des Landes, die relevanten, sind untersucht worden, welche Sonderabfälle anfallen und was davon vermieden und verwertet werden kann. Ich habe darüber hinaus vor, meine Damen und Herren, in den nächsten Tagen verschiedene gesellschaftliche und politische Gruppen, Verbände, Bürgerinitiativen und Behörden, zu einem Forum „Sonderabfallwirtschaft Baden-Württemberg“ einzuladen. Selbstverständlich werde ich alle im Landtag vertretenen Parteien, also alle Landtagsfraktionen, ebenfalls um Teilnahme an diesem Forum „Sonderabfallwirtschaft Baden-Württemberg“ bitten.

(Bravo! bei der SPD)

(Minister Harald B. Schäfer)

Dadurch soll der Austausch von Erfahrungen und Positionen zum Thema Sonderabfallentsorgung auf der Grundlage der politischen Entscheidungen gefördert und – das ist jedenfalls einen Versuch wert – sollen konsensfähige Ergebnisse erarbeitet werden. Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß wir auf diese Weise auch vielleicht einen neuen Weg zur Meinungsbildung über Entscheidungen, die die Zukunft unseres Landes betreffen, einschlagen werden.

Ich habe mich gefreut, zu hören, Herr Kuhn, daß Sie am Montag kommender Woche die Anhörung zur Technischen Anleitung Siedlungsabfall machen werden.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Nein, nein, zur biologisch-mechanischen Behandlung, nicht nur zur TA Siedlungsabfall!)

– Das hängt für mich damit zusammen. Wenn man über die TA Siedlungsabfall debattiert, ist natürlich die Frage, ob man ausschließlich die thermische Restmüllbehandlung akzeptiert oder auch alternative Verfahren.

Ich habe Sie heute eingeladen; ich habe die Einladung unterschrieben. Wir machen so etwas am 28. Oktober.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ihr seid zu langsam!)

– Dafür sind wir gründlicher und besser. Nicht alles, was schneller ist, ist besser, Herr Abg. Kuhn. Aber das macht nichts.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt abschließend um zweierlei bitten, gerade weil ich auch manchmal selbst Engagement und Emotionen einbringe: Lassen Sie uns bitte – wir werden noch mehr als eine Diskussion über dieses Thema haben – die Diskussion um die Müllproblematik so sachlich und verantwortungsvoll wie möglich, aber auch so engagiert und emotional wie nötig führen. Lassen Sie uns bitte dabei nicht vergessen, daß wir als Partei schon per definitionem nur Teil des Ganzen sind und uns nie mit dem Ganzen verwechseln dürfen, aber immer fürs Ganze verantwortlich sind.

Noch etwas, meine Damen und Herren – ich werde nicht müde, auch dies zu betonen –: Bei aller Wichtigkeit der Abfallproblematik sehe ich mit Sorge, daß auf Bundesebene andere Umweltthemen, die ebenso wichtig sind, vernachlässigt zu werden drohen. Die Folgen auf anderen Gebieten der Umweltbelastung sind vielleicht weniger sichtbar, aber zumindest, jedenfalls potentiell, ebenso verheerend. Verantwortliche Politik – darüber ist heute morgen bei der Standortdebatte gesprochen worden – muß deshalb dem Verkehrsbereich, dem Energiebereich usw. die gleiche Priorität wie dem Abfallbereich einräumen. Ich bitte Sie, auch dies künftig stärker zu bedenken.

Zum Schluß ist moniert worden, daß ich heute morgen bei der Debatte nicht anwesend war. Das ist zutreffend.

(Unruhe bei der CDU)

Ich will Ihnen sagen, warum ich nicht anwesend war. Wir haben seit langem für heute morgen alle Beteiligten, alle Betroffenen zu einem Gespräch ins Umweltministerium

über die zu gründende Klimaschutz- und Energieagentur eingeladen. Ich kann Ihnen sagen, daß die zweieinhalb Stunden heute morgen wirklich gut investiert waren; denn fast alle der Anwesenden – im Grunde alle – haben sich bereit erklärt, bei der Klimaschutz- und Energieagentur mitzuwirken.

(Sehr gut! bei der SPD)

Jedermann hat die Grundrichtung, wie sie vom Umweltministerium vorgegeben wurde, heute morgen jedenfalls, gebilligt. Heute morgen waren Vertreter der großen Energieversorgungsunternehmen, der regionalen Energieversorgungsunternehmen, des Handwerkstags, der Ingenieurkammer, des Deutschen Gewerkschaftsbunds, des Beamtenbunds, des BUND usw. anwesend. Bei allen ist die Idee, eine Klimaschutz- und Energieagentur auf den Weg zu bringen, im Grundsatz auf positive Resonanz gestoßen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage dies deswegen, meine Damen und Herren, weil es sein kann, daß der Umweltminister im Rahmen der Haushaltsberatungen auf alle Fraktionen des Hauses mit der Bitte zukommt, da und dort noch ein Stück finanzielle Großzügigkeit an den Tag zu legen, weil die ökologische Entwicklung in unserem Land keinen Stillstand verträgt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren! Damit ist die Aussprache abgeschlossen. Wir haben jetzt noch über das Schicksal der drei Anträge zu befinden. Es ist beantragt worden, alle drei Anträge an den Umweltausschuß zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

- a) **Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Innenministeriums – Einführung der zweigeteilten Laufbahn durch Änderung der Verordnung über die Laufbahnen der Polizeibeamten in Baden-Württemberg – Drucksache 11/61**
- b) **Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Innenministeriums – Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei – Drucksache 11/365**
- c) **Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – Strukturverbesserung für die Polizei in Baden-Württemberg – Drucksache 11/638**

Das Präsidium hat beschlossen, daß zur Begründung aller drei Anträge je eine Redezeit von 5 Minuten festgesetzt wird und daß die Aussprache über alle drei Anträge mit einer Redezeit von 5 Minuten je Fraktion bedacht sein soll.

Zur Begründung des Antrags der Fraktion Die Republikaner erteile ich Herrn Abg. Troll das Wort.

Abg. Troll REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei – ein Thema, das manches Gemüt in Wallung gebracht hat und noch bringen wird. Ich bin lange genug Polizeibeamter, um das, was ich jetzt sage, beurteilen zu können – das können Sie mir glauben –:

(Zuruf von der SPD: Gewesen!)

Nirgendwo in Europa haben Polizeibeamte mehr und qualifiziertere Aufgaben für die Gesellschaft zu erfüllen als in Deutschland.

(Beifall bei den Republikanern)

In keinem vergleichbaren europäischen Land ist es um die Attraktivität des Berufs und die Bezahlung der Polizeibeamten so schlecht bestellt wie in Deutschland. Nirgendwo im vergleichbaren europäischen Ausland müssen sich die Familien von jungen Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen so intensiv mit der Frage befassen, ob sie bei ihren Einkommen anspruchsberechtigt im Sinne des Bundessozialhilfegesetzes sind oder nicht.

(Beifall der Abg. Liane Offermanns REP)

Es ist zentrale Aufgabe der Polizei, durch Vorbeugung und Abwehr von Gefahr – vorbeugende Verbrechensbekämpfung, Verfolgung bzw. Aufklärung von Straftaten – die innere Sicherheit in unserem Land zu gewährleisten. Trotz vielfältiger, letztlich aber auch für die Polizeibeamten im Ergebnis unbefriedigend erfolgter Bemühungen um besoldungsrechtliche Verbesserungen trat unter den Regierungen Späth und Teufel ein deutlicher Attraktivitätsverlust des Polizeiberufs ein.

(Beifall bei den Republikanern)

In keinem anderen Bundesland ist diese Tatsache in einem derartigen Umfang zahlenmäßig und damit beweiskräftig belegbar. Auch von bislang Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU und SPD, durchaus gewogenen Polizeibeamten und journalistischen Berichterstatern wird mittlerweile bei der Behandlung dieses Themas von einem Skandal gesprochen. Wie anders sollte man die Addition von Fehlentwicklungen, für die diese Landesregierung und Ihre Vorgänger politische Verantwortung tragen, bezeichnen?

Baden-Württemberg mag – im Einzelfall tatsächlich berechtigt – auf verschiedenen Gebieten Spitze sein oder einmal gewesen sein. Unstreitig aber ist, daß im Bund-Länder-Vergleich an die Regierungen dieses Bundeslandes absolute Spitzenplätze allerdings negativer Art in folgenden Bereichen zu vergeben sind und bis nahe an die Jahrtausendwende vergeben werden müssen:

Baden-Württemberg liegt unangefochten am Schluß mit der geringsten Polizeidichte. Das heißt, bezogen auf die Zahl und Bedürfnisse der Bevölkerung hat das Land heute und auf nicht absehbare Zeit die wenigsten Polizeibeamten von allen Flächenländern der alten Bundesrepublik, die innerhalb der Einheitslaufbahn der Polizei schlechtesten Aufstiegschancen in den gehobenen und höheren Polizei-

dienst und damit die durchschnittlich niedrigste Bezahlung seiner Polizeibeamten.

Diese Sachverhalte sind auch der Landesregierung seit langem bekannt. Die angespannte Personallage bei der Polizei wurde durch Untätigbleiben, Ignoranz und schlichtweg auch durch die Unfähigkeit der Landesregierung, vom Parlament beschlossene Sicherheitspläne umzusetzen, seit Beginn der achtziger Jahre zusätzlich noch verschärft. In dieser Situation wirken sich schwindende Attraktivität und nicht leistungsgerechte Bezahlung bei gestiegenen Anforderungen und vermehrtem Arbeitsanfall besonders erschwerend auf die Gewinnung geeigneter Bewerber für den polizeilichen Nachersatz aus.

Die ganze Dramatik zeigt sich daran, daß von 330 im Frühjahr 1992 bei der Bereitschaftspolizei bereitgestellten Ausbildungsplätzen lediglich 224 mit geeigneten Bewerbern besetzt werden konnten. Das heißt, jeder dritte Ausbildungsplatz blieb unbesetzt. Jetzt, im Spätjahr 1992, konnten von zirka 500 Plätzen 80 nicht besetzt werden. Verstärkt wird diese alarmierende Problematik durch die aufschreckende Feststellung, daß im Frühjahr und Herbst 1992 annähernd 70 bis 80 in Ausbildung befindliche Nachwuchsbeamte, aber auch voll ausgebildete Beamte allein bei der Bereitschaftspolizei ausgeschieden sind.

Auch im Polizeieinzeldienst ist der Trend weg von der Polizei und hin zu attraktiveren Angeboten der Wirtschaft und Verwaltung ungebrochen. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache.

Vor diesem von der Landesregierung zu vertretenen Lagebild macht der in der Basis der Polizei und hier insbesondere bei den jungen Polizeibeamten in den operativen Diensten kursierende bittere Kalauer ironisch-ätzenden Sinn: „Willst du viel Arbeit und wenig Lohn, dann geh zur Polizei, mein Sohn.“

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, die Fraktion der Republikaner im Landtag von Baden-Württemberg steht hinter der Forderung der Polizei nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Ströbele CDU: Finanzierungsvorschlag!)

Sie sympathisiert nicht nur mit diesen Anliegen wie Sie von der SPD und auch nicht klammheimlich wie viele in den Reihen der CDU.

(Abg. Ströbele CDU: Sprechen Sie zur Finanzierung!)

Nein, wir Republikaner fordern als erste Fraktion in diesem Parlament die vorbehaltlose Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die Polizei.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Schlauch GRÜNE: Wann? – Abg. Ströbele CDU: Wann? Zu welchem Zeitpunkt?)

(Troll)

Dies wird irgendwann einmal auch die GdP begreifen, nicht, wie im Antrag der FDP/DVP-Fraktion enthalten, als politische Absichtserklärung.

Wir sind zugleich der festen Auffassung, daß die von der neuen Landesregierung im Besoldungsstrukturprogramm beabsichtigten Stellenanhebungen nur geringe Verbesserungen gegenüber dem Besoldungsstrukturprogramm vom 12. Dezember 1991 vorsehen. Dieses SPD/CDU-Programm ist unzureichend.

(Abg. Schrempp SPD: Das haben Sie halt nicht begriffen!)

– Herr Kollege, wenn Sie bei diesem Thema mitreden wollen, dann bitte ich Sie,

(Abg. Schrempp SPD: Darüber rede ich schon viel länger, als Sie jemals daran gedacht haben!)

machen Sie sich vorher sach- und fachkundig. Dann brauchen Sie solche Bemerkungen nicht zu machen.

(Beifall bei den Republikanern)

Dieses SPD- und CDU-Programm ist unzureichend.

(Abg. Ströbele CDU: Sie haben es nicht begriffen!)

Es wird den berechtigten Ansprüchen der Polizeibeamtenschaft als ganzer, aber auch dem Einzelbeamten, der tagaus, tagein einen schweren und verantwortungsvollen Dienst für unsere Gesellschaft leistet, nicht gerecht.

(Zuruf des Abg. Schrempp SPD – Abg. Ströbele CDU: Wissen Sie, wovon Sie reden? Wovon reden Sie?)

Denn – das ist eine unleugbare Tatsache und auch Ihren Führungshelfen im Innenministerium bekannt, Herr Innenminister –: Von zirka 6 500 Polizeibeamten des mittleren Dienstes in Besoldungsgruppe A 8 haben 3 000 Beamte überhaupt keine Aussicht auf Beförderung, weder in den gehobenen Dienst noch in Beförderungssämter der Polizeihauptmeister A 9 oder A 9 Z. Ich will Ihnen auch sagen, woran das liegt: Diese Polizeibeamten zählen zu der Altersgruppe der 30- bis 40jährigen, die völlig aus den Segnungen Ihres Programms herausfallen.

(Abg. Schrempp SPD: Das ist falsch!)

Gerade aber diese Beamten werden aufgrund der unbefriedigenden Personallage bei der Polizei durch besondere, fast regelmäßig über ihre normale Arbeitssituation hinausgehende Zusatzbelastung, zum Beispiel bei Sonderaktionen im Präventivbereich, geschlossenen Einsätzen und anderem mehr, beschwert.

(Abg. Schrempp SPD: Keine Ahnung, der Mann!)

Die Arbeit auch dieser Beamten ist qualifizierte Polizeiarbeit, von der Herr Abg. Schrempp SPD selbst sagte, daß

sie mittelfristig die Arbeit des gehobenen Dienstes sei. Herr Schrempp, Sie haben mit dieser Auffassung weitgehend recht.

(Abg. Schrempp SPD: Aber ich brauche Ihre Zustimmung deswegen nicht!)

Aber in einem für uns und andere Polizeibeamten wichtigen Detail trennen uns Welten. Für uns Republikaner ist Polizeiarbeit eben nicht erst mittelfristig, sondern bereits heute so qualifiziert, daß ihre ausschließliche Zuordnung zum gehobenen und höheren Dienst gerechtfertigt ist.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir vertreten diese Position ohne jeden Abstrich. Für uns ist diese Frage neben anderen dringlichen, längst überfälligen Problemen im Bereich der inneren Sicherheit von hoher Priorität.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Weimer SPD: Lautstärke ist kein Argument! – Abg. Ströbele CDU: So einen schwachen Beitrag habe ich schon lange nicht mehr gehört!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiesswetter.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Polizei in Baden-Württemberg ist in den vielen Jahren, in denen die CDU allein die Regierungsverantwortung hatte, als Stiefkind der Politik behandelt worden. Es war die CDU-Landesregierung, die ihre Fürsorgepflicht gegenüber der eigenen Polizei sträflich vernachlässigt hatte, so daß den Betroffenen schließlich keine andere Möglichkeit blieb, als auf die Straße zu gehen, um ihren berechtigten Interessen Gehör zu verschaffen.

(Beifall bei den Republikanern)

Wenn wir heute über Strukturverbesserungen bei der Polizei und über die Einführung der zweigeteilten Laufbahn reden, dann muß an diese Versäumnisse der CDU noch einmal erinnert werden.

Die Anforderung an die Qualität und an die Quantität der Arbeit der Polizei sind erheblich gewachsen. Die Ursachen dafür liegen in der Zunahme der organisierten Kriminalität, der Wirtschaftskriminalität, der Umweltkriminalität ebenso wie in der zunehmenden Bereitschaft der Bevölkerung zur Gewaltanwendung, im Ansteigen der Eigentums-kriminalität, im Hang zum Vandalismus, ganz zu schweigen von den Problemen, die sich aus den immer größer werdenden Verkehrsbelastungen ergeben.

Unsere Polizeibeamten werden in ihrem Beruf oft bis an die Grenze der Belastbarkeit gefordert. Sie leisten ihren Dienst Tag für Tag, und zwar rund um die Uhr, an Sonn- und Feiertagen genauso wie an Werktagen. Die Ansprüche an die Kenntnisse der Polizei und auch die Erwartungen an die persönliche Qualifikation werden immer höher geschraubt. Eine verantwortungsbewußte Politik muß dafür sorgen, daß die Leistungen der Polizei gerecht honoriert werden.

(Kiesswetter)

In dieser neuen Legislaturperiode muß die Politik endlich verlässlich dafür sorgen, daß der Polizei Gerechtigkeit widerfährt. Unsere Polizei muß wissen, wie es zukünftig weitergehen soll. Deshalb braucht unsere Polizei eine klare Berufsperspektive, die den Beamten in Baden-Württemberg in einem überschaubaren Zeitraum Aufstiegschancen, berufliches Fortkommen und eine gerechte Bezahlung ermöglicht.

(Beifall des Abg. Albrecht FDP/DVP)

Dazu ist nach Auffassung der FDP/DVP die Einführung der sogenannten zweigeteilten Laufbahn unumgänglich.

(Beifall des Abg. König REP)

Wir Freien Demokraten wollen, daß die Einführung der zweigeteilten Laufbahn in Stufen erfolgt mit dem Ziel, daß bis zum Jahr 2000 die Stellen im mittleren Dienst bei der Kriminalpolizei zu 100 % und bei der Schutzpolizei zu 70 % in den gehobenen Dienst übergeleitet werden. Wir wollen, daß die Kapazitäten der Fachhochschule der Polizei dazu entsprechend ausgebaut werden.

Ohne die Einführung der zweigeteilten Laufbahn wird der Polizeiberuf für junge Leute zukünftig nicht mehr attraktiv sein. Die heute schon bestehenden Nachwuchsprobleme bei der Polizei sind bereits deutliche Hinweise. Ohne die Einführung der zweigeteilten Laufbahn wird es letztendlich auch nicht die gesellschaftliche Aufwertung des Polizeiberufs geben, die wir Freien Demokraten angesichts der großen Belastungen, der Risiken und der besonderen Anforderungen, die mit dem Beruf des Polizisten verbunden sind, für dringend geboten halten.

Die neu gebildete große Koalition in Baden-Württemberg hat sich in ihrer Koalitionsvereinbarung dafür ausgesprochen, die Strukturprobleme bei der Polizei grundlegend zu lösen. Die Regierungsparteien CDU und SPD haben mit dem vorliegenden Antrag zu Strukturverbesserungen für die Polizei in Baden-Württemberg eine ganze Reihe von sinnvollen Vorschlägen unterbreitet.

(Abg. Schrempp SPD: Vielen Dank!)

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion erkennt diese Bemühungen der neuen Landesregierung an. Wir Freien Demokraten werden die von Ihnen gemachten Vorschläge unterstützen und mittragen.

(Beifall des Abg. Jacobi GRÜNE)

Uns fehlt nur der Glaube, daß Sie das, was Sie an strukturellen Vorschlägen unterbreitet haben, auch tatsächlich verwirklichen wollen, ganz abgesehen davon, daß Zweifel angebracht sind, ob Sie es auch verwirklichen können. Um dies zu verdeutlichen, greife ich hier nur einen Ihrer Vorschläge heraus, nämlich die Verbesserung der Ballungsraumzulage.

Wir Freien Demokraten haben schon lange von der Landesregierung gefordert, ein umfassendes Konzept für eine Ballungsraumzulage vorzulegen. Dies ist bis zum heutigen Tage nicht geschehen, und wir sind ziemlich sicher, daß

der Grund darin liegt, daß sie eine Ballungsraumzulage, die diesen Namen verdient und selbstverständlich nicht nur für die Polizei, sondern für alle öffentlich Bediensteten in Ballungsräumen gelten muß, angesichts der angespannten Haushaltslage in absehbarer Zeit gar nicht finanzieren kann.

Sie sehen also, daß Zweifel an den von Ihnen vorgeschlagenen Strukturmaßnahmen mehr als berechtigt sind. Diese Zweifel werden natürlich auch dadurch genährt, daß die neue Landesregierung nicht bereit war,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

ein sogenanntes politisches Bekenntnis zur Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei abzugeben.

Der neue Innenminister hat zwar am 6. August 1992 in einem Interview mit dem „Polizeikurier“ auf die Frage: „Kann die baden-württembergische Polizei noch in diesem Jahrtausend mit der zweigeteilten Laufbahn rechnen?“, geantwortet:

Durch den Zugang von Neustellen und Stellenumwandlungen wird sich im Laufe der Legislaturperiode der Anteil des gehobenen Dienstes bei der Polizei nahezu verdoppeln. Dies ist, wie ich glaube, eine beachtliche Leistung. Damit sind für mich faktisch die Voraussetzungen für den Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn gegeben.

Ein klares Bekenntnis zur zweigeteilten Laufbahn ist dies allerdings nicht. Dabei haben wir in dieser Frage von der SPD vor noch gar nicht so langer Zeit noch ganz anderes gehört. Vor nicht ganz einem Jahr, am Donnerstag, dem 12. Dezember 1991, hat der Landtag von Baden-Württemberg eine ausführliche Debatte über die Anträge von SPD und Freien Demokraten zur Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei geführt. Abg. Schrempp hat in dieser Debatte für die SPD erklärt

(Abg. Schrempp SPD: Ich erinnere mich!)

– gut; dann brauche ich es gar nicht zu zitieren; aber für die anderen, für die Neulinge im Parlament –:

Die SPD-Landtagsfraktion hat als erste Landtagsfraktion ihren einstimmig gefaßten Beschluß zur Einführung der zweigeteilten Laufbahn als Antrag vorgelegt, den Antrag, in einem Stufenplan bis zum Jahr 2000 100 % der Stellen bei der Kriminalpolizei und 70 % der Stellen bei der Schutzpolizei dem gehobenen oder höheren Dienst zuzuordnen, die Fachhochschule für Polizei auszubauen und für lebensältere Beamte und Beamtinnen einen Bewährungsaufstieg nach A 11 durchzuführen.

Er hat weiter ausgeführt:

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf, heute keine Geschäftsordnungstricks zu machen, sondern mit uns hierüber namentlich abzustimmen, damit die draußen wissen, wer sich wie verhalten hat.

(Kiesswetter)

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Den Wunsch können wir erfüllen! – Abg. Dr. Schlierer REP: Machen wir mit Vergnügen!)

Genau dazu werden wir Sie heute, meine Damen und Herren von der SPD, im Zusammenhang mit unserem Antrag zur zweigeteilten Laufbahn ebenfalls auffordern.

(Abg. Schrempp SPD: Ich habe damit gerechnet!)

– Na also. Dann sind Sie ja völlig auf diesen Antrag vorbereitet.

(Abg. Schrempp SPD: Natürlich!)

– Wunderbar.

(Abg. Schrempp SPD: Ich habe ihn sogar gelesen!)

– Haben Sie? Gut. Also.

Machen Sie keine Tricks, sondern stimmen Sie mit uns für die zweigeteilte Laufbahn, damit die Ausführungen des Kollegen Schrempp vom 12. Dezember 1991 nicht als leere Wahlkampfversprechungen in die Parlamentsgeschichte eingehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir werden zu unserem Antrag nachher eine namentliche Abstimmung beantragen. Danach werden wir je nach Abstimmungsverhalten auch wissen, ob die von den Regierungsparteien der großen Koalition hier vorgelegten Vorschläge zur strukturellen Verbesserung bei der Polizei ernst gemeint sind oder den makulaturischen Wert des Sicherheitsplans II haben.

(Abg. Scheuermann CDU: Und wie wird es finanziert?)

– Das waren die Versprechungen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zimmermann.

Abg. Zimmermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gewährleistung der inneren Sicherheit in unserem Lande gehört zu den größten innenpolitischen Herausforderungen der neunziger Jahre. Aufgrund der Entwicklungen in den letzten Jahren sind, wie wir alle gemeinsam wissen, die Anforderungen an den Polizeiberuf in qualitativer und quantitativer Hinsicht erheblich gestiegen. Es muß unser gemeinsames Anliegen sein, unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in jeder Hinsicht den Rücken zu stärken. Dazu gehört eine leistungs- und anforderungsgerechte Besoldung ebenso wie die Betonung des gesellschaftlichen Stellenwerts des Polizeiberufs, verbunden mit entsprechenden beruflichen Perspektiven für die Polizei und für die Nachwuchskräfte.

Die CDU-Fraktion und die CDU-Landesregierung haben vor Ende der letzten Legislaturperiode ein Strukturprogramm für die Polizei verabschiedet, das im Rahmen der Koalitionsvereinbarung noch ergänzt wurde. Die darin formulierten Strukturverbesserungen – ich glaube, meine Damen und Herren, das dürfen wir heute ruhig sagen – können sich in der Tat sehen lassen. Die CDU-Fraktion verlangt, daß diese Beschlüsse zügig in die Tat umgesetzt werden. Ein entsprechender Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD wurde hier eingebracht, und ich gehe davon aus, daß er nachher die entsprechende Mehrheit findet. Wir werden prüfen, ob in den Staatshaushaltsplänen der kommenden Jahre diese Dinge etatisiert werden.

Es ist bekannt, daß für die Polizei selbst die Umsetzung dieses Strukturprogramms einen enormen organisatorischen Kraftakt darstellt. Ich möchte die Fraktion der Republikaner, aber auch die Fraktion der FDP/DVP davor warnen, es sich mit der Forderung nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn so leicht zu machen. Die CDU-Fraktion ist sich, wie bereits erwähnt, bewußt, daß nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in allen Bundesländern oder bundesweit an der Struktur unserer Polizei gearbeitet werden muß. Strukturveränderungen sind dringend notwendig, im Bereich der Ausbildung ebenso wie im Bereich der Besoldung.

Ich habe den Eindruck, daß die Laufbahndiskussion zum Teil immer noch emotional abläuft und wir erst lernen müssen, uns sachlich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, um auch die Konsequenzen richtig beurteilen zu können. Selbstverständlich anerkennt die CDU-Fraktion die besonderen Leistungen unserer Polizei, insbesondere auch im Vergleich zu anderen Beamtengruppierungen in diesem Lande.

Um den Polizeiberuf für unsere Beamtinnen und Beamten, aber auch für die jungen Leute attraktiv zu machen, gibt es auch andere Wege als lediglich die Einführung der zweigeteilten Laufbahn. Der Fraktion der CDU ist es ein besonderes Anliegen, die Sondersituation unserer Polizei in der Öffentlichkeit herauszustellen. Wir sind der Überzeugung, daß die Polizei gerade wegen dieser besonderen Aufgaben, die sie wahrzunehmen hat, auch eine besondere Laufbahn braucht. Auf keinen Fall darf es bei uns in Baden-Württemberg bei der Polizei zu einer Akademisierung dieses Berufs kommen.

(Beifall des Abg. Ströbele CDU)

Aus der Sicht der CDU-Fraktion wird eine zweigeteilte Laufbahn zu einer völlig neuen Polizeiphilosophie und damit zu einer anderen Polizei als heute führen. Bei einer zweigeteilten Laufbahn kann man letztendlich nur noch Abiturienten bzw. Fachhochschulabgänger gebrauchen. Rund 90 % aller Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, meine Damen und Herren, kommen heute noch immer ohne Abitur zur Polizei. Was geschehen muß, ist letztendlich eine bessere Bezahlung, für die wir wohl alle gemeinsam hier in diesem Parlament eintreten können.

Die CDU-Fraktion wird mit anderen Bundesländern gemeinsam dafür kämpfen, daß auf Bundesebene entsprechende Regelungen kommen, die für alle Polizeibeamten

(Zimmermann)

die richtige Perspektive bieten. Auf alle Fälle wollen wir als CDU-Fraktion auch in Zukunft den Hauptschüler mit Berufsabschluß ebenso bei der Polizei wissen wie den Schüler mit einem mittleren Abschluß im Rahmen der Einheitslaufbahn.

Wir werden klar herausstellen, meine Damen, meine Herren, daß eine zweigeteilte Laufbahn für unsere Polizei schlechter ist als eine Sonderlaufbahn.

Die CDU-Fraktion wird sich mit verschiedenen anderen Bundesländern zusammenschließen, und wir haben Kontakt aufgenommen, um auf Bundesebene entsprechende Regelungen durchzusetzen. Die CDU-Fraktion wird sich insbesondere den Initiativen Nordrhein-Westfalens und Bayerns anschließen, um auf Bundesebene etwas zu erreichen. Man kann sich durchaus vorstellen – ich sage dies nicht als Vision, sondern ich sage dies als in naher Zukunft auch realisierbares Vorhaben –, daß eines Tages der mittlere Dienst in A 7 oder A 8 beginnt und Möglichkeiten bis zur Besoldungsgruppe A 11 bietet.

Die CDU-Fraktion ist sich darüber im klaren, daß solche Regelungen enormer Kraftanstrengungen bedürfen. Momentan geht es, wie bereits erwähnt, darum, das Strukturprogramm in die Tat umzusetzen, das bereits jetzt beachtliche Verbesserungen bringt. Wir werden aber parallel dazu initiativ bleiben, um eine insgesamt noch bessere Regelung in den Bereichen Ausbildung und Besoldung zu erreichen. Wenn uns dies gelingt, können einige Regelungen des jetzigen Strukturprogramms, die auch kritisiert werden, als erledigt betrachtet werden. Hier meine ich insbesondere auch diese Kurzlehrgänge für den Aufstieg bis in die Besoldungsgruppe A 11 und insbesondere auch die Sorgen, die von Beamtinnen und Beamten geäußert werden, die sich derzeit zwischen dem 35. und dem 50. Lebensjahr befinden. Die CDU-Fraktion versichert, mit den Polizeigewerkschaften ebenso wie mit den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten den Dialog in dieser so wichtigen Frage fortzusetzen.

Ich bitte, den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD anzunehmen und die Anträge der Fraktion Die Republikaner und der Fraktion der FDP/DVP abzulehnen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Schrempp.

Abg. Schrempp SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um auch die anderen Kolleginnen und Kollegen nicht auf die Folter zu spannen: Wir beantragen hiermit namentliche Abstimmung über den gemeinsamen Antrag von SPD und CDU.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Über die Strukturverbesserungen für die Polizei haben wir hier ja mehrfach diskutiert. Ein Grund dafür, daß Strukturverbesserungen durchgeführt werden müssen, ist im übrigen auch die Kriminalitätsentwicklung, über die wir un-

ter Tagesordnungspunkt 9 in einem Teilbereich heute noch sprechen werden. Die Zahl der bekanntgewordenen Straftaten liegt ja jetzt bereits über 520 000 pro Jahr, und dies macht uns erhebliche Sorge.

In diesem Parlament – Herr Kiesswetter, Sie haben darauf hingewiesen – haben wir, ich erinnere mich daran, am 12. Dezember 1991 in einer nächtlichen Sitzung sehr hart darum gerungen, die zweigeteilte Laufbahn in Baden-Württemberg einzuführen. Ich habe damals darauf hingewiesen – ich will jetzt ein paar Begründungen für diejenigen liefern, die hier lauthals die zweigeteilte Laufbahn fordern, damit sie diese Begründungen vielleicht übernehmen können; sie sind etwas stichhaltiger als die, die hier vorgebracht worden sind –,

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

und dies gilt, auch was Strukturverbesserungen für die Polizei angeht, daß durch schwierige Beweisanforderungen, durch die Komplexität bei der Fortentwicklung des Rechts, durch neue Formen der Kriminalität wie zum Beispiel das organisierte Verbrechen und schließlich durch die immer wichtiger werdende Verkehrssicherheitsarbeit Strukturverbesserungen für die Polizei dringend notwendig sind. Höhere Anforderungen, meine Damen und Herren, bedingen höhere Qualifikation und damit notwendigerweise Strukturverbesserungen bei der Polizei.

Ziel unseres gemeinsamen Antrags ist es daher, zu gewährleisten, daß die Polizei des Landes auch in Zukunft in der Lage ist, ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir werden der Polizei eine klare Berufsperspektive eröffnen, eine leistungsgerechte Bezahlung bieten und den ihr zustehenden Stellenwert erhöhen und sichern.

Die besten Gesetze – das wissen wir auch – nutzen nichts, wenn sie nicht durchgesetzt werden. Das Gewaltmonopol des Staates muß daher erhalten, die innere Sicherheit als Bestandteil des demokratischen Rechtsstaats gewährleistet werden.

In dem vorliegenden gemeinsamen Antrag von CDU- und SPD-Fraktion – es ist im übrigen der erste gemeinsame; so wichtig ist uns die Polizei – sind die Eckpunkte der Koalitionsvereinbarung dargestellt, die zum Teil erheblich über das vom Landtag in der vergangenen Legislaturperiode beschlossene Besoldungsstrukturprogramm hinausgehen. Wir legen nun Wert auf die Feststellung, daß diese Koalitionsvereinbarung ohne Abstriche in dieser Legislaturperiode durchgeführt wird. Wir legen auch Wert auf die Feststellung, daß entsprechende weitere Maßnahmen in der nächsten Legislaturperiode folgen müssen. Auch durch diese klare Aussage geben wir der Polizei eine Zukunftsperspektive.

Der Anteil des gehobenen Dienstes wird durch 400 Hebungen aus dem mittleren Dienst noch in diesem Jahr 1992 und dann in den Folgejahren jeweils mit 650 Hebungen jährlich, also insgesamt 3 000 Aufstiegshebungen, wesentlich erhöht. Die Stellen werden voll durchgeschlüsselt.

(Abg. Weimer SPD: Sehr gut!)

Auch dies ist ein wichtiger Punkt.

(Schrempf)

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Der erste Qualifikationslehrgang zum vereinfachten Aufstieg im gehobenen Dienst hat bereits vor zwei Tagen am 19. Oktober begonnen. Zirka 350 lebensältere Beamtinnen und Beamte werden in diesem Jahr direkt in die Besoldungsgruppe A 10 aufsteigen können.

Uns ist bekannt, daß auch wegen der kurzen Zeit der Umsetzung einige Schwierigkeiten aufgetreten sind. Ich bin dem Herrn Innenminister dankbar, daß er in einem Fernschreiben darauf hingewiesen hat, daß die frühzeitige Beteiligung der Personalvertretungen erwünscht ist und daß damit diese Schwierigkeiten behoben werden können.

Darüber hinaus werden wir in den nächsten vier Jahren zur Verbesserung der Polizeidichte viermal 400 neue Stellen für die Polizei einrichten, davon 300 Stellen im gehobenen und höheren Dienst. Damit wird der Anteil des gehobenen Dienstes von 18 auf 34 % erhöht. Für alle diejenigen, die hier etwas Falsches gesagt haben: Die Innenministerkonferenz hat beschlossen, bis zum Jahr 2000 den Anteil des gehobenen Dienstes bei der Polizei auf 40 % plus/minus 10 % zu erhöhen. Damit haben wir den Beschluß der Innenministerkonferenz, der das für das Jahr 2000 in Aussicht gestellt hat, bereits im Jahre 1996 erfüllt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, dies ist ein entscheidender Punkt.

Nun wissen wir, daß die Kapazitäten der Führungsakademie in Hiltrup wahrscheinlich nicht mehr ausreichen werden. Wir werden prüfen, ob die Notwendigkeit besteht, für die südlichen Bundesländer eine zweite Führungsakademie einzurichten. Wenn dies alles nicht so schnell geht – wir wollen, so steht es im Antrag, den Anteil des höheren Dienstes auf etwa 2 % verdoppeln –, müßten wir uns auch über Qualifikationslehrgänge für den höheren Dienst unterhalten, beschränkt auf die Zeit, in der es nicht anders geht.

Durch die geplanten Maßnahmen werden in den nächsten vier Jahren 15 500 Beförderungen bei der Polizei durchgeführt. Darüber hinaus wird die Fachhochschule, die in diesem Jahr bereits auf 500 Plätze ausgebaut wurde, im nächsten Jahr auf 750 Plätze erweitert. Meine Damen und Herren, damit können alle diejenigen, die vorhin angesprochen wurden – für die angeblich nichts gemacht wird –, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen, die Fachhochschule für Polizei besuchen, was sie bisher nicht konnten.

Meine Damen und Herren, neben der Erweiterung der Landespolizeischule muß dringend auch die Bereitschaftspolizei verstärkt werden. Da sind wir momentan etwas zu schwach. Ich sage hier ausdrücklich für die SPD-Landtagsfraktion auch mit Blick auf die Regierungsbank, und zwar insgesamt, daß wir für die Einrichtung der Wildermuth-Kaserne in Böblingen sind und nicht für andere Maßnahmen in diesem Bereich.

Die SPD-Landtagsfraktion tritt im übrigen dafür ein, daß die entsprechenden Bundesratsinitiativen, die in dem An-

trag dargestellt sind, möglichst bald ergriffen werden. Der Bundesrat hat ja den Vorschlag gemacht, das Eingangssamt des mittleren Dienstes wenigstens von A 6 auf A 7 anzuheben.

Besonders wichtig ist uns eine Ausbildungsreform, mit der wir das Fach- und Beratungsgruppensystem einrichten wollen. Wir wollen, daß den Polizeibeamten mit Abitur oder Fachhochschulreife keine Nachteile entstehen, indem wir jetzt auch für Abiturienten verbesserte Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten schaffen. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß auch durch die Erhöhung der Kapazität bei der Fachhochschule für Polizei der Anteil des gehobenen Dienstes künftig weiter wachsen wird. Von den insgesamt 6 800 Stellenhebungen und Neustellen werden über die Fachhochschule für Polizei 1 315 Beamtinnen und Beamte in den gehobenen Polizeivollzugsdienst aufsteigen können. Dies ist eine Rekordzahl. So viel hatten wir in den vergangenen Jahren nie.

(Abg. Weimer SPD: Sehr gut!)

Angesichts der schwierigen Haushaltslage – um das einmal sehr deutlich darzustellen – und angesichts der Tatsache, daß außer für die Polizei auch für Lehrer und für die Justiz neue Stellen geschaffen werden, ist das, glaube ich, ein erfolgreiches Strukturprogramm, das die Polizei allerdings auch verdient hat.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will jetzt ein paar Sätze zur zweigeteilten Laufbahn sagen; Sie erwarten das. Neben den dargestellten richtigen und wichtigen Maßnahmen konnte die SPD zu unserem großen Bedauern in den Koalitionsvereinbarungen auch durch viele Gespräche nicht erreichen, daß die zweigeteilte Laufbahn in Baden-Württemberg eingeführt wird. Um jedoch einmal alle Mißverständnisse auszuräumen, muß festgestellt werden, daß die Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die sich bereits im Dienst befindlichen Beamtinnen und Beamten kurzfristig überhaupt nichts bringt.

(Abg. Schöttle CDU: Das ist eine gute Feststellung!)

– Ja, das muß man feststellen, weil man das draußen immer ein bißchen anders gesehen hat.

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

– Herr Schlauch, ich komme ja darauf. – Deswegen stelle ich genauso ausdrücklich fest, daß die SPD aus einem anderen Grund nach wie vor für die Einführung der zweigeteilten Laufbahn ist, nämlich weil wir nur dann kurz- und mittelfristig die qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber bekommen können.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sind Sie für die zweigeteilte Laufbahn?)

– Wir sind nach wie vor dafür.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ab wann?)

(Schrempp)

Vor dem Hintergrund dieser Schwierigkeiten möchte ich die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Landtagsfraktion mit der notwendigen Zurückhaltung, aber auch mit aller Hoffnung bitten, sich die derzeitige Beschlußlage der verschiedenen Bundesländer noch einmal anzuschauen. Von 16 Bundesländern haben neun vollständig oder zumindest für die Kriminalpolizei die zweigeteilte Laufbahn faktisch oder tatsächlich eingeführt. Diesen stehen drei Bundesländer ohne klaren Beschluß gegenüber, und zwei Bundesländer sind für die Sonderlaufbahn Polizei.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wir sollten uns hier sicher noch einmal darüber unterhalten. Mir ist klar, daß dies derzeit nicht geht. Insofern halten wir uns natürlich auch an unsere Absprache. Wir bekennen Vertragstreue. Aber wir müssen in dieser Legislaturperiode sicher noch einmal über all dies sprechen.

Zum Schluß möchte ich noch eines sagen: Das von mir soeben genannte notwendige Strukturverbesserungsprogramm für die Polizei in diesem Land ist sehr gut, ehrgeizig und erfolgreich. Ich habe bei allen anderen Antragstellern bedauerlicherweise keine Ausführungen darüber gehört, wie sie die gegenwärtigen Strukturen für diejenigen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die bereits ihren Dienst tun, kurzfristig verbessern wollen. Ich meine, daß wir alleine Vorschläge gemacht haben und daß wir da auch gut sind. Mit diesem Strukturprogramm haben die Koalitionsfraktionen bewiesen, daß sie tatkräftig dabei sind, die Koalitionsvereinbarungen in vollem Umfang umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hackl.

Abg. Hackl GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eines vorweg: Die Grünen stehen auch nach der Wahl - das möchte ich auch an die Kollegen auf der linken Seite sagen - uneingeschränkt zur zweigeteilten Laufbahn.

(Abg. Schrempp SPD: Das habe ich doch gerade auch gesagt! - Abg. Weimer SPD: Haben Sie überhaupt zugehört?)

Wir wollen Sie nachher auch dazu auffordern, einen entsprechenden Grundsatzbeschluß zur zweigeteilten Laufbahn mitzutragen.

(Abg. Schrempp SPD: Ja, ja, klar!)

Wir brauchen allerdings keine - da möchte ich einige Anmerkungen an die Kollegen auf der ganz rechten Seite richten - selbsternannten Retter der Polizei. Denn nicht umsonst haben sich alle Kollegen, die auf die Straße gegangen sind und die für die zweigeteilte Laufbahn demonstriert haben, immer wieder von den Kollegen von ganz rechts hier distanziert

(Lachen bei Abgeordneten der Republikaner)

und sich immer wieder dagegen gewehrt, von ihnen vereinnahmt zu werden, und das mit gutem Grund.

(Zuruf des Abg. Trageiser REP)

Sie haben hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch nichts Neues gebracht. Die zweigeteilte Laufbahn wurde in der letzten Legislaturperiode zuerst von den Kollegen der SPD, der FDP/DVP und der Grünen gefordert und immer wieder eingeklagt. Das sollte man hier einmal festhalten.

(Abg. Schrempp SPD: Das ist klar! Wir wissen das! Wir haben das immer wieder bestätigt!)

Die rechte Seite sollte nicht immer wieder so tun, als ob etwas Neues hereingetragen worden wäre. Ich meine, daß sich die Republikaner nur als Trittbrettfahrer betätigen und nichts Neues in die Debatte einbringen.

(Lachen bei den Republikanern - Abg. Dr. Schlierer REP: Erzählen Sie das einmal den Polizeibeamten! - Abg. Deuschle REP: Märchenerzähler!)

Das möchte ich auch mit Blick auf die Polizeikollegen sagen, die meinen, daß von dort für sie etwas herauskomme.

(Lachen des Abg. Deuschle REP)

Zunächst einmal auch ein Wort an die Regierungsfractionen. Ich meine, daß mit dem Strukturprogramm ein guter Anfang gemacht worden ist. Wir möchten das wirklich anerkennen. Da steht sehr vieles drin, was von den Kollegen vor Ort - ich habe in den Polizeidirektionen selbst einige Gespräche geführt - auch lange sehnsüchtig erwartet worden ist und was zumindest kurzfristig eine Verbesserung bringen wird. Dazu gehört zum Beispiel die Verbesserung der Überstundenvergütung, dazu gehören zum Beispiel auch die Neustellen. Ich meine, das wird auch draußen in der Praxis anerkannt.

Ich denke allerdings, man hätte dabei nicht stehenbleiben dürfen. Man sollte heute und jetzt den Grundsatzbeschluß für die zweigeteilte Laufbahn fällen. An dieser zweigeteilten Laufbahn entscheidet sich auch ein bißchen das Bild der Polizei in der Gesellschaft. Es ist unbestritten, daß die Polizei sie verdient hat. Die Aufgaben haben zugenommen. Die zweigeteilte Laufbahn brächte auch nach unserer Auffassung - da werden sicher auch die Kollegen von den Sozialdemokraten zustimmen - eine leistungsgerechte Bezahlung. Das wird auch von den verschiedensten Gutachten sowohl für die Kripo als auch für die Schutzpolizei immer wieder bestätigt.

Wenn das heute nicht beschlossen wird, dann, meine ich, geht von der heutigen Sitzung ein sehr verheerendes Signal für die Polizei aus. Wir haben schon jetzt die Situation, daß soundso viele Ausbildungsstellen in der Polizeiausbildung nicht besetzt werden können. Diesmal waren es 80 Stellen, und es werden noch mehr werden. Wenn wir nicht wollen, daß diese Entwicklung fortgesetzt wird, dann müssen wir ihr jetzt entgegensteuern. Dann müssen wir der Polizei eine Perspektive geben. Das kann auch eine langfristige Perspektive sein. Das möchte ich auch an die Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite sagen. Es geht nicht darum, von heute auf morgen die zweigeteilte Laufbahn einzuführen, und sie muß auch nicht in dieser Legislaturperiode eingeführt werden.

(Hackl)

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Das können wir nicht. Das ist nicht finanzierbar. Es geht darum, der Polizei eine Perspektive zu geben und ihr zu sagen: Leute, ihr seid uns das wert; wir wollen euch anheben. Wir von der grünen Seite wollen der Polizei heute das Signal geben und nicht erst in der nächsten Legislaturperiode,

(Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

wie es auch in der SPD-Fraktion viele Leute immer wieder anstreben.

Ich möchte noch etwas Weiteres dazu sagen. Wenn von der SPD-Fraktion immer wieder gesagt wird, sie strebe auch weiterhin die zweigeteilte Laufbahn an, dann fordere ich Sie hiermit auch auf, auf die Finanzminister der Länder, die von Ihnen gestellt werden, Einfluß zu nehmen; denn sie haben erst kürzlich beschlossen, den Anteil des gehobenen Dienstes bei der Polizei bis zum Jahr 2000 auf 40 % zu beschränken.

(Abg. Schrempp SPD: Plus/minus 10 %!)

– In diesem Beschluß steht: 40 %.

(Abg. Weimer SPD: Ihr seid auch in drei Landesregierungen drin!)

– Wenn diese Regelung kommt, dann ist die zweigeteilte Laufbahn auf sehr lange Zeit aufgeschoben. Ich denke, das kann keine Perspektive für die Polizei sein. Da fordere ich die Kollegen auf, auf ihre Finanzminister im Bund einzuwirken und dort etwas zu tun.

Ich möchte noch einmal kurz den Kollegen Schrempp zitieren, der in der Debatte am 12. Dezember gesagt hat, Sie würden, wenn Sie an die Regierung kämen, die Fürsorgepflichten des Arbeitgebers gegenüber den Polizeibeamten wahrnehmen. Ich hoffe, daß Sie das tun, und fordere Sie deswegen auf, den Grundsatzbeschluß für die zweigeteilte Laufbahn – wenn auch langfristig – heute zu fassen. Ich möchte deswegen hiermit ankündigen, daß wir Ihren Antrag zwar für im Ansatz richtig halten, ihm aber, da er die zweigeteilte Laufbahn nicht enthält, nicht zustimmen können, sondern uns nachher in der Abstimmung darüber der Stimme enthalten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wilhelm. Ich habe Sie allerdings darauf hinzuweisen, daß Sie nur noch eine Redezeit von 1 Minute haben.

(Abg. Brinkmann SPD: Maximal! – Zurufe von der CDU)

Abg. Wilhelm REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen, dann mache ich es eben kurz.

Nach unserer Überzeugung ist ausschließlich die zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei geeignet, die schwierigen Strukturprobleme, aber auch andere Verwerfungen im in-

neren Gefüge der Polizei, zum Beispiel im Führungsbereich, auf Dauer zu lösen.

Zu den anfallenden Kosten im Realisierungsfall sage ich nur soviel: Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage vertreten die Republikaner die Auffassung, daß bei einem begrenzten Budget klare Prioritäten bei den Ausgaben gesetzt werden müssen.

(Abg. Drexler SPD: Welche?)

Für uns und den überwiegenden Teil unseres Volkes hat eben die innere Sicherheit einen herausragenden Stellenwert und oberste Priorität.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Schrempp SPD: Das ist nicht Ihr Erfolg! – Zurufe des Abg. Bütikofer GRÜNE, u. a.: So viele Prozente hatten Sie nicht, meine Herren!)

Wenn Sie von SPD und CDU, die Sie zur Zeit in der Verantwortung für die innere Sicherheit stehen, das auch so sehen, dann müßte Ihnen eine an Prioritäten ausgerichtete Ausgaben- und Finanzierungspolitik im Sinne unseres heutigen Antrags möglich sein.

(Abg. Kuhn GRÜNE: So, jetzt kommt wieder die nötige Ruhe auf! – Abg. Weimer SPD: Die ist auch notwendig! – Abg. Kuhn GRÜNE: Ich habe ja gesagt, die ist nötig!)

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPD und der CDU, ebenfalls Mut, Anstand und Ehrlichkeit zeigen wollen, dann beweisen Sie dies durch ein Ja zu unserem Antrag, mit dem wir die vorbehaltlose Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die Polizei fordern.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Meine Damen und Herren von der SPD,

(Abg. Weimer SPD: Laß die Luft raus!)

Sie beklagten oder beschrieben vor der Landtagswahl unüberhörbar einen Zustand im Bereich der Polizei, den Sie nicht zu vertreten hätten. Mittlerweile haben Sie ihn zu vertreten. Das können Sie durch noch so aktionistisches Draufsatteln in dem sogenannten Strukturprogramm nicht verbergen. Heute wird hier im Parlament für die Öffentlichkeit und jeden Polizeibeamten sichtbar, daß Sie diesen für die Polizei mißlichen Zustand nicht abzustellen gewillt sind.

Meine Damen und Herren von SPD und CDU, die Stunde der Wahrheit in der Frage der vorbehaltlosen Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die Polizei ist hier und heute im Landtag von Baden-Württemberg eingeläutet. Jetzt müssen Sie beweisen, daß es Ihnen ernst war und auch noch ist, vor Berufsvertretungen und protestierenden Polizeibeamten im Wahlkampf und davor abgegebene Versprechen einzulösen. Die von Ihnen vor dem 5. April 1992 erhoffte und beschworene Mehrheit für das Generalanliegen der Polizei kann heute im Parlament für jedermann sichtbar unter Beweis gestellt werden.

(Wilhelm)

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE – Abg. Weimer SPD: Schneller reden!)

Das setzt allerdings voraus, daß Sie sich in dieser Frage zu Ehrlichkeit, Anstand und politischer und persönlicher Glaubwürdigkeit bekennen.

(Beifall bei den Republikanern – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abg. Wilhelm REP: Was in drei Teufels Namen hindert Sie eigentlich daran, diesem Antrag, der noch vor wenigen Monaten inhaltlich der Ihre war, zuzustimmen?

Meine Damen und Herren, insbesondere Sie von der SPD,

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

erinnern Sie sich doch bitte einmal an das vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebene Gutachten zur Bewertung der Schutzpolizei. Sinnigerweise war der Auftraggeber ein Mann der SPD. Wir beanstanden daher auch gar nicht, daß Sie von der SPD mit diesem Gutachten flächendeckend im Wahlkampf durch die Wahlkreise zogen, insbesondere auch der Abgeordnete Birzele,

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

dabei den Polizeibeamten alles versprochen, während die CDU ihren heutigen Partner der Unfähigkeit zieh, entsprechend den Aussagen des Gutachtens zu handeln.

(Abg. Schrepp SPD: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Polizeibeamte und große Teile der Bevölkerung erbost vor allem die unleugbare Tatsache, daß Sie von der SPD nach der Landtagswahl anders sprachen, als Sie vor der Wahl in vielen Reden und Äußerungen – –

(Beifall bei den Republikanern – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abgeordneter, ich muß Sie ein zweites Mal auffordern, zum Schluß zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit bereits um mehr als 2 Minuten überzogen.

(Abg. Schöttle CDU: Schluß jetzt! – Lebhaftes Unruhe)

Abg. Wilhelm REP: Ich habe eigentlich gehofft,

(Abg. Weimer SPD: Wischen Sie sich den Schaum vom Mund!)

daß bei meinem ersten Redebeitrag intelligentere Zwischenrufe kommen, aber ich wurde leider enttäuscht.

(Abg. Weimer SPD: Dann führen Sie sich ordentlich auf!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion Die Republikaner beantragt ebenfalls namentliche Abstimmung zu ihrem Antrag.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zimmermann.

Abg. Zimmermann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muß mich doch noch einmal melden.

(Lebhafte Unruhe)

Es ist bedauerlich, daß hier von „Schaumschlägerei“ die Rede war. Es ist im Interesse unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten schade, daß man dieses Thema noch immer seitens der Republikaner emotionalisiert.

(Zurufe von den Republikanern: Was?)

Unsere Beamtinnen und Beamten haben es verdient, daß wir uns ins Zeug legen und mit sachlichen Argumenten einen Weg finden, daß die gesamte Struktur der Polizei von der Ausbildung bis zur Besoldung verbessert wird.

Ich warne noch einmal davor, die zweigeteilte Laufbahn einzuführen, weil sie einfach schlechter ist als eine Sonderlaufbahn für die Polizei.

(Beifall bei der CDU)

Der Beruf des Polizeibeamten darf in diesem Lande nicht verakademisiert werden.

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Wenn wir die Stärke der Polizei in diesem Lande halten und ausbauen wollen, müssen wir den Zugang zu diesem Beruf den gestandenen Persönlichkeiten dieses Landes, die einen Beruf und eine Ausbildung haben, auch noch ermöglichen.

(Beifall bei der CDU)

Wir können nicht verlangen, daß sie im Alter von 30 Jahren und mehr das Abitur nachholen. Sie müssen einen Einstieg in den Polizeiberuf haben. Das hat die Qualität der Polizei in Baden-Württemberg über Jahrzehnte ausgemacht. Dies wollen wir uns nicht kaputt machen lassen. Ich bin dafür, daß wir mit den Gewerkschaften und den Beamtinnen und Beamten dafür kämpfen, daß wir eine bessere Struktur bekommen. Der Einstieg ist mit unserem Strukturprogramm gewährleistet. Das, was hier als Polemik an den Tag gelegt wird, führt nach hinten und nicht nach vorne.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat der Herr Innenminister.

Innenminister Birzele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Situation der Polizei in Baden-Württemberg

(Minister Birzele)

ist schwierig. Das wird von keiner Fraktion dieses Hauses bestritten. Die Polizeidichte beträgt gegenwärtig nach der neuen Berechnungsmethode, auf die sich alle Bundesländer geeinigt haben – da werden die Ausbildungsstellen nicht mehr mit einbezogen –, 1 : 427. Wir sind damit gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen am Ende der Flächenstaaten.

(Zuruf von der CDU: In guter Gesellschaft!)

Bei dem Anteil des gehobenen und höheren Dienstes hat die Polizei in Baden-Württemberg gegenwärtig einen Gesamtanteil von 17,8 %, das Saarland von 14,3 %. Alle anderen Bundesländer liegen über diesem Prozentsatz. Für das Bundesland Thüringen liegen keine Angaben vor.

(Zuruf von der SPD: Da gibt es keine!)

Weil sich beide Koalitionsfraktionen über diese Situation völlig im klaren waren, haben sie in der Koalitionsvereinbarung wesentliche Verbesserungen für die Polizei beschlossen. Es ist keine Strukturentscheidung getroffen worden, aber es sind außerordentlich umfangreiche Verbesserungen für die Polizei vorgesehen worden.

Ich will nur zwei erwähnen: 400 zusätzliche neue Stellen pro Jahr und insgesamt 3 000 Hebungen in dieser Legislaturperiode. Das sind zirka 15 500 Beförderungen. Es ist aber klarzustellen, daß dadurch nicht alle Probleme, die im Polizeibereich vorhanden sind, insgesamt gelöst sind. Das behauptet von den Koalitionsfraktionen auch niemand, denn gerade die Koalitionsfraktionen sind sich darüber im klaren, daß Verbesserungen für die Polizei schon aus Kostengründen nur stufenweise eingeführt und umgesetzt werden können.

Es ist richtig, daß es gerade bei den Polizeiobermeistern eine gewisse Problematik gibt. 2 500 bis 2 800 Polizeiobermeister werden in dieser Legislaturperiode befördert werden. Wie die Beförderungen nach 1996 sein werden, also die weitere Zukunft aussieht, hängt von den Entscheidungen ab, die entweder in dieser Legislaturperiode noch getroffen oder nach 1996 gefällt werden müssen. Selbstverständlich hängen alle weiteren Maßnahmen auch davon ab, welche Finanzierungsspielräume bestehen.

Ich möchte jetzt einmal zu dem Antrag der Republikaner kommen. Sie, Herr Troll, haben gesagt, Sie forderten die sofortige vollständige Einführung. In Ihrer Begründung heißt es dann allerdings, daß bei der Realisierung der zweigeteilten Laufbahn schrittweise vorzugehen sei – ein bemerkenswerter Widerspruch. Auch hier empfehlen sich präzise Angaben.

Dann heißt es zwei Sätze weiter:

Der Aufstieg und die Überleitung der im mittleren Dienst befindlichen Beamten in den gehobenen Dienst ist innerhalb eines Fünfjahresplanes zu verwirklichen.

Wenn man einmal zugrunde legt – das sind vereinfachte Berechnungen; ich nenne jedoch die Zahlen, damit Sie es nachprüfen können –, daß gegenwärtig rund 18 000 Beam-

te im mittleren Dienst sind, wenn Sie weiter den Betrag von 15 000 DM pro Beamten und Jahr an Mehraufwendungen zugrunde legen, dann bedeutet das im ersten Jahr 50 Millionen DM Mehraufwendungen und steigert sich bis im fünften Jahr auf 250 Millionen DM. Das bedeutet: Das Kostenvolumen für Ihren Fünfjahresplan beträgt 750 Millionen DM.

Dann müssen Sie der Ehrlichkeit halber auch klar sagen, wie Sie dies finanzieren wollen. Dabei sollten Sie es sich nicht so einfach machen, nur global irgendwelche Haushaltsstellen zu benennen. Wir sind auf die entsprechenden Vorschläge bei den Haushaltsberatungen gespannt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Deuschle?

Innenminister Birzele: Bitte sehr.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte schön, Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Innenminister, können Sie bestätigen, daß die Kosten des Asylhaushalts in diesem Jahr bei rund 800 Millionen DM liegen und daß sich diese bis in zwei Jahren auf zirka 1 Milliarde DM in Baden-Württemberg erhöhen werden? Ich kann Ihnen sagen: Da haben Sie Einsparpotentiale für die finanzielle Absicherung der Polizei.

(Zurufe, u. a. Abg. Schlauch GRÜNE: Wo wollen Sie da einsparen? – Unruhe)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Minister.

Innenminister Birzele: Herr Kollege Deuschle, den ersten Teil Ihrer Frage kann ich nicht bestätigen, weil der Betrag ungefähr die Hälfte dessen ist, was Sie gesagt haben. Sie werden aus dem Staatshaushaltsplan 1993/94 ersehen, daß die Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern im Jahre 1994 gegenwärtig mit zirka 900 Millionen DM veranschlagt werden müssen, aber so, wie Sie sich die Finanzierung vorstellen – deshalb habe ich gesagt, Sie müssen einen realisierbaren Finanzierungsvorschlag vorlegen –, geht es aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht. Ich will das hier nicht weiter darstellen, weil es den vier Fraktionen im Haus, die links von Ihnen sitzen, völlig klar ist.

(Abg. Auer REP: Bei den Haushaltsberatungen kriegen Sie die Antwort! – Abg. Kuhn GRÜNE: Einmal nachlesen, Herr Deuschle!)

Ich will ein Beispiel bringen, meine Damen und Herren von den Republikanern, wie man keinesfalls argumentieren sollte. Ich zitiere aus Ihrem eigenen Antrag. Da heißt es auf Seite 2 unten in der Begründung:

Im Vergleich erhält heute ein 30jähriger verheirateter Polizeiobermeister mit zwei Kindern ein Nettogehalt, das unter dem Sozialhilfesatz für eine Familie mit zwei Kindern im Alter von 13 und 15 Jahren liegt.

(Minister Birzele)

Sie vergleichen: 30jähriger POM – zwei Kinder im Alter von 13 und 15 Jahren.

(Abg. Drexler SPD: Das geht nur bei den Republikanern!)

Ich will jetzt gar nicht auf das Alter der Kinder weiter abheben – Sie sollten sich aber auch bei diesen Beispielen schon ein bißchen mehr überlegen –, sondern will Ihnen nur sagen, daß dieses Beispiel völlig falsch ist.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Herr Schlierer guckt betreten in seine Akten!)

Ein 30jähriger Polizeiobermeister, verheiratet, zwei Kinder, im Wechselschichtdienst, hat Bruttobezüge von 4 069,86 DM, netto 3 721,20 DM. Wenn er den Dienstsitz in Stuttgart hat, bekommt er Zuschläge. Er hat dann ein Nettogehalt von 3 838,96 DM. Dies liegt unzweifelhaft über der Sozialhilfegrenze.

Damit aber keine Mißverständnisse aufkommen – und deshalb plädiere ich dafür, daß man sehr viel sorgfältiger mit den Beispielen umgeht –, betone ich, daß es auch bei der Polizei tätige Beamtinnen und Beamte gibt, deren Nettoeinkommen unter den Sozialhilferichtwerten liegen. Ich erwähne dazu einen konkreten Fall, der mir von der Landespolizeidirektion Stuttgart mitgeteilt wurde, eines 21jährigen Polizeihauptwachtmeisters, verheiratet, ein Kind, wohnhaft in Stuttgart, eingesetzt bei der Einsatzhundertschaft. Die Nettobezüge sind hier 3 010,04 DM. Dieser Beamte hat aufgrund seiner besonderen Situation eine einmalige Hilfe im Rahmen der Sozialhilfe für Bekleidung und Säuglingsausstattung in Höhe von 2 860,00 DM erhalten.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wilhelm?

Innenminister Birzele: Sofort.

Genau aus diesem Grunde ist es notwendig, die auch in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenen Maßnahmen zu verwirklichen, nämlich Anhebung der Eingangsgruppe von A 6 nach A 7 und Schaffung einer Ballungsraumzulage, denn damit wird gewährleistet – ich glaube, das muß unser gemeinsames Ziel sein –, daß Beamtinnen und Beamte in der Polizei nicht zu Sozialhilfeempfängern degradiert werden.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Jetzt gestatten Sie die Zwischenfrage. – Bitte, Herr Abg. Wilhelm.

Abg. Wilhelm REP: Herr Innenminister, haben Sie bei Ihrem Rechenbeispiel von dem 30jährigen Polizeiobermeister im Wechselschichtdienst die dienstungünstigen Zeiten mit eingerechnet? Wenn ja, dann erläutern Sie bitte, was es damit auf sich hat.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Minister.

Innenminister Birzele: Die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten ist eingerechnet, weil der Beamte ja im Wechselschichtdienst ist, Herr Kollege. Deshalb habe ich dies auch ausdrücklich betont. Diese Zulage beträgt 300 DM. Aber auch wenn Sie diese 300 DM abziehen und er den Dienst in Stuttgart nimmt, kommen Sie zu einem Nettoeinkommen von ungefähr 3 790 bis 3 800 DM. Ihr Beispiel ist deshalb falsch. Ich appelliere noch einmal an Sie, daß Sie, wenn Sie Beispiele wählen, auch sorgfältig recherchierte Beispiele verwenden und nicht auf diese Weise Stimmung zu machen versuchen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU und der GRÜNEN)

Ich war gerade bei der Ballungsraumzulage. Da hat mich eines sehr erstaunt, Herr Kollege Kiesswetter – und damit komme ich zum Antrag der FDP/DVP –: daß Sie bezweifeln, daß die Koalitionsvereinbarung umgesetzt wird, daß eine Ballungsraumzulage geschaffen und bezahlt werden soll.

Wenn Sie die finanzielle Situation des Landes so einschätzen, frage ich mich, wie Sie diesen Antrag verstanden wissen wollen. Soll nach Ihrer Auffassung bei der Annahme Ihres Antrags in dieser Legislaturperiode mehr für die Polizei getan werden? Wie finanzieren Sie dies dann, wenn Sie eine Ballungsraumzulage für nicht finanzierbar halten? Diese Frage sollten Sie offen beantworten.

Nun noch ein kurzes Wort zur Koalitionsvereinbarung. Es ist einzuräumen – das wurde auch von den Vertretern der CDU und der SPD klargestellt –, daß eine Vereinbarung über die Struktur der Polizeilaufbahn nicht getroffen wurde. Wir haben aber gemeinsam ganz wesentliche Verbesserungen vereinbart und im Entwurf des Staatshaushaltsplans für 1993/94 und bereits im Entwurf des Nachtrags Haushalts 1992 umgesetzt. Ich bin den Koalitionsfraktionen für ihren Antrag Drucksache 11/638, der heute auch zur Abstimmung steht, dankbar, mit dem diese Koalitionsvereinbarung für diese Legislaturperiode durch Beschluß des Parlaments festgeschrieben werden soll. Wenn dies so festgeschrieben wird, werden wir uns nach Erfüllung dieser Zielsetzungen 1996 in einem wesentlich besseren Zustand befinden als gegenwärtig.

Die Polizeidichte wird dann ungefähr – das hängt von der Bevölkerungsentwicklung ab – 1 : 400 betragen. Ich hoffe das. Dies kann aber nicht garantiert werden, wenn der Bevölkerungszuwachs sehr viel größer ist. Der Sicherheitsplan II wird 1996 zu 94,4 % erfüllt sein.

Zur zweigeteilten Laufbahn läßt sich nicht genau sagen, wie die Situation des Landes Baden-Württemberg sein wird, denn die Beschlußlagen in den anderen Bundesländern sind für 1996 nicht so konkret, sondern zielen auf das Jahr 2000. Aber ich bin sicher, daß wir beim Anteil am gehobenen und höheren Dienst für die Polizei in Baden-Württemberg einen guten Mittelplatz erreicht haben werden. Wir werden rund 34 % Beamte und Beamtinnen im gehobenen und höheren Dienst haben. Damit, meine Damen und Herren von der Fraktion GRÜNE und der FDP/DVP-Fraktion, wird mit diesen konkreten Maßnahmen in dieser Legislaturperiode das erreicht werden, was auch mit

(Minister Birzele)

dem von uns in der letzten Legislaturperiode eingebrachten Antrag auf Einführung der zweigeteilten Laufbahn hätte erreicht werden sollen.

Angesichts der gegenwärtigen Haushaltslage kann niemand davon ausgehen, daß für die Polizei materiell mehr hätte getan werden können als das, was diese Koalition in dieser Legislaturperiode tut. Damit hat die Koalition bewiesen, daß sie die Bedürfnisse der Polizeibeamten ernst nimmt, daß sie ihren schwierigen Dienst würdigt.

Die Landesregierung ist wie die Koalitionsfraktionen der Auffassung, daß bundeseinheitliche Regelungen des Dienst- und Besoldungsrechts notwendig sind, um zum einen die Attraktivität des Polizeivollzugsdienstes zu steigern und um zum anderen auch in der Zukunft die Funktionserfüllung zu sichern. Darüber hinaus muß die Einheitlichkeit der dienst- und besoldungsrechtlichen Bedingungen bei allen Dienstherren im wesentlichen gewahrt werden. Deshalb bitte ich Sie namens der Landesregierung, dem Antrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache abgeschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die drei vorliegenden Anträge. Bei allen drei Anträgen ist namentliche Abstimmung beantragt.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/61, abstimmen, weil dieser Antrag zweifellos der weitestgehende ist.

Ich darf zunächst fragen, ob der Antrag auf namentliche Abstimmung die notwendige Unterstützung findet.

(Abg. Deuschle REP: Alle!)

– Sie müssen sich durch Handzeichen dazu äußern. – Er findet die notwendige Unterstützung. Damit wird über diesen Antrag namentlich abgestimmt.

Ich darf kurz die Abstimmungsregeln bekanntgeben: Wer diesem Antrag Drucksache 11/61 zustimmen möchte, der möge beim Namensaufruf mit Ja antworten. Wer ihn ablehnen möchte, möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, möge mit „Enthaltung“ antworten. Meine Damen und Herren, damit die Antworten hier oben auch verstanden werden können, darf ich darum bitten, während der Abstimmung Ruhe zu bewahren. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben C.

Herr Abg. Schöffler, ich darf Sie bitten, den Namensaufruf vorzunehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmen auszuzählen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag Drucksache 11/61 bekannt:

An der Abstimmung haben sich 134 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 15 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 119.

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

*

Mit Ja haben gestimmt:

Auer, Bühler, Deuschle, Dr. Eckert, Herbricht, König, Krisch, Liane Offermanns, Rapp, Reimann, Schaal, Dr. Schlierer, Trageiser, Troll, Wilhelm.

Mit Nein haben gestimmt:

Albrecht, Bebbler, Birgitt Bender, Birzele, Bloemecke, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Buchter, Bütikofer, Dr. Caroli, Daffinger, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Dreier, Drexler, Fleischer, Gaßmann, Dr. Geisel, Göbel, Göschel, Goll, Alfred Haas, Gustav-Adolf Haas, Haasis, Hackl, Hauk, Heiler, Heinz, Dr. Hopmeier, Dr. Claudia Hübner, Hund, Jacobi, Keitel, Kiel, Kiesecker, Kiesswetter, Birgit Kipfer, Dr. Klunzinger, Köberle, Köder, Kuhn, Kurz, Dr. Lang, Ursula Lazarus, Leicht, List, Eberhard Lorenz, Hans Lorenz, Maurer, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Meyer, Mogg, Ulrich Müller, Dr. Walter Müller, Nagel, Östreicher, Oettinger, Dr. Ohnewald, Pfister, Rau, Rebhan, Rech, Reddemann, Redling, Reinelt, Dr. Reinhart, Rempel, Renz, Dr. Repnik, Rückert, Dr. Salomon, Barbara Schäfer, Dr. Schäuble, Dr. Scharf, Scheffold, Scheuermann, Schlauch, Schlee, Schmiedel, Monika Schnaitmann, Schöffler, Schöttle, Schrempp, Dr. Marianne Schultz-Hector, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Helga Solinger, Dr. Spöri, Stächele, Dieter Stoltz, Gerhard Stolz, Stratthaus, Straub, Ströbele, Teßmer, Teufel, Tölg, von Trotha, Helga Ulmer, Brigitte Unger-Soyka, Christa Vosschulte, Wabro, Walter, Weimer, Dr. Weingärtner, Weiser, Wettstein, Weyrosta, Wieser, Brigitte Wimmer, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller, Zimmermann.

*

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu der beantragten namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 11/365. Bevor ich frage, ob der Antrag die notwendige Unterstützung findet, muß ich zur Klarstellung noch eine Frage stellen: Ist der Antrag so richtig, daß Sie beantragen, „... im mittleren Dienst bei der Kriminalpolizei zu 100 % und bei der Wasser- und Schutzpolizei zu 70 %...“?

(Abg. Weimer SPD: Sehr gut! Eine berechtigte Frage!)

Denn es heißt hier „Wasser- und Schutzpolizei“, das heißt „Wasser- und Schutzpolizei“.

(Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Herr Präsident, ich gehe davon aus, daß das ein Druckfehler ist! – Heiterkeit)

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

– Weil es mir nicht ganz einleuchtend war, wollte ich mich auf jeden Fall vergewissern. Sie wünschen also, daß Ihr Antrag lautet: „... bei der Kriminalpolizei zu 100 % und bei der Schutzpolizei zu 70 % ...“

(Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Sehr richtig!)

Jetzt frage ich, ob der Antrag die notwendige Unterstützung findet. – Dies ist der Fall.

Damit kommen wir auch hier zur namentlichen Abstimmung. Das Verfahren ist das gleiche: Wer zustimmen will, antwortet mit Ja, wer ablehnen will, mit Nein, und wer sich enthalten will, mit „Enthaltung“.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal herzlich darum bitten, beim Namensaufruf Ruhe zu bewahren. Es war bei der letzten Abstimmung schwierig, das Ergebnis korrekt festzustellen, weil man die Antworten oft nicht verstehen konnte. Bitte, bewahren Sie also Ruhe.

Ich bitte Frau Schriftführerin Schweizer, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben D.

(Namensaufruf)

Die namentliche Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 11/365, bekannt:

An der Abstimmung haben sich 132 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 20 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 112 Abgeordnete.

Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Albrecht, Birgitt Bender, Buchter, Bütikofer, Dr. Döring, Drautz, Hackl, Jacobi, Kiel, Kiesswetter, Kuhn, Pfister, Renz, Dr. Salomon, Dr. Scharf, Schlauch, Monika Schnaitmann, Gerhard Stolz, Walter, Dr. Witzel.

Mit N e i n haben gestimmt:

Auer, Bebbler, Birzele, Bloemecke, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Bühler, Dr. Caroli, Daffinger, Deuschle, Döpfer, Dreier, Drexler, Dr. Eckert, Fleischer, Gaßmann, Dr. Geisel, Göbel, Göschel, Goll, Alfred Haas, Gustav-Adolf Haas, Haasis, Hauk, Heiler, Heinz, Herbricht, Dr. Hopmeier, Dr. Claudia Hübner, Hund, Keitel, Kiesecker, Birgit Kipfer, Dr. Klunzinger, Köberle, Köder, König, Krisch, Kurz, Dr. Lang, Ursula Lazarus,

Leicht, List, Eberhard Lorenz, Hans Lorenz, Maurer, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Meyer, Mogg, Ulrich Müller, Dr. Walter Müller, Nagel, Östreicher, Oettinger, Liane Offermanns, Dr. Ohnewald, Rapp, Rau, Rebhan, Rech, Reddemann, Redling, Reimann, Dr. Reinhart, Rempfel, Dr. Reppnik, Rückert, Schaal, Barbara Schäfer, Dr. Schäuble, Scheffold, Scheuermann, Schlee, Dr. Schlierer, Schmiedel, Schöffler, Schöttle, Schrempp, Dr. Marianne Schultz-Hector, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Helga Solinger, Dr. Spöri, Stächele, Dieter Stoltz, Stratthaus, Straub, Ströbele, Teßmer, Teufel, Tölg, Trageiser, Troll, von Trotha, Helga Ulmer, Christa Vosschulte, Wabro, Weimer, Dr. Weingärtner, Weiser, Wettstein, Weyrosta, Wieser, Wilhelm, Brigitte Wimmer, Wintruff, Marianne Wonnay, Zeller, Zimmermann.

*

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, Drucksache 11/638.

Ich frage der Ordnung halber, ob dieser Antrag die notwendige Unterstützung findet.

(Abg. Weimer SPD: Ja!)

– Dies ist offenkundig der Fall.

Meine Damen und Herren, auch hierzu kurz die Verfahrensregeln: Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer ihn ablehnen möchte, möge mit Nein antworten, wer sich der Stimme enthalten möchte, möge mit „Enthaltung“ antworten.

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben E.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, darf ich eine Sekunde um Ruhe bitten.

(Anhaltende Unruhe)

Es ist nahezu unmöglich, hier die Antworten zu verstehen, wenn im Saal während des Namensaufrufs Gespräche geführt werden.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr richtig!)

Wir hatten enorme Schwierigkeiten, überhaupt festzustellen, wer abgestimmt hat und wie abgestimmt worden ist.

Ich darf Sie noch einmal ganz herzlich bitten, während des Namensaufrufs Ruhe zu bewahren.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich bitte, wenn Gespräche geführt werden wollen, nach der Stimmabgabe kurz aus dem Saal zu gehen. Sie erleichtern damit die Aufgabe des Präsidiums wirklich sehr. Es ist meine herzliche Bitte, sich so zu verhalten.

Herr Abg. Schöffler, ich bitte Sie, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben E.

(Namensaufruf)

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Auch diese Abstimmung ist geschlossen, und ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich darf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag Drucksache 11/638 bekanntgeben:

An dieser Abstimmung haben sich 131 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 103 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 15 Abgeordnete gestimmt;
der Stimme enthalten haben sich 13 Abgeordnete.

Damit ist dieser Antrag angenommen.

*

Mit Ja haben gestimmt:

Albrecht, Bebber, Birzele, Bloemecke, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Dr. Caroli, Daffinger, Dr. Döring, Drautz, Dreier, Drexler, Fleischer, Gaßmann, Dr. Geisel, Göbel, Göschel, Goll, Alfred Haas, Gustav-Adolf Haas, Haasis, Hauk, Heiler, Heinz, Dr. Hopmeier, Dr. Claudia Hübner, Hund, Keitel, Kiel, Kiesecker, Kiesswetter, Birgit Kipfer, Dr. Klunzinger, Köberle, Köder, Kurz, Dr. Lang, Ursula Lazarus, Leicht, List, Eberhard Lorenz, Hans Lorenz, Maurer, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Meyer, Mogg, Ulrich Müller, Dr. Walter Müller, Nagel, Östreicher, Oettinger, Dr. Ohnewald, Pfister, Rau, Rebhan, Rech, Reddemann, Redling, Dr. Reinhart, Remppel, Dr. Repnik, Rückert, Barbara Schäfer, Dr. Schäuble, Dr. Scharf, Scheffold, Scheuermann, Schlee, Schmiedel, Schöffler, Schöttle, Schrempp, Dr. Marianne Schultz-Hector, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Helga Solinger, Dr. Spöri, Stächele, Dieter Stoltz, Stratthaus, Straub, Ströbele, Teßmer, Teufel, Tölg, von Trotha, Helga Ulmer, Christa Vosschulte, Wabro, Weimer, Dr. Weingärtner, Weiser, Wettstein, Weyrosta, Wieser, Brigitte Wimmer, Wintruff, Marianne Wonnay, Zeller, Zimmermann.

Mit Nein haben gestimmt:

Auer, Bühler, Deuschle, Dr. Eckert, Herbricht, König, Krisch, Liane Offermanns, Rapp, Reimann, Schaal, Dr. Schlierer, Trageiser, Troll, Wilhelm.

Der Stimme enthalten haben sich:

Birgitt Bender, Buchter, Bütikofer, Hackl, Jacobi, Kuhn, Renz, Dr. Salomon, Schlauch, Monika Schnaitmann, Gerhard Stolz, Walter, Dr. Witzel.

*

Zu einer Erklärung zur Abstimmung hat Herr Abg. Schlauch um das Wort gebeten. – Herr Abg. Schlauch, Sie haben das Wort.

(Abg. Seimetz CDU: Jetzt kommt eine staatstragende Erklärung!)

Abg. Schlauch GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die Fraktion GRÜNE erkläre ich zur Abstimmung:

(Abg. Schrempp SPD: Folgendes!)

– Wollen Sie auch noch erstens, zweitens, drittens untergliedert haben? Das können Sie haben, wenn Sie das wollen.

(Abg. Seimetz CDU: Nur a, b, c!)

Wir haben dem Antrag der Republikaner deshalb nicht zugestimmt, weil wir Trittbrettfahrerei in der Art und Weise, wie sie von den Republikanern betrieben worden ist, nicht unterstützen wollen, obwohl sie in der Sache möglicherweise auch recht haben. Wir haben deshalb vorgezogen, dem Antrag der FDP/DVP zuzustimmen, weil dieser Antrag die Position der gesamten Opposition, damals noch unter Einschluß der SPD, in der letzten Legislaturperiode widerspiegelt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Angesichts der wirklich eindeutigen Aussagen dieser gesamten Opposition konnten wir dem Antrag der großen Koalition nicht zustimmen. Wir hätten diesem Antrag zugestimmt, wenn daraus eindeutig hervorgegangen wäre, daß diese Strukturänderung der erste Schritt zur Einführung der zweigeteilten Laufbahn sein soll. Dann wäre das eine saubere Sache gewesen. Dann hätten wir zustimmen können.

Es geht hier nicht um die materielle Ausstattung der Polizei im eigentlichen Sinne, sondern darum, daß mit einer solchen Feststellung ein Signal gegeben worden wäre, daß wir den Stellenwert der Polizei in der Gesellschaft anders betrachten wollen, neu bewerten wollen.

So halten sich die CDU und die SPD die Hintertür offen, die dreigeteilte Laufbahn als Differenzierungs- und Hierarchisierungsinstrument aufrechtzuerhalten und weiterhin zu praktizieren. Deshalb haben wir diesem Antrag nicht zustimmen können, sondern uns enthalten müssen, obwohl dies insgesamt ein richtiger Schritt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren! Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich Ihnen folgendes mitteilen: Ich bin davon unterrichtet worden, daß Tagesordnungspunkt 6 – Antrag der Fraktion Die Republikaner zum Wohnungsbindungsgesetz – heute abgesetzt wird. Ich bedanke mich dafür.

Es ist mir des weiteren mitgeteilt worden, daß Tagesordnungspunkt 8 – Antrag der Fraktion der FDP/DVP über neue Zuständigkeiten für die Eingliederung von Aussiedlern und die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern – mit dem Tagesordnungspunkt 6 der morgigen Sitzung verbunden werden soll. Tagesordnungspunkt 6 der

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

morgigen Sitzung ist der Antrag der Fraktion der FDP/DVP zum Einwanderungsgesetz und zum Erwerb der Staatsangehörigkeit. Die Redezeiten, die für diesen Punkt festgesetzt sind, sollen auch mit dem damit verbundenen Tagesordnungspunkt von heute gelten. Auch hier möchte ich mich für das Entgegenkommen bedanken.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport – Entwicklung und Zukunft des landwirtschaftlichen Berufsschulwesens in Baden-Württemberg – Drucksache 11/153

Das Präsidium hat hier folgende Redezeiten festgelegt: Zur Begründung des Antrags 5 Minuten, für die Aussprache 5 Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Der sich in der Landwirtschaft vollziehende Strukturwandel hat nicht nur auf die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe Auswirkungen, sondern insbesondere auch auf die landwirtschaftlichen Fachschulen. Weniger Berufsanfänger führen selbstverständlich auch zu einer geringeren Nachfrage an Berufsschulplätzen. Dies darf allerdings nicht dazu führen, daß die Qualität der Ausbildung darunter leidet.

(Abg. Teßmer SPD: Die wird immer besser dadurch! Weniger Schüler für mehr Lehrer ist doch gut!)

– Ich danke für den Zwischenruf.

Es darf aber auch nicht dazu führen, daß die Kosten je Schülerplatz ins Unendliche steigen. Was eine dem technischen Stand entsprechende Werkstatt in einer landwirtschaftlichen Berufsschule an Kosten verursacht, kann man sich leicht ausmalen, wenn eine solche Einrichtung je Klasse dann nur von vier oder sechs Schülern genutzt wird, wenn man nicht die dringend erforderlichen Anpassungen vornimmt.

(Abg. Teßmer SPD: Was heißt „Anpassung“?)

– Ich komme noch darauf und rede noch dazu, Herr Teßmer.

Mir geht es hier und heute darum, auch für die Zukunft die Qualität der Ausbildung im Beruf des Landwirts trotz und gerade wegen der zurückgehenden Zahlen bei Berufsanfängern sicherzustellen. Das gleiche gilt übrigens auch für die ländliche Hauswirtschaft. Auch wenn heute ein nicht unbeachtlicher Teil der zukünftigen Landwirte ein Studium an einer Fachhochschule, einer Universität oder an einer Technikerschule absolviert, ist und bleibt das Fundament jeglicher Berufsausbildung die traditionelle praxisorientierte dreijährige Ausbildung. Sie ist auch die Voraussetzung für die Meisterausbildung und für die Fachschulen.

Nur zu häufig zeigt sich in der Praxis, daß eine akademisch-theoretische Ausbildung nicht das Fundament einer gründlichen praxisorientierten Ausbildung ersetzen kann.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

In der Stellungnahme zu unserem Antrag unterstreicht die Landesregierung die von uns befürchtete Entwicklung bei den Schülerzahlen. Aufgabe der Politik muß es sein, rechtzeitig Antworten auf solche Entwicklungen zu geben, und genau dieses vermisste ich jedoch, Frau Ministerin.

(Abg. Teßmer SPD: Weg ist sie!)

Es ist natürlich schade, daß bei einem solchen Thema die Ministerin nicht mehr anwesend ist, wenn es um den Nachwuchs des ländlichen Berufsstandes geht.

(Abg. Teßmer SPD: Der Staatssekretär ist da! Der kennt sich zwar nicht aus, aber er ist da! Beide Staatssekretäre sind da! – Unruhe)

Ich bedaure und bemängle zugleich, daß das von uns geforderte Konzept zur Sicherung des landwirtschaftlichen Berufsschulwesens nicht vorgelegt wurde. Ich fordere Sie erneut auf, klarzustellen, wohin die Reise geht. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, wie Sie zukünftig bei der zurückgehenden Schülerzahl das landwirtschaftliche Berufsschulwesen organisieren wollen.

Erstens: Kommt es zum Blockunterricht an sehr wenigen, vielleicht vier oder sechs Schulstandorten in Baden-Württemberg?

Zweitens: Oder glauben Sie, daß bei Klassenstärken von vier oder sechs Schülern pro Landkreis zukünftig die erforderliche Qualität der Ausbildung erhalten werden kann?

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wollen Sie denn schließen, oder was?)

– Teilweise schließen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sie wollen das? – Abg. Hans Lorenz CDU: Welche?)

– Wenn das auf meine Redezeit angerechnet wird, möchte ich mit meiner Rede fortfahren, Herr Präsident. Sonst komme ich mit meiner Rede nicht durch.

(Unruhe)

Drittens: Oder stimmen Sie mir zu, daß es – –

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

– Entschuldigung, Herr Teßmer!

Glauben Sie weiter, daß bei solchen Klassenstärken die teuren praktischen Ausbildungsplätze zum Beispiel in der Werkstatt noch verantwortbar sind? Oder wäre es nicht viel besser, in zwei Blockwochen zur Deula zu gehen? Ich konnte schon damals nicht verstehen, daß bei verschiede-

(Drautz)

nen Kreisberufsschulen Werkstätten eingerichtet worden sind – mit einem Aufwand von mehreren Millionen –, obwohl diese Werkstätten lange nicht so gut wie die Deula-Werkstätten eingerichtet sind. Ich habe nicht verstanden, daß man nicht wie andere Bundesländer verfahren ist, sondern hier teure Kultbauten hingestellt hat, anstatt die praktische Maschinenausbildung bei der Deula durchzuziehen.

(Abg. Teßmer SPD: Das hättest du besser nicht gesagt! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Drautz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reddemann?

Abg. Drautz FDP/DVP: Bitte.

Abg. Reddemann CDU: Herr Drautz, ist Ihnen bekannt, daß im Rahmen der überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen die Deula-Einrichtungen voll genutzt werden, daß der bäuerliche Nachwuchs dort also ausgebildet wird?

Stellv. Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Ja, das weiß ich; denn ich war ja selbst schon verschiedentlich in der Deula.

(Unruhe – Zurufe von der SPD: Aha!)

Im Rahmen der Ausbildung durch das Kultusministerium – hierum geht es im Moment – ist Deula nicht vorgesehen – zu Ihrer Kenntnisnahme, bitte. Auf all diese Fragen habe ich eigentlich mit dem von uns geforderten Konzept von Ihnen eine Antwort erwartet.

Lassen Sie mich zum Schluß folgendes Fazit ziehen: Bei nur knapp 200 Berufsanfängern in Baden-Württemberg im Beruf des Landwirts und bei dem sich vollziehenden Strukturwandel ist es dringend erforderlich, auch gerade im Interesse des Erhalts und der Qualität der Ausbildung vorwärtszudenken. Hierbei dürfen die Fragen auch nicht vor zukünftigen Schulstandorten haltmachen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Heißt das Schließung?)

Bei den wenigen Möglichkeiten, die das Land im Bereich der Agrarpolitik überhaupt noch hat, ist die Aus- und Fortbildung ein entscheidendes Kapital,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Da hat er recht!)

das wir unseren jungen Menschen mitgeben müssen.

Ich erwarte vom Ministerium eine Antwort auf die von mir oben gestellten Fragen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Seimetz.

Abg. Seimetz CDU: Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema wird uns im Ausschuß noch beschäftigen.

(Zuruf von der SPD: Lange!)

Wir müssen bei diesem Thema sehr sorgfältig vorgehen, denn es geht um eine Reduzierung der Standorte, und diese muß vernünftig vorgenommen werden. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit und der noch vor uns liegenden Tagesordnung

(Zuruf von den GRÜNEN: Mafia!)

und um mir das Wohlwollen dieses Hauses zu erhalten, möchte ich mit Genehmigung des Präsidenten meine Rede zu Protokoll geben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Beste Abgeordnetenrede seit zwölf Jahren!)

Stellv. Präsident Straub: Ich bin damit einverstanden. (Siehe Erklärung zu Protokoll am Schluß des Tagesordnungspunkts.)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da ich es nicht schriftlich habe, kann ich leider Ihr Wohlwollen auf diese Art und Weise nicht erbitten.

(Abg. Seimetz CDU: Dann gib doch dein gesamtes Schweigen zu Protokoll!)

Deshalb komme ich zur Sache und weise darauf hin, daß hier schon einmal, nämlich am 14. Dezember 1989, über die berufliche Situation und Zukunftsperspektiven von jungen Landwirten diskutiert worden ist. Damals wurde schon darauf hingewiesen, daß die Zahl von 1 500 Auszubildenden im Jahr 1970 auf 280 im Jahr 1989 zurückgegangen ist. Zwar hat Minister Weiser das damals so interpretiert, daß das grundsätzlich an der demographischen Entwicklung liege und hier wie in vielen Berufen auch Nachwuchsprobleme aufträten. Aber, meine Damen und Herren, das war nun doch nicht so, denn die Entwicklung ging weiter. Minister Weiser meinte damals noch, 280 Auszubildende seien ihm natürlich viel zu wenig, aber mit dem politischen Rückenwind durch die Regierung, Perspektiven für die jungen Landwirte zu eröffnen,

(Abg. Reddemann CDU: Das ist gut!)

und dem eingeleiteten Strukturwandel sei man nun wohl in der Talsohle angelangt. Aber, Herr Reddemann, Sie wissen ja, 222 Auszubildende im ersten Ausbildungsjahr des Schuljahres 1991/92 haben uns das leider auch als eine Fehleinschätzung ausgewiesen.

(Zuruf von der SPD: Eine fatale Fehleinschätzung!)

Minister Weiser hat damals auch gesagt, er sei sich sicher, daß am Ende der Entscheidung eine tragfähige Lösung für die nächsten 20, 30 Jahre stehen werde – auch das ist nicht eingetroffen, denn es hat nicht einmal zwei Jahre gehalten.

(Abg. Reddemann CDU: Nichts ist so beständig wie der Wandel!)

(Wintruff)

Die wirkliche Ursache des starken Rückgangs der Auszubildenden, meine Damen und Herren, liegt in der Agrarpolitik schlechthin. Wer weiß es nicht?: Die Einkommenssituation und vieles mehr haben eben letztendlich zum Rückgang dieser Schülerzahlen geführt und in Baden-Württemberg die Zahl der haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen von 680 im Jahr 1960 auf nunmehr 68 reduziert. Und das geht eben leider weiter. Der Vater empfiehlt heute dem Sohn nicht, seinen Hof zu übernehmen. Also, kein Nachfolger, keine Schülerzahlen – es geht weiter mit dem Zumachen.

(Zuruf von der CDU: Der Beruf des Lehrers!)

Unter diesen Vorzeichen, Herr Reddemann, müssen wir auch die Auffassung unterstützen, daß das flächendeckende System der landwirtschaftlichen Ausbildung natürlich so wie bisher nicht zu halten ist.

(Sehr gut! bei der SPD)

Doch ehe man fast alle Schulen zumacht, sollte man wohl über die Zukunft der Landwirtschaft noch einmal nachdenken. Man sollte hier nicht zu kurz ansetzen; sonst landet man letztendlich doch noch im Neckar, wo Minister Weiser zwar schon einmal baden gehen wollte, es aber freiwillig nicht getan hat.

Meine Damen und Herren, wer sagt, er wolle die Landwirtschaft mit möglichst vielen Betrieben erhalten, der muß letztendlich bekennen: Wir brauchen längerfristige Existenzchancen, und nur mit einem hohen Qualifizierungsgrad über die beruflichen Schulen läßt sich die Zukunft der Landwirtschaft gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb stellt sich uns zuerst die Aufgabe: Wir müssen wieder mehr die Attraktivität des Berufs herausstellen. Wir müssen die Ausbildungsqualität der beruflichen Schulen in Vollzeitform im ersten Schuljahr erhalten. Wir müssen auch kleine Fachklassen favorisieren. Wir müssen darüber nachdenken, wie Ausbildungspotentiale und neue Arbeitsfelder in die Schule kommen. Wir müssen darüber nachdenken, ob die Schulen deshalb nicht richtig ausgelastet sind, weil wir einerseits die Kreisberufsschulen haben, andererseits aber noch die Fachschulen an den Landwirtschaftsämtern. Wir müssen darüber nachdenken, warum in Nordbaden die Gärtner, Floristen und Landschaftsgärtner bei den gewerblichen Berufsschulen angesiedelt sind. All diese Dinge lassen hier vielleicht eine gewisse Abhilfe schaffen.

Erst wenn wir darüber nachgedacht haben, dann lassen Sie uns darüber entscheiden: Wo ist die Ausbildung am geeigneten Standort noch zu erhalten?

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD)

Den Kahlschlag, den es im Badischen schon gegeben hat, den darf es jetzt im Württembergischen jedenfalls nicht noch einmal geben.

(Beifall bei der SPD)

Die Standortbestimmung wird entscheidend für die künftige Qualität und Attraktivität der Ausbildung sein.

Welches sollen die Kriterien der Standortbestimmung sein? Ich meine, die Ansiedlung im ländlichen Raum ist wichtig. Ein Kreis, der eine starke landwirtschaftliche Ausprägung hat, muß in Konkurrenz zu anderen Kreisen bestehen. Die verkehrstechnische Anbindung solcher Schulen wird eine Rolle spielen. Die Unterbringung der Schüler im Vollzeitunterricht, und das preisgünstig und nicht zu 600 bis 800 DM für Internatskosten, die gute Ausstattung der Schulen, das müssen die entscheidenden Kriterien für die Standortauswahl sein.

Zum Abschluß möchte ich Ihnen noch sagen: Es darf nicht so sein, daß die Einflußnahme der Schulträger, der Berufsverbände und der Landwirtschaftsämter, eventuell auch der Politiker vor Ort letztendlich dann doch irgendeine Entscheidung herbeiführt, die den Kriterien nicht gerecht wird. Oder sagen wir es zum Abschluß vielleicht so, meine Damen und Herren: Ein Östreicher im Frankenland sollte also nicht dafür sorgen können,

(Abg. Seimetz CDU: Ein guter Mann!)

daß eine Schule letztendlich dann vielleicht in der Konkurrenz im Hohenlohekreis landet, obwohl die Standortkriterien eigentlich für den Kreis oder die Stadt Schwäbisch Hall gesprochen hätten.

(Oh-Rufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ein Organisationskonzept muß her, welches an Kriterien und nicht am Einfluß gewisser Politiker in der Landwirtschaft orientiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Damit wir das besprechen und überwachen können, schlage ich vor, diesen Antrag dem Schulausschuß zu überweisen,

(Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

damit diese Kriterien unter unserer Aufsicht und unserer Führung im Schulausschuß wirklich sachgerecht zum Zuge kommen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Seid Ihr jetzt wieder in der Opposition? – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Wintruff, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Östreicher?

Abg. Wintruff SPD: Bitte sehr.

Stellv. Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Östreicher.

Abg. Östreicher CDU: Kollege Wintruff, mich würde nur interessieren: Was trauen Sie dem Sachverstand eines Abgeordneten zu?

Stellv. Präsident Straub: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Wintruff SPD: Ich traue Ihnen natürlich sehr viel zu, worauf ich eben schon hingewiesen habe. Sonst hätte ich das nicht gebracht, Herr Östreicher.

(Heiterkeit bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Das war ein Blattschuß!)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die vom Ministerium vorgelegte Statistik über die Entwicklung der Schülerzahlen an den haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen ist deprimierend, sind doch die Schülerzahlen in den zurückliegenden 31 Jahren um sage und schreibe 32 200 Schüler, nämlich von 42 800 im Schuljahr 1960/61 auf nunmehr klägliche 10 600 im Schuljahr 1991/92, zurückgegangen.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist halt der Strukturwandel, da kann man nichts machen!)

Die 222 Schüler in der Vollzeitform kann ich in dieser Betrachtung einmal getrost vernachlässigen. Insgesamt ist das ein Rückgang von 75 %, meine Damen und Herren, 75 %!

Wenn ich diese Zahlen aus dem Berichtszeitraum noch genauer analysiere, so läßt sich feststellen, daß allein in den letzten elf Jahren 15 800 Schüler weniger registriert wurden,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt sind wir platt!)

also fast genauso viele wie in den vergangenen 20 Jahren, in denen ein Rückgang von 16 200 Schülern zu verzeichnen war. Bedauerlicherweise ist bis heute noch kein Ende dieser Talfahrt abzusehen.

An diesen Fakten, meine Damen und Herren, kommt man nicht vorbei, ohne über die Ursachen dieser Rückwärtsentwicklung einmal nachzudenken. Dabei sehe ich – zumindest im Berufsfeld Agrarwirtschaft – zwei Hauptgründe, die allerdings ursächlich miteinander zusammenhängen.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt kommt's!)

– Ja, Sie werden es gleich hören.

Der eine ist die absolut verfehlte EG-Agrarpolitik

(Abg. Teßmer SPD: Die ist ausnahmsweise nicht schuld!)

und der andere das Fehlen jeglicher Zukunftsperspektive für unsere Agrarwirtschaft, insbesondere die Landwirtschaft. Das können auch Sie nicht abstreiten.

(Abg. Wintruff SPD: Das haben wir doch selber gesagt! – Abg. Teßmer SPD: Dazu habe ich gar nichts gesagt!)

– Ich habe beim ersten Mal nicht geantwortet, darum habe ich es jetzt nachgeschoben. Ich sehe ein, daß man zu dieser

fortgeschrittenen Stunde gerne auch mal eine humoristische Einlage brauchen kann.

(Abg. Teßmer SPD: Darum sind Sie ja draußen!)

Das geht mir genauso. Ich bin auch kein Kind von Traurigkeit, glauben Sie mir das.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, machen wir uns doch nichts vor:

(Abg. Teßmer SPD: Nein, tun wir nicht!)

Diese EG-Agrarpolitik hat sich zur Planwirtschaft in höchster Vollendung entwickelt.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Drautz FDP/DVP: Zu dem brauchen wir die EG nicht! – Abg. Reddemann CDU: Sind Sie gegen die EG?)

Führen Sie sich doch einmal das Dickicht von Quoten, Ausgleichszahlungen, Prämien und verschiedenen Subventionen vor Augen, dann werden auch Sie mir zustimmen.

(Abg. Teßmer SPD: Aber die Landwirte, die Sie wählen, nehmen die Gelder auch!)

Diesem verhängnisvollen wirtschaftlichen Irrsinn werden weiterhin Bauern, und zwar deutsche Bauern, geopfert,

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Drexler SPD: Schwäbische Bauern!)

oder sie werden zu Almosenempfängern degradiert. So sieht es doch aus. Im übrigen hat es auch badische Landwirte dabei; wir wollen den badischen Landesteil nicht vernachlässigen.

(Zuruf von den Republikanern: Aber weniger!)

Dies stellt doch nun wahrlich keinen Anreiz für junge Leute dar, in das Berufsfeld Agrarwirtschaft mit solch düsteren Zukunftsaussichten einzusteigen.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist aber kein deutsches Phänomen allein!)

Für mich stellen sich nun folgende Ansätze zur Problemlösung dar.

(Abg. Teßmer SPD: Darauf warten wir jetzt!)

– Richtig, und jetzt bitte ich Sie, die Ohren zu spitzen. – Wir müssen uns kurzfristig vom Joch und von den Fesseln dieser schmerzlichen EG-Agrarpolitik befreien.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Teßmer SPD: Und dann steigen die Preise wieder, oder was?)

Gleichzeitig müssen wir einen Weg finden, der das Einkommen der Bauern aus ihrer eigenen Arbeit heraus auf marktwirtschaftlicher Basis sichert.

(König)

(Beifall bei den Republikanern – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Renz GRÜNE: Was hat das mit Schule zu tun?)

– Das erkläre ich Ihnen anschließend gleich noch einmal.

Wenn für qualifizierte Arbeit ein gerechter Lohn zu erzielen ist, werden auch die agrarwirtschaftlichen Berufe wieder attraktiv. Jetzt ist Ihre Frage beantwortet. Das heißt, junge Leute können sich wieder vermehren

(Abg. Drexler SPD: Vermehren! – Gegenruf des Abg. Deuschle REP: Er ist ein bißchen kindisch!)

diesem Berufsfeld zuwenden. Bis dahin – einen Moment noch, ich bin gleich fertig – allerdings muß der Typ der landwirtschaftlichen Berufsschule unbedingt erhalten bleiben,

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

und zwar erstens als Vollzeitform – Sie müssen es einmal nachlesen; es gibt vier Schultypen; aber ich belehre Sie heute abend beim Bier gern –,

(Abg. Reddemann CDU: Oh, das ist sehr gut!)

die vielleicht noch auszubauen ist, zweitens auch im Teilzeitbereich und hier – das ist ein Vorschlag: passen Sie auf – teilweise regional zusammengefaßt als haus- und landwirtschaftliche Berufsschulen im Regionalverband,

(Abg. Teßmer SPD: Da haben Sie aber nichts Neues gesagt!)

vielleicht erweitert durch Integration zusätzlicher, zum Teil auch neuer Berufsfelder.

(Abg. Teßmer SPD: Welche denn?)

Jetzt kommt etwas Neues.

(Abg. Reddemann CDU: Neue Aufgabe für den Regionalverband! Ist der auch für Schule zuständig?)

Zum Beispiel kann man die Forstwirtschaft, die Fischerei, den Naturschutz oder die Landschaftspflege aufnehmen. Denn auch das wird noch auf uns zukommen.

(Abg. Teßmer SPD und Abg. Reddemann CDU: Das machen wir doch!)

Zum Schluß zitiere ich noch aus der Antragsbegründung:

Aus- und Fortbildung in der Haus- und Landwirtschaft ist elementare Landesaufgabe und mit das **entscheidende Kapital** zur Sicherung unserer heimischen Landwirtschaft.

Richtig, meine Herren von der FDP/DVP. Laßt uns deshalb diese galoppierende Kapitalschwindsucht gemeinsam in der angesprochenen Weise kurieren.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Buchter.

Abg. Buchter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn es hier Proteste hagelt, daß die Rahmenbedingungen, unter denen die Landwirtschaft derzeit produziert, benannt werden, möchte ich das trotzdem noch einmal mit aller Nachdrücklichkeit tun. Denn im Rückgang der Zahl der Schüler in den landwirtschaftlichen Berufsschulen spiegelt sich die derzeitige Lage in der Landwirtschaft wider.

Die Signale aus Brüssel, aus Bonn und aus Stuttgart, muß man sagen, sind eindeutig. Minister Weiser hat erst vor kurzem in einem Interview gegenüber der „Südwest Presse“ davon gesprochen, daß er davon ausgehe, bis zum Jahr 2000 werde nur noch etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe übrigbleiben. Dies muß hier benannt werden. Denn das ist eine Rahmenbedingung, die für die Perspektive junger Leute sehr wohl maßgeblich ist. Da muß man sich schon fragen, warum junge Leute so verwegen sein sollen, ihre berufliche Existenz ausgerechnet in der Landwirtschaft zu suchen, wenn diese Bedingungen so schlecht sind.

Hinzu kommt, daß die gegenwärtige Agrarpolitik der EG bereits wieder hinterfragt wird. In der Zwischenzeit ist ja bekannt geworden, daß es hinsichtlich der Ausgleichszahlungen bereits Verhandlungen zwischen –

(Abg. Teßmer SPD: Es geht doch heute um die Erhaltung von Schulen!)

– Ja, ja. Ich bin noch bei den Rahmenbedingungen. Einen Moment, Herr Kollege. Darum geht es sehr wohl. Denn genau diese von Ihnen möglicherweise noch als Perspektive apostrophierten Bedingungen sollen ja wieder abgebaut werden. Wo ist die existentielle Perspektive für die Landwirtschaft? Das frage ich Sie, Herr Teßmer. Als Ausschußvorsitzender sollten Sie darauf eine Antwort geben.

(Abg. Teßmer SPD: Es geht um die landwirtschaftlichen Schulen und nicht um die Perspektiven!)

Ich gebe dem Vorredner darin recht, daß die Einkommen wieder verstärkt aus der Vermarktung von qualitativ hochwertigen Produkten kommen müssen.

(Minister Weiser: Der schwätzt den gleichen Scheiß wie Sie!)

– Der Ausdruck war zwar nicht ganz des Hohen Hauses würdig, Herr Minister, aber ich nehme das zur Kenntnis.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD – Gegenruf des Ministers Weiser: Ich lese ab und zu sogar Zeitung! – Gegenruf des Abg. Weimer SPD: Aber, Herr Minister, so geht es nicht!)

Damit diese Einkommen wieder vermehrt aus der Produktion kommen können, ist es notwendig, daß der Markt darauf eingestimmt wird. Genau das ist Ihre Verpflichtung,

(Buchter)

Herr Minister: daß Sie hier eine Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Erzeugnissen stimulieren.

(Abg. Drexler SPD: Genau! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Unser Ziel, so sagen wir, muß es sein, langfristig umweltfreundlich zu produzieren. Das bedeutet, dies auch in der Ausbildung zu vermitteln. Daran fehlt es meiner Meinung nach im Augenblick, denn in der Ausbildung sind sehr viele Leute tätig, die über Jahre hinaus insbesondere der Chemie Tür und Tor geöffnet haben. Dies ist heute noch der Fall, wie ich vor kurzem erst in unserem Ausschuß gehört habe.

(Zuruf des Ministers Weiser – Abg. Drautz FDP/DVP: Zum Thema! – Abg. Reddemann CDU: Wir debattieren über Berufsschulen!)

An Berufsschulen ist es eben sehr viel leichter für Leute aus der Agrarchemie, einen Vortrag zu halten, als für Leute, die Alternativen darstellen wollen. Das ist leider so, und das ist bedauerlich. Das finde ich auch.

(Abg. Reddemann CDU: Das ist doch überhaupt nicht wahr!)

Ihr Ministerium, Herr Minister, müßte also diese beruflichen Perspektiven auf jeden Fall mehr als bisher verbessern.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das Ministerium? Wie soll es das machen? – Abg. Teßmer SPD: Es geht doch um den Schulbereich!)

Dies muß speziell gegenüber Berufsanfängern vermittelt werden. Aber da gibt es eben Vermittlungsschwierigkeiten, die durch die unterschiedliche Zuständigkeit bedingt sind. Schließlich ist für die Berufsschulen das Kultusministerium zuständig

(Minister Weiser: So ist es!)

– eben – und Sie, Herr Minister Weiser, für die Fachschulen.

(Minister Weiser: Das ist gut so! – Abg. Reddemann CDU: Die Regelung ist gut! – Abg. Teßmer SPD: Das muß anders werden! – Abg. Dr. Caroli SPD: Und was ist mit uns?)

Da sagen wir: Angesichts der Schülerzahlen zeigt sich die Problematik, was es bedeutet, diese Entwicklung mit sehr kleinen Klassen aufrechtzuerhalten. Dies sollte überdacht werden. Da raten wir dazu, auch durch die Stabsstelle für eine Verwaltungsreform diese beiden Verwaltungen, die parallel laufen, daraufhin zu überprüfen, ob es eine bessere Lösung dafür gäbe.

(Minister Weiser: Die Forstverwaltung überprüfen wir damit!)

– Ja, ja. Das ist aber im Augenblick nicht das Thema, meine ich.

Bei den Landwirtschaftsämtern, Herr Minister, soll die Beratung wohl sukzessive zunehmend an private Organisationen ausgelagert werden.

(Abg. Reddemann CDU: Wie bitte?)

Diese Überlegungen sind inzwischen bekannt geworden. Sie können gern dazu Stellung nehmen. Wenn dem so sein sollte, dann bedeutet dies, daß Fachschullehrer und Fachschullehrerinnen insbesondere in einem Bereich der Verwaltung tätig sind, der sich in erster Linie mit Kontrolle etc. beschäftigt. Insofern sollte die Qualifizierung dieser Leute für den Unterricht hinterfragt werden.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Damit darf ich es bewenden lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der Republikaner – Abg. Reddemann CDU: Das ist auch gut so! Das war der beste Satz!)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Köberle.

Staatssekretär Köberle: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich denke, wir sind bei Punkt 7 der Tagesordnung. Bei diesem Punkt geht es nicht um eine agrarpolitische Debatte,

(Abg. Teßmer SPD: So ist es!)

sondern es geht um eine Debatte über landwirtschaftliche Schulen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das hängt natürlich damit zusammen, da ist kein Zweifel!)

– Das hängt schon zusammen, aber wir führen jetzt eine schulpolitische Debatte und keine agrarpolitische Debatte. Die Leute draußen, die Landwirte und die Jugendlichen, die vor der Berufsentscheidung stehen, interessiert die Frage, wie es mit der landwirtschaftlichen Berufsschule weitergeht.

(Zuruf des Abg. Buchter GRÜNE)

Zum Schuljahr 1991/92 haben wir das erste Mal die Schallgrenze von 1 000 Schülern nach unten durchbrochen und sind bei 969 Schülern. Das macht die Situation deutlich, meine Damen und Herren.

(Abg. Wintruff SPD: Mit Hauswirtschaft!)

Ein absolut neuer Tiefstand ist für dieses Schuljahr zu verzeichnen. Landesweit gibt es nur noch 150 Berufsanfänger mit dem Beruf Landwirt. Wenn wir das für drei Jahre hochrechnen, dann sind wir nicht mehr bei 969, sondern bei rund 500 Schülern an landwirtschaftlichen Berufsschulen. Trotz dieser schwierigen Situation gelang es, die Qualität der Ausbildung hinsichtlich der hohen Anforderungen zu sichern. Das haben wir durch landwirtschaftliche Berufsschulen in der Vollzeitform erreicht. Wir haben sie zum Schuljahr 1987/88 auf Wunsch der Berufsstände flächendeckend eingeführt. Wir haben die Qualität der Ausbil-

(Staatssekretär Köberle)

dung durch eine umfassende Revision der Lehrpläne erreicht.

In Baden-Württemberg bestehen 30 Schulstandorte für landwirtschaftliche Berufsschulen. In diesem Schuljahr findet an 25 Schulstandorten Unterricht statt, zum Teil nur noch in einer einzigen Klasse.

Das Kultusministerium hat es bisher abgelehnt, vorschnell Standorte aufzugeben. In einer Übergangsphase ruht der Unterricht an solchen Standorten, an denen eine Klassenbildung nicht mehr möglich ist. Die Schüler werden dann den nächstgelegenen Standorten zugewiesen. Im Interesse der Erhaltung landwirtschaftlicher Ausbildung und damit im Interesse der Qualifizierung der dringend benötigten Hofnachfolger war das Kultusministerium auch bereit, Kleinstklassen zu genehmigen.

Wenn wir bei den zurückgehenden Schülerzahlen auch in Zukunft der Qualität der Ausbildung an den Schulen höchste Priorität einräumen, dann müssen wir die Zahl der Standorte überprüfen und die Zahl der Standorte reduzieren. Die Schüler müssen in leistungsfähigen Klassen unterrichtet werden; denn die landwirtschaftliche Ausbildung muß Schritt halten können mit dem wissenschaftlichen Fortschritt, mit neuen Erkenntnissen in Theorie und Praxis und mit der ökologischen Herausforderung, die ganz besonders in die Richtung Landwirtschaft geht.

Im Verlauf des Schuljahrs 1992/93, voraussichtlich noch im Dezember, werden wir Gespräche mit allen Beteiligten vor Ort führen, insbesondere mit den Schulträgern – das sind in der Regel die Landkreise –, mit den Berufsverbänden und den zuständigen Stellen. Wir werden Gespräche führen, um langfristig tragfähige Lösungen zu bekommen.

(Abg. Wintruff SPD: Aber nicht mit Herrn Östreicher!)

– Wieso nicht mit ihm? Er ist ein sehr erfahrener Mann auf diesem Gebiet.

(Abg. Seimetz CDU: Im Gegensatz zu Wintruff versteht er etwas davon!)

Meine Damen und Herren, wir müssen die geeigneten Standorte für überschaubare regionale Bereiche finden. Ein Standort braucht ausreichende Schülerzahlen, um hohen Standard zu gewährleisten und Investitionen des Trägers lohnend zu machen. Ein Standort braucht eine zentrale Lage von der Erreichbarkeit her und eine gute Verkehrsanbindung durch öffentliche Verkehrsmittel, damit auch Vollzeitschüler den Schulort erreichen können. Wir brauchen in jedem Oberschulamtsbezirk wenigstens eine Möglichkeit zur Internatsunterbringung. Wir orientieren uns bei der Festlegung der Standorte an der Ausstattung der Schule, vor allem an der Möglichkeit, die landwirtschaftliche Berufsschule mit anderen Schulrichtungen des Bereichs Landwirtschaft zu verknüpfen.

Ganz wichtig für die Standortfrage ist die landwirtschaftliche Struktur des Einzugsgebiets. Nur die Bildung von leistungsfähigen Schulstandorten hilft, die Ausbildung und die Ausbildungsqualität in der Landwirtschaft zu erhalten. Ich bin sicher, daß wir gute Lösungen finden werden.

Stellv. Präsident Straub: Herr Staatssekretär, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drautz?

(Unruhe)

Staatssekretär Köberle: Ja.

Stellv. Präsident Straub: Bitte.

Abg. Drautz FDP/DVP: Ich möchte die Diskussion nicht unnötig verlängern,

(Sehr gut! bei der SPD)

sondern nur fragen,

(Unruhe)

bis wann wir mit dem Konzept rechnen können.

(Abg. Dr. Caroli SPD: In Kürze!)

Staatssekretär Köberle: Die Gespräche werden wir im Dezember führen. Wir hoffen, daß wir uns bis zum kommenden Schuljahr auf ein neues Konzept einstellen können.

(Abg. Drexler SPD: Welches Jahr?)

– Bis zum kommenden Schuljahr.

(Unruhe – Beifall bei der CDU und der SPD)

Stellv. Präsident Straub: Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor.

(Abg. Reddemann CDU: Doch, doch!)

– Entschuldigung. – Bitte, Herr Minister Weiser.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte weiß Gott nicht in die Debatte eingreifen,

(Abg. Weimer SPD: Aber Sie tun es! Sehr gut!)

aber nachdem ich wiederholt angesprochen wurde, möchte ich doch ein paar Sätze dazu sagen.

(Abg. Schrempp SPD: Das ist Ihr gutes Recht!)

Zunächst einmal zu dem Vertreter der Republikaner: Glauben Sie, daß die Struktur der Landwirtschaft des Jahres 1960 die Struktur des Jahres 2000 sein muß? Dann sind Sie auf einem völligen agrarpolitischen Irrweg.

(Abg. Schrempp SPD: So wie immer!)

Wissen Sie, ich war in der Zeit dabei, als wir 252 000 Milcherzeuger hatten, 2,9 Kühe pro Betrieb. Diese Struktur muß man sich einmal vorstellen. Die muß man am eigenen Leib miterlebt haben, bevor man so dreist daherredet, wie Sie es getan haben.

(Minister Weiser)

(Abg. Reddemann CDU: So ist es! – Abg. Dr. Schlierer REP: Was hat denn das mit der Schule zu tun?)

– Das hat mit der Schule sehr viel zu tun. Wenn Sie das nicht begreifen, dann kann ich das nur Ihrem in dieser Frage gering ausgestatteten Sachverstand zuordnen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schrempf SPD: Ja-wohl! – Zuruf von den Republikanern: Ha, ha!)

– Sie dürfen ruhig „ha, ha“ machen; das haben früher im Reichstag auch einige getan.

(Heiterkeit)

Nun zu der Frage, meine Damen und Herren, nach der Entwicklung der Schülerzahlen und der Strukturpolitik. Zunächst einmal: Wer den Artikel liest, in dem meine Aussagen standen, und nicht nur die Überschrift, der kann erkennen, was ich gesagt habe. Ich bin gefragt worden, wie viele Betriebe es im Jahr 2000 noch geben wird. Ich habe gesagt: Ich nenne keine Zahl. Darauf wurde nachgedrängt, und ich habe gesagt: Ich nenne eine Zahl als Hintergrundinformation: Auch nach dem Jahr 2000 werden wir mindestens noch 15 000 bis 18 000 Vollerwerbsbetriebe und eine große Anzahl von Zu- und Nebenerwerbsbetrieben haben. Zu dieser Aussage stehe ich. Da braucht man bloß in die Dörfer hineinzusehen. Es hat doch keinen Sinn, daß wir uns etwas vormachen, sondern wir müssen uns auf diese Entwicklung durch eine integrierte Agrar- und Strukturpolitik vorbereiten.

Damit komme ich zu den Bildungsinhalten und zu dem, was angeblich an unseren Schulen verwehrt wird. Ich möchte einmal wissen: Wann und wo ist einem „Ökologen“, der mit den Schülern diskutieren wollte, diese Diskussion versagt worden? Wann und wo? Roß und Reiter! Das wird einfach so dahergeredet.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Da wird vielen Schulleitern, die sich um echte Verbesserungen bemühen, unrecht getan, und dies leichtfertigerweise nur um der eigenen Profilierung willen, auf die man besser in diesem Fall verzichten würde. Denn kein Land – Herr Kollege, merken Sie sich das, denn es gibt ja auch grün-rote Bündnisse – tut für den biologisch-dynamischen Anbau so viel wie Baden-Württemberg.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Vor acht Jahren haben Sie hier noch gesagt, wir würden verhungern, wenn wir biologisch-dynamisch anbauen würden!)

– Ja, natürlich. Das würden wir.

(Abg. Reddemann CDU: Würden wir auch! – Weitere Zurufe – Heiterkeit)

Herr Kuhn, ich erinnere an eine Diskussion, die wir zusammen hatten.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ich auch! Ich werde sie nie vergessen!)

Nach Tschernobyl haben Sie von der Windenergie und von Forschungsvorhaben gesprochen. Sie haben vor den Studenten erklärt, Sie würden mir eine Liste über abgelehnte Forschungsvorhaben vorlegen. Anschließend haben Sie mir gesagt, ich wüßte, daß Sie das nicht könnten.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das stimmt nicht! Und dann haben die Studenten Sie ausgepöfien! So war das!)

– Sie wissen genau, wie das war. Wir sollten uns um Wahrheit bemühen, und zwar in allen Bereichen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Auch wenn es schwerfällt, Herr Minister!)

Damit, meine Damen und Herren, komme ich schon zum Schluß. Wir werden demnächst Gelegenheit haben, aufgrund einer Großen Anfrage der CDU-Fraktion die Agrarstrukturpolitik zu diskutieren. Es ist nicht wahr, daß es nur im landwirtschaftlichen Bereich Rückgänge der Ausbildungszahlen gibt. Schauen Sie sich doch einmal das ganze Handwerk an. Wer ständig alle auf die Hochschule schicken will, darf sich doch nicht wundern, wenn im praktischen Bereich keine Auszubildenden mehr da sind.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reddemann CDU: So ist es!)

Über diese Frage werden wir uns zu gegebener Zeit unterhalten.

(Beifall bei der CDU)

Abg. Buchter GRÜNE: Herr Minister, gestatten Sie die Zwischenfrage: Darf ich Ihre Aussage so verstehen, Herr Minister, daß, wenn von unserer Seite qualifizierte Leute benannt werden, diese auch die Möglichkeit bekommen, an den landwirtschaftlichen Berufsschulen etwas zu diesem Thema zu sagen?

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Das heißt, Sie haben sich bisher gar nicht bemüht

(Abg. Buchter GRÜNE: Doch, doch!)

und haben hier nur Behauptungen aufgestellt.

(Heiterkeit – Abg. Buchter GRÜNE: Nein, das heißt das nicht!)

– Aber mit dieser Frage widerlegen Sie doch Ihre eigenen Behauptungen von vorhin.

(Abg. Buchter GRÜNE: Nein, Herr Minister, Sie haben vorhin nicht genau zugehört!)

Jawohl, wenn das im Urlaub bei Ihnen geschieht, können wir das alles machen.

(Abg. Buchter GRÜNE: Ich habe vorhin nicht gesagt, daß die von uns bereits benannt waren! Von denen rede ich jetzt! Das stimmt!)

(Minister Weiser)

– Doch, Sie haben gesagt – –

(Abg. Buchter GRÜNE: Nein! Im Ausschuß, habe ich gesagt! Bei uns im Fachausschuß wurde mir gesagt, daß Leute versucht hätten, in Schulen reinzukommen, und daß dies nicht möglich gewesen wäre! Deswegen frage ich Sie, ob dies grundsätzlich möglich ist!)

– Natürlich ist dies grundsätzlich möglich. Aber Ihnen geht es jetzt wie dem, der von Forellen geschwärmt hat. Der hat gesagt:

Forellen ist ein schönes Essen.
Ich selber hab' noch keine gegessen.
Doch meines Bruders Vaters Sohn,
der hat mal neben einem Mann gegessen,
der hat Forellen sehen essen.

(Große Heiterkeit – Abg. Buchter GRÜNE: Ich selber reklamiere auch nicht, dort zu sprechen!)

Stellv. Präsident Straub: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Anhaltende große Heiterkeit – Glocke des Präsidenten)

Wir kommen zur Behandlung des Antrags der FDP/DVP-Fraktion. Ich gehe davon aus, daß die Überweisung an den Ausschuß für Schule, Jugend und Sport beantragt wird.

(Abg. Östreicher CDU: Ich beantrage Mitberatung im Ausschuß für Ländlichen Raum und Landwirtschaft! – Widerspruch – Abg. Wintruff SPD: Das sind die dunklen Machenschaften des Herrn Östreicher! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Ich frage dazu die Antragsteller.

Abg. Drautz FDP/DVP: Ich beantrage Überweisung an den Ausschuß für Schule, Jugend und Sport und Mitberatung im Ausschuß für Ländlichen Raum und Landwirtschaft.

(Abg. Drexler SPD: Mitberatung auch im Umweltausschuß!)

Stellv. Präsident Straub: Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

*

Erklärung zu Protokoll gemäß § 102 Abs. 3 GeschO

Abg. Seimetz CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir kommen an einer Tatsache nicht vorbei: Die Schülerzahlen an den haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen in Baden-Württemberg sind in den vergangenen Jahren massiv zurückgegangen.

Die Zahlen, die in der Stellungnahme des Kultusministeriums zu dem Antrag der FDP/DVP vorgelegt werden, sprechen eine eindeutige Sprache. Diese Zahlen kann man nicht beschönigen, und man kann und darf sie nicht ignorieren.

Wir wissen alle, welche Bedeutung die Landwirtschaft für Baden-Württemberg hat. Ich brauche auch nicht zu unterstreichen, daß mit der Landwirtschaft ein bedeutendes Stück Kulturpflege verbunden ist, eine Tatsache und ein Wert, die sehr hoch geschätzt werden müssen. Hilfen für die Landwirtschaft von seiten des Landes sind angezeigt und erforderlich, und sie werden auch in dem notwendigen Maße geleistet.

Dennoch ist der Strukturwandel der Wirtschaft – ein Strukturwandel, der sich in besonderem Maße im primären Sektor niederschlägt – nicht zu übersehen. Diesen Strukturwandel muß eine moderne Volkswirtschaft, muß eine verantwortliche Schulpolitik zur Kenntnis nehmen. Es muß aber auch reagiert und letztlich offensiv agiert werden.

Dies hat Konsequenzen für die Schule, besonders und speziell für die Berufsschulen. Berufsschulen und Wirtschaft stehen in einem Wechselverhältnis. Sie dürfen nicht losgelöst voneinander betrachtet werden, sondern sie sind aufeinander zu beziehen. Veränderungen, Entwicklungen und Weiterentwicklungen der Wirtschaft müssen registriert werden und ihren Niederschlag im Lehrplan und im Unterricht der Berufsschule finden. Würde dieser Zusammenhang außer acht gelassen, müßte man Abstriche an unserem Schul- und Ausbildungssystem hinnehmen, die schließlich die Qualität von Schule und Unterricht in Frage stellen.

Genau dies können wir uns nicht leisten. Baden-Württemberg hat ein ausgesprochen qualitätsvolles Berufsschulwesen. Wir haben aber vor allem deshalb ein qualitätsvolles Berufsschulwesen, weil es bisher immer auf Änderungen der Berufs- und Arbeitswelt reagiert hat. Das heißt, es ist gelungen, dem jeweiligen Bedarf Rechnung zu tragen. Und darauf kommt es an: Die Berufsschulen sind so gut, wie es gelingt, sie an die Erfordernisse und Herausforderungen des Arbeitsmarkts anzupassen. Diese Anpassung war bisher die Stärke unseres Berufsschulwesens. Daran ist festzuhalten.

Damit ist aber gleichzeitig eine Flexibilität verbunden, die die Attraktivität unserer Berufsschulen mit begründet. Wie kein anderes Bundesland haben wir in Baden-Württemberg das berufliche Schulwesen ausgebaut und gleichzeitig notwendige Änderungen aufgrund wirtschaftlich-technischer Entwicklungen einbezogen. Diese Stärke des Berufsschulwesens muß auch in Zukunft gewährleistet bleiben.

Damit sind aber Konsequenzen für die landwirtschaftlichen Berufsschulen verbunden. Konkret: Der Strukturwandel der Wirtschaft, aber auch veränderte Berufswünsche der jungen Leute haben sich auf die Schülerzahlen der landwirtschaftlichen Berufsschulen negativ ausgewirkt. Man mag dies beklagen. Es ist allerdings nicht zu ändern; zumindest sehe ich keine Möglichkeit, dem gegenzusteuern. Also muß das Schulsystem flexibel reagieren und eine

(Seimetz)

entsprechende und angemessene Anpassung vornehmen. Wir müssen das Angebot, für das es keine oder eine im Vergleich zu früher nur weit geringere Nachfrage gibt, zurücknehmen.

Hier darf aber nicht rigoros vorgegangen werden. Wir müssen sehr verantwortlich handeln. Ich unterstreiche an dieser Stelle noch einmal die Verantwortung für unsere Landwirtschaft. Wir müssen zu einer Neuordnung der Standorte für die landwirtschaftliche Ausbildung kommen. Ziel muß dabei – dies muß ungeschminkt gesagt werden – eine Reduzierung der Standorte sein. Schon jetzt sind an manchen Standorten verheerende Einbrüche festzustellen. Es gibt Beispiele, daß sich kein Schüler gemeldet hat oder nur noch eine Handvoll Schüler gemeldet haben. Die Bereitstellung von Ressourcen ist damit aber nicht mehr verantwortbar.

Wir müssen eine vernünftige Konzentration erreichen. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang aber eines gleich mit bemerken: Vernünftig heißt zugleich, daß für jeden, der den Wunsch nach einer beruflichen Tätigkeit im Landwirtschaftssektor hat, ein Angebot bereitstehen muß. Nur: Dieses darf nicht so aussehen, daß einige wenige Schüler – vielleicht fünf oder sechs – an allen möglichen Standorten ein Unterrichtsprogramm vorfinden müssen. Nein! Die vernünftige Konzentration, von der ich gesprochen habe, muß auf die Aufrechterhaltung und Einrichtung von Standorten abzielen, die ein regional bezogenes Angebot unterbreiten, das ohne große Mühe oder zusätzliche Belastungen von den betroffenen jungen Menschen angenommen werden kann. Mit einem ausgewogenen und ressourcenmäßig akzeptablen Angebot sichern wir langfristig die Ausbildung und die Leistungsfähigkeit dieser Ausbildung.

Das Thema ist sensibel zu behandeln. Deshalb darf nichts übers Knie gebrochen werden. In erster Linie sind Gespräche zwischen den Beteiligten wichtig. Das Kultusministerium muß diese Gespräche mit den Schulträgern, den Bauernverbänden, den Regierungspräsidien, aber auch mit dem Landwirtschaftsministerium führen.

Gemeinsam muß eine der Sache und den jungen Menschen angemessene und gerecht werdende Lösung gefunden werden. Folglich verbietet sich das Rasenmäherprinzip. Standorte sind auch daraufhin zu untersuchen, inwieweit eine vernünftige Unterbringung der Auszubildenden möglich ist.

Damit unterstreiche ich auch die Beibehaltung der Vollzeitbeschulung. Die Vorteile liegen auf der Hand. Der junge Landwirt lernt nicht nur den elterlichen Betrieb kennen, sondern er erweitert damit auch seine Perspektive und seine Möglichkeiten, zu lernen. Weiter ist auch eine Chance für den Nachwuchs von Kleinbauern gegeben. Deren Töchter und Söhne müssen uns so viel wert sein wie der Nachwuchs von Bauern mit großen Höfen. Im übrigen und nicht zuletzt muß die BAföG-Berechtigung im ersten Ausbildungsjahr gesehen werden. Auch dieser finanzielle Aspekt unterstreicht die Notwendigkeit der Vollzeitbeschulung.

Damit, meine Damen und Herren, erreichen wir die not-

wendige Qualitätssicherung. Wir ermöglichen so den Schülerinnen und Schülern aus landwirtschaftlichen Familienbetrieben weiterhin eine Qualifizierungschance und leisten unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Strukturwandels und der schulischen Ressourcenlage des Landes eine Sicherung der Lebensqualität im ländlichen Raum.

*

Stellv. Präsident Straub: Punkt 8 der Tagesordnung entfällt. Hier haben sich die Fraktionen einvernehmlich auf Absetzung und Vertagung geeinigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Mafia-Aktivitäten in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion Die Republikaner

Meine Damen und Herren, auch für diese Aktuelle Debatte hat das Präsidium eine Gesamtdauer von 50 Minuten festgelegt. Die Redezeit der Regierung wird darauf nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner der zweiten Runde soll eine Redezeit von jeweils 5 Minuten gelten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herrn Abg. Deuschle.

(Zuruf von der SPD: Ach du lieber Gott! Je später der Abend, desto schlimmer die Gäste!)

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir diskutieren leider nicht über die Problematik der Mafia-Aktivitäten in Sizilien oder in Norditalien,

(Abg. Schlauch GRÜNE: Leider? Wir diskutieren, was wir wollen! Die Rede ist frei!)

sondern – Herr Kollege Schlauch, bleiben Sie doch sachlich, auch zu dieser späten Stunde – wir reden heute über das Thema Mafia bzw. organisierte Kriminalität in Baden-Württemberg.

Der für die innere Sicherheit im Lande – –

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

– Herr Bütikofer, ich bitte Sie, mich nicht zu unterbrechen. Ich lasse Sie dann auch ausreden, falls Sie nachher etwas Sachliches sagen können. – Der für die innere Sicherheit – –

(Zurufe der Abg. Schlauch und Bütikofer GRÜNE)

– Ich verstehe nicht, warum Sie jetzt bei Mafia wieder aufwachen. Ich weiß nicht, welche Beziehungen es da unter Umständen gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Drexler SPD: Das kann auch am Redner liegen!)

(Deuschle)

– Dafür danke ich, Herr Kollege Drexler, aber ich kenne Ihre Tricks. Sie wollen mir nur die Redezeit wegnehmen. Bleiben Sie sachlich!

Der für die innere Sicherheit im Lande von den früheren Regierungen für wichtig angesehene Sicherheitsplan II wurde 1978 auf den Weg gebracht. Heute, 14 Jahre später, steht seine Realisierung immer noch aus. Demgegenüber stieg im gleichen Zeitraum die Kriminalität in diesem Lande nach der polizeilichen Kriminalstatistik in einem beängstigenden Maße an.

Vor dem Hintergrund dieser bedrohlichen Entwicklung sind die von der Regierung zu vertretenden Defizite in der inneren Sicherheit unseres Landes offenkundig, und unsere Bürger wissen dies mittlerweile. Für jeden mit der Materie Vertrauten ist der auf deutschem Boden bereits ausgetragene Kampf konkurrierender Banden der organisierten Kriminalität um Marktanteile an einer gewinnmaximierten Kriminalität Gewißheit. Warnungen kompetenter Polizeiführer und anderer sachkundiger Kenner der Probleme wurden und werden aber oftmals von den für die innere Sicherheit politisch Verantwortlichen als Panikmache bezeichnet, oder sie werden in der Öffentlichkeit diskreditiert.

(Abg. Schrempp SPD: Völliger Blödsinn! – Abg. Drexler SPD: Wo?)

Die Lage wird statt dessen schöneredet.

(Abg. Schrempp SPD: Wer hat denn das erfunden?)

– Vor allem Sie.

(Beifall bei den Republikanern – Zurufe von der SPD)

Vor allem Sie sind mit dafür verantwortlich, daß in diesem Lande solche Verhältnisse herrschen.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Ach, du meine Güte! Sie haben keine Ahnung!)

Das werde ich nachweisen, wenn Sie mich reden lassen.

(Abg. Schrempp SPD: So ein dummes Zeug!)

Solche Ausflüchte sind keine Argumente, sie zeigen nur, daß Sie kaum eigene Argumente haben und dann aggressiv reagieren.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Schrempp SPD: Jetzt bringen Sie mal Ihre Beweise!)

– Ich bringe meine Beweise, wann ich es für richtig halte, und bitte Sie, sachlich zu sein.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Das wünsche ich mir von Ihnen auch!)

– Ich komme jetzt mit der Argumentation. An dieser Stelle sei nur an den unsäglichen verbalen Eiertanz der letzten

zwei Jahrzehnte bei den Innenministerkonferenzen erinnert, als es um die Frage der Definition dessen, was als organisierte Kriminalität zu bezeichnen ist, ging, bis eine auch linken Ideologen genehme Sprachregelung gefunden werden konnte.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Was für eine?)

– Wer sich getroffen fühlt, reagiert so.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Nein, ich habe Sie nicht verstanden! Sie sprechen das „S“ so feucht aus!)

Schon heute zeichnet sich neuer Dissens ab in der Bewertung, was als Mafia-Kriminalität einzuordnen ist. Dabei sind die Strukturen dieser delikts-, täter- und begehungsspezifischen Kriminalitätsformen schon lange auch in der Bundesrepublik feststellbar. Auch wenn es viele im linken Lager nicht wahrhaben wollen: Die Mafia hat ihre Aktivitäten längst bis zu uns ausgedehnt.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Auch in Baden-Württemberg sind Stützpunkte, Residenturen und Operationsbasen der Mafia aufgebaut. Dies ist kein Ergebnis von Recherchen der Republikaner. Nein, zu dieser Erkenntnis sind Bundeskriminalamt und Landeskriminalämter gekommen, darunter auch solche, die in der Verantwortung von Ihnen parteipolitisch verbundenen Innenministern stehen, Herr Birzele.

(Abg. Drexler SPD: Plötzlich!)

Iten zur Kenntnis nehmen, daß das für Sie unverdächtige Bundeskriminalamt bereits seit Anfang der neunziger Jahre entsprechende Erkenntnisse über die Mafia, artverwandte Gruppierungen und deren Aktivitäten sammelt und eine umfangreiche Studie, in der noch zurückhaltend von „italienisch organisierter Kriminalität“ gesprochen wird, im ersten Halbjahr 1992 fertiggestellt hat.

Glaubt man den Erkenntnissen des Bundeskriminalamts und anderen Quellen, ist es tatsächlich angezeigt, von sich auch in Baden-Württemberg flächendeckend installierenden und stabilisierenden Mafia- bzw. artverwandten Organisationen auszugehen.

Meine Damen und Herren, es ist eine über reine Spekulation hinausgehende Tatsache, daß sich die Mafia und mafiose internationale Gruppierungen auch in unserem Land in ihren klassischen Deliktsbereichen wie Schutzgeld-erpressung, Raub- und Tötungsdelikten, Falschgeldherstellung und -verbreitung und Drogenhandel bis hin zur organisierten Eigentumskriminalität engagieren.

(Zurufe von der SPD)

Die Polizei steht in einem fast aussichtslosen Kampf mit der organisierten Kriminalität und hat es nicht zu vertreten, daß ihr im Jahr 1991 nur bei zirka 80 Banden mit Mafia- oder mafiosen und internationalen Standards Ermittlungsansätze gelangen. Von diesen rund 80 Banden waren immerhin sechs deutsche Banden und 71 multinationale, also multikriminelle Banden.

(Deuschle)

(Zuruf von der SPD)

Wir sind nicht dafür, daß sich dies zu einer Multikriminalität entwickelt. Da sind wir vielleicht anderer Meinung als Sie.

An dieser Stelle darf daher nochmals

(Glocke des Präsidenten)

– ich bin gleich zu Ende, Herr Präsident – auf die von uns bereits heute vormittag bei der Debatte um verdeckte Ermittlungen vorgebrachten Besorgnisse wegen eines möglichen Richtervorbehalts erinnert werden.

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE – Gegenruf des Abg. Trageiser REP: Dummes Geschwätz dahinten!)

Aktivitäten der Mafia, Herr Schlauch, oder anderer internationaler Gruppierungen aus dem Bereich der organisierten Kriminalität lassen sich, soweit bekannt geworden, vornehmlich in den Räumen Mannheim, Stuttgart, Karlsruhe, Offenburg und Lahr nachweisen.

(Abg. Rau CDU: Unverschämte Unterstellung!)

Angesichts dieser von kompetenten Fachleuten als alarmierend bezeichneten Lagebilder und als Folge von Maastricht und Schengen zusätzlich heraufziehender Kriminalitätsszenarien

(Abg. Rau CDU: Der weiß nicht einmal, wo Lahr liegt!)

müssen wir die Verantwortlichen in diesem Land fragen, was sie auf dem Gebiet der inneren Sicherheit für unsere Bürger tun wollen.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Nagel SPD)

– Getroffene Hunde bellen!

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stächele.

Abg. Stächele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mafia, Cosa Nostra, Camorra und andere Begriffe

(Abg. Weimer SPD: Republikaner!)

sind uns bekannt als Stichworte für organisierte Kriminalität, die wir alle miteinander natürlich sehr ernst nehmen. Wir kannten sie Gott sei Dank schon vor diesem eben gehaltenen Vortrag. Es sind schlimme Organisationen, und wir wissen, daß ihr Ziel ist, in höchst professioneller Art und Weise maximalen Gewinn zu erzielen und Einfluß zu nehmen. Im Grunde ist es schlimm, daß diese Organisationen bei uns auch als Vorbild und Muster dienen. Wir haben gespürt, daß gerade die jüngsten Festnahmen – sie er-

folgten im Raum Mannheim – darauf hinweisen: Mafia-Krake bei uns mitten in Süddeutschland.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Republikaner heute erfüllt mit Besorgnis,

(Abg. Deuschle REP: Kein Antrag!)

weil man die Absicht erkennen kann und bei dieser Absicht auch gleich verstimmt ist.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von den Republikanern, u. a. Abg. Rapp: Sie schließen die Augen vor der Realität! – Gegenruf des Abg. Schrempf SPD: Dafür brauchen wir Sie nicht! – Abg. Trageiser REP: Aber die Wähler brauchen uns dafür!)

Wir sind weiß Gott in diesem Hause bemüht, die Vorgänge – insbesondere auch die ernstesten Vorgänge der organisierten Kriminalität – zu diskutieren, zu debattieren. Aber insbesondere seit dem Konstanzer Parteitag der Republikaner beschleicht mich bei solcherlei Anträgen und bei solcherlei Vorträgen die Vermutung, daß es weniger um die Sache als um die Stimmung geht.

(Beifall bei der CDU und der SPD – Abg. Krisch REP: Das ist bei Ihnen der Fall!)

Ich will aber trotzdem in wenigen Sätzen das streifen, was im Grunde als Problem der inneren Sicherheit bekannt ist und von uns auch gemeinsam bekämpft wird. Das Problem Nummer eins ist – die Polizisten sagen uns das immer wieder – das Erkennen, Zuordnen von einzelnen Straftaten zu organisierten, getarnten Gruppen. Natürlich sind die Täter sofort bemüht, irgendwelche Rückschlüsse auf dahinterstehende Organisationen von vornherein abzuschotten. Was wir da brauchen, ist jedermann klar: eine systematisierte Erkenntnisammlung und Auswertung. Denn nur auf diese Weise kann man das ganze Netz einigermaßen in den Griff bekommen und tatsächlich dann auch die Strafverfolgung ermöglichen – ein Punkt, der insbesondere auch dann von Bedeutung wird, wenn man irgendwann wieder, vielleicht morgen schon, die Frage des Datenschutzes diskutiert. Da kommen wir genau hinein in das Spannungsfeld, in das Konfliktfeld, das sich bei diesem Thema auftun kann.

Ein weiteres Problem stellt sich natürlich auch nach Festnahme der Täter: Wie die Pilze schießen dann die Rechtsanwälte aus dem Boden, die mit Kauttionen sicherstellen, daß die Abschottung nach hinten in die zweite und dritte Reihe von vornherein alles weitere an Ermittlungen untauglich macht. Überhaupt ist die Ermittlung problematisch, langwierig und insgesamt nicht immer so erfolgreich, wie wir uns das vorstellen.

71 Verfahrenskomplexe, die der organisierten Kriminalität im vergangenen Jahr in Baden-Württemberg zugerechnet werden mußten, 318 Tatverdächtige – immerhin Gewaltiges, was an Arbeit geleistet wird. Ich will hier nicht unterlassen, unserer Polizei ein besonderes Wort der Anerkennung für diesen großen Einsatz auszusprechen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP)

(Stächele)

Natürlich kennen wir auch die Schwerpunkträume. Lahr war meines Wissens bisher nicht dabei, aber wir wissen, daß Stuttgart, der Rhein-Neckar-Raum und insbesondere der Grenzbereich zur Schweiz und zu Frankreich die Schwerpunkträume sind, die es in besonderer Weise ins Auge zu fassen gilt, daß es da auch darum geht, die Schlupflöcher zu stopfen, insbesondere dort, wo man die Grenzen zum Schutze nutzt. Das alles sind Dinge, die wir wissen und in der Politik umsetzen müssen.

Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wie lang man braucht, um in einer Grenzregion zu gesicherten Daten zu kommen. Tatsächlich ist es so: Wenn eine Datenabfrage erfolgen muß, ergeht ein Ersuchen an das Landeskriminalamt. Das Landeskriminalamt prüft und gibt an das Bundeskriminalamt weiter. Dort wird schließlich in das Französische übersetzt – um den Grenzbereich zu Frankreich zu skizzieren –, von dort geht es an das Nationale Zentralbüro in Frankreich, in Paris; überprüft kommt es dann schließlich wieder zurück, etwa in den Grenzbereich Straßburg. Ein Weg von etwa vier Monaten – man kann sich vorstellen, daß das große Probleme im Bereich der Ermittlungen verursacht.

Meine Damen und Herren, wir wissen, daß es darum geht, diese organisierte Kriminalität in den Anfängen zu bekämpfen. Wir wissen natürlich, mafiose Organisationen sind bei uns noch nicht vorhanden,

(Widerspruch bei den Republikanern)

aber wehret den Anfängen.

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Das ist die eindeutige Aussage.

Ich will zum Schluß zwei, drei Dinge noch nennen, die uns wichtig erscheinen: zum einen Nachbesserungen dessen, was wir als Gesetz im Kampf gegen die organisierte Kriminalität verabschiedet haben. Wir meinen, der Einsatz technischer Mittel in Wohnungen ist notwendig. Das Ja des Innenministers war auch heute morgen wieder vernehmbar. Wir meinen weiter, daß Beweislastumkehr beim Nachweis der Verbrechensgewinne erfolgen muß. Und schließlich sei auch noch einmal ausdrücklich gesagt: Der Einsatz Verdeckter Ermittler ist unabdingbar; er braucht eine Rechtsgrundlage. Er ist im Grunde unabdingbar für einen Erfolg im Kampf gegen die organisierte Kriminalität.

(Abg. Rau CDU: Sehr sachlich! – Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schrempp.

Abg. Schrempp SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Handel mit verbotenen Waren wie Rauschgift und Waffen, aber auch mit gestohlenen Waren aus Autoaufbrüchen und Autodiebstählen, mit Leder, elektronischen Geräten, Schmuck usw., Einbrüche, Wohnungseinbrüche, aber auch der Gebrauch von gestohlenen Scheckkarten oder Kreditkarten haben zum Teil riesige Ausmaße erreicht. Ich habe dies vor einigen Monaten in einer großen Pressekonferenz bereits festgestellt und der Fraktion

ein Arbeitspapier zugeleitet. Es wäre nicht notwendig gewesen, uns darauf hinzuweisen.

Der erzielte Gewinn wird oftmals in Beteiligungen – und dies halte ich für ganz besonders schlimm – an legalen Geschäften eingebracht, so daß der Einfluß von Banden des organisierten Verbrechens auf die Wirtschaft ständig steigt. Der Titel dieser Aktuellen Debatte „Mafia-Aktivitäten in Baden-Württemberg“ ist daher unzureichend und damit falsch und reiner Populismus, weil er die gesamte Tragweite im Bereich der organisierten Kriminalität ausschließlich auf die Mafia reduziert.

„Organisierte Kriminalität“ – wenn Sie die Definition hören wollen, sage ich sie Ihnen jetzt gerne –

ist eine von Gewinnstreben bestimmte, planmäßige Begehung von Straftaten durch mehrere Beteiligte, die unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder unter dem Bemühen, auf Polizei, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft Einfluß zu nehmen, zusammenwirken.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Kuhn GRÜNE: Können Sie das noch einmal wiederholen, Herr Kollege?)

Es handelt sich also hier nicht nur um die Mafia, sondern auch um die Cosa Nostra, die Camorra, die N'Drangheta, um chinesische Triaden, um Händler aus Nordafrika oder aus Polen, aus den Kokainkartellen aus Kolumbien, Ecuador, Peru, Bolivien, aus Thailand, Laos, Birma, um deutsche Banden und viele, viele andere Organisationen, die, immer mehr mit großkalibrigen Waffen ausgestattet, auch immer mehr Morde begehen.

(Zuruf von den Republikanern: Na also!)

Wir haben in diesem Hohen Hause die Problematik im übrigen mehrfach diskutiert, zum Beispiel auch, als wir über das OrgKG gesprochen haben. Aber, meine Damen und Herren von den Republikanern, ich habe von Ihnen hier bloß eine wilde Rede gehört

(Abg. Dr. Geisel SPD: So ist es!)

und keinen einzigen Vorschlag, wie Sie die organisierte Kriminalität bekämpfen wollen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der CDU – Zuruf von den Republikanern: Das ist Aufgabe der Regierung!)

– Es ist auch Aufgabe eines intelligenten Abgeordneten, hier Vorschläge einzubringen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, der CDU, der FDP/DVP und den GRÜNEN)

Deswegen war Ihre Rede billig und polemisch und leider ohne Inhalt.

(Abg. Deuschle REP: Sie sind ein Oberlehrer!)

(Schrempp)

Ich will ein paar Vorschläge machen. Es wurde hier bereits darauf hingewiesen, daß wir jetzt das OrgKG haben und daß es insbesondere notwendig ist – ich glaube, das ist der Kernbereich der gesamten Kriminalitätsbekämpfung –, die Gewinne abzuschöpfen. Man muß diese Organisationen am finanziellen Nerv treffen. Alle andere Maßnahmen sind vielleicht ergänzend, aber dies sind die entscheidenden.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Wir sind auch der Meinung – ich bin dankbar, daß Sie das gesagt haben –, wir sollten noch einmal die Einführung der sogenannten Umkehr der Beweislast prüfen.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Wir sind im übrigen dafür, daß endlich das Gewinnaufspürungsgesetz kommt, wobei wir die Schwellenbeträge für die Identifizierungspflicht bei 20 000 und nicht bei 30 000 oder 50 000 DM festlegen wollen.

Aber, meine Damen und Herren, es ist auch nicht mehr länger hinnehmbar, daß sich Straftäter hinter dem Bank- und Steuergeheimnis verstecken.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Wir brauchen Europol, wir brauchen bessere kriminalpolizeiliche Zusammenarbeit. Wir haben gute Ansätze – man muß auch einmal das Positive sagen –, beispielsweise bei der gemeinsamen Ermittlungsgruppe von Polizei und Zoll und durch die Schaffung von BOK-Dezernaten. Aber die Polizei muß hier weiter verstärkt werden, um den Kampf letztlich auch gewinnen zu können.

Meine Damen und Herren, die Bekämpfung des organisierten Verbrechens kann nur dann ordentlich durchgeführt werden, wenn die sächliche Ausstattung stimmt, wenn die Informations- und Kommunikationstechnik vorhanden ist. Bei den logistischen und finanziell nahezu unbegrenzten Möglichkeiten dieser Tätergruppen muß nach wie vor auch der Einsatz von Verdeckten Ermittlern stattfinden.

(Abg. Weimer SPD: Da muß mal Schimanski ran!)

In bezug auf die Rauschgiftkriminalität will ich nur ergänzend feststellen: Wir dürfen hier die Polizei nicht allein lassen und nicht im Stich lassen. Wir brauchen hier eine Reihe von sozialen Maßnahmen, die unabdingbar dazugehören. Ich will dies nur ergänzend kurz anmerken.

Darüber hinaus müssen auch die sozialen Ursachen der Rauschgiftkriminalität weiter untersucht werden.

Alle Maßnahmen – dies will ich zum Schluß sagen –, die vom Gesetzgeber – und da sind wir gefordert; das ist gar keine Frage –, von Polizei und Justiz durchgeführt werden, brauchen aber auch die Unterstützung der Wirtschaft. Ich will dies an einem Beispiel darstellen. Es ist für mich schlicht nicht einsehbar, daß es bisher immer noch nicht gelungen ist, den Diebstahl von Kraftfahrzeugen durch

den serienmäßigen Einbau von Sicherungsmaßnahmen wie den Einbau von Panzerplatten an den Türschlössern gegen das sogenannte Durchstechen, ein Code-System für die Zündung, das automatische Herunterklappen des Vordersitzes beim Verschließen des Fahrzeuges oder entsprechende Warneinrichtungen zu erschweren.

(Abg. Scheuermann CDU: Da müssen wir halt einmal etwas vorschreiben!)

– Ja, darüber müssen wir reden. Wir werden da einen Vorschlag machen.

Lassen Sie mich aus Zeitgründen jetzt nur eines sagen: Man darf sich, Herr Kollege, sicher auch Gedanken darüber machen, warum dies bisher nicht geschehen ist. Es ist jedoch für uns alle unzumutbar, daß aufgrund dieser Diebstähle insbesondere die Prämien der Kfz-Versicherungen jedes Jahr erheblich steigen. Dies können wir nicht mehr hinnehmen, gerade auch im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger nicht.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Herr Präsident, ich bin gleich fertig.

Als positives Beispiel muß man hier allerdings auch nennen, was wir hier gemeinsam durchgesetzt haben, daß nach langem Kampf und im übrigen gegen die Widerstände der Wirtschaft endlich ein Codierungssystem für die Autoradios eingeführt wurde.

Deshalb wird die SPD-Fraktion alle demokratischen Maßnahmen unterstützen, um das organisierte Verbrechen zu bekämpfen. Wir werden nicht hinnehmen, daß das subjektive Sicherheitsbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger weiter verletzt wird. Hierdurch und auch durch den volkswirtschaftlichen Schaden wird das Lebensgefühl vieler Menschen beeinträchtigt, und es entsteht Schaden für unsere Demokratie. Auch dies gilt es zu bekämpfen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hackl.

Abg. Hackl GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Situationsbeschreibung, in der Situationsanalyse, denke ich, sind die Grünen sich mit knapp 90 % des Hauses einig. Wir haben eine bedrohliche Zunahme der Mafia-Kriminalität. Die Zahlen sind eindeutig. Wir haben eine neue Situation in Europa durch die europäische und in Deutschland durch die deutsche Einigung. Wir haben politische Veränderungen, das Elend im Osten. All das sind Umbruchsituationen, die das Entstehen von Kriminalität begünstigen, die auch begünstigen, daß es zu internationalen Verflechtungen kommt.

Ich möchte jetzt keine Definition bringen. Der Abgeordnete Schrempp hat das hervorragend gemacht. Ich bedanke mich dafür und kann das nur unterstreichen.

(Hackl)

(Abg. Kuhn GRÜNE: So sind wir! – Abg. Schrempp SPD: Aber Sie hätten das nie gesagt!)

Auch das, was er über die Unterstützung polizeilicher Maßnahmen durch Maßnahmen im Sozialbereich gesagt hat, findet die volle Unterstützung der Grünen-Fraktion.

(Abg. Rapp REP: Reden, nicht handeln!)

– Bitte, lassen Sie mich noch ein paar Dinge sagen.

(Abg. König REP: Wir hören genau zu!)

– Das ist sehr nett von Ihnen. Vielen Dank. Vielleicht lernen Sie auch noch was dazu.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Sehr gut! – Abg. Weimer SPD: Das ist ja fast ausgeschlossen!)

Ich denke, daß die Mafia und die organisierte Kriminalität wesentlich von der kriminellen Energie der Hintermänner lebt, und zwar Hintermänner jedweder Nationalität. Ich denke – und das sage ich deshalb auch an die rechte Ecke des Hauses –, daß diese Debatte kein Podium bietet, um Ausländerfeindlichkeit zu zelebrieren. Denn es gibt genauso deutsche Unternehmen,

(Abg. Schrempp SPD: Natürlich!)

auf die diese Definition zutrifft. Jüngstes Beispiel war das deutsche Unternehmen Taurus aus Schopfheim,

(Abg. Weimer SPD: Es gibt auch kriminelle Republikaner!)

das, leider mit Wissen des Regierungspräsidiums Freiburg, Giftmüll, als Wirtschaftsgut deklariert, nach Ägypten verschickt hat. Nur dadurch, daß Greenpeace das irgendwie spitzbekommen hat, konnte eine zweite Ladung verhindert werden. Ich denke, daß das auch ein Fall von organisierter Kriminalität ist

(Abg. Schrempp SPD: Sicher!)

und Ihre Definition darauf sehr gut zutrifft. Da würde ich mir allerdings wünschen, daß unsere bestehenden Gesetze, die sehr wohl greifen würden, etwas entschiedener angewendet würden, daß solchen Unternehmen zum Beispiel die gewerbliche Zulassung entzogen würde. Ich würde mir wünschen, daß Behörden da etwas weniger zurückhaltend wären.

Was unsere Fraktion zu Antworten auf die organisierte Kriminalität zu sagen hat: Ich denke, daß das reine Setzen auf polizeiliche Maßnahmen etwas zu kurz greift. Das ist nur eindimensional. Solche Konzepte können nie zur Lösung des Problems der organisierten Kriminalität führen. Das sehen wir zum Teil an Nationen, wo man das versucht hat, zum Beispiel an den USA mit der reinen polizeilichen Bekämpfung der Drogenkriminalität. Das Ergebnis ist eine wahnsinnige Kriminalitätszunahme: mehr Drogentote, mehr Drogen im Land. Das führt zu nichts. Man muß es breiter sehen.

Ein Beispiel, wie man Maßnahmen anlegen kann, haben Sie schon genannt, Herr Schrempp. Das wären Maßnahmen im Sozialbereich. Ein weiteres ist ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz. Man muß den Leuten sagen, daß sie sich selber engagieren müssen, daß Zivilcourage dazugehört, daß eine Kultur des Hinsehens gefordert ist, daß man nicht wegschauen kann, wenn ein Nachbar bedroht wird, daß man nicht schweigen darf, wenn man von irgendwelchen kriminellen Handlungen hört, daß man auch als Staatsanwalt zum Beispiel – man hat es jetzt in Italien gemerkt – nicht wegschauen darf, wenn man von Mafia-Aktivitäten hört, sondern daß man hingehen und die Straftat verfolgen muß. Dann kommt man an die Mafia heran, kann man die Strukturen zerschlagen. Ich denke also, daß man in die Bevölkerung das Bewußtsein hineintragen muß, daß ihr Mitwirken erforderlich ist, daß Zivilcourage erforderlich ist. Da sehe ich auch eine gewisse Aufgabe der Politik, daß man nicht alles immer nur an irgendwelche Sicherheitsorgane delegiert, sondern daß man sagt: „Liebe Leute, ihr seid gefordert. Ihr müßt mithelfen, ihr müßt auch in der Nachbarschaft ein Sicherheitsnetz legen. Ihr müßt euch um eure Nachbarn kümmern und nicht in Gleichgültigkeit versinken.“

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sehr gut!)

Ich denke, in unseren anonymen Wohnblocks und Wohnsilos müssen auch wieder soziale Strukturen entstehen, um das Eindringen von Kriminalität zu verhindern.

Natürlich sind die Grünen auch dafür, obwohl wir uns damit sehr schwer tun, daß das polizeiliche Instrumentarium ausgebaut wird. Wir kommen nicht darum herum. Man kann nicht sagen: nur soziale Maßnahmen und nur bürger-schaftliche Gegenwehr. Das wird nicht zum Ziel führen. Wir gehen allerdings davon aus, daß man dort eine genaue Abwägung zwischen der Erfolgseffizienz und dem Eingriff in Bürgerrechte treffen muß.

Wir wollen uns immer nur für Maßnahmen einsetzen, die möglichst wenig in die Privatsphäre des einzelnen eingreifen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sehr richtig!)

Wir haben deshalb auch zum Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität einiges an Kritik anzumelden, insbesondere was die Kontrolle und die Überprüfbarkeit angeht. Einiges dazu hat bereits Herr Schlauch zum Thema –

(Abg. Schlauch GRÜNE: He, Junge, ich bin dein Parteifreund! – Heiterkeit)

– Einiges hat mein lieber Parteifreund Rezzo Schlauch bereits zum Polizeigesetz vorgetragen. Das möchte ich nur noch einmal unterstreichen.

Zusammenfassend zum Schluß: Ich meine, daß man die organisierte Kriminalität nur mit einem ganzen Maßnahmenbündel bekämpfen kann. Man kann sie nicht nur mit polizeilichen Maßnahmen bekämpfen. Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das muß die Politik auch nach draußen tra-

(Hackl)

gen. Ich bitte Sie – auch die Herren von der CDU und der SPD –, uns dabei zu unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Besonnene Rede! – Gegenruf des Abg. Kuhn GRÜNE: Wir haben halt besonnene Leute und emotionale!)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiesswetter.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die richtige Definition des Begriffs „Mafia“, wie sie sowohl von Kriminalisten als auch von Generalbundesanwalt von Stahl vertreten wird, lautet:

Es kann nur dann von „Mafia“ gesprochen werden, wenn diese Organisationen die staatlichen Verfolgungsbehörden unterwandern, wenn eine Zusammenarbeit zwischen Beamten und Kriminellen besteht. Ferner schüchtern die Täter sowohl die Opfer als auch die Zeugen ein, bedrohen sie oder bringen sie gar um. Die Opfer selbst haben kein Interesse, bei der Aufklärung der Straftaten mitzuwirken. Es besteht eine hierarchische Struktur, die eine Abhängigkeit der einzelnen Mitglieder erzeugt, die das Ausbrechen aus dieser kriminellen Vereinigung fast nicht mehr ermöglicht.

Herr von Stahl und viele andere Kriminalisten haben ausdrücklich erklärt, daß solche Organisationsstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland bis jetzt noch nicht bekannt sind.

(Lachen bei den Republikanern – Abg. Rapp REP: Wo leben wir denn?)

– Sind die Beamten unterwandert? Sind Ihre Polizeibeamten von Kriminellen unterwandert? Ich hoffe, nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Eben! Das ist eine üble Verleumdung der Polizei!)

Aber wenn Sie mir das bestätigen, revidiere ich meine Meinung. Bringen Sie Beweise!

(Zuruf von den Republikanern: Zeitung lesen! – Abg. Schlauch GRÜNE: Sagen Sie einmal, ist Herr Stahl keine Autorität? Er ist der höchste Verfolger! – Gegenruf des Abg. Trageiser REP: Haben Sie überhaupt ums Wort gebeten? – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Kiesswetter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Deuschle?

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Ja.

Stellv. Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Kollege, wie erklären Sie sich die Einschätzung des Präsidenten des Landeskriminalamts, der uns vor etwa einer Woche erklärt hat, daß im Jahr 1991 77 mafia-ähnliche Verbindungen in Baden-Württemberg aufgedeckt worden seien?

Stellv. Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Kiesswetter.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Ich habe gesagt, was man unter „Mafia“ versteht und ob die Mafia in der Bundesrepublik Deutschland in dieser Form tätig ist. Es gibt sicher Mafia-Leute, die hier einen Standort haben, die von Italien aus vielleicht hier tätig sind. Aber dann sind sie hier Bandenkriminelle und auch in dieser Form zu behandeln, weil sie eben nicht die deutschen Beamten unterwandern. Deshalb kann man hier nicht mit dem Begriff „Mafia“ arbeiten. Vielmehr muß man sagen: Das sind Kriminelle, die verfolgt werden müssen. So sehe ich das. Aber man soll nicht einen Popanz aufbauen, um die Angst zu erwecken, wir wären von der Mafia unterwandert.

(Abg. Scheuermann CDU: Leichtsinnig dürfen wir da aber auch nicht sein! – Gegenruf des Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Eine organisierte Kriminalität besteht. Es erhebt sich die Frage, wie diese im Rahmen unserer Grundrechte zu bekämpfen ist. Wir sollten einmal überlegen, wie eine kriminelle Organisation im Rahmen unserer grundgesetzlichen Ordnung bekämpft werden soll. Das ist eine der wesentlichen Fragen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Bei der organisierten Kriminalität steht nicht die kriminelle Methode – das haben wir heute bereits gehört –, sondern die Erzielung maximalen Profits im Vordergrund. Dies ist ihr ausschließliches Ziel. Die Beteiligten sind bereit, dieses Ziel mit legalen oder illegalen Mitteln zu erreichen. Die Straftat ist insofern erheblich, als sie nur eines unter mehreren Instrumenten zur Verfolgung dieser materiellen Ziele ist.

Viele, die einschlägig Gewinne aus Straftaten erzielen, entsprechen deshalb einem Tätertypus, der die Rolle des seriösen Geschäftsmannes nicht mehr nur spielt, sondern in vielerlei Hinsicht selbst das seriöse Geschäftsleben verkörpert. Ein Teil der Wirtschaft ist für diese Form der organisierten Kriminalität anfällig. Immer wieder sind sehr große und bekannte, als seriös angesehene Firmen in kriminelle Wege hineingeschlittert. Das zeigen die Bestechungsskandale renommierter Baufirmen in München, Berlin und Frankfurt und die Verletzungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes durch High-Tech-Firmen. Aus Profitstreben werden gesetzliche Grenzen bewußt überschritten. Die Anfälligkeit der gewerblichen Wirtschaft, organisierte Kriminalität zu begehen, ist deshalb sehr naheliegend.

Das Anliegen der Ermittlungsbehörden ist es nun, in diese Kreise einzudringen. Von außen ist jedoch meist nicht erkennbar, welche Firma legal und welche illegal arbeitet. Es bestehen keine Verdachtsmomente, sondern nur das allgemeine Wissen, daß einige in dieser Branche tätige Firmen Straftaten begehen. Die Ermittlungsbehörden wollen deshalb in sämtliche Firmen der verdächtigen Branche eindringen, um die wenigen schwarzen Schafe zu erkennen.

(Abg. Scheuermann CDU: Und was wollen Sie? Sie wollen schwarze Schafe laufen lassen?)

Die Ermittlungstätigkeit richtet sich nicht mehr auf – – Ich bin noch nicht fertig. Das kommt noch.

(Kiesswetter)

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident, darf der heute abend immer solche Zwischenrufe machen?)

– Lassen Sie ihn doch!

Die Ermittlungstätigkeit richtet sich nicht mehr auf die Verhinderung eines konkreten, bevorstehenden rechtswidrigen Verhaltens, sondern zielt auf die Früherkennung möglicher Störungsherde und Gefahrenquellen.

(Abg. Schrempp SPD: Sehr schön!)

Der staatliche Informationsbedarf wächst dadurch außerordentlich an, weil die Zahl potentieller Gefahrenquellen stets ungleich größer ist als die der tatsächlichen akuten Gefahren. Der einzelne kann den Staat nicht mehr durch legales Betragen auf Distanz halten. Der Staat dringt auch bei legalem Verhalten des Bürgers in dessen Privatsphäre und Geschäftsleben ein. Das Vordringen staatlicher Präventionsstrategien schafft deshalb grundlegende Veränderungen im Verhältnis von Staat und Gesellschaft.

Die Berufung auf immer neue Gefahrenlagen und Sicherheitsbedürfnisse bahnt einem neuen Verfassungsverständnis den Weg. Freiheit ist nicht mehr die Freiheit des Bürgers, „vom Staat in Ruhe gelassen zu werden“. Präventionsgesetze mögen gesellschaftlichen Erwartungen und auch objektiven Bedürfnissen entsprechen. Ihr rechtspolitischer Stellenwert ist jedoch im Hinblick auf die herkömmlichen Grundrechtsdoktrinen, Grundrechte als Abwehrrechte zu definieren, politisch noch nicht einmal andiskutiert.

Ohne Klarheit über den verfassungsrechtlichen Grundkonsens wird Präventionsgesetzgebung – so einleuchtend der jeweils unmittelbare Anlaß auch sein mag – kein Mehr an Sicherheit schaffen. Gesellschaftliche Destabilisierung, der sie vorbeugen will, beantwortet sie mit einer Destabilisierung des Rechts. Staatliches Handeln wird in der Tendenz unberechenbar und allumfassend. Eine Kontrolle besteht nicht mehr.

Dies ist jedoch mit einem liberalen Rechtsstaat nicht mehr vereinbar. Es ist der Abschied von unserer Verfassung, in der die Würde des einzelnen, seine Eigenverantwortlichkeit und seine Freiheit im Mittelpunkt stehen. Ich mache diese Ausführungen hier deshalb, weil wir, nachdem wir viele Vorschläge seitens der SPD von Herrn Schrempp gehört haben, wie man einzelnes kriminelles Handeln bekämpfen kann – damit stimme ich überein –, überlegen sollten, ob nicht eine Verfassungsdiskussion geführt werden muß, wenn bei den Ermittlungstätigkeiten – so, wie wir es auch heute mittag schon gehört haben – ohne Verdacht in die Privatsphäre eingedrungen wird.

(Abg. Schrempp SPD: Natürlich muß die Verfassungsdiskussion geführt werden!)

Dann muß darüber diskutiert werden, ob die Sicherheit das oberste Gebot ist und die Freiheit eingeschränkt werden muß oder ob auch die Freiheit ein Grundwert ist, der einen Preis für die Sicherheit hat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Justizminister.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU an Abg. Kiesswetter FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Schrempp SPD: Seit wann bist denn du für die Mafia zuständig?)

Justizminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist sicherlich richtig, daß auch Baden-Württemberg von der Mafia und ähnlichen Organisationen betroffen ist. Baden-Württemberg gilt, was die Mafia betrifft, insbesondere auch als Rückzugs- und Ruheraum. Es ist auch nicht abzustreiten, daß dies in bestimmten Gegenden von Baden-Württemberg, so auch im Raum Mannheim, ernste und, so meine ich, schlimme Ausmaße angenommen hat.

Ich darf Ihnen aus meiner kurzen Erfahrung als Justizminister ein Beispiel erzählen, das mich sehr betroffen gemacht hat. Sie wissen sicherlich, daß im Juni 1991 ein größerer Überfall von Mitgliedern mafia-ähnlicher Organisationen in Mannheim stattfand und dann noch einmal einer im November des gleichen Jahres. Die italienische Justiz, die diese Verbrecher durch Haftbefehl suchte, hat zunächst durch den Richter Falcone ein Auslieferungersuchen an die baden-württembergische Justiz gerichtet. Falcone wurde dann, wie wir wissen, ermordet. Dann, immer anhand der Akte weitergelesen, trat sein Nachfolger Borsellino auf den Plan, der auch selber insbesondere bei der Mannheimer Justiz zu Besuch war, um mit deren Hilfe zu erreichen, daß Mitglieder der Mafia, die in baden-württembergischer Untersuchungshaft waren, aussagebereit werden könnten. Er wurde, wie wir wissen, ebenfalls ermordet. Die Vermutung ist wohl nicht aus der Luft gegriffen, daß gerade die Ermordung von Richter Borsellino deshalb erfolgte, weil die Mafia oder vergleichbare Organisationen damit verhindern wollten, daß Borsellino und die italienische Justiz Zusammenhänge in Deutschland aufdecken könnten, die möglicherweise weitere Rückschlüsse, Festnahmen und Verurteilungen in Italien zur Folge gehabt hätten.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Allein dieses Beispiel – Kollege Stächele hat insgesamt von 70 OK-Verfahren gesprochen – zeigt, daß wir das Thema nicht auf die leichte Schulter nehmen dürfen.

(Beifall bei den Republikanern und bei Abgeordneten der CDU)

Wir nehmen es auch nicht auf die leichte Schulter.

Ich möchte daran einige Folgerungen anknüpfen.

Erstens: Was die Mafia und die Camorra angeht, so halte ich es für absolut selbstverständlich, daß die baden-württembergische und überhaupt die deutsche Justiz mit der italienischen Justiz eng zusammenarbeitet, wie ich übrigens meine, daß gerade die Angehörigen der italienischen Justiz, die sich bei der Verfolgung der Mafia, wie man ja sehen mußte, in größte persönliche Gefahr begeben und begeben haben, allergrößten Respekt verdienen.

(Minister Dr. Schäuble)

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dies muß man auch einmal ausdrücken. Denn wir sind dringend darauf angewiesen, daß die internationale Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung und gerade bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens besser wird. Es darf nicht so sein, daß im Zusammenhang mit der Öffnung Europas und dem Zusammenwachsen Europas die Grenzen für die Verbrecher fallen, für die Justiz und die Polizei aber bestehenbleiben.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den Republikanern)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es notwendig, daß die internationale Zusammenarbeit dadurch verbessert wird, daß beispielsweise – Sie, Herr Kollege Stächele, haben es auch angesprochen – das Schengener Abkommen baldmöglichst ratifiziert wird. Das Schengener Abkommen ist ja in letzter Zeit fälschlicherweise immer nur im Zusammenhang mit Asyl genannt worden. Es ist aber

(Abg. Schrempp SPD: Viel mehr!)

mindestens genauso wichtig als vertragliche Grundlage bei der Verbrechensbekämpfung. – Es ist wesentlich mehr; völlig richtig. – Es muß deshalb dringend ratifiziert werden.

Der zweite Punkt, meine Damen und Herren, den ich als Justizminister ansprechen möchte, ist: Ich bin sehr froh, daß die Koalition gehandelt hat und Ihnen, meine Damen und Herren vom Landtag, im kommenden Doppelhaushalt vorschlagen wird, nicht nur die Stellen bei der Polizei,

(Abg. Schrempp SPD: Jawohl!)

sondern auch die beim Strafvollzug und überhaupt bei der Justiz erheblich zu vermehren.

(Beifall des Abg. Drexler SPD)

Wir sind dringend darauf angewiesen. Ich darf dies anhand einiger Zahlen belegen.

Die knapp zehn Angehörigen der Mafia, die nachweislich dieser Organisation angehört haben, die die erwähnten Verbrechen in Mannheim und Umgebung begangen haben, sind inzwischen – übrigens unter sehr schwierigen Bedingungen, wie man sich vorstellen kann – an die italienische Justiz ausgeliefert worden. Wir haben insgesamt etwa 200 italienische Strafgefangene. Ich behaupte nicht, daß sie alle oder der größte Teil davon der Mafia angehören, aber daß potentiell Zusammenhänge bestehen können, wird man nicht abstreiten können.

(Zustimmung des Abg. Deuschle REP)

Ein Weiteres kommt hinzu, das die Arbeit im Strafvollzug und damit auch für die Justiz immer schwieriger macht. Insgesamt haben wir bei etwa 7 500 Strafgefangenen in Baden-Württemberg einen Anteil von Ausländern von über 2 000. Was dies im konkreten Fall für die Strafvollzugsbediensteten bedeutet, welche potentiellen Gefahrenherde dies im konkreten Fall mit umfaßt, muß ich sicher nicht

näher darlegen. Deshalb ist es schon so, daß die Regierung richtig gehandelt hat, aber eben auch gehandelt hat, indem sie Ihnen, meine Damen und Herren, vorschlägt, bei der Polizei, aber auch bei der Justiz und hier insbesondere beim Strafvollzug die Stellen angesichts der sich ständig mehrenden Schwierigkeiten erheblich zu vermehren.

Ich möchte ganz kurz einen letzten Punkt ansprechen. Heute ist nicht die Zeit, um diesen zu vertiefen. Ich gebe aber auch aus der Sicht des Justizministers zu bedenken, ob wir nicht – darüber sollten wir offen diskutieren – da und dort die Gesetzeslage verschärfen müssen.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich begrüße es sehr, daß wir Vermögensstrafen eingeführt haben. Ich bin auch beweglich bei der Weiterentwicklung des Gewinnaufspürgergesetzes, wie ich bereits gesagt habe. Aber ich bitte dann auch zu sehen, daß nach meinem Empfinden dem Einsatz Verdeckter Ermittler bei der Bekämpfung der organisierten ausländischen Kriminalität schon deshalb eine viel zu große Bedeutung beigemessen wird, weil die Verdeckten Ermittler gar nichts von dem verstehen können, was dort gesprochen wird. Mit Blick auf diese Situation müssen wir auch über den Einsatz der technischen Mittel nach der Strafprozeßordnung – böserweise immer Lauschangriff genannt; damit geht man an der Sache vorbei, denn nicht der Staat greift die Verbrecher an, sondern umgekehrt –, offen und fair diskutieren.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Schrempp SPD: So ist es! – Abg. Bütikofer GRÜNE: Wenn Sie sicher wären, daß Sie mit Ihrem Lauschangriff nur die Verbrecher treffen würden, dann könnten Sie mit ruhigerem Gewissen darüber sprechen!)

– Ich habe Sie akustisch nicht verstanden, Herr Kollege Bütikofer.

Ich bin davon überzeugt: Schon angesichts der eingeschränkten Möglichkeiten der Verdeckten Ermittler gerade bei der Bekämpfung der Mafia und ähnlicher Organisationen werden wir darauf angewiesen sein, der Polizei auch für die Strafverfolgung nach der Strafprozeßordnung mehr, als es bislang der Fall ist, den Einsatz technischer Mittel zu ermöglichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und den Republikanern)

Stellv. Präsident Straub: Ich erteile dem Herrn Innenminister das Wort.

Innenminister Birzele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unter dem Begriff Mafia werden in der Öffentlichkeit und auch heute hier im Plenum verschiedene Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität verstanden. Ich will im folgenden darunter die vier mafiosen Organisationen, die in Italien ihren Ursprung haben und die nach dem Bericht des italienischen Innenministeriums vom April 1991 zirka 16 000 Mitglieder umfassen, verstanden wissen.

(Minister Birzele)

Nur um auch einen Blick auf die Gefährlichkeit dieser Gruppierungen zu werfen, möchte ich darauf hinweisen, daß nach italienischen Schätzungen in Italien 1990 von diesen Gruppen über 25 Milliarden DM Gewinn realisiert wurden, daß ihre „Aktivitäten“ 20 % des Sozialprodukts auf Sizilien darstellten.

Die Stellung der Mafia – das hat vorhin Kollege Kiesswetter angesprochen – ist in Italien durch den hohen Einfluß im gesellschaftlichen Leben, in Politik und Wirtschaft, eine extreme Einschüchterung der Bevölkerung und gewaltsame Unterdrückung jeder Opposition, die Infiltration staatlicher Organe, die Vernetzung mit den politischen Parteien und die Monopolisierung in Teilen der Wirtschaft durch die Mafia gekennzeichnet.

Vorher ist von einigen die Auswertung des Bundeskriminalamts für die Jahre 1989 bis 1991 angesprochen worden. Sie ergab insgesamt 62 Ermittlungsverfahren mit Bezug zur italienischen Mafia, davon 23 Verfahren in Baden-Württemberg. Allerdings – das betone ich ausdrücklich – müssen diese Zahlen sehr differenziert betrachtet werden, weil in ihnen auch zum Beispiel schlichte Rechtshilfeersuchen ausländischer Behörden als Ermittlungsverfahren mit enthalten sind und weil Meldungen aus einzelnen Bundesländern nicht vollständig sind. Man muß deshalb bei der Argumentation mit diesen Zahlen große Vorsicht walten lassen.

Für Baden-Württemberg müssen wir feststellen – Herr Kollege Deuschle, da haben Sie dem Präsidenten des Landeskriminalamts offensichtlich nicht genau zugehört –: Bei 15 von 71 Verfahren organisierter Kriminalität im vergangenen Jahr sind im Land Verbindungen zur italienischen Mafia festgestellt worden. Es sind also nicht 71 mafiose Verbindungen in Baden-Württemberg festgestellt worden.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Im Zeitraum November 1991 bis September 1992 ergeben sich für Baden-Württemberg elf Ermittlungsverfahren und sieben Festnahmen aufgrund von Rechtshilfeersuchen für ausländische Behörden.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Deuschle?

Innenminister Birzele: Ja, natürlich.

Stellv. Präsident Straub: Bitte, Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Innenminister, darf ich Sie darauf hinweisen, daß ich nicht von 71 italienisch orientierten oder mafiosen Banden gesprochen habe, sondern von 71 multinationalen Banden,

(Abg. Weimer SPD: Die Frage macht es jetzt auch nicht besser! – Abg. Drexler und Abg. Weimer SPD: Das ist auch falsch!)

und daß ich da sehr genau dem Herrn Präsidenten Schürholz zugehört habe. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Abg. Weimer SPD: Die Frage hat es jetzt auch nicht besser gemacht!)

Stellv. Präsident Straub: Bitte schön.

Innenminister Birzele: Ich verstehe Ihren Hinweis als Frage, damit er der Geschäftsordnung genügt.

(Abg. Auer REP: Danke schön!)

Ich weise aber noch einmal darauf hin, daß ich im Gedächtnis habe, daß Sie von entsprechenden Organisationen gesprochen haben. Deshalb noch einmal die Zahlen: Von 71 Verfahren organisierter Kriminalität wurden in 15 Verfahren Verbindungen zur italienischen Mafia festgestellt. Nebenbei: Wir haben ja heute die Diskussion über die Mafia. Allerdings ist dieses Thema von Ihnen doch teilweise außerordentlich ausgeweitet worden, was ich der Sache nicht für dienlich halte.

Die festgestellten Straftaten, die in Baden-Württemberg begangen worden sind, waren im wesentlichen Rauschgift-handel, Schutzgelderpressung, Kfz-Verschlebung und Waffenhandel. Über die Anzahl erkannter Mafiosi in Baden-Württemberg lassen sich keine verlässlichen Angaben machen, da die zuverlässige Zuordnung einer Person zu einer Mafia-Gruppierung erst im weiteren Verlauf polizeilicher oder justitieller Ermittlungen nach entsprechenden Mitteilungen aus Italien sicher festgestellt werden kann. Nach unseren Einschätzungen befinden sich in baden-württembergischen Vollzugsanstalten – Herr Kollege Schäuble hat dies vorhin ebenfalls angesprochen – derzeit zwölf Straftäter in Haft, bei denen wir von Verbindungen zur Mafia ausgehen müssen.

Herr Kollege Schäuble hat vorhin auch den Komplex Mannheim angesprochen. In diesem Zusammenhang will ich darauf hinweisen, daß Mannheim nicht als Mafia-Hochburg in dem Sinne mißverstanden werden darf, daß dort sehr viele Straftaten von der Mafia selbst begangen werden. Es ist wichtig, festzuhalten, daß gerade die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gelegenen Sachverhalte ganz überwiegend nicht in Taten und Ermittlungsverfahren bei uns bestanden haben, sondern Auswirkungen von Vorgängen waren, die sich vor allem in Italien abgespielt haben. Gerade das vorhin erwähnte Beispiel der Festnahme von vier italienischen Staatsangehörigen am 15. April 1992 im Raum Mannheim geschah aufgrund eines solchen Ersuchens wegen des Verdachts der Beteiligung an zwei Morden in Italien.

Nach Mannheim kommen Personen mit Beziehung zur Mafia wegen des hohen Anteils dort lebender italienischer Staatsangehöriger und vor allem deshalb, weil dort viele Personen aus einem sizilianischen Ort wohnen, in dem derzeit ein Bandenkrieg tobt. Die Festnahmen, die ich erwähnt habe, und die Ermittlungsverfahren verdeutlichen auf alle Fälle, daß sich Mitglieder von Mafia-Familien in Baden-Württemberg aufhalten und daß weitere Mafia-Mitglieder oder Kriminelle mit Beziehungen zur Mafia in Baden-Württemberg agieren. Die eingeleiteten Ermittlungsverfahren zeigen – das will ich noch einmal unterstreichen –, daß Baden-Württemberg im wesentlichen als Ruheraum von Mafia-Angehörigen genutzt wird, daß aber auch die Gefahr besteht, daß unser Land zu deren Aktionsfeld ausgebaut wird.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

(Minister Birzele)

Neben der zahlenmäßig stärksten Gruppe der Jugoslawen sind die italienischen Straftäter mit 14,1 % an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen der organisierten Kriminalität aufgrund der mafiosen Beziehungsgeflechte und Verbindungen nach Italien als eine besonders gefahrenträchtige Gruppe einzuschätzen. Wir haben jedoch, wenn wir die Situation in Baden-Württemberg bewerten, keine Anhaltspunkte dafür – diese richtige Feststellung des Kollegen Kiesswetter ist vorhin bei Ihnen auf für mich unverständlichen Protest gestoßen –, daß Strukturen bestehen, die mit denen in Italien vergleichbar sind. Wir haben in Baden-Württemberg bisher Gott sei Dank keinerlei Hinweise darauf, daß Verflechtungen mit Staat und Gesellschaft wie in Italien gegeben sind. Wir hatten in Baden-Württemberg 1991 beispielsweise keinen erfolgreichen Fall der Korruption im Zusammenhang mit der OK, und wir haben bislang erfreulicherweise auch keine Paten oder Mafiabosse in Baden-Württemberg feststellen können.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hackl?

Innenminister Birzele: Ja, bitte.

Abg. Hackl GRÜNE: Herr Innenminister, stimmen Sie der Feststellung des EG-Parlaments zu, daß in Europa im vergangenen Jahr mehr Geld mit Müllschiebereien verdient wurde als mit dem Drogenhandel? Gibt es Statistiken über Giftmüllschiebereien in Baden-Württemberg?

Stellv. Präsident Straub: Bitte schön, Herr Innenminister.

Innenminister Birzele: Herr Kollege, ich bitte Sie um Verständnis dafür, daß ich diese Frage nicht beantworten kann. Ich habe mich aus Anlaß dieser Aktuellen Debatte nicht mit den Müllschiebereien beschäftigt. Ich bin aber gern bereit, in meinem Hause nachzuforschen,

(Abg. Schrempp SPD: Ob er Müll findet!)

ob uns darüber Zahlen vorliegen. Unter Bezugnahme auf das heutige Thema kann ich dazu nur sagen: Mir sind keine Beziehungen der Mafia zu Müllschiebereien bekannt.

(Heiterkeit bei der SPD und den Republikanern)

Ich will noch einmal festhalten, daß gerade bei der Begehung von Straftaten primär der Rückzug von in Italien gesuchten Tätern in die Bundesrepublik eine Rolle spielt, daß ein hoher Anteil italienischer Staatsangehöriger in Baden-Württemberg den Tätern einerseits als Unterstützer, aber insbesondere als Opfer Basis gibt. Ich bitte Sie zu beachten, daß eine intensive Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Baden-Württemberg zu einer Verringerung des Dunkelfelds und damit zu einer Zunahme der bekanntgewordenen Fälle führt. Dies muß man in Beziehung dazu setzen, damit nicht der Schluß daraus gezogen wird, wir hätten in Baden-Württemberg ganz besonders unter Aktivitäten der Mafia zu leiden.

Ich betone aber, daß die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und damit auch der Mafia in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen wird, insbesondere weil Experten davon ausgehen, daß sich der Anteil der organisierten Kriminalität an der Gesamtkriminalität bis zum Jahr 2000 verdoppeln wird.

Wir haben bei solchen kriminellen Gruppierungen besondere Bekämpfungsschwierigkeiten, insbesondere weil eine sorgfältige Abschottung der Tätergruppen nach innen und außen stattfindet. Viele Täter der Ausführungsebene kennen die Täter der anderen Ebene bzw. die Hintermänner nicht. Geschäfte mit Außenstehenden werden immer erst nach sorgfältiger Prüfung der Herkunft, des Umfelds usw. und häufig erst nach Verbürgen eines alten Geschäftspartners getätigt. Die OK-Straftäter ziehen sich bei der Übergabe deliktischer Waren, bei Verhandlungen und Verabredungen in den privaten Bereich zurück, so daß der polizeiliche Einblick erschwert wird. Daraus ergeben sich sowohl für die polizeiliche Verfolgung als auch hinterher für die Strafverfolgung Probleme. Insbesondere sind kaum Zeugenaussagen zu erlangen. Der Zugang zu geschlossenen ethnischen Gruppen ist kaum möglich. Der Ermittlungsaufwand durch den Einsatz von Dolmetschern usw. ist enorm.

Welche Bekämpfungsmaßnahmen, von denen die Republikaner glauben, sie reichten nicht aus, wenden wir an? Baden-Württemberg hat frühzeitig auf erste Anzeichen der organisierten Kriminalität reagiert. Bereits seit 1972 werden Verdeckte Ermittler eingesetzt. 1975 wurde eine operative Ermittlungsgruppe beim Landeskriminalamt gebildet. Im Juni 1984 erfolgte die Einrichtung der Inspektion „Organisierte Kriminalität“ beim Landeskriminalamt zur gezielten Bekämpfung dieser Kriminalitätsform. Anfang 1988 wurde die Konzeption „Organisierte Kriminalität“ im Innenministerium mit folgenden Schwerpunkten realisiert: Stärkung der Zentralstellenfunktion des Landeskriminalamts und Schaffung eines breiten Bekämpfungsansatzes. Zwischendurch wurden zusätzlich landesweit bei allen Landespolizeidirektionen, den beiden Polizeipräsidien in Karlsruhe und Mannheim sowie bei ausgewählten Polizeidirektionen insgesamt 13 Dezernate „Bandendelikte, organisierte Kriminalität“ eingerichtet. Die Sollstärken der Mobilen Einsatzkommandos des Landes wurden in einem ersten Schritt verstärkt. Die Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft wurde verbessert, auch durch eine gemeinsame Verwaltungsvorschrift.

Für die Jahre 1993/94 ist vorgesehen: Einrichtung von zwei weiteren Dezernaten „Bandendelikte, organisierte Kriminalität“ in Ludwigsburg und Böblingen, eine weitere Erhöhung der Sollstärken der Mobilen Einsatzkommandos, die als Servicedienststellen wesentlich die Arbeit der Fachdienste zur Bekämpfung der OK unterstützen und diese entlasten, eine personelle Verstärkung des Dezernats „Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland“ beim Landeskriminalamt, um den internationalen Verflechtungen der Täter Rechnung zu tragen. Und wir werden ein Dezernat „Finanzermittlungen, Gewinnabschöpfung“ beim Landeskriminalamt noch in diesem Jahr als taktische Komponente zur Bekämpfung der Geldwäsche im Rahmen der neuen Vorschriften des „organisierten Kriminalitätsgesetzes“ und des vor der Verabschiedung stehenden Gewinnaufspürgeresetzes einsetzen.

(Minister Birzele)

Sie sehen, daß wir in Baden-Württemberg handeln, und ich bitte Sie um Unterstützung für diese Vorhaben.

Ich danke der Polizei für ihren entschlossenen Einsatz gegen die organisierte Kriminalität.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich will jedoch ausdrücklich, wie auch die Vorredner, betonen, daß diese Aufgabe von der Polizei nicht allein bewältigt werden kann. Ich bitte Sie deshalb alle, die Polizei bei dieser schwierigen Aufgabe nach Kräften zu unterstützen.

Lassen Sie mich abschließend aber noch eines ganz deutlich an Ihre Adresse, meine Damen und Herren von der Fraktion der Republikaner, sagen: Wir brauchen eine realistische Einschätzung der Mafia in Baden-Württemberg. Wer jedoch Schreckensbilder einer Mafia an die Wand malt, die sich angeblich wie eine Krake in unserer Gesellschaft ausgebreitet habe, der nützt nur denen, die er zu bekämpfen vorgibt.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP/DVP – Abg. Weimer SPD: Das war doch ein guter Schluß! Da könnt ihr ruhig klatschen! – Gegenruf des Abg. Schlierer REP: Der war schwach! – Abg. Brigitte Wimmer SPD: Gebt doch dem Frieder den Beifall, den er verdient!)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wilhelm.

Abg. Wilhelm REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem zum 1. Januar 1993 erfolgten Grenzabbau gemäß dem Schengener Abkommen wird die Sicherheit der Bürger unseres Landes nicht mehr im notwendigen Umfang gewährleistet werden können. Dies ist keine bloße Behauptung, vielmehr logische Folge des ersatzlos wegfallenden Fahndungsdrucks an den bisherigen Grenzen. Es bedarf keiner Weitsicht, um zu sehen, daß dann auch der Mobilität hochkrimineller Banden, sei es nun der Mafia oder anderer OK-Gruppierungen, kein Einhalt durch wirksame Gegenstrategien geboten werden kann. Hochkriminelle Straftäter können dann im wahrsten Sinne des Wortes grenzenlos operieren. Unsere Polizei steht dann – um auch dieses Bild zu bringen – mit dem Rücken an der Wand.

(Abg. Schrempp SPD: Das ist nicht Ihre Polizei!
– Gegenruf des Abg. Rapp REP: Aber auch nicht Ihre!)

– Ich bin Polizeibeamter, Herr Schrempp. Im Gegensatz zu Ihnen weiß ich, wovon ich rede.

(Beifall bei den Republikanern)

Unsere Polizei steht dann – um auch dieses Bild zu bringen – mit dem Rücken vollends an der Wand. Ihre bisher schon ihre Aufgaben erschwerenden oder behindernden, von der Politik zu vertretenden Arbeitsbedingungen erfahren eine zusätzliche Belastung.

(Zuruf von der SPD: Welche?)

Wer von den Politikern anderes behauptet, vermittelt wider besseres Wissen dem Bürger ein nicht vorhandenes Sicherheitsgefühl.

(Beifall bei den Republikanern)

Aus allen Lagebildern der organisierten Kriminalität ist zu ersehen, daß die Aktivisten der Mafia auch in Baden-Württemberg ansässig und in allen betreffenden Deliktbereichen tätig sind und regional und überregional operieren.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Daß bestimmte, aus unserer Sicht unerwünschte Präferenzen von der Mafia, aber auch anderen mafiosen Gruppierungen für Baden-Württemberg bereits heute vergeben sind, kann daher nicht überraschen. Und die erst jüngst von den Medien viel beachteten Äußerungen einer italienischen Strafverfolgerin bezogen sich zwar auf die BRD insgesamt, sie lassen sich aber vor dem Hintergrund der Morde an dem Richter Borsellino und dem Topermittler Falcone geographisch auch Baden-Württemberg zuordnen, da in die Ermittlungstätigkeit der Ermordeten baden-württembergisches Terrain einbezogen worden war.

Aus all den – zugegeben nur segmenthaft aufgezeigten – Problembereichen wird sichtbar, daß Baden-Württemberg aufgrund seiner geographischen Lage und weiterer Besonderheiten geradezu prädestiniert ist, kriminellen Gruppierungen von der Mafia bis zu den vielen für die Sicherheitsbehörden noch namenlos operierenden Banden als Bereitstellungs-, Aktions- und Rückzugs- bzw. Ruheraum zu dienen.

(Abg. Schrempp SPD: Das haben wir alles schon gehört!)

Dies wissen BKA und LKA, und das weiß mittlerweile auch die Öffentlichkeit. Aber auch Sie, meine Damen und Herren, sollten dies wissen, um sich der damit verbundenen Gefährdungslage bewußt zu werden.

(Abg. Schrempp SPD: Sie brauchen uns das nicht zu sagen!)

Schließlich ist Baden-Württemberg nur ein Teil des von der Mafia und anderen Gruppen ausersehenen Operationsgebiets Deutschland. Aber für diesen Fall tragen Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, die Verantwortung – Verantwortung gerade auch in der inneren Sicherheit, denn innere Sicherheit ist weitestgehend Angelegenheit der Länder. Sie werden es sich gefallen lassen müssen, daß die Bürger unseres Landes, die Polizeibeamten, aber auch die Fraktion Die Republikaner, Sie künftig danach fragen, was Sie für die Sicherheit in unserem Lande leisten.

Wir fragen schon heute, wie Sie den bedrohlichen Herausforderungen durch die organisierte Kriminalität, Aktivitäten der Mafia und anderer Banden und dem durch Maastricht und Schengen zusätzlich auf unsere Bevölkerung zukommenden Kriminalitätsschub begegnen wollen. Angesichts des Versagens früherer Landesregierungen auf dem Feld der inneren Sicherheit können wir Ihnen diese Fragen nicht ersparen. Wir fürchten ganz einfach, daß Sie in die-

(Wilhelm)

sem Politikbereich in der Kontinuität der Vorgängerregierungen stehen.

(Abg. Schrempp SPD: Machen Sie endlich einen Vorschlag!)

Zum Beleg dafür sei nochmals an die von uns heute bereits aufgezeigten Versäumnisse erinnert.

(Abg. Weimer SPD: Sind Sie bei der Polizei?)

– So ist es!

(Abg. Weimer SPD: Nun wundert mich gar nichts mehr!)

Die bisherige Unfähigkeit dieser Landesregierung über mehr als zehn Jahre hinweg, eigene Zielvorgaben der Sicherheitspläne zu erfüllen oder auch nur den aktuellen Erfordernissen gemäß fortzuschreiben, läßt auch für die Zukunft nichts Gutes erwarten.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Die Polizei ist froh, daß sie ihn los ist!)

Das offenkundige, aber nicht eingestandene Unvermögen vor allem im Polizeibereich hat die innere Sicherheit bereits im Vorfeld neuer Kriminalitätsszenarien geschreckt. Auch Sie von der FDP/DVP und insbesondere Sie von den Grünen tragen bei der Realisierung Ihrer unsicherheitspolitischen Anträge und Parteibeschlüsse dazu bei.

(Abg. Schrempp SPD: Hören Sie einmal mit der Beschimpfung auf! – Gegenruf von den Republikanern: Ruhe! – Abg. Trageiser REP: Sie stören hier! – Abg. Schrempp SPD: Ich rede hier so lange, wie ich will! – Abg. Weimer SPD: Wir sind hier eine Demokratie! – Glocke des Präsidenten)

Wie anders wollte man Ihre Auffassungen zum Einsatz Verdeckter Ermittler im Bereich der Gefahrenabwehr bewerten können? – Angesichts des Themas dieser Aktuellen Debatte sollten Sie von der FDP/DVP und den Grünen sich selbstkritisch fragen, wessen Geschäft Sie eigentlich, bewußt und gewollt oder nicht gewollt, aber im Ergebnis damit besorgen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nicht Ihres!)

Wir Republikaner fordern die Landesregierung auf, bisher aufgegebenes Terrain im Kampf gegen das Verbrechertum – ob mafios, national, international oder sonstwie strukturiert – durch eigene Anstrengungen wieder zurückzuholen.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf von den Republikanern)

Wir wissen aber auch, daß die dafür notwendigen gesetzlichen und administrativen Instrumentarien nicht in der ausschließlichen Zuständigkeit des Landes bereitzustellen sind.

(Abg. Schrempp SPD: Lauter Sprüche!)

Baden-Württemberg ist aber nicht gehindert, auf Verbesserungen auf folgenden Feldern hinzuweisen, und jetzt hören Sie zu, Herr Schrempp:

Erstens Nachbesserung des Gesetzes zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Sinne einer Beweisumkehr von Vermögensgewinnen; zweitens Nachbesserung im Bereich des Zeugenschutzes; drittens Einsatz taktisch-operativer Technik in Wohnungen zur Aufklärung und Verfolgung der organisierten Kriminalität; viertens Aufbau eines europäischen polizeilichen Exekutivorgans; fünftens Aufbau eines europäischen Fahndungsverbundes mit Datenaustausch.

Daneben gibt es aber auch wichtige Bereiche, die ausschließlich auf der Handlungsebene des Landes liegen: erstens erhebliche personelle Verstärkung bei Polizei und Justiz;

(Abg. Weimer SPD: Ihr Fraktionsvorsitzender liest gelangweilt in einem Prospekt!)

zweitens weiterer Ausbau der OK-orientierten operativen Dienste der Polizei ohne Präsenzverluste.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Da haben Sie doch vorhin dagegengestimmt!)

– Jetzt hören Sie zu! Wir können natürlich gegeneinander anschreien. Ich habe aber die besseren Karten, weil ich das Mikrofon habe.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich kann genauso schreien.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Sie werden nie die besseren Karten haben! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Wilhelm, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Wilhelm REP: Ich bin gleich soweit. – Dem Sicherheitsbedürfnis unserer Bürger wird eben nicht mit einer Vielzahl von Versprechungen, Ankündigungen

(Zuruf von der SPD: So wie Sie es jetzt machen!)

und Verlautbarungen Genüge getan, auch nicht durch die Zahl und den Umfang der Outputs Ihrer Pressestelle zu diesen uns alle berührenden Fragen. Wenn Sie dies künftig beachten, dann wird es in der Öffentlichkeit von den Republikanern bei diesem Thema nicht mehr heißen können: Allein gegen die Mafia.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Weimer SPD: Gut Nacht! – Abg. Brigitte Wimmer SPD: Wenn wir uns auf die verließen, wären wir verlasen! – Abg. Weimer SPD: Nur die große Gosch!)

Stellv. Präsident Straub: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind damit am Ende der Debatte.

(Stellv. Präsident Straub)

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Weimer SPD: Große Gosch und nichts dahinter! – Abg. Trageiser REP: Das entscheiden zum Glück nicht Sie, sondern die Wähler! – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte um Ruhe.

(Glocke des Präsidenten)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Staatsministeriums vom 26. August 1992 – Information über beabsichtigte Grundgesetzänderungen; hier: Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Bundesratsdrucksache 501/92 – Drucksache 11/489

Berichterstatter: Abg. Bebber

Ich stelle die Frage, ob der Berichterstatter das Wort wünscht. – Das ist nicht der Fall.

Hier hat das Präsidium eine Redezeit von 5 Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Stächele.

(Abg. Weimer SPD: Wir wollten doch gar nicht mehr sprechen! – Abg. Pfister FDP/DVP: Muß man reden?)

Abg. Stächele CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Übereinkunft der Fraktionen: Wir geben die Reden gleich zu Protokoll.

(Beifall)

Ich bitte, gründlich nachzulesen.

Stellv. Präsident Straub: Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit ist das sicherlich zu begrüßen. Gilt das auch für die anderen Fraktionen?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja! – Abg. Dr. Geisel SPD: Auch ich gebe meine Rede zu Protokoll!)

Ebenfalls Herr Dr. Schlierer, Herr Pfister und Herr Hackl.

(Abg. Hackl GRÜNE: Ich habe keine, aber ich gebe die Rede meines Kollegen Bütikofer zu Protokoll!)

Ich stimme dem zu. (Siehe Erklärungen zu Protokoll am Schluß des Tagesordnungspunkts.)

Dann ist der Tagesordnungspunkt 10 ebenfalls abgeschlossen.

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf – –

Ich komme nochmals zurück zum Tagesordnungspunkt 10. Wir haben hier die Reden zu Protokoll genommen. Wir müssen noch zur Behandlung der Beschlußempfehlung kommen.

(Abg. Deuschle REP meldet sich zu Wort.)

– Zu Punkt 10?

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

– Bitte schön, Herr Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Ich stelle den Antrag nach § 80 der Geschäftsordnung, Herr Präsident, die Beschlußfähigkeit des Landtags festzustellen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hat es in den letzten 15 Jahren nicht gegeben!)

– Dann machen wir es heute.

(Zuruf von den Republikanern: Jetzt müßt ihr halt einmal das Arbeiten lernen! – Abg. Drexler SPD: So ist es halt bei den Druckern!)

– Nur keine Diskriminierung.

Stellv. Präsident Straub: Meine Damen und Herren, nach § 80 der Geschäftsordnung wird die Beschlußfähigkeit, wenn sie bezweifelt wird und vom Präsidenten weder bejaht noch verneint werden kann, vor einer Abstimmung durch Namensaufruf festgestellt. Der Präsident kann die Abstimmung oder Wahl kurze Zeit aussetzen. Ich werde daher zunächst die Aussetzung für die Dauer von 10 Minuten anordnen.

(Unterbrechung der Sitzung: 20.13 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 20.24 Uhr)

Stellv. Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es ist festzustellen, ob die Beschlußfähigkeit des Plenums gegeben ist. – Ich kann auf ein erstes Abzählen keine genaue Zahl ermitteln. Ich bin aber der Auffassung, daß zwischenzeitlich 74 Abgeordnete im Saal sind. Wird das angezweifelt?

(Zurufe von den Republikanern: Ja! – Abg. Trageiser REP: Namentlich feststellen! – Gegenruf des Abg. Bebber SPD: Ihr seid nur sauer, weil ihr beim Genossenschaftsverband nicht eingeladen seid! – Heiterkeit)

Zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Weimer.

Abg. Weimer SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum einige Kollegen – ich will das ganz offen sagen – im Moment nicht anwesend sind, hat den Grund, daß für heute abend beim Genossenschaftsverband Baden-Württemberg ein parlamentarischer Abend vorgesehen ist.

(Abg. Seimetz CDU und Abg. Pfister FDP/DVP: Und bei der Ärztekammer!)

(Weimer)

Wir gingen bei der Aufstellung der Tagesordnung davon aus, daß sie um 20 Uhr abgewickelt sein würde. Nachdem sich die Sitzung durch die heute morgen geführte Aktuelle Debatte über den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg erheblich in die Länge gezogen hat, war klar, daß wir den Zeitpunkt 20 Uhr alle miteinander nicht mehr halten können. Deswegen haben sich die FDP/DVP und die Grünen freundlicherweise bereit erklärt, zwei Tagesordnungspunkte zurückzuziehen.

(Abg. Trageiser REP: Wir haben als erste einen zurückgezogen!)

– Ja, ich bedanke mich ausdrücklich dafür, daß Sie soviel Verständnis aufgebracht haben.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Gleichwohl wäre es sinnvoll gewesen, jetzt nicht dieses – entschuldigen Sie bitte – Theater zu veranstalten, sondern die Tagesordnung in aller Normalität abzuwickeln.

(Beifall des Abg. Dr. Repnik CDU)

Deshalb möchte ich beantragen, daß eine weitere Unterbrechung um 10 Minuten vorgenommen wird, damit die Kollegen, die jetzt informiert und hierher ins Plenum unterwegs sind, ebenfalls an der noch ausstehenden Abstimmung teilnehmen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

(Zurufe: Präsident!)

Es ist ein guter Brauch des Parlaments, den Dialog mit der Bevölkerung zu pflegen.

(Zuruf von den Republikanern: Richtig! Alles einwandfrei!)

Dafür dienen in Vereinbarung mit der Landtagsverwaltung und den Fraktionen die sogenannten parlamentarischen Abende.

Der Genossenschaftsverband als ein Verband auch der kleineren Betriebe und der Mittelständler, die Sie hier so oft zitieren, legt großen Wert darauf, einmal im Jahr mit dem Parlament im Gespräch zu bleiben. Dafür wurde vor mehreren Monaten der heutige Abend anberaumt. Einvernehmlich mit dem Landtag wurde der Beginn auf 20 Uhr festgelegt. Das ist der Ausgangspunkt.

Jetzt kann man entweder sagen, die Genossenschaftler seien uns egal, oder aber man kann sagen, 20 Uhr sei als Beginn für einen Abend der Begegnung zu früh, oder man kann sagen, im Rahmen der Arbeitsbelastung von Parlamentariern versuche man, das Beste daraus zu machen. Je-

denfalls habe ich bis zur Stunde noch von niemandem gehört, daß er den Kontakt über einen parlamentarischen Abend mit einer wichtigen Gruppe der Gesellschaft abbrechen möchte.

Wenn dem so ist, dann braucht man eine Planung. Die Planung im Präsidium war so gewesen, daß wir alle dachten, wir würden die Tagesordnungspunkte des heutigen Tages mit Beratung und Entscheidung darüber im normalen Zeitablauf abwickeln und wären bis 20 Uhr fertig.

Wenn nun durch die Beteiligung aller Fraktionen die wichtige Wirtschaftsdebatte heute morgen länger dauerte, dann haben nach meinem Dafürhalten und nach Treu und Glauben alle Fraktionen das Recht und die Pflicht, daran mitzuwirken, daß wir möglichst alles unter einen Hut bekommen. Einige Fraktionen haben deswegen Tagesordnungspunkte gestrichen. Besten Dank dafür. Von meiner Fraktion standen keine weiteren Punkte auf der Tagesordnung. Wir hätten sie sonst zurückgestellt. Wir haben also alles getan. Mehr war nicht möglich gewesen.

Jetzt haben die Verbandsvertreter des Genossenschaftswesens – ich vermute, das sind 40 oder 50 Ansprechpartner aus den Bereichen Landwirtschaft, Handwerk, Banken und Mittelstand aus ganz Württemberg, die über mehrere Stunden hinweg angefahren gekommen sind – mit dem Argument, Volksvertreter sprechen zu können, auf 20 Uhr eingeladen. Sie sind bereits seit 20 Uhr drüben. Daraufhin haben alle Fraktionen, so scheint mir, mit einer Ausnahme, gesagt: Laßt uns pragmatisch und sinnvoll vorgehen. Ein Teil geht hinüber und stellt sich dem Gespräch mit einer wichtigen Gruppe der Bevölkerung beim parlamentarischen Abend. – Ich habe nachgefragt: Etwa 25 Kollegen, Herr Dr. Schlierer, sind deswegen drüben beim Genossenschaftsverband, und etwa fünf Kollegen sind drüben beim zweiten parlamentarischen Abend, von dem Sie wissen und zu dem Sie eingeladen sind, nämlich dem Ihrer Kollegenschaft, der Ärztekammer.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Da wäre ich auch gerne hingegangen, aber ich bin hier!)

Es gibt Arbeitsteilung. Ich bin auch hier. Aber Mitglieder meiner Fraktion nehmen die Gelegenheit wahr, diese Einladung, die abgestimmt ist, anzunehmen. Also haben maximal diejenigen eine Möglichkeit, diese pragmatische Vorgehensweise zu stören, die aus der Miesepeter-Fraktion mit Dickköpfen wie Kollege Deuschle vorstellig werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Eindeutig, eindeutig. Kleinkarierte Formaljuristen haben die Möglichkeit, jetzt für Aufsehen zu sorgen. Wer den Tag über versagt, hat am Abend die Möglichkeit, nachzuholen, was versäumt wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Weimer SPD: Sehr gut! – Unruhe bei den Republikanern)

Was bringt es uns? Was hätte es gebracht, wenn alle kadettenhaft herumsitzen würden wie Sie, Herr Dr. Schlierer?

(Oettinger)

(Unruhe bei den Republikanern)

Dann wäre das Gremium der Genossenschaftsvertreter und wären die Vertreter der Landesärztekammer allein. Dies würde mit Sicherheit Parteienverdrossenheit nicht mindern, sondern mehren.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr richtig!)

Das würde mit Sicherheit den nächsten parlamentarischen Abend gar nicht mehr oder erst um 22 Uhr eröffnen lassen. Das würde mit Sicherheit den Sachverstand des Gremiums nicht mehren. Uns tut aber der Sachverstand des Genossenschaftsverbandes gut. Uns tut auch der Sachverstand der Ärztekammer gut. Ich vermute, daß Sie sich abschließend für Ihr weiteres parlamentarisches Leben sachkundig gemacht haben. Deswegen können Sie alle locker hiersitzen und versuchen,

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

uns nach der Marke Miesepeter hier vorzuführen. In Ordnung, in Ordnung. Aber wir werden uns erlauben, in Zukunft – –

(Abg. Deuschle REP: Sie haben uns hier als menschenfeindlich bezeichnet! Dann müssen Sie sich auch einmal etwas anderes gefallen lassen! – Gegenrufe von der CDU und der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten – Anhaltende Unruhe)

– Herr Kollege Deuschle, Sie persönlich würde ich gar nicht für so wichtig nehmen, um dieses Wort zu gebrauchen. Sie nicht.

(Abg. Deuschle REP: Scheinbar!)

Sie sind für mich eine Quantité négligeable, wenn ich es einmal so sagen darf, mit vorübergehendem Stimmrecht im Parlament.

(Abg. Trageiser REP: Ist das Ihr Beitrag zur Geschäftsordnung, oder was?)

Aber sei's drum. Klar muß sein, ab sofort wird der Landtagspräsident, meine Damen und Herren,

(Unruhe)

kaum mehr in der Lage sein, vorausschauend mit Gruppen der Bevölkerung parlamentarische Abende zu vereinbaren. Ich werde in Zukunft in meine Antwort auf Einladungen hineinschreiben: Verehrte Vertreter der Ärzteschaft, verehrte Vertreter des Genossenschaftswesens, wir wären bereit dazu, aber wir wissen nicht, ob die Republikaner gesprächsfähig sind. Wir bitten Sie dringend, zunächst mit dem Vertreter der Republikaner Kontakt aufzunehmen und abzuklären, ob eine pragmatische Arbeitsteilung im parlamentarischen Alltag möglich ist.

(Abg. Trageiser REP: Vielleicht machen Sie das nächste Mal die Absprache mit allen Fraktionen! – Unruhe)

Deshalb lautet mein herzlicher Vorschlag: Gehen Sie dringend in sich und prüfen Sie, ob Sie auf einem Weg sind, das Ansehen des Landtags in der Bevölkerung und das Interesse von Gruppen der Bevölkerung am Gespräch mit dem Landtag zu mehren, oder ob Sie sich auf einem formaljuristisch hohen Roß selbst zu Tode reiten. Ich kann nur sagen: Ich werde gerne morgen dem Parlament und der Öffentlichkeit schriftlich die Anzahl der Kollegen, die hiergeblieben sind, nennen.

(Abg. Rapp REP: Es müßten immer noch 115 sein!)

Ich werde gerne darüber hinausgehend die Kollegen nennen, die um 20.15 Uhr beim Genossenschaftsverband waren, und die, die um 20.15 Uhr bei der Ärztekammer waren. Dann werden Sie feststellen, daß der Eindruck, den Sie erreichen wollen, als ob wir unseren Pflichten nicht nachkämen,

(Zuruf von den Republikanern: So ist es!)

nicht stimmt, sondern daß sich das Parlament in seiner Gänze bemüht, dem parlamentarischen Ablauf gerecht zu werden und trotzdem den Kontakt zu den Bürgern nicht zu verlieren.

Jedenfalls kann ich für uns sagen: Wir würden gern auch in Zukunft Plenarsitzungstage abends nach 20 Uhr, vereinbart mit dem Präsidenten, so nutzen, daß wir nach zehn Stunden parlamentarischer Arbeit – heute haben wir das hinter uns – Gelegenheit finden, Bürgervertretern und Verbänden das Recht und die Möglichkeit zum Gespräch mit uns zu geben.

(Zuruf von den Republikanern: Machen Sie Schluß, Herr Oettinger!)

Deswegen glaube ich – Herr Kollege, das sind die ersten Worte von Ihnen im Parlament, die ich gehört habe; ich begrüße Sie herzlich als neuen Volksvertreter –, daß Sie selber auf Dauer dem Parlament schaden und daß Sie auch im Grunde genommen gut beraten wären, jetzt einen geordneten Rückzug anzutreten. Ich würde mir wünschen, daß Sie nach Absolvierung der Tagesordnung gemeinsam mit uns bei den beiden parlamentarischen Abenden vertreten wären. Den Sachverstand von dort hätten Sie dringend nötig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Zuruf von den Republikanern)

Stellv. Präsident Straub: Ich erteile Herrn Abg. Pfister das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Minister Birzele: Die Vorgabe ist 10 Minuten!)

Die Kollegen Abgeordneten der Republikaner – ich mache Ihnen da keinen Vorwurf – können nicht wissen, daß das nun wirklich auch ein Stück weit Gewohnheitsrecht ist,

(Pfister)

was der Kollege Oettinger als parlamentarische Arbeitsteilung bezeichnet hat.

(Abg. Deuschle REP: Ach ja!)

Parlamentarische Tätigkeit, Herr Dr. Schlierer, besteht natürlich darin – das ist ganz wichtig –, an den beiden Plenartagen im Monat im Parlament parlamentarische Arbeit zu tun. Aber das allein ist längst nicht die Aufgabe, die wir Parlamentarier haben. Eine weitere Aufgabe muß darin bestehen, soweit wie möglich Kontakt zu den gesellschaftlichen Gruppen in der Öffentlichkeit zu halten.

Deshalb ist es, solange ich denken kann, parlamentarischer Brauch, daß parlamentarische Abende durchgeführt werden. Nun kann man natürlich auf die Idee kommen, zu fragen: Muß es unbedingt sein, daß solche parlamentarischen Abende immer im Anschluß an Plenarsitzungen stattfinden? Es gibt durchaus ernstzunehmende Meinungen, die davon ausgehen, eigentlich müßten solche Abende an einem anderen Tag stattfinden. Dieses Argument kann man ernst nehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nur, Herr Dr. Schlierer, ich weise Sie darauf hin: Sinn solcher parlamentarischen Abende ist es natürlich nicht, daß nur ein Vertreter einer Fraktion anwesend ist. Diese parlamentarischen Abende haben vielmehr den Sinn, daß möglichst viele Fraktionsvertreter teilnehmen, um sich auf diese Art und Weise entsprechenden Sachverstand zu holen und Kontakte zu knüpfen.

Dies war der Grund dafür, daß in der Vergangenheit die parlamentarischen Abende immer an den Schluß einer Plenarsitzung gesetzt wurden. Ich finde das eine durchaus gute Übung, die wir beibehalten sollten.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie wird allerdings nur dann möglich sein, wenn in der Zukunft ein Konsens darüber besteht, daß diese pragmatische Arbeitsteilung durchgehalten wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

– Meine Redezeit ist ohnehin abgelaufen. Vielen Dank für Ihren Beifall.

(Heiterkeit und Beifall)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Dr. Geisel.

Abg. Dr. Geisel SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ließe sich jetzt über parlamentarische Gepflogenheiten vieles sagen.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist nicht nötig!)

Ich gehöre diesem Hohen Hause seit 20 Jahren an. Ein derartiges Kasperletheater wie am heutigen Abend, inszeniert

von den Republikanern, habe ich in dieser Zeit nicht erlebt.

(Beifall bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN – Abg. Weimer SPD: Lausbuben sind das!)

Ich will nur noch eine Bemerkung machen. Es ist darauf hingewiesen worden, daß heute abend nicht nur ein parlamentarischer Abend der Landesärztekammer, sondern insbesondere des Genossenschaftsverbandes stattfindet, eines Verbandes, in dem kleine Handwerker,

(Abg. Oettinger CDU: So ist es!)

Bauern

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

und Kleinunternehmer zusammengeschlossen sind, alles Kreise, die in der heutigen Zeit hart um ihre Existenz ringen,

(Beifall bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

die um ihre Existenz in einer Zeit ringen, wo von allen Seiten Bedrohungen kommen. Ich meine, es gehört zu den vornehmsten Pflichten von Parlamentariern, sich diesen Bevölkerungskreisen zu stellen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Wer sich dieser Pflicht entzieht, meine Damen und Herren von den Republikanern, der hat seine Aufgabe als Parlamentarier nicht erkannt, sondern der hat sie verfehlt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Deshalb finde ich es eine schlimme Sache, daß man heute abend noch eine solche Geschichte inszeniert. Damit wird dem Parlamentarismus kein guter Dienst erwiesen. Sie, meine Damen und Herren von den Republikanern, haben wieder einmal bewiesen, daß Sie keine Parlamentarier, sondern daß Sie Antiparlamentarier sind. Dies ist erwiesen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Trageiser. – Wenn Herr Abg. Trageiser das Wort nicht ergreift, erteile ich das Wort Herrn Abg. Kurz.

Abg. Kurz CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich möchte jetzt nicht mehr allzulange reden. Ich möchte nur dem Kollegen Geisel Dank sagen, der jetzt hier den Nagel auf den Kopf getroffen hat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

(Kurz)

Man muß wirklich bedenken, an welchen Punkten Sie diese Sitzung unterbrochen haben.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Wir waren hier bei den Punkten 1 bis 9 der Tagesordnung anwesend, und wir haben mit der Mehrheit des Hauses auch noch diese Aktuelle Debatte zum Thema Mafia, die Sie beantragt haben, durchgestanden.

(Abg. Deuschle REP: Danke schön!)

Wir haben unterbrochen bei Beschlußempfehlungen, bei solchen Punkten, wo die einzelnen Themen in den Ausschüssen und in den Fraktionen längst durchberaten und beschlossen waren. Daß man bei diesen Punkten hier diesen Antrag stellt, das zeigt die ganze Unverhältnismäßigkeit, die Sie für den Parlamentarismus aufbringen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

(Abg. Oettinger CDU: Er will den Saal leerreden!
– Abg. Scheuermann CDU: Entschuldigen können Sie sich noch! – Abg. Drexler SPD: Das ist das einzige, was wir jetzt noch hören wollen!)

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Sie hier Belehrungen über Parlamentarismus erteilen und mir das Wort nicht gestatten wollen, dann richten Sie sich selbst.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich will jetzt zu einzelnen Punkten, die erwähnt wurden, kurz Stellung nehmen, soweit sie hier auch die Geschäftsordnung betreffen.

Wissen Sie, Herr Oettinger, wenn Sie oberlehrerhaft verkünden, was richtig und was falsch ist, und dann noch zum Rückzug aufrufen, dann haben Sie offensichtlich keine Grundkenntnisse in der Psychologie. Wenn Sie wirklich jemanden zum Rückzug aufrufen wollen, dann können Sie das so gerade nicht machen. Das sollten Sie sich einmal merken. Das geht so ganz bestimmt nicht.

Ich möchte zu der Frage der Anwendung des § 80 der Geschäftsordnung nur soviel sagen: Zumindest gibt es so etwas wie eine Präsenzpflcht in einer Plenarsitzung. Davon darf ich ausgehen.

(Abg. Bebber SPD: Rein formale Beschlüsse sind noch zu fassen!)

– Das sind keine Formalia, sondern das hat einen guten Grund. Sonst stünde es auch nicht in der Geschäftsordnung.

(Beifall bei den Republikanern)

Zum anderen wird uns hier der Vorwurf gemacht, wir führ-

ten ein Kasperletheater auf. Dazu kann ich nur sagen: Vorhin haben sich einige wie Kasperle benommen, und zwar hier drüben die Zwischenrufer.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich sehe durchaus ein, daß man diese parlamentarischen Abende anschließend macht. Das Argument ist durchaus interessant. Nur würde ich Ihnen empfehlen, solche Dinge einer neuen Fraktion beispielsweise im Rahmen der Präsidiumssitzung klarzulegen. Sie können von mir nicht erwarten, daß ich ungeschriebenes Gewohnheitsrecht, das Sie zu erwähnen nicht für notwendig halten, einfach akzeptiere. Das tue ich nicht.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich finde es auch merkwürdig, daß Sie sich darüber echauffieren, daß noch eine Aktuelle Debatte über die Mafia geführt wurde. Nicht wir haben das als einen der letzten Punkte auf die Tagesordnung gesetzt, sondern das Präsidium. Es war doch vorausberechenbar, daß dieses Thema wahrscheinlich erst um diese Tageszeit debattiert würde.

(Zurufe von der SPD)

Hören Sie doch bitte auf, so zu tun, als wüßten Sie nicht, wovon Sie reden. Sie haben doch weitaus mehr Erfahrung bei der Abschätzung der Zeiten als wir, wenn Sie im Präsidium eine Tagesordnung zusammenstellen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Es geht doch um den Antrag Deuschle! Der war doch später!)

– Beispielsweise hat sich Herr Kurz praktisch darüber beschwert, daß um diese Tageszeit noch die Aktuelle Debatte geführt wurde.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Dr. Schlierer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Köder?

Abg. Dr. Schlierer REP: Ja.

Abg. Köder SPD: Herr Schlierer, ist Ihnen klar, daß Sie wegen der Abstimmung, der Sie so große Bedeutung beimessen, dem Parlament die Unhöflichkeit zumuten, Sitzungen mit Verbänden zu unterbrechen? Ist Ihnen klar, daß es bei der Abstimmung nur um die Frage geht, ob das Parlament von einer Vorlage Kenntnis nimmt? Halten Sie das für angemessen?

Abg. Dr. Schlierer REP: Sie betonen das Gespräch mit dem Bürger, mit den Verbänden. In der Präsidiumssitzung beispielsweise hat diese Frage keine Rolle gespielt. Das ist nicht besprochen worden. Ich war bei der Präsidiumssitzung dabei.

(Abg. Schrempp SPD: Das ist doch nicht Sache des Präsidiums!)

– Wenn die Tagesordnung zusammengestellt wird, sicher.

(Dr. Schlierer)

Der parlamentarische Abend mit der Ärztekammer hat bereits um 19 Uhr begonnen. Da war wohl von vornherein klar, daß das nicht zusammenpassen würde.

(Abg. Alfred Haas CDU: Deswegen sind wir auch noch da!)

Wir bemühen uns als Fraktion, noch dazubleiben, weil es im Parlament unserer Meinung nach eine Präsenzpflcht gibt. Das steht doch schließlich in der Geschäftsordnung. Das können Sie uns nicht zum Vorwurf machen.

(Beifall bei den Republikanern)

Wenn Sie bei Abstimmungen die Beschlußfähigkeit von der Verhältnismäßigkeit abhängig machen wollen, führen Sie etwas ein, was in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen ist. Damit wird allen möglichen Bewertungen Tür und Tor geöffnet. Wer stellt denn fest, was verhältnismäßig ist und was nicht?

Ich empfehle Ihnen aufgrund des heutigen Vorgangs zwei Dinge: Sprechen Sie mit uns, beispielsweise auch bei der Zusammenstellung der Tagesordnung. So ein Gespräch hat in der letzten Zeit in dem Sinn nicht stattgefunden. Auf anderer Ebene wurden Absprachen getroffen und wir vor die vollendeten Tatsachen gestellt.

Ich rege an, zu überlegen, ob diese Art der Terminierung und der Zusammenstellung der Tagesordnung sinnvoll ist.

(Abg. Alfred Haas CDU: Beschlußempfehlungen sind immer am Schluß!)

– Darum geht es nicht. Es geht darum, was in eine Tagesordnung aufgenommen wird, obwohl man sich schon ausrechnen kann, daß es zeitlich nicht hinhaut.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Vorredner hat gerade davon gesprochen, man müsse die Präsenzpflcht wahrnehmen. Ich möchte zum Eingang nur feststellen, daß die Parlamente, in denen diese Präsenzpflcht herrscht und von den Abgeordneten strikt und diszipliniert regelmäßig eingehalten und per Abstimmungsmaschinerie demonstriert wird, nicht unbedingt die Parlamente sind, denen man üblicherweise das größte Maß an Freiheit, Repräsentanz der Bevölkerung und von Bürgerwerten nachsagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von daher sollten Sie sich noch einmal überlegen, Herr Schlierer, ob Sie wirklich meinen, Sie könnten das Parlament hier über den Leisten irgendeiner militärischen Disziplin schlagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei den Republikanern)

Zum zweiten: Herr Schlierer, ich sage das hier im Plenum zum ersten Mal, aber ich habe es schon bei verschiedenen Gelegenheiten wahrgenommen: Irgendeiner aus Ihrer Truppe veranstaltet hier etwas, was auch Ihnen – und das merkt man dann Ihrer ganzen Körperhaltung an – letztlich nicht ganz recht ist. Aber noch nicht ein einziges Mal haben Sie es geschafft, hinterher hinzustehen und zu sagen: „Entschuldigen Sie!“ oder „Ich teile das nicht“ oder zum Ausdruck zu bringen, daß es bei den Republikanern einen intelligenten Menschen hier im Parlament gäbe,

(Lachen bei den Republikanern)

der in der Lage wäre, die Spielregeln des Parlaments nicht nur im Munde zu führen, sondern auch pragmatisch zu respektieren.

(Unruhe)

Die Spielregeln des Parlaments gründen sich auf das Prinzip der Arbeitsteilung, und dieses Prinzip der Arbeitsteilung lebt ein ganzes Stück weit von der Praxis der Kulanz und der gegenseitigen Rücksichtnahme.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Daran werde ich Sie erinnern, Herr Bütikofer! Verlassen Sie sich darauf! Genau das vermisste ich! Da müssen Sie noch eine Bringschuld erbringen!)

Davon haben auch Sie, Herr Schlierer, in der kurzen Zeit, in der Sie hier präsent sind, schon üppigen Gebrauch gemacht. Ich möchte Sie nur daran erinnern, daß im Präsidium bei mehreren von Ihnen eingebrachten Anträgen durchaus strittig war, ob sie die formalen Erfordernisse der Geschäftsordnung erfüllten.

(Abg. Oettinger CDU: Sehr richtig!)

Trotzdem hat sich das Präsidium jeweils entschieden, Ihnen die Gelegenheit zu geben, mit diesen Themen im Plenum präsent zu sein –

(Abg. Dr. Schlierer REP: Das war ein Fall mit einer Aktuellen Debatte! Ein einziger Fall!)

über das hinaus, was formal nach der Geschäftsordnung erforderlich gewesen wäre.

Ich meine, angesichts dieses Umgangs des Parlaments mit Ihnen sollten Sie nicht so großtönend auf die Praxis der Kulanz herabsehen.

Ich werde mich nicht denen anschließen, die jetzt beklagen, Sie hätten dem Parlament keinen guten Dienst erwiesen, weil ich gar nicht weiß, ob das Ihre Absicht ist und ob Sie durch solch gute Dienste Ihren Verbleib hier eventuell verlängern wollen. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß man sich vor einer öffentlichen Debatte darüber, warum zu einem so späten Zeitpunkt am Tage angesichts der noch anstehenden Tagesordnungspunkte nicht mehr alle Abgeordneten im Hause präsent sind, wirklich nicht fürchten muß. Diejenigen, die sich wichtig gemacht haben, werden in der öffentlichen Debatte automatisch auf das richtige

(Bütikofer)

Maß reduziert. Es gibt den schönen chinesischen Spruch: Der Stein, den sie erhoben haben, wird ihnen auf ihre eigenen Füße fallen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich überbringe die Grüße

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der Landesregierung!)

des Württembergischen Genossenschaftsverbandes – Raiffeisen/Schulze-Delitzsch e. V.

(Lachen bei den Republikanern)

Es entspricht einer langjährigen Tradition, meine Damen und Herren, daß sich diese Leute, die selbst einen langen Arbeitstag haben, dazu bereit erklären, mit Parlamentariern ins Gespräch zu kommen. Es ist grob unhöflich, eine solche langjährige Tradition zu verletzen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Die Betreffenden, die das heute abend anrichten mußten, sollten sich vielleicht einmal überlegen, welcher Dienst damit dem Parlamentarismus geleistet wird. Ich möchte Sie auffordern, in der Zukunft solche Spielchen zu unterlassen. Wir werden zu dem heutigen Treffen des Genossenschaftsverbandes zurückgehen und werden uns, da Sie selbst dazu nicht imstande sind, dafür entschuldigen, daß es zu diesem Vorfall kommen mußte.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Sehr richtig! – Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Wettstein.

(Abg. Oettinger CDU: Das hat sich erledigt!)

Das Wort erteile ich dann Herrn Abg. Trageiser.

(Unruhe)

Abg. Trageiser REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Heftigkeit, mit der Sie alle über uns herfallen und hier auf diese Geschäftsordnungsattacke von uns reagieren,

(Lachen bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP)

zeigt uns, wie richtig und genau wir getroffen haben.

Wenn Sie glauben, daß Sie eine Aktuelle Debatte an den Schluß der Tagesordnung setzen – –

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Die war doch schon zu Ende! – Unruhe)

– Ich habe Zeit. Ich kann so lange warten, bis Sie ruhig sind. – Wenn Sie glauben, daß Sie eine von uns beantragte Aktuelle Debatte an den Schluß der Tagesordnung setzen können, dann nur noch ein Viertel dieses Plenums anwesend ist und der größte Teil davon unseren Redner und uns anpöbelt – in einer Art und Weise, wie sie sicher diesem Parlament nicht angemessen ist –,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dann müssen Sie sich darauf einstellen, daß wir – –

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Jetzt kommt die braune Rhetorik doch etwas deutlicher heraus!)

– Sie hören jetzt zu, denn Sie haben vorhin gesprochen; jetzt habe ich das Wort. Wir können noch beliebig lange hier weitermachen, wenn Sie weiter pöbeln.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Aber nicht in jeder Form!)

Wenn Sie glauben, daß wir uns das einfach so gefallen lassen, dann haben Sie sich geirrt. Das war das erste Mal, daß wir Sie dort getroffen haben, wo es Ihnen am meisten wehtut.

(Beifall des Abg. Rapp REP – Abg. Dr. Caroli SPD: Sie können jetzt aufhören!)

Wir können dieses Instrument durchaus weiter anwenden.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Viel Spaß!)

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Trageiser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Birzele?

Abg. Trageiser REP: Aber herzlich gerne.

Abg. Birzele SPD: Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, daß die Aktuelle Debatte entsprechend der Geschäftsordnung an den Schluß der Tagesordnung gesetzt wurde? Worin sehen Sie dann die besondere Verwerflichkeit?

Abg. Trageiser REP: Die Verwerflichkeit sehe ich darin, daß an dieser Debatte praktisch niemand mehr teilgenommen hat, weil Sie es nicht für nötig halten, wirklich hier Präsenz zu zeigen.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Unverschämtheit! – Abg. Weimer SPD: Sie Flegel! – Abg. Dr. Geisel SPD: Sie beleidigen jeden, der dagewesen ist!)

– Ich habe vorhin gesagt, etwa 25 % seien hiergewesen, und die sind natürlich ausgenommen.

(Zuruf von der SPD: Diese Flegelien! – Glocke des Präsidenten – Abg. Weimer SPD: Unverschämt! – Abg. Brigitte Wimmer SPD: Abtreten!)

(Trageiser)

– Ich trete ab, wann ich will, und nicht, wann Sie das hier befehlen. Noch bestimmen nicht Sie, wer hier reden darf und wer nicht.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Es sind genügend Leute da! Sie können jetzt aufhören!)

Wir werden uns in Zukunft grundsätzlich überlegen, ob wir uns entsprechend zur Wehr setzen, wenn Sie mit uns so umgehen, wie Sie das heute nachmittag getan haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen mir nicht mehr vor.

Herr Abg. Deuschle hat die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt. Ich stelle hierzu fest, daß die Beschlußfähigkeit des Hauses gegeben ist.

(Abg. Weimer SPD: Sehr gut!)

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Wir sind bei Tagesordnungspunkt 10.

(Abg. Weimer SPD: Jetzt könnt ihr heim!)

Wir haben über die Behandlung dieser Beschlußempfehlung zu befinden. Ich unterstelle Zustimmung. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

*

Erklärungen zu Protokoll gemäß § 102 Abs. 3 GeschO

Abg. Stächele CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der europäischen Einigungspolitik vollzieht sich mit dem neuen Artikel 23 eine ganz entscheidende verfassungsrechtliche Voraussetzung für die erkennbare Hinwendung zu einer europäischen Innenpolitik.

Überfällig war eine Verfassungsaussage zum Übergang vom nationalen Verfassungsstaat Bundesrepublik Deutschland in einen supranationalen Verfassungsstaat Europäische Union.

Entscheidend ist, daß die Übertragung von Hoheitsrechten auf die europäische Ebene nur noch mit Zustimmung des Bundesrats möglich ist. Der neue Artikel 23 ist den Ländern sehr gewogen, und es war richtig, die Verbindung zur Zustimmung zu Maastricht herzustellen.

Natürlich kommen mit dem umfangreichen Gesetzestext, den verschiedensten Mitwirkungsmöglichkeiten auch ein Stück weit praktische Schwierigkeiten, wenn schnelle Entscheidungen auf Europaebene abverlangt werden. Der kooperative Föderalismus verlangt aber auch, daß Konflikte ausgetragen werden, daß die Verfassung zwar Regeln vorgibt, aber nicht um jeden Preis Erleichterungen schafft.

Für die CDU-Fraktion darf ich sagen, daß wir mit diesem neuen Artikel 23 und der gefundenen Ländermitentscheidung

beim europäischen Integrationsprozeß zufrieden sind. Es ist gewissermaßen der erste Teil der großangelegten Verfassungsreformdiskussion. Wir tun gut daran, auch die weiteren Etappen mit gleicher Aufmerksamkeit zu begleiten. Es geht schließlich um die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Land, die Neugliederung unseres Bundesgebiets, Plebiszite, Staatsziele und anderes mehr. Beim neuen „Europa-Artikel“ hat sich diese offensive Mitwirkung allemal gelohnt.

Abg. Dr. Geisel SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion wird der Beschlußempfehlung des Ständigen Ausschusses zustimmen, allerdings nicht ohne erhebliches Bauchgrimmen und mit leicht geballter Faust in der Tasche. Denn die nunmehr in der Verfassungskommission gefundenen Formulierungen zur Neufassung des Artikels 23 des Grundgesetzes und der Entwurf eines Ausführungsgesetzes können beim besten Willen nicht als besonders länderfreundlich bezeichnet werden.

Positiv ist zweifellos zu werten, daß Beteiligungsrechte der Länder über den Bundesrat in Fragen der Europäischen Union nunmehr verfassungsrechtlich abgesichert werden sollen. Auch die grundsätzliche Möglichkeit der Wahrnehmung von Rechten durch Vertreter der Länder im Rahmen der Europäischen Union, soweit im Schwerpunkt ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betroffen sind, ist zu begrüßen.

Freilich darf in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, daß die ursprünglichen Vorschläge, insbesondere die des Bundesrats, bei der endgültigen Formulierung von Artikel 23 nur in sehr verwässerter Form realisiert worden sind.

Nur zwei Beispiele seien genannt. Ursprünglich war vorgesehen, in den Bereichen, in denen im Schwerpunkt Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betroffen sind, diesen eine wesentliche Einflußnahme zuzubilligen. Im jetzt verabschiedeten Artikel 23 des Grundgesetzes ist in Absatz 4 nur von einer maßgeblichen Berücksichtigung der Auffassung der Bundesländer die Rede. Auch die Vertretungsregelung durch einen Ländervertreter nach Absatz 5 des neu formulierten Artikels 23 bleibt erheblich hinter den ursprünglichen Vorstellungen und Vorschlägen des Bundesrats zurück.

Es hat sich gezeigt, daß in der gemeinsamen Verfassungskommission bei der Endformulierung des Artikels 23 des Grundgesetzes jene Kräfte die Oberhand gewonnen haben, denen starke Länder innerhalb der Bundesrepublik Deutschland suspekt erscheinen. Diese Feststellung erhält zusätzliches Gewicht, wenn man in diesem Zusammenhang die kürzlichen Entscheidungen der gemeinsamen Verfassungskommission zur zukünftigen föderativen Struktur der Bundesrepublik und zur Gesetzgebungsverteilung zwischen Bund und Ländern in Rechnung stellt.

Die Hoffnungen, Erwartungen und Forderungen gerade des Landtags von Baden-Württemberg in dieser für die Länder so entscheidenden Frage sind in einer völlig unzureichenden Weise berücksichtigt worden. Von einer Stär-

(Dr. Geisel)

kung des Föderalismus kann nach diesen Beschlüssen kaum die Rede sein.

In diesem Zusammenhang ist es auch interessant, wie die Berücksichtigung von Länderinteressen in anderen Staaten vergleichbarer Verfassungsstruktur geregelt wird. So hat beispielsweise unser Nachbarland Österreich, das bisher nicht der EG angehört, in seiner Bundesverfassung und in einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den österreichischen Bundesländern gesetzlich festgelegt, daß in den Fällen, in denen dem Bund eine einheitliche Stellungnahme der Länder zu einem Vorhaben im Rahmen der europäischen Integration vorliegt, das Angelegenheiten betrifft, die die ausschließliche Ländergesetzgebung berühren, der Bund bei Verhandlungen und Abstimmungen an diese Stellungnahme gebunden ist und nur aus zwingenden außen- und integrationspolitischen Gründen von dieser Stellungnahme abweichen darf. Von solchen länderfreundlichen Regelungen können wir nur träumen.

Zum Schluß noch ein kurzes Wort zu dem vorgelegten Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum neu formulierten Artikel 23 des Grundgesetzes.

Zu Recht hat hier der Bundesrat eine Reihe schwerwiegender Bedenken gegen einzelne Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs geltend gemacht. So erscheint beispielsweise die Automatik in § 5 dieses Gesetzes unzureichend. Sie erklärt im Falle fehlenden Einvernehmens die Stellungnahme des Bundesrats in ausschließlichen Länderangelegenheiten nur dann für maßgebend, wenn das gegenläufige Votum der Bundesregierung mit Zweidrittelmehrheit überstimmt wird.

Wir gehen davon aus und erwarten, daß sich die Landesregierung bei den weiteren Beratungen im Bundesrat mit Nachdruck dafür einsetzen wird, daß die ohnehin nur beschränkten Einflußmöglichkeiten der Länder im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses gewahrt und soweit wie möglich verbessert werden.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ständige Ausschuß schlägt vor, das Schreiben des Staatsministeriums zur Bundesratsdrucksache 501/92 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Gegen die Kenntnisnahme ist natürlich nichts einzuwenden, aber die Zustimmung können wir den in der oben genannten Drucksache enthaltenen Grundgesetzänderungen nicht geben.

Ich will dies für meine Fraktion kurz begründen.

Erstens: Wir lehnen die Neufassung des Artikels 23 des Grundgesetzes in der vorgelegten Fassung ab. Unbeschadet der wünschenswerten Erhaltung föderativer Strukturen sehen wir in der in Absatz 5 vorgesehenen Außenvertretungsbefugnis einen gefährlichen Weg bei der Vertretung nationaler Interessen im europäischen Kontext, da hieraus zwangsläufig eine Schwächung deutscher Positionen resultieren wird.

Zweitens: Wir lehnen die mit der Einfügung des Satzes 3 in Artikel 28 Abs. 1 des Grundgesetzes vorgesehene Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer ab. Wir halten diesen Schritt des Verfassungsgesetzgebers auch unter Beachtung der Entscheidung des Zweiten Senats des Bun-

desverfassungsgerichts vom 31. Oktober 1990 für verfassungsrechtlich bedenklich.

Drittens: Die für Artikel 88 des Grundgesetzes vorgesehene Ergänzung halten wir für unannehmbar. Die währungs- und notenpolitischen Rechte müssen nach unserer Auffassung in der Hand der Deutschen Bundesbank bleiben. Die jüngsten Einbrüche im europäischen Währungssystem haben bereits jetzt das Scheitern der im Maastrichter Vertrag in Artikel 105 vorgesehenen gemeinsamen Währungspolitik drastisch vor Augen geführt. Wir halten es für unvermeidbar, eine währungspolitische Totgeburt reanimieren zu wollen. Der Zugriff auf unsere Währung muß der Deutschen Bundesbank vorbehalten bleiben.

Nach alledem lehnen wir die Beschlußempfehlung ab.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion GRÜNE hat für diesen Tagesordnungspunkt eine kurze Redezeit beantragt, weil wir der Auffassung sind, daß anlässlich dieser Beschlußempfehlung im Parlament darüber gesprochen werden muß, in welcher Weise der Bund auf die Forderungen auch dieses Landtags nach einer starken Einbindung der Länder in den europäischen Einigungsprozeß reagiert.

Aus der Reihe der Grundgesetzänderungen, die mit dem Gesetzentwurf, den wir hier zur Kenntnis nehmen, beabsichtigt sind, ragt sicherlich der neue Artikel 23 an Bedeutung heraus. Mit diesem Artikel gedenken Bundesregierung und Bundestag eine differenzierte Ländermitwirkung am Prozeß der Europäischen Union verfassungsrechtlich zu verankern. Es steht noch dahin, ob sich das aus dem Bundestag hierzu zu vernehmende Gegrummel zu einer richtigen Blockade auswächst. Sollte dies der Fall sein, so könnten wir nur die Landesregierung darin bestärken, an dem im Bundesrat – wenn ich recht sehe – von allen Seiten artikulierten Junktum zwischen der Maastricht-Ratifizierung, diesem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes und dem noch zu behandelnden Ausführungsgesetz zu Artikel 23 (neu) des Grundgesetzes festzuhalten.

In der FAZ hat unlängst Professor Everling die Formulierung des Artikels 23 (neu) problematisiert. Seine Kritik läßt sich dahin zusammenfassen, dieser Artikel sei Bestandteil eines mehr oder weniger offenen Bemühens um Renationalisierung der Politik, die sich nach wie vor des schönen Scheins wegen mit emphatischen Bekenntnissen zur politischen Union schmückt. Im Grundsatz teile ich die Befürchtungen dieses Kritikers; ich denke, im Maastrichter Vertrag selbst ist an mehreren Stellen deutlich erkennbare Abkehr von der bisherigen Integrationspolitik zugunsten von Ansätzen der Renationalisierung zu identifizieren. Keinesfalls aber darf eine solche Kritik zum argumentativen Schlagetot gegen das berechtigte Verlangen unserer föderalen Ebene am Einigungsprozeß mißbraucht werden.

Vergleicht man den vorliegenden Gesetzentwurf mit den von der Verfassungskommission des Bundesrats einstimmig formulierten Forderungen der Länder, dann zeigt sich, daß die Länder bereits vor Eintritt in das Gesetzgebungsverfahren dem Bund weitreichende Zugeständnisse gemacht haben. Besonders problematisch ist in diesem Zusammenhang die Regelung, wonach die praktisch nur in

(Bütikofer)

einer Minderzahl der für die Länder wichtigen Fälle nun zulässige Vertretung der Bundesrepublik im Rat durch eine Vertreterin oder einen Vertreter der Länder durch den Bund nur eingeräumt werden soll. Ich weiß nicht, an wie vielen Stellen ansonsten im Grundgesetz Soll-Bestimmungen enthalten sind, und eine solche Soll-Bestimmung entspricht sicherlich nicht dem Verlangen nach klarer Kompetenzabgrenzung in der Verfassung. Politisch bedenklich ist jedoch, daß hier ein Einfallstor für langwierige, möglicherweise erst in Karlsruhe juristisch zu entscheidende Auseinandersetzungen geschaffen wird, die sich negativer auf die Handlungsfähigkeit auswirken könnten als eine klar definierte und eindeutige Vertretungsregelung zugunsten der Länder. Noch an anderer Stelle finden sich im Artikel 23 unbestimmte Rechtsbegriffe, die für eine Verrechtlichung politischer Fragen Anlaß bieten könnten. Ich befürchte, daß der mangelnde politische Mut des Bundes, hier mit dem Föderalismus in neuer Weise Ernst zu machen, die Regelungen zur Länderbeteiligung von daher mit einer unkalkulierbaren Hypothek belasten könnte.

Das Ausführungsgesetz zu Artikel 23, das hier nicht formal Gegenstand ist, das aber zur Bewertung der vorliegenden Grundgesetzänderungen unverzichtbar ist, wurde im Bundesrat bisher nur von den Ausschüssen beraten. Gleichwohl deuten die zahlreichen Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Bundesregierung, die die Bundesratsausschüsse beschlossen haben, hier einen harten Konflikt an. Ich möchte insbesondere vier Punkte hervorheben.

Erstens: Es ist völlig unbefriedigend, daß in den Fällen, in denen die Auffassung der Länder nach Artikel 23 (neu) maßgeblich zu berücksichtigen ist, nach dem Ausführungsgesetz nur eine Zweidrittelmehrheit im Bundesrat zum Zuge kommen kann. Praktisch heißt das: Ein auf dem Papier gut klingendes Beteiligungsversprechen wird sich, von ganz wenigen Fällen abgesehen, regelmäßig als ungedeckter Scheck erweisen. Vor diesem Hintergrund halte ich es für richtig, daß der Bundesrat darauf besteht, nicht auch noch dort von der maßgeblichen Berücksichtigung seiner Auffassung ausgeschlossen zu werden, wo der Bund von seinem Recht auf Rahmengesetzgebung innerstaatlich gar keinen Gebrauch gemacht hat.

Zweitens: Für ganz unverzichtbar und für eine wirksame Bremse gegen die weitere Auszehrung der Länderkompetenzen halte ich die im Bundesrat vorgeschlagene Regelung bezüglich Artikel 235 des EWG-Vertrags. Wer Kompetenzen nach Brüssel und Straßburg abgeben will, brauchte danach die Zustimmung des Bundesrats.

Drittens: Wichtig finde ich auch die Forderung, daß die im Artikel 23 (neu) vorgesehene Vertretung der Bundesrepublik durch Ländervertreter auf Ratstagungen in der Zusammensetzung der Minister und anderen relevanten Gremien ausgedehnt wird.

Viertens: Ich teile ebenfalls die Auffassung, daß das Ausführungsgesetz zu Artikel 23 (neu) nicht ohne die Aufnahme einer Bestimmung über das Verfahren bei der Benennung der Vertreter der Bundesrepublik im neu geschaffenen Regionalausschuß beschlossen werden darf. Für einen möglichen Kompromiß mit den hier anstehenden Forde-

rungen der kommunalen Ebene habe ich vor kurzem in einer Kleinen Anfrage einen Vorschlag gemacht.

Ich komme zum Schluß. Zweifellos handelt es sich hier um eine schwierige, sehr abstrakte und schwer zu vermittelnde Materie. Dennoch würde ich mir wünschen, daß gerade gegen die sich ausbreitende Europamüdigkeit und Europafeindschaft die Bemühungen der Länder um eine angemessene Berücksichtigung im Prozeß der Europäischen Union durch Landtag und Landesregierung gemeinsam gegenüber der Öffentlichkeit stärker deutlich gemacht und nachdrücklicher vertreten würden.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Europäische Gemeinschaft ist auf dem Weg von einem Zweckverband zu einer politischen Union. Dabei ist die Bundesrepublik Deutschland das einzige Land in der EG mit einer ausgeprägten föderativen Struktur. Eine Grundgesetzänderung ist deshalb nötig und vor allem auch eine verfassungsrechtliche Verankerung der Länderbefugnisse.

Sicherlich sind aus Sicht der Länder nicht alle Blütenräume aufgegangen. Aber es gab entscheidende Verbesserungen der bisherigen Länderpositionen und zum ersten Mal eine verfassungsrechtliche Verankerung der Mitwirkungsrechte der Länder in EG-Angelegenheiten.

Ich bin der Meinung, daß wir alle mit diesen Formulierungen durchaus leben können. Dabei sind zwei Punkte besonders wichtig. Zum einen hat der Bundesrat das Letztentscheidungsrecht, wenn im Schwerpunkt Gesetzgebungsbefugnisse der Länder, die Einrichtung ihrer Behörden oder ihre Verwaltungsverfahren betroffen sind. Zum anderen ist glasklar geregelt, daß Ländervertreter die Bundesrepublik auf EG-Ebene vertreten und ihre Rechte wahrnehmen können, wenn ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betroffen sind. Hier gibt es für die Bundesseite keinerlei Ermessensspielraum.

Ich begrüße es, daß die jetzigen Formulierungen mit übertragender Mehrheit von der Verfassungskommission, von der Ministerpräsidentenkonferenz und auch von der Bundesregierung beschlossen worden sind.

Die FDP/DVP-Fraktion stimmt der Beschlußempfehlung des Ständigen Ausschusses zu.

*

Stell. Präsident Straub: Ich rufe jetzt Punkt 11 der Tagesordnung auf.

a) Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Erwin Schmidt, Oberkirch, vom 13. März 1992 – Drucksache 11/604

Berichterstatter: Abg. Drexler

b) Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch der Frau Hildburg Radtke-Schoone, Wilhelmshaven, vom 6. April 1992 – Drucksache 11/605

Berichterstatter: Abg. Dr. Maus

(Stellv. Präsident Straub)

- c) **Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Fritz Driller, Waldkirch, vom 7. April 1992 – Drucksache 11/606**

Berichterstatter: Abg. Rückert

- d) **Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Helmut Ramsperger, Heidenheim, vom 8. April 1992 – Drucksache 11/607**

Berichterstatter: Abg. Drexler

- e) **Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Edmund Dollacker, Filderstadt, vom 15. April 1992 – Drucksache 11/608**

Berichterstatter: Abg. Straub

- f) **Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu dem Einspruch des Herrn Helmut Palmer, Remshalden-Grunbach, vom 5. Mai 1992 – Drucksache 11/609**

Berichterstatter: Abg. Bebber

Ich stelle auch hier die Entscheidung zur Diskussion. – Keine Wortmeldungen. Sie stimmen zu. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 2. Oktober 1992 – Entwurf eines Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik mit dem Entwurf eines Schiedsvertrags über die Regelung von Streitigkeiten aus dem Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt-Abkommen); hier: Unterrichtung des Landtags – Drucksachen 11/665, 11/719

Berichterstatter: Abg. Dr. Lang

Keine Wortmeldungen. – Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung der 8. Sitzung.

(Lachen und Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Ich teile mit, daß die nächste, die 9. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg morgen, Donnerstag, den 22. Oktober 1992, 9.30 Uhr stattfindet. Die Tagesordnung liegt vor.

Wir sind damit am Ende der Sitzung. Ich danke Ihnen.

Schluß: 21.01 Uhr